



Arbeiterkampf

Jg. II Nr. 202 25.5.81 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 3 Förderpreis DM 5,-

Kirchentag am 20. Juni

Aufruf zu einer Friedensdemonstration

Weit mehr als 100.000 Menschen werden zum evangelischen Kirchentag erwartet, der in diesem Jahr vom 17. bis 21. Juni in Hamburg stattfindet. Zum großen Teil werden es junge, fortschrittliche Menschen sein, die dieses Forum zur Diskussion der für sie brennenden, aktuellen Fragen nutzen wollen.

Heißt diesmal über die Ursachen der bedrohlich anwachsenden Kriegsgefahr und eine wirkungsvolle Friedenspolitik gestritten werden, nachdem die Kirchenoberen und diverse bürgerliche Politiker gegen den „naïven Pazifismus“ vieler Christen zu Felde gezogen sind. Bundesminister Apel wurde von der Kirchenleitung eigens zum Hamburger Kirchentag als Referent eingeladen, was eine Herausforderung aller Friedenskräfte ist.

Um ihrer Politik gegen die forcierte Kriegspolitik, ihre Betreiber und Propagandisten auch praktisch auszuweisen, haben nahezu alle bedeutenden kirchlichen Friedensinitiativen dazu aufgerufen, am 20. Juni in Hamburg vom Kirchentag aus eine große Friedensdemonstration durchzuführen. Diesen Aufruf, der von bisher über 60 Organisationen unterstützt wird, zitieren wir im Folgenden auszugsweise:

Selig sind die Frieden schaffen. Mit dieser Verheißung muß Kirche Lobby für den Frieden sein.

Die Verantwortlichen des Kirchentags haben sich dieser Herausforderung nicht gestellt, sondern stattdessen unter dem Motto „Fürchte dich nicht“ das evangelische Kirchenvolk nach Hamburg eingeladen. Vor dem Hintergrund der immer bedrohlicheren Kriegspolitik des Westens sowie der inner- und außerkirchlich anwachsenden Friedensbewegung können wir die kirchenhoffstille Lösung nur als Beschönigung begründeter Kriegängste verstehen.

Fürchtet Euch – der Atomtod bedroht uns alle! (...)

Wehrt Euch!

Doch überall – auch in den Kirchen – regt sich Widerstand. Die Friedensbewegung erhebt sich in einer Stärke, die mit ihren Inhalten und Ausmaßen an die Atomtod-Bewegung der 50er und 60er Jahre anschließt. Unter der Bedrohung durch den Atomtod finden sich Atomkraft- und Atomwaffengegner zusammen.

Über und über Jahre anschleift. Unter der Bedrohung durch den Atomtod finden sich Atomkraft- und Atomwaffengegner zusammen.

Viele Christen begnügen sich nicht mehr mit ausgewogenen Apellen, sondern engagieren sich unter den Losungen „Frieden schaffen – ohne Waffen“, „Ohne Rüstung leben“, „Christen für Abrüstung“ und „Nie wieder Krieg“ für unmittelbare und einseitige Abrüstungsschritte.

Zahlreiche Friedensgruppen sind entstanden; sie veranstalten lokale, regionale und bundesweite Friedenswochen; Gemeinden machen „Frieden“ zu ihrem Thema, die Westfälischer Synode fordert einseitige Abrüstungsschritte und warnt vor der Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen, die – so der stellvertretende Vorsitzende der EKD Hüb – „Europa dem Untergang ein Stück näherbringen“.

Dieses christliche Friedensengagement ist in letzter Zeit heftig angegriffen worden: Verteidigungsminister Apel drohte der Kirche, sie dürfe nicht pazifistisch werden, sonst würden sie sich aus der Geschichte „ausklinken“; Bundeskanzler Schmidt warnte vor einer „naïven Gestinnungstaktik, die auf den Gebrauch der Vernunft und der Erfahrung verzichtet“; Bundespräsident Carstens hält es für „besonders bedenklich“, wenn Christen mit der Bergpredigt das Gleichgewicht des Schreckens infrage stellen.

Diese Attacken weisen darauf hin, daß die Regierenden fürchten, die Kirchen könnten nicht länger ihre Militärpolitik stützen. In ihrer Geschichte haben Kirchen immer wieder staatliche Kriegsvorhaben gerechtfertigt und Soldaten mit bürgerlichem Gewissen zum Töten in den Tod geschickt. Damit leistete sie den Kriegführenden einen unverzichtbaren Beitrag zu ihrer Politik. Wenn diese Einparung der Kirchen heute nicht funktioniert, wird die Bereitschaft zum Kriegsdienst in der Bevölkerung gestört werden. Die Institution Kirche gefährdet ihre Macht als Volkskirche mit den vielen staatlichen Privilegien, wenn sie die gesellschaftlichen Werte und Zielvorstellungen des Staates nicht mitträgt und moralisch unterstützt.

Das hat ein Großteil der Kirchenrepräsentanten wohl erkannt: viele von ihnen nehmen deshalb die Angriffe der Politiker gegen die Friedensbewegung auf, wenn z.B. gesagt wird, es „diene unter den heutigen Bedingungen dem Frieden mehr, wenn man Soldat in der Bundeswehr ist“, oder: man könne den „Nachrüstungsschluß“ „wirklich gutheißen“ oder: wenn das Motto „Frieden schaffen – ohne Waffen“ als „politisch naiv“ diffamiert wird. Anstatt vom christlichen Friedensgebot wird somit der Friedensbegriff von politisch-strategischen Überlegungen führender Miltärabgeleitet.

Der Kampf um die Kirche als Lobby für den Frieden liegt also im Interesse der ganzen Friedensbewegung.

Wir erklären hiermit: Als Christen und Nichtchristen sind wir dem Leben verpflichtet. Deshalb werden wir mit Nachdruck vor dem drohenden Atomtod – sei es durch Atomwaffen oder Atomkraftwerke – und der zunehmenden Militarisierung warnen. Der Widerstand gegen den atomaren Wahnsinn wird zur Überlebensbedingung für die ganze Menschheit. Darum erklären wir, daß wir nach allen Kräften dazu beitragen werden, die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in unserem Land zu verhindern. Über diesen ersten Schritt hinaus werden wir uns für weitere Abrüstungsschritte einsetzen auf dem Weg zur Abschaffung aller Atomwaffen.

WIR RUFEN ALLE AUF, AN DER FRIEDENSDEMONSTRATION AM 20. JUNI 1981 TEILZUNEHMEN.



Irland: Der Kampf um den »politischen Status« geht weiter!

Am 12.5., 20.5. und in der Nacht vom 21. zum 22.5. erlagen mit Francis Hughes, Raymond Creech und Patrick O'Hara drei weitere republikanische Gefangene im KZ „Long Kesh“ dem Hungertod. Ein weiterer Häftling, Brendan McLaughlin, leidet nun nunmehr acht Tagen an inneren Blutungen als Folge

des Hungerstreiks. Das State-ment der britischen Nord-Irlandadministration hatte in beiden Fällen denselben typisch lapidaren Wortlaut, wie bereits anlässlich des Todes von Bobby Sander: „Er hat sich selbst getötet, indem er ... Nahrung und medizinische Behandlung verweigerte“.

Genommen wurde von der Bevölkerung mit Trauer und Wut aufgenommen: Die Auseinandersetzungen mit der britischen Besatzungsarmee und den nordirischen Polizeikräften werden zunehmend entschlossener und militanter geführt.

Der Tod der Gefangenen

Fortf. Seite 4

Die BRD ist ein Paradies für Nazi-Terroristen

In der Rubrik „Kurz vor Schluß“ berichtete der „Stern“ vom 21. Mai: Bei der Fahndung nach den Mördern des jüdischen Verlegers Shlomo Levin und seiner Ehefrau gibt es eine heiße Spur. Eine am Tatort in Erlangen gefundene Sonnenbrille gehörte einer Frau Franziska Birkmann – der langjährigen Freundin des Nazi-Terroristen Karl-Heinz Hoffmann. Am Tatort festgestellte Fußspuren stimmten mit der Schuhgröße von Frau Birkmann überein. Acht am Tatort gefundene Patronen aus der Mordwaffe paßten zu einer bei Hoffmann gefundenen Pistole.

Die zuständigen Justizbehörden bestritten nur die Angaben über die Patronen, bestätigten aber im wesentlichen den Rest der Meldung. Was die Sonnenbrille angeht, hat Frau Birkmann zugegeben, daß diese ihr gehört habe; sie habe sie jedoch später verloren. Das reichte die Justiz: die Verdachtsmomente sind nicht ausreichend, Haftgrund besteht nicht. So großzügig ist die Staatsanwaltschaft Nürnberg bekanntlich nur, wenn es um Nazi-Terroristen geht. So auch bei Hoffmann selbst, der nach dem Mord am Münchner Oktoberfest nur ein paar Stunden eingesperrt und noch am selben Tag wieder freigelassen wurde, obwohl schwerwiegende Verdachtsmomente gegen ihn und seine Bande

Was sich nach an Nazi-Terror hierzulande ereignet – Polizei und Justiz wissen von gar nichts, phantasieren von „Einzelstücken“, stellen sich gegenüber offensichtlichsten Verbindungen und Komplizenschaften blind, lassen die „Ermittlungen“ im Sande verlaufen, halten die demokratische Öffentlichkeit zum Narren.

Wie dumm sich die Zuständigen stellen möchten, zeigt die jüngste Behauptung des „Verfassungsschutzes“, der harte Kern des militanten Neonazismus bestehe aus nur 150 Personen. Allein die Hoffmann-Bande hat bekanntermaßen mehr Mitglieder. Wie lächerlich die Zahlenangaben des VS ist, zeigt sich auch an der gleichzeitigen Mitteilung, im Jahre 1980 seien bei Neonazis 500 Schusswaffen (darunter 43 Maschinenpistolen) – also gut und gern drei Schusswaffen pro amtlich eingetragenen militanten Neonazi – sowie 27.000 Schuss Munition, 1,5 Tonnen Schwarzpulver und 20 Kilo Sprengstoff gefunden worden. – Daß diese Funde für die betreffenden Nazis keine juristischen Folgen haben, ist selbstverständlich. Ein Nazi-Terrorist darf hierzulande auch Telemörner, Rohrbomben und Handgranaten an mame in seiner Wohnung haben, ohne deshalb in den Knast zu müssen.

Dieses milde Klima der BRD wissen auch ausländi-

sche Faschisten sehr zu schätzen. Daß die Spuren des türkischen Faschisten Ali Agca, der den Papst erschießen wollte, in die BRD führen, wundert niemanden. Schließlich können die „Grauß Wölfe“ hier auch ganz legal ihre Büros unterhalten und sich sogar noch auf Polizeischutz verlassen.

Hier finden auch Rechts-Terroristen aus Jugoslawien ideale Bedingungen vor. Man erinnere sich an den Aufschrei des Entsetzens, als die jugoslawische Regierung vor ein paar Jahren die Auslieferung einiger dieser Leute forderte ... Die Liste ließe sich fortsetzen.

Wenn sich nach dem Mord am hessischen Minister Karry – der übrigens aus einer jüdischen Familie kommt, was in den Medien wenig Erwähnung fand – Nazis telefonisch zu der Tat bekennen, ist das für die Polizei und Justiz natürlich sofort „nicht ernst zu nehmen“. Dafür werden massiert Phantasie-Meldungen über Hinweise auf eine linke Spur in die Welt gesetzt, von denen einer dümmere ist als der vorige.

Von dieser Polizei und dieser Justiz ist wirklich das Schlimmste zu befürchten.

Artikel zum Karry-Attentat und zur Erlanger Hoffmann-Spur auf Seite 2.

Westberlin nach den Wahlen

Gibt es in Westberlin zum zweiten Mal Neuwahlen? Oder fallen ein paar FDP-Abgeordnete trotz anderslautendem Parteitagebschluß um und ermöglichen einen CDU-Senat? Für die SPD hat jedenfalls Jochen Vogel nach in der Wahlnacht erklärt, daß man in die Opposition gehen wolle. Die SPD drängt also ihren bisherigen Koalitionspartner FDP direkt dazu, der CDU in den Sattel zu helfen.

Die Alternative für Vogel wäre gewesen, in Gesprächen mit der FDP und der AL Kompromisse zu suchen, mit denen vielleicht die Übernahme der Regierung durch die CDU noch zu verhindern gewesen wäre. Da gab es offensichtlich für die SPD nicht lange zu überlegen: Lieber ein CDU-Senat als Kompromisse mit der AL. Denn daß mit den Hausbesetzungen Schluß gemacht wird, will auch die SPD. Und diese Drecksarbeit überläßt man gern der CDU. Wenn das Größte dann erledigt ist, wäre der Zeitpunkt vielleicht günstig für nochmalige Neuwahlen – mit einer SPD, die sich als Oppositionspartei profiliert hat und auf Rückgewinne aus der AL-Wählerschaft spekuliert.

In der AL ist vor der Wahl kontrovers über die Möglichkeit diskutiert worden, unter genau definierten Bedingungen eine Fortführung der sozialliberalen Senatskoalition zu ermöglichen. Diese Frage konnte damals nicht konsensfähig entschieden werden und wurde offengelassen. Jetzt, nach der klaren Stellungnahme Vogels und der erklärten Bereitschaft der Mehrheit der FDP-Abgeordneten zur Unterstützung der CDU, ist dieses Problem offensichtlich gegenstandslos geworden. Das hindert aber einige Kräfte innerhalb der AL nicht, diesen Streit fortzuführen und damit das Risiko von Brüchen im bisherigen Spektrum der AL zu provozieren.

Das Wahlergebnis ...

Die CDU ging mit 47,8 % der Stimmen als stärkste Partei hervor. Sie gewann gegenüber den letzten Wahlen von 1979 lediglich 3,5 % oder rund 36.000 Stimmen hinzu und verfehlte damit die erwünschte absolute Mehrheit. Von den 75 Direktmandaten entfielen auf die CDU 68, die SPD nur noch 17. Dies kommt einem Erdrutsch gleich, denn noch 1979 kam die SPD mit 42 gegenüber 33 der CDU direkt ins Abgeordnetenhaus.

Die SPD kam auf 35,4 % der Stimmen und verlor 4,3 % bzw. 83.000 Wählerstimmen im Vergleich zu 1979. Sie hat damit ihr bisher schlechtestes Wahlergebnis erzielt.

Noch schlimmer hat es die FDP getroffen: Mit 5,6 % der Stimmen verlor und rund 30 % ihrer Stimmen und mußte sogar noch um das Erreichen der 5 %-Klausel bangen.

Mit 80.523 Stimmen (7,2 %) zog die AL mit neun Parlamentariern ins Abgeordnetenhaus ein. Das sind 43.000 Stimmen mehr als 1979, fast eine Verdoppelung. Nach einer Analyse des Infamemforschungsinstituts ist interessant, woher die AL ihre Stimmen bekam: 22.000 Stimmen holte die AL von der SPD, 12.500 Erstwähler – das sind 25 %! – gaben den Igeln ebenso die Stimme wie rund 5.600 Linke, die sich für Wahlboykott eintraten. Auch rund 3.000 FDP-Wähler gaben ihre Stimme diesmal der AL. Fortsetzung Seite 8

Neues zum »Deutschlandtreffen« der NPD am 17. Juni 1981

Trotz aller Versuche der NPD, den Ort ihres diesjährigen „Deutschlandtreffens“ geheimzuhalten, sind in den letzten Tagen doch einige neue Informationen bekannt geworden:

- So wurde der NPD eine in Philippstal (dem Ort ihrer letztjährigen Schlapp) angemeldete Kundgebung verboten. Die NPD hatte diese Kundgebung im letzten Jahr angemeldet. Gegen dieses - wie auch bei weiteren - Verbot gibt es für die NPD noch juristische Einspruchsmöglichkeiten.
- Nicht genehmigt wurde der NPD eine Kundgebung am 17. Juni in Hamburg, mit der sinnigen Begründung, daß angesichts des Kirchentags in Hamburg kein geeigneter Platz mehr für die Nazis zur Verfügung stünde.
- Wie aus gut unterrichteten Kreisen verlautet, bestehen weitere Anmeldungen der NPD für eine Burg auf einer Rheininsel bei Koblenz sowie für Friedland bei Göttingen. Insbe-

sondere Friedland würde wegen seiner revanchistischen Mahnmale und des dortigen „Aufanglagers“ für die RGW-Flüchtlinge und Umsiedler den angemessenen Rahmen für ein „Deutschlandtreffen“ der NPD abgeben.

Für alle Fälle hat „Rock gegen Rechts“-Kassell sowohl für Philippstal wie auch für Friedland eine Gegenkundgebung angemeldet. Weitere Informationen zum aktuellen Stand in Nordhessen/Südniedersachsen können über die Telefonnummer 0561/77698 erfragt werden.

Die NPD selbst hat zur Durchführung ihrer Pläne für den 17. Juni einen „Einsatzstab“ beim Bundesvorstand gebildet und bereits ihre Mitglieder in internen Rundschreiben darauf vor, am 17. Juni eventuell sehr lange unterwegs zu sein, um irgendwo vielleicht doch noch ein Plätzchen für ihre Kundgebung zu finden.

Jetzt auch gegen den ARBEITERKAMPF: Ermittlungen nach § 129a!

Gegen den Arbeiterkampf bzw. gegen den presserechtlich Verantwortlichen hat die Hamburger Politische Polizei ein Ermittlungsverfahren wegen des „Verdachts der Werbung für eine terroristische Vereinigung“ eingeleitet. Anlaß dafür ist die Veröffentlichung

der Hungerstreikerklärung der RAF-Gefangenen im AK 196 (wir hatten damals die Erklärung im Faksimile abgedruckt). Näheres ist über die Ermittlungen noch nicht bekannt, auch nicht, worauf sich die Vorwürfe im Einzelnen beziehen.

Wir zeigen uns

Unter dieser Parole führten am 2. Mai in Westberlin einige

einander zu persönlichen und nicht politischen Themen an

Wir zeigen uns

Unter dieser Parole führten am 2. Mai in Westberlin einige schwule Schüler, lesbische Schülerinnen und ein kleiner Sympathisantentum eine Demo durch, die u.a. auch die Forderung nach Gleichstellung der Homosexualität mit der Heterosexualität aufgriff.

Die Demo an sich war vielleicht nicht so erfolgreich, aber was mir wesentlich wichtiger erscheint, ist, daß in einer Zeit der zunehmenden Repression gegenüber allem, was sich bewegt und anderer Meinung ist als die staatlich Herrschenden, eine weitere „Randgruppe“ der Schwulenbewegung den Mut findet, sich öffentlich zu zeigen und für ihre Rechte zu demonstrieren. Sind Schüler und Schülerinnen doch noch besonders dem Lern- und Erfolgswort in der Schule ausgesetzt, so müssen sie sich noch Unversämlichkeiten von Seiten der Kultusministerien bieten lassen, was die Darstellung z.B. der Homosexualität im „Aufklärungsunterricht“ angeht. Gegen unsachgemäße Darstellungen und Hetzkampagnen wehren sie sich und machen durch ihr öffentliches Auftreten aufmerksam auf sich. Das ist gut so, denn wir wissen, wie mit Schülern Hamburger Schulen, die in ihren Zeitungen über sich berichtet haben, umgegangen worden ist.

Hier in W-Berlin ist eine schwul/lesbische Schüler/innen-gruppe Ende 1978 gegründet worden, die sich zunächst auch den Forderungen schwuler Lehrer in der GEW nach Gleichstellung von Homosexualität mit Heterosexualität und der Abschaffung eines diskriminierenden Filmes über den „homosexuellen Triebtäter“ anschloß. Im Westberliner Lehrplan sind diese Forderungen bereits erfüllt worden. Ein ziemlich großer Erfolg also. In der nachfolgenden Zeit war die Arbeit der Gruppe vielleicht nicht so von „Erfolgen“ bestimmt, als mehr durch Arbeit einzelner und der Gruppe unter-

einander zu persönlichen und nicht sachlichen Themen. So wurde das Verhalten der Gruppe bei Schülern diskutiert, die im „Coming out“ standen und den Rat der Gruppe brauchten, was sicherlich für manche/n sehr hilfreich gewesen war. Im Moment stellt sich die Situation in der Gruppe so dar: Es gibt zaghafte Ansätze einer Politisierung, die von einigen Mitgliedern vorangetrieben wird, wobei in der Gruppe aber wiederum sehr schnell an das alte Problem der Schwulenbewegung gestoßen wird, daß es eine Aufteilung in zwei verschiedene „Fraktionen“ gibt: „Lustfraktion“ und „Politfraks“, ob dieser Widerspruch so sein muß, sei dahingestellt. Dennoch werden andere Aktionsformen in der Gruppe diskutiert und besprochen als Demonstration/Flugblatt. So treten Vertreter der Gruppe in verschiedenen politischen Gruppierungen auf und beteiligen sich an Aktionsbindnissen hier in Westberlin; das reicht von der Beteiligung als schwul/lesbische Schüler/innen-gruppe an der 1. Mai-Demonstration über Beteiligung an Protestaktionen der GEW gegen diskriminierendes Verhalten gegenüber schwulen Schülern oder Lehrern in Form von Berufsverboten und Beteiligung an der großen Friedensdemonstration am 8. Mai hier in W-Berlin. Geplant sind weitere Aktionen mit der GEW-Lehrergruppe an Berliner Schulen.

Wir sollten aber vielleicht nicht die Gruppe an ihren „Erfolgen“ messen, sondern darauf bedacht sein, daß noch mehr solcher Schülergruppen auch auf nationaler Ebene entstehen, weil es ungemein wichtig ist, daß der Widerstand gegenüber der Repression des Staates früh genug beginnt, und Schwule/Lesben sind da nur eine Gruppe, die dies zu spüren bekommen.

St., Westberlin
Schwulengruppe des KB

Wie viele Morde hat Faschistenführer Hoffmann auf dem Gewissen???

Eine äußerst interessante Enthüllung machte der „Stern“ in dieser Woche: Bei der Fahndung nach den Mördern des jüdischen Verlegers Lewin/Erlangen, der im vergangenen Dezember zusammen mit seiner Lebensgefährtin in seinem Haus ermordet worden war, seien die Ermittlungsbehörden „auf einer Spur“: Sie stellten fest, daß die am Tatort gefundene Brille der Freundin des Wehrsportgruppen-Chefs, Hoffmann, Franziska Birkmann, gehörte! Die Identifizierung der Brille war leicht möglich, da bei dem leicht getönten Glas der Brille wegen eines Fabrikfehlers der sogenannte „Endschliff“ fehlte. Franziska Birkmann sei hierzu bereits vernommen worden; sie gab an, diese Brille geschenkt bekommen zu haben, sie aber später irgendwo verloren zu haben. Wo sie sie verloren habe, daran konnte sie sich jedoch nicht mehr erinnern. Zwei weitere Indizien deuten auf eine direkte oder indirekte Beteiligung von Hoffmann an diesem Mord hin: Die Fußabdrücke am Tatort stimmen mit der Schuhgröße von Franziska Birkmann überein. Und die 8 aus der Mordwaffe abgefeuerten Patronenhüllen passen zu einer Pistole, die in Hoffmanns Wohnung sichergestellt worden war! (alle Informationen nach „Stern“, 21.5.81). Die „Nürnberger Nachrichten“ griffen diese Information auf und befragten den zuständigen Oberstaatsanwalt Horn; dieser meinte, er könne zu dem Bericht des „Stern“ nichts sagen - er könne die Schilderungen bezüglich der Brille, der Pistole und der Fußabdrücke nicht bestätigen - aber auch nicht dementieren. Zur Frage des Haftbefehls meinte er: „Wenn konkret etwas wäre, hätte ich Haftbefehl beantragt - egal gegen wen“. Horn, der mit Forderungen nach Knechtstrafen gegen Antifaschisten in Nürnberg nicht

gerade zimperlich ist, reichen wohl diese „heißen Spuren“ immer noch nicht aus - ja, die Staatsanwaltschaft scheint sich noch nicht einmal für den derzeitigen Aufenthaltsort Hoffmanns zu interessieren: Wie Franziska Birkmann gegenüber den „Nürnberger Nachrichten“ bestätigte, sei „unbekannt“, wo sich Hoffmann derzeit aufhalte („NN“, 21.5.). Im Gegensatz zu Oberstaatsanwalt Horn, der wieder einmal nichts gewußt haben will, soll Oberstaatsanwalt Prantl vom Landgericht Nürnberg-Fürth den „Stern“-Bericht „vorsichtig bestätigt“ haben („FR“, 22.5.).

Einen Tag nach der Veröffentlichung im „Stern“ jedoch war bei der Staatsanwaltschaft in Nürnberg wieder alles „klar“ und widerspruchsfrei: In einer Presseerklärung wies die Staatsanwaltschaft darauf hin, daß sich die am Tatort aufgefundene Brille durchaus einmal früher im Besitz von Franziska Birkmann befunden haben könnte. Es sei aber nicht geklärt, wer sie zu letzt besessen hat. Auch die Fußabdrücke am Tatort habe man bisher keiner bestimmten Person zuordnen können. Zur Frage der Patronenhüllen, die zu einer bei Hoffmann gefundenen Pistole passen sollen, wurde lapidar festgestellt: „Eine als Tatwaffe in Betracht kommende Waffe ist nicht gefunden worden.“ Insbesondere sei bislang weder bei Hoffmann, noch bei jemand anders eine Waffe sichergestellt worden („NN“, 22.5.).

Da es keinen dringenden Tatverdacht gegen bestimmte Personen gebe, so die Staatsanwaltschaft, sei auch kein Haftbefehl beantragt worden. Die Tragweite des ganzen Skandals wird durch 2 weitere Fakten erst in seinem ganzen Umfang deutlich: Zum einen wird jetzt geprüft, inwieweit es möglicherweise Zusammenhänge zwischen dem

Mord an Lewin und dem an Karry gibt - auch über bestimmte Parallelen beim Mord an dem Wiener Stadtrat Nitel wird in der Presse bereits gemunkelt („FAZ“, 22.5.).

Noch erschreckender aber ist, daß es auch im Falle des Münchener Bombenanschlags, außer der erwiesenen Mitgliedschaft des 18-jährigen Kötter zum Wehrsportgruppe Hoffmann, inzwischen handfeste Hinweise auf die Beteiligung von Hoffmann an diesem Massaker gibt. Ohne daß es sonst von der Presse, geschweige denn von der Staatsanwaltschaft aufgegriffen oder verfolgt worden wäre, veröffentlichte der „Stern“ vor einigen Wochen auf der letzten Seite folgenden kleinen Hinweis: „Nach Informationen Bonner Sicherheits-Experten hat sich vor kurzem ein Falstinenser in der Botschaft der Bundesrepublik gemeldet und von zwei Deutschen berichtet, die sich zu dem Bombenattentat auf das Münchener Oktoberfest bekannt haben wollen: „Das waren wir! Der Araber, der seitwärts als Barkeeper arbeitete, hatte die beiden Westdeutschen im Oktober vergangenen Jahres in einem Hotel in Syrien kennengelernt. Als man ihm Fotos von Mitgliedern der neonazistischen Wehrsportgruppe Hoffmann vorlegte, soll der Falstinenser die Hotel-Gäste als Gruppenleiter Karl-Heinz Hoffmann und einen anderen Wehrsportgruppen-Angehörigen identifiziert haben...“ („Stern“, 30.4.81).

Eine solche Fülle von Hinweisen hätte bei einem linken Terroristen mit Sicherheit schon für eine einstweilige Erschießung ausgereicht!

Wie viele Menschen müssen noch sterben, bevor Hoffmann und seine Bande endlich hinter Gitter kommen?

KB/Gruppe Nürnberg

Wie viele Menschen müssen noch sterben, bevor Hoffmann und seine Bande endlich hinter Gitter kommen?

KB/Gruppe Nürnberg

Zu Karrys Tod

Am 11. Mai wurde der hessische Wirtschaftsminister und Bundesschatzmeister der FDP, Heinz Herbert Karry (61), erschossen. Er starb auf eine Weise, wie man sie nicht einmal seinen schlimmsten Feinden wünschen mag. Vier von sechs Kugeln, durch's offene Schlafzimmerfenster abgefeuert, trafen den noch Schlafenden um 5 Uhr morgens in den Unterleib.

Karry hatte in den letzten Jahren durch eine rabiate umweltfeindliche Wirtschaftspolitik bundesweite Bekanntheit erlangt. Seinem Ansehen war auch nicht dienlich, daß er, wie es das Amt des Bundesschatzmeisters der FDP mit sich bringt, immer wieder in Spenden- und andere Affären verwickelt war.

Die Nachrufe in der bürgerlichen Presse haben sich sehr bemüht, Karrys Image als „Bernauer Bub“ herauszuheben (Bornheim ist ein Stadtteil Frankfurts). Motto: „Er trank den Abbelwoi wie wir alle“. Richtig daran ist, daß Karry keine profil- und leblose Maske war, wie sie das Kapital heute gewöhnlich hervorbringt. Die von ihm vertretene Politik wird dadurch allerdings nicht besser.

Karrys Mutter war Jüdin. Er und seine Familie unterzeichneten sich von den Schmidts, Kohls und Straußens dadurch, daß sie im Nationalsozialismus verfolgt waren. In der Öffentlichkeit war dies eine kaum bekannte Tatsache (aber eben eine Tatsache) im Vergleich zu der breiten Debatte um die „weißen Westen“ der beiden Kanzlerkandidaten des letzten Bundestagswahlkampfes (wobei er sich um Meinungen handelt). Andere Familien, die ebenfalls vom Naziregime verfolgt worden waren, bezogen, daß es mitunter im Stillen Hilfe von den Karrys gegeben haben soll.

Sofort nach Karrys Tod gab und gibt es Versuche der Herrschenden, Kapital aus diesem Ereignis zu schlagen. „Bild“ und „Welt“ verdrängten umgehend Startbahngegner, AKW- und WAA-Gegner oder „Falstinenser“, den Mord begangen zu haben. „FR“ und „Spiegel“ spekulierten, die Tatwaffe führe zu Kreisen der RAF oder RZ. Das Hessische Landeskriminalamt nutzte die Gelegenheit, um per Flugblatt zu einer groß angelegten Beipitzelung der Bevölkerung aufzurufen: „Erboten werden auch Hinweise auf Personen, die aufgrund ihrer besonders feindseligen Einstellung gegen Minister Karry aus extremen politischen oder anderen Gründen verdächtigt werden können, die Tat begangen zu haben“.

So offen ist noch selten zur Genußnahme der Öffentlichkeit zugänglich Informationen haben die Ermittlungen bislang noch keinen konkreten Verdacht gegen irgendeinen Täterkreis zutage gefördert. Stattdessen wird immer mehr Seltsames und Ungereimtes bekannt, z.B., daß anscheinend ständig Polizei in der besagten Nacht in der Straße gewesen sein muß, an der Karrys Villa liegt. Noch kurz vor der Tatzeit soll nach Angaben des „Stern“ (21.5.) in unmittelbarer Nähe eine Hausdurchsuchung durchgeführt worden sein.

Allerdings wurde bekannt, daß es seit langem Morddrohungen gegen den Minister gegeben haben soll. Karry soll einen verstärkten Polizeischutz abgelehnt haben, da er sich eine solche Tat gegen ihn selbst „nicht vorstellen konnte“. In letzter Zeit müssen ihn diese Drohungen jedoch stärker beeindruckt haben. Entsprechende Äußerungen soll er Journalisten gegenüber während einer Spanienreise gemacht haben, die er unmittelbar vor seinem Tod unternahm. Zumindest eine, sehr ernst zu nehmende Drohung gegen das Leben des Ministers war seit geraumer Zeit bekannt. Karry stand auf einer Liste von Namen jüdischer Bürger (neben Emil Carlebach und anderen), die in Nazikreisen kursierte, und mit der der Faschist Roeder in Verbindung gebracht wurde. Angesichts dieser Tatsache ist es sehr seltsam, daß die Polizei einen

Anruf bei der „Bildzeitung“, in dem sich eine „Bewegung Drittes Reich“ zu dem Mord bekannte, schon Stunden später als „makabren Scherz“ beiseite legte.

In Westdeutschland gibt es zwei Kategorien von Attentaten. Die erste Kategorie wird gewöhnlich als „Linksextremismus“ oder „Terrorismus“ bezeichnet. In diesem Fall ist der Täterkreis sogleich bekannt, es gibt eine Fülle von Spuren, von Festnahmen, Hausdurchsuchungen, es gibt den Fall, daß mutmaßliche Täter von der Polizei in Notwehr kurzerhand erschossen werden müssen, es gibt ein beachtliches „Sympathisantenumfeld“, das verschlagen werden muß, und zuguterletzt auch reichlich Verurteilte, die die Hochsicherheitstrakte füllen. Die zweite Kategorie umfaßt Attentate, die entweder „unpolitisch“ sind, von „verrückten Einzeltätern“ begangen werden oder schlicht „nicht aufgeklärt werden können“. Die Ermordung Karrys scheint in die zweite Kategorie zu fallen.

Als Kommunisten lehnen wir den individuellen Terror nicht nur abstrakt ab. Daß Karry, der als einer der wenigen Juden des Nationalsozialismus überleben konnte, nun von der Geschichte eingeholt worden ist, macht uns betroffen, so entschieden wir seine Politik auch bekämpft haben. Wir hätten lieber weiter mit ihm gestritten - ggf. auch beim Abbelwoi.

KB/Gruppe Frankfurt

Wirbel um SSR-Artikel

Gegen die staatlich verordneten Pflichtübungen, die den Tod eines Politikers hiezulande begleiten und die mit allem Möglichen, am wenigsten aber mit Trauer zu tun haben, gab es hier und da ein spontanes Aufbegehren in Hessen. Beispielsweise wagten es einige Schüler, in einem Artikel der „Opstan“ (Zeitung des Stadtchöllerrats Frankfurt), „Gleichgültigkeit“ zu bekunden und kritisch an die von dem Minister betriebene Politik zu erinnern. Sofort leitete die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen „Verunglimpfung Verstorbener“ ein, der Kultusminister distanzierte sich von der „Geschmacklosigkeit“, der CDU war diese Distanzierung noch zu

„lach“, Wallmann drohte mit dem Entzug der Gelder, falls sich der SSR nicht deutlich genug distanzieren, und die Presse hatte ihr Fressen gefunden. Ob das kurze Statement in der „Opstan“ wirklich überdacht war, mag dahingestellt bleiben - juristisch dürften die wenigen Sätze kaum anfechtbar sein.

Eine Anzeige wegen „Verunglimpfung Verstorbener“ können allerdings nur die Familienangehörigen stellen. Karrys Familie hat sich entschieden, dies nicht zu tun. Gegenüber der Presse erklärte der Sohn des ehemaligen Wirtschaftsministers: „Laßt die Bube doch machen“, hätte sein Vater dazu gemeint.

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lärchenstraße 75, 2 Hamburg 50, Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 54 16; V.i.S.d.P.: M. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als Förderabo jährlich 140, halbjährlich DM 70); Bezahlung im Abv., sonst P.S.4A Hamburg 27176-203 / B.L. 200 100 30 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 55500 / B.L. 200 800 00; Einzelpreis DM 3,-; erscheint 14-tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 7.000. Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Abonnenten, bis sie dem Abonnenten persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Abonnenten nicht persönlich ausgehändigt, ist die dem Abonnenten mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Papst Attentat:

CDU und Staatsschutz decken die Mörderbande

Unversehens gerieten nach dem Papst-Attentat auch die bundesdeutschen Staatsschutzbehörden ins Zweifelslicht. Der den „Grauen Wölfen“ zuzurechnende Attentäter Mehmet Ali Agca hatte sich nämlich monatelang in der BRD aufhalten können, obwohl mehrere Auslieferungssuche und Fahndungsbefehle seitens der türkischen Sicherheitsbehörden vorlagen. Auch wenn aus Bonn so gleich verlautete, man habe seinerzeit alles Menschenmögliche unternommen, um Agca zu ergreifen, ist der Fall einfach symptomatisch für die Behandlung türkischer Faschisten in der BRD: Nach wie vor können die in der „Türk-Föderation“ mit Sitz in Frankfurt zusammengefassten Anhänger der faschistischen MHP völlig unangefochten ihre in der BRD lebenden Landsleute terrorisieren; nach wie vor können sich hierzulande türkische Rechtsextremisten aufhalten, die in der Türkei Gewalttaten und Morde begangen haben bzw. als Mörder gesucht werden. Letztere brauchen sich s.T. noch nicht einmal zu verbergen, sondern können – wie Sarder Celebi und Ali Batman – in aller Öffentlichkeit ihrer Vorstandstätigkeit für die „Türk-Föderation“ nachgehen. Angesichts dieser Fakten sind massive Zweifel daran angebracht, ob der Staatsschutz tatsächlich das beteuerte Interesse daran gehabt hat, Leute wie Agca hinter Schloß und Riegel zu bringen.

der in Istanbul aufgehalten haben, wo er am 3.2.80 – so berichtet die „Quick“ – von einem Mann namens Ramazan Guenduz identifiziert wurde. „Guenduz soll Agca in der Gaststätte ‚Marmara‘ erkannt und die Polizei verständigt haben. Der Gesuchte konnte jedoch entkommen. Wenig später soll Agca mit vier Komplizen zurückgekehrt sein. Guenduz entführt und ihn am Stadtrand von Istanbul erschossen haben“ („Quick“ v. 21.5.81).

In der BRD wird der Papst-Attentäter bislang mit zwei Anschlägen in Verbindung gebracht:

– Am 3. Mai 1980 war der ehemalige Vorsitzende des „Türkischen Idealtätvereins“ in Reutlingen, Halil Tiral, in seinem Büro unter seiner Wohnung erschossen aufgefunden worden. Er galt seit Jahren als Koordinator der „Grauen Wölfe“ im süddeutschen Raum und betätigte sich als Korrespondent für die rechte türkische Tageszeitung „Hürriyet“.

– Am 25.11.80 wurde der langjährige Vorsitzende des türkischen „Kulturvereins“ in Kempten, Necati Uygur, in seinem Lebensmittelgeschäft mit einer Schusswaffe niedergestreckt. Er starb einige Tage später im Kemptener Krankenhaus. Uygur hatte für die MHP zweimal für einen Sitz im türkischen Parlament kandidiert und gehörte zumindest Anfang bis Mitte der

auf „Rache für unsere Märtyrer“ eingeschworen...

„Schwierigkeiten“ bei der „Suche“ nach türkischen Nazi-Terroristen

Bis heute bestreitet die Bundesregierung hartnäckig, daß es Belege dafür gebe, wonach Agca sich in der BRD aufgehalten hat. Sie befindet sich damit in bemerkenswerter Übereinstimmung zu dem Papst-Attentäter selbst, der ebenfalls überall gewesen sein will, eben nur nicht in der Bundesrepublik. Dagegen spricht freilich neben zahlreichen Hinweisen von in der BRD lebenden Türken der Umstand, daß Agca bei seiner Festnahme westdeutsches Geld bei sich hatte. „Überdies wird aus Rom gemeldet, daß es in dem von Agca benutzten falschen Paß einen Stempel deutscher Grenzkontrollstellen geben solle“ („WamS“, 17.5.81). Außerdem wurde von der niedersächsischen Polizei jetzt festgestellt, daß der Attentäter einen Tag vor dem Anschlag auf den Papst mit einem in Westdeutschland lebenden Türken telefoniert hat („FAZ“, 23.5.81).

Bereits 1979 war gegen Agca eine internationale Fahndung eingeleitet worden. Das BKA registrierte den türkischen Nazi am 15. Januar 1980 in seinem INPOL-System. Außerdem gingen dem Auswärtigen Amt am 3.10.80, am 2. und 11. November sowie am 29. Dezember Fahndungshinweise sowie Auslieferungssuchen der türkischen Sicherheitsorgane zu, die sich Angaben über Agcas vermuteten Aufenthaltsort enthielten. Der Staatsschutz behauptet heute, diesen Hinweisen stets nachgegangen zu sein, freilich ohne greifbaren Erfolg. Bei den türkischen Behörden wird das Eingreifen westdeutscher Organe allerdings anders bewertet. Anfang Dezember letzten Jahres kamen Spezialisten des Polizeipräsidiums Ankara in die BRD, um die Auslieferung politischer Gegner, darunter auch die Festnahme rechtsextremer Terroristen, speziell des in Abwesenheit zum Tode verurteilten Papst-Attentäters, zu erwirken. „Die große Enttäuschung und Enttäuschung bei den höchsten Polizeileitern in Ankara über die Haltung der bundesdeutschen Behörden beschreibt die angesehenste Tageszeitung der Bundesrepublik“.

„Die bundesdeutschen Behörden beschreiben die angesehenste Tageszeitung Cumhuriyet am 5. Januar 1981 auf ihrer ersten Seite: Es wird gemeldet, daß die Sicherheitsbehörden in der Bundesrepublik den von der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums in Ankara entsandten Detektiven keinerlei Unterstützung gewährten und sie allein ließen, indem sie ihnen die notwendigen Informationen über die Terroristen vorenthalten“ („Türk-Informationen“ Nr. 2/81). Ergänzend wurde in der erwähnten „Cumhuriyet“-Meldung hervorgehoben: „Es ist aber festgestellt worden, daß die gesuchten Terroristen den Schutz rechtsstehender deutscher Organisationen genießen“.

Bezeichnend ist auch die Aussage eines Türken, der dabei war, als die Westberliner Polizei im Februar 1980 nach Agca „Jahndete“. „Die Razzie erstreckte sich auf die türkischen Lokale an der Potsdamer Straße im Bezirk Schöneberg. Danach wurde die Fahndung wieder abgebrochen. Leider haben einige deutsche Behörden ganz schwach gearbeitet“, sagte gestern einer der an der Suche beteiligten Türken. In dem Viertel an der Potsdamer Straße in Berlin-Schöneberg gebe es allein 30 bis 40 türkische Lokale. Aber nur in einem (III) Restaurant sei nach Agca gesucht worden („Welt“, 15.5.81).

Schließlich ist auch interessant, wie mit Hinweisen umgegangen wurde, die aus Kreisen antifaschistischer Türken kamen. Die revisionistische HİDEF hatte in ihren „Türk-Informationen“ vom November '80 sogar ein Foto von Agca veröffentlicht und darauf hingewiesen, daß er sich im Raum Frankfurt aufgehalte. Hierzu – laut „WamS“ – das BKA: „Es wird darauf verwiesen, daß die Hinweise ausschließlich von linksfaschistischen Türken kamen, die mit rechtsextremistischen Türkengruppen auf deutschem Boden eine zunehmend blutige Fehde führen“ („WamS“, 17.5.81).

Tatsächlich ist mit derartigen Schutzbehauptungen die Ausrichtung der Staatsschutzbehörden exakt um-

rißen: Bis heute bestreiten nahezu alle Stellen des „Verfassungsschutzes“, daß es für „den in der Öffentlichkeit weiterhin erhobenen Vorwurf, die ‚Grauen Wölfe‘ terrorisierten ihre Gegner“, überhaupt Beweise gebe (vgl. NRW-VS-Bericht '79). Daß allein im letzten Jahr mindestens drei Türken von MHP-Anhängern auf westdeutschem Boden ermordet wurden, wird dabei nicht einmal mehr registriert.

Den Vogel schoß im Sommer letzten Jahres der niedersächsische VS ab, als er an ausgewählte Politiker eine „Sonderinformation“ zum Thema „Graue Wölfe“ verbreitete, in der den türkischen Faschisten eine zwar antikomunistische, „dabei aber westlich orientierte und gemäßigt islamisch ausgerichtete nationalistische Politik“ bescheinigt wurde („FR“, 8.8.80). Dagegen wurde in dieser „Sonderinformation“ ganz ausdrücklich vor einer „von Kommunisten betriebenen Kampagne“ gegen die „Grauen Wölfe“ gewarnt: Die „eigentliche Gefahr für den inneren Frieden der Bundesrepublik gehe nicht von den türkischen Rechtsextremisten aus, sondern von linken Protesten gegen das Treiben der ‚Grauen Wölfe‘...“ (ebenda). In einem weiteren vom stellvertretenden Leiter des niedersächsischen VS, Günter Döring, verfaßten Papier, wurde zum „besseren Verständnis der Symbolfigur Grauer Wolf“ wohlwollend eine längere Passage aus dem türkischen Blatt „Anadolu“ zitiert, in der es u.a. hieß: „Die Grauen Wölfe, die die Kommunisten als Geheimorganisation darstellen, sind nichts anderes als die gesetzestreuen, disziplinierten, demokratischen, idealistischen türkischen Jugendlichen“ (ebenda). „Grauwolf“ – so Döring – sei in „türkischen Ohren ein schmeichelehafter Ehrenname“. Die von ihm zitierte Zeitung „Anadolu“ bezeichnet er als „konservativ“, obwohl es sich hierbei bekanntermaßen um das Organ der rechtsextremen „Süleyman-Sekte“ handelt, die als „islamisches Kulturzentrum“ mit Hauptsitz in Köln den Großteil der ultrareaktionären „Koran-Schulen“ in der BRD betreibt und eng mit den „Grauen Wölfen“ zusammenarbeitet.

Angesichts einer derart eindeutigen Sachlage dürften die jetzt geäußerten dummfrechen Behauptungen bundesdeutscher Staatsschutzorgane, man habe hinsichtlich der Fahndung nach rechtsextremen türkischen Terroristen alles getan, was zu tun sei, kaum noch überzeugen. Ohnedies gab es und gibt es neben Agca eine Reihe weiterer faschistischer Mörder aus der Türkei, die sich nach wie vor in der BRD aufhalten. Im November letzten Jahres hatte der antifaschistisch engagierte SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Thönsing im Rahmen einer Pressekonferenz darauf hingewiesen, daß „mindestens acht faschistische Terroristen, unter ihnen auch der Mörder Feridun Akkuzu und der im Zusammenhang mit der Ermordung von Dr. B. Cömert gesuchte Rifet Yıldırım, sich gegenwärtig in der BRD befinden“ („Türk-Informationen“, November '80). Weitere Namen von türkischen Nazi-Terroristen in der BRD:

– **Isa Arman**, wegen mehrerer Morde an politischen Gegnern rechtskräftig zum Tode verurteilt;

– **Mehmet Seher**, enger Kumpane von Agca, gilt als eigentlicher Drahtzieher der Ermordung des „Milliyet“-Chefredakteurs Abdi İpekci. Wie die „FR“ am 18.5. meldet, wird nach Seher jetzt nach dem Papst-Attentat in der BRD gefahndet. Dabei hatte „Milliyet“ bereits am 5. September letzten Jahres gemeldet, daß Seher unmittelbar nach dem İpekci-Mord am 14.12.79 bei der Ausländerpolizei in Ludwigshafen mit dem türkischen Reisepaß Nr. TR-D 813466 eine Aufenthaltserlaubnis beantragte und um politische Asyl ersuchte. Auch diese Information war den westdeutschen Staatsschutzbehörden allerspätestens durch die Veröffentlichung der „Türk-Informationen“ vom November 1980 bekannt!

– **Ervar Altaylı**, seit 1975 Chef der europäischen MHP-Organisationen. Gegen den in Köln lebenden Altaylı besteht in der Türkei Haftbefehl;

– **Sarder Celebi**, derzeit Vorsitzender der „Türk-Föderation“. Auch gegen Celebi besteht ein Haftbefehl. Er ist als ehemaliger MHP-Chef in Siele, einem Stadtteil von Istanbul, indirekt oder

direkt an Terroraktionen und Morden beteiligt gewesen;

– **Ali Batman**, seit 1980 ebenfalls Vorstandsmitglied der „Türk-Föderation“. B. hatte schon 1970 einen Mediziner der Universität Ankara ermordet. Seit 1977 war er verantwortlich für alle Terroraktionen der „Grauen Wölfe“ in der Südtürkei. Als ihm dort der Boden unter den Füßen zu heiß wurde, setzte er sich in die BRD ab. Gegen ihn wurde seitens türkischer Sicherheitsorgane ebenfalls Haftbefehl erlassen.

Ein „christlicher“ Schutzschirm für türkische Faschisten

Ausgerechnet in der CSU-nahen „Deutschen Tagespost“, die in der BRD als Hausblatt der rechtskatholischen und extrem papsttrauen Kreise fungiert, war am 3./4. April 1980 folgendes zu lesen: „Der Parteivorsitzende Türkisch (Chef der MHP – Anm. AK) wird seit Jahren von der türkischen Linken und ihren Bundesgenossen im Westen heftig attackiert. Die Behauptung, daß Türkisch ‚faschistische‘ Ideen verbreite, ist jedoch ebenso irreführend wie ähnliche Vorwürfe, die in Wahlkampfzeiten in Deutschland die Linke gegenüber dem konservativen Flügel der Unionsparteien erhebt. Türkisch tritt für eine ‚türkische Renaissance‘ und für islamische Werte ein. Gleichzeitig bekennt er sich jedoch zu modernen parlamentarischen Demokratie“.

Was das westdeutsche „Kampfbüro des Papstes“ über den Parteivorsitzenden des späteren Papst-Attentäters verbreitete, beruht keineswegs auf Unkenntnis, sondern geschah in überlegter politischer Absicht. Autor dieser Zeilen war nämlich der Journalist Harald Vocke, der ensonsten für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ tätig ist. Vocke kennt Türkisch persönlich und organisiert in der BRD auch schon Pressekonferenzen für den MHP-Chef. Er ist auch einer Einladung der MHP zu einem Türkei-Besuch gefolgt. Seine Beiträge in der „FAZ“ über die „Grauen Wölfe“ sind derart profaschistisch orientiert, daß sie sogar von den türkischen Faschisten selbst – so z.B. in Hamburg – auf Flugblättern verbreitet wurden. Selbstverständlich ist Vocke nicht das einzige „braune Schaf“ der „FAZ“. Der verständlich ist Vocke nicht das einzige „braune Schaf“ der „FAZ“. „Der Geschäftsführer dieser Zeitung, Herr Hans-Wolfgang Pfeifer ist Mitinhaber des Rechtsanwaltsbüros Spring und Lange in Frankfurt am Main. Dieses Büro wiederum vertritt den MHP-Führer Türke vor bundesdeutschen Gerichten, so zum Beispiel in dem Prozeß, den Türke 1979 gegen die IG-Metall führte...“ („Türk-Informationen“, Dezember '80).

Die bislang offenkundigste Demonstration „christlichen“ Zuspruchs für die „Grauen Wölfe“ hat allerdings am 1. Mai 1978 in München stattgefunden: Damals traf sich MHP-Chef Türke, begleitet von Gün Sazak und Murat Bayrak, mit dem CSU-Vorsitzenden und späteren Kanzler-Kandidaten Franz-Josef Strauß. Die Zusammenkunft hatte Murat Bayrak arrangiert, damals faschistischer Kader in Demirels „Gerechtigkeitspartei“, der als Feindbild auf seinem Gelände Kilerkommandos militärisch ausbilden ließ. In dem – so Bayrak – „sehr herzlichen Gespräch“, sagte Strauß „den MHP-Politikern zu, daß in Zukunft für die MHP und die ‚Grauen Wölfe‘ ein günstiges psychologisches Klima“ in der Bundesrepublik geschaffen werden sollte: „Bayern soll der Anfang sein“ („Metall“, Nr. 10/78). Wie günstig das „Klima“ für die „Grauen Wölfe“ in Bayern bis heute geblieben ist, mag man an einer Stellungnahme ablesen, die der bayerische Innenminister Tandler noch im November 1980 abgab: „Die MHP und die Türk-Föderation setzen sich für die Interessen der türkischen Republik und Nation im Rahmen der Gesetze der Bundesrepublik Deutschland ein“ (Roth/Taylan, „Die Türkei“, S. 140).

Noch nach dem von MHP-Terroristen angerichteten Massaker in der osttürkischen Stadt Kahramanmaraş (111 Tote) traf sich ein weiterer Politiker der CDU/CSU mit Türke in Bonn: Gemeint ist der ehemalige rheinland-pfälzische Innenminister und heutige CDU-MdB Heins Schwarz. Auch

Fortsetzung nächste Seite



Wer ist Mehmet Ali Agca?

70er Jahre zu den wichtigsten MHP-Kadern in der BRD. Er war es, der im

Wer ist Mehmet Ali Agca?

Schon lange vor dem Papst-Attentat war Agca in der Türkei als einer der skrupellossten MHP-Terroristen bekannt. Auf sein Konto gehen mehrere Morde an politischen Gegnern. Sein bekanntestes Opfer war der jüdische Journalist Abdi İpekci, damals Chefredakteur der liberalen türkischen Tageszeitung „Milliyet“. Er wurde von Agca am 1. Februar 1979 in Istanbul auf offener Straße erschossen. Agca verschwand nach dem Anschlag in ein MHP-Lokal und wurde erst am 25.6.79 in einem von Faschisten kontrollierten Cafehaus in Istanbul festgenommen. Auf sein Bank-Konto waren übrigens kurz vor dem Mord 360.000 türkische Lira – damals über 10.000 DM – überwiesen worden. „Am 11.10.79 wurde er dem Gericht vorgeführt. Das Militärgericht in Istanbul ordnete ein psychiatrisches Gutachten für den Terroristen Ali Agca an. Während der ärztlichen Untersuchung unternahm der Flottale Agca – bewaffnet mit einer Pistole ungeklärter Herkunft – einen Fluchtversuch, der allerdings durch das Wachpersonal vereitelt wurde. Die Untersuchung ergab, daß sein psychischer Zustand normal war. Auf eigenen Wunsch wurde der Terrorist Agca in das Militärgefängnis Kartal-Maltepe in Istanbul verlegt. Von dort gelang ihm am 25./26.11.79 die Flucht“ (WDR, türkisches Programm v. 14.5.81). Die Flucht ging übrigens mit aktiver Hilfe der faschistisch infiltrierten Sicherheitskräfte voran – Agca verließ das Gefängnis in Militäruniform. In einem Brief an „Milliyet“ begründete er seinen Ausbruch damit, daß er den Papst, dessen Besuch in der Türkei unmittelbar bevorstand, ermorden wolle.

Aus bislang unbekannten Gründen wurde das Attentat damals nicht durchgeführt; Agca tauchte danach im europäischen Ausland unter, darunter auch in der Bundesrepublik, wo er nach Angaben türkischer Kreise eine deutsche Frau heiratete, um nicht an die Türkei ausgeliefert zu werden. Zwischen durch soll er sich auch wie-

70er Jahre zu den wichtigsten MHP-Kadern in der BRD. Er war es, der im Mai 1973 die MHP beim Kemptener Vereinsregister anmeldete (die Partei wurde dort – auf Veranlassung des türkischen Verfassungsgesetzes – 1976 wieder abgemeldet).

Während die „Welt am Sonntag“ vom 17.5. die Version verbreitete, Uygur sei erschossen worden, weil er seinem Mörder nicht den Aufenthaltsort von Agca habe verraten wollen, berichten die meisten anderen Presseorgane, Agca selbst sei mit hoher Wahrscheinlichkeit der Mörder gewesen. Uygur habe der Polizei kurz vor seinem Tod den Namen Agcas genannt und „fühle sich bedroht, weil er sich aus der rechtsextremen ‚Nationalen Bewegungspartei‘ zurückziehen wollte“ („FR“, 18.5.81). Konkretes Hinweis scheint es auch zum Tiral-Mord zu geben. Nach Angaben der Münchner Boulevard-Zeitung „tz“, „soll Agca nach dem Mord an Tiral mit einem Komplizen in einem Ford Consul nach München gefahren und dort nach Angaben des ‚tz‘-Informanten in einem Türkerviertel Unterschlupf gefunden haben“ (ebenda). In der Tat ist der Verdacht, daß der Papst-Attentäter mit der Liquidierung abtrünniger MHP-Kader beauftragt worden sein könnte, keinesfalls abwegig. Derartige Praktiken waren und sind bei den „Grauen Wölfen“ an der Tagesordnung und wurden von höchster Stelle, nämlich von MHP-Chef Alparslan Türkeş persönlich, offen propagiert. So äußerte Türkeş auf einer Parteiversammlung: „Ich werde unbekümmert meinen Weg gehen. Folgt mir... Wenn ich umkehre, erschießt mich... Erschießt auch den, der von diesem Weg abgeht...“ („devlet“, Organ der MHP, 1.10.73).

Von Seiten der „Türk-Föderation“ waren für die Morde an Tiral und Uygur die „türkischen Linksfaschisten in der Bundesrepublik“ verantwortlich gemacht worden. In Hamburg führten „Graue Wölfe“ nach Tirals Tod sogar eine öffentliche Protestkundgebung durch, auf der sie ihre Anhängerschaft

Fortsetzung von Seite 3

Schwarz's Kontakte in die Türkei sind nicht zufälliger Natur. Rheinland-Pfalz fungiert nämlich als Paterland für Polizei-Kontakte zur Türkei. „Seit Jahren findet ein regelmäßiger Polizeiaus-tausch zwischen der Türkei und Rhein-land-Pfalz statt. Noch im letzten Jahr war Rheinland-Pfalz der Türkei mit einer Computer-Anlage behilflich ...“ („faz“, 22.5.81).

Wichtigster CDU-Verbindungs-mann der MHP war freilich Schwarz-erna mittlere verstorbenen Partei-freund Hans-Eckhard Kennapin, seines Zeichens „Historiker“ und CDU-Stadtrat in Triesbe bei Kassel. Über ein nichtakzeptiertes sogenanntes Türkei-Institut beschaffte Kennapin fährden MHP-Kadern Aufenthaltsgenehmigungen für die BRD, so z.B. dem Vorsitzenden der „Türk-Föderation“ Serdar Celebi sowie seinem Vorgänger Lokman Kundakci, der mittlerweile bei den „Grauen Wölfen“ ausgestiegen ist. Kennapin war es auch, der für den ersten Jahres-Kongress der „Türk-Föderation“ am 4.2.79 die Kulturhalle in Schwarzenborn (Hessen) anmietete. Weitere Hilfen des CDU-Stadtrates für die türkischen Faschisten sind Briefen zu entnehmen, die der europäische MHP-Chef Enver Altayil an Tunesien schrieb. Diese Schreiben sind in der Anklageschrift gegen die MHP dokumentiert, die kürzlich in Ankara veröffentlicht wurde. In einem Brief vom 28.4.79 heißt es beispielsweise: „Am 4. Mai 1976 wird Dr. Kennapin nach Köln kommen. Dort wird er mich mit dem Leiter der Türkei-Abteilung des Deutschen Verfassungsschutzes bekannt machen. Dr. Kennapin teilte mir mit, daß diese Person der CDU angehöre und ein ehemaliger deutscher Offizier wäre. Er soll ein bewußter Antikommunist sein ... Ich fragte Dr. Kennapin, wie es möglich sei, daß über uns so negativ berichtet wird. Ich werde seine Antwort wörtlich wiedergeben: 'Unsere Leute (VS) bekommen in der Sache die Informationen von MIT (türkischer Geheimdienst). In dieser Angelegenheit muß man nicht unseren Leuten, sondern der MIT die Ohren lang ziehen. Wenn MIT richtige Informationen weitergibt und sagt, daß alles nicht so ist, werden unsere Leute auch nicht so schreiben ...'“

Die antikomunistischen Aktivitäten unter den Türken in Europa werden von uns, also der MHP, geführt. Die CDU/CSU wird bestimmt ihre Arme nach der MHP strecken müssen...“ (zit. nach „faz“ v. 22.5.81).

In der Tat gibt es neben den bereits genannten noch zahlreiche weitere Nahstellen zwischen CDU/CSU und türkischen Rechtsextremisten. So z.B. in Westberlin, wo CDU-Abgeordnete an einer Propaganda-Veranstaltung mit Tunesien teilnahmen und wo es besonders intensive Kontakte zwischen den „Grauen Wölfen“ und dem „Christlichen Gewerkschaftsbund“ (CGGB) gibt. So auch in Nürnberg, wo der dortige CSU-Fraktionsvorsitzende Georg Holzbeuer die Stadt aufforderte, Mittel und Räume für den türkischen jugendlichen „Ideellistenverein“ zur Verfügung zu stellen. Holzbeuer bezeichnete den Faschistenverein in diesem Zusammenhang als der „Jungen Union“ nahestehend! Und von Bonn aus agiert der CDU-Bundestagsabgeordnete und Ausländer-„Experte“ Hasinger, der sich insbesondere für das mit den „Grauen Wölfen“ kooperierende „Islamische Kulturzentrum“ (IKZ) einsetzt. Zusammen mit IKZ-Generalsekretär Abdulkadir Polat und CDU-MdB George sitzt Hasinger auch im Vorstand eines „Freiheitlich Türkisch-Deutschen Freundschaftsvereins“ („Mör-Türk“).

Angeht es derartig enger, langjähriger Kontakte und Beziehungen zwischen westdeutschen Politikern, Staatsschutzbeamten und türkischen Rechtsextremisten sind trotz Papst-Attentat auch für die Zukunft keine wesentlichen Änderungen der bisher geübten staatlichen Praxis systematischer Verharmlosung und Begünstigung türkischer Nazis zu erwarten. Nach wie vor gilt hier, was der Informationsdienst der Westberliner CDU am 8.8.79 als „Erkenntnis“ verbreitete:

„Die eindeutige Beurteilung der Sicherheitslage, nicht nur durch die sozialdemokratischen Innenminister und -senatoren, sondern auch durch das Bundesinnenministerium lautet: Nicht von den Grauen Wölfen, sondern von den links-extremistischen Türken und den sie unterstützenden Gruppen gehen die großen Gefahren aus“ (Roth/Taylan, S. 148).

AG Ausländer

Fortsetzung von Seite 1

Irland: Der Kampf um den »politischen Status« geht weiter!

Francis Hughes starb genau eine Woche nach seinem IRA-Kampfge-fährten Bobby Sands. 58 Tage lang hatte er jegliche Nahrungsaufnahme verweigert. Um seinen physischen Zustand war es aufgrund einer Schuß-verletzung, die er erlitten hatte, im März 1978 erfolglos Verhaftung erlitten hatte, von vornherein schlechter bestellt als bei den anderen Hunger-streikern. Hughes war von einem Sondergericht („diplomat-court“) wegen „Mordes“ an einem britischen S.A.S.-Soldaten zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt worden. Seine Taten ließen ihn in republikanischen Kreisen zum „Volksheiligen“ avancieren („Guardian“, 13.5.81). Die IRA bezeichnete Hughes in einer ersten Erklärung als einen ihrer „tapfersten Soldaten“. Dem südlichen Premier Haughey attestierte das IRA-Statement Mitschuld am Tode Hughes. Sein Schweigen habe die britische Regierung zur Legitimierung ihrer un-nachgiebigen Haltung benutzt („Guardian“, 13.5.81).

In den republikanischen/katholi-schen Ghettos von Belfast und Derry löste die Nachricht vom Tode Hughes' erneut schwere Unruhen aus. „Nach-dem der Rundfunk sein Programm unterbrochen und den Tod von Hughes gemeldet hatte, strömte in den Katholikenvierteln der nordirischen Hauptstadt die Bevölkerung auf die Straßen. Nach Mitteilung der Polizei deckten Jugendliche Polizeifahr-zeuge mit einem Steinhaufen ein und schleuderten Benzinbomben. Auf den Straßen wuchsen Barrikaden, mit denen die Bewohner der katholischen Stadtteile die Sicherheitsorgane fernzuhalten suchten. Frauen machten ihrem hilflosen (?) Zorn dadurch laut-stark Luft, daß sie Müllimerde auf das Straßenpflaster stießen und Tril-lerpfeifen betätigten. Die Sprecherin eines Bürgerausschusses im katholi-schen Falls-Road-Viertel sagte: 'Die Leute sind sehr, sehr aufgebracht. Wir bemühen uns, die Lage friedlich zu erhalten. Aber wie sehr hat sich denn die britische Regierung bemüht, Francis Hughes am Leben zu halten'“ („FR“ am Abend, 13.5.81). In Derry kaperten jugendliche Demonstranten Lastwagen und Busse der staatlichen Verkehrsgesellschaft und setzten sie in Brand.

Am 15.5 wurde Hughes in seinem Heimatort Bellaghy im Baislen von Zehntausenden begleitet. Wie Bobby Sands wurde auch Francis Hughes die übliche militärische Zeremonie der IRA zuteil. Im Schutze von aufgespannten Regenschirmen konnten die unifor-mierten und bewaffneten „Volun-teers“ unentdeckt entkommen. Royali-stische Politiker hatten zuvor an die nordirischen Sicherheitskräfte und die britische Armee appelliert, derartige öffentliche Auftritte der IRA zukünftig zu unterbinden. In England hatten die Aufnahmen der britischen Fernseh-stationen von der Beerdigung Sands heftige Diskussionen provoziert. Die britische Regierung fühlte sich offen-sichtlich gegenüber der Weltöffentlichkeit blamiert.

In der Nacht zum 21. Mai verstarb nach 61 Tagen Hungerstreik Raymond McCreesh. Wiederum kam es nach Bekanntwerden der Todesnachricht zu schweren Auseinandersetzungen zwischen den Bewohnern der republikanischen/katholischen Ghettos und den Sicherheitskräften. „Gruppen von jun-gen Katholiken, von denen viele me-kziert waren, stahlen nach Angaben der Polizei Dutzende von Personen-wagen und Lastwagen und steckten sie in Brand. Andere Fahrzeuge wur-den zum Bau von Straßenbarrikaden verwendet. Polizeistreifen und Pa-trouillen der britischen Streitkräfte wurden mit Benzinbomben angegrif-fen. Die schwersten Zusammenstöße ereigneten sich in einem stark befestigten Stützpunkt der Polizei in dem Stadtviertel New Barnsley, das nach Angaben der Polizei von über 300 Menschen angegriffen und regelrecht belagert wurde. Mindestens 50 Brand-bomben wurden auf den Stützpunkt geschleudert“ („FR“ am Abend“, 21.5.1981).

Nur einen Tag später, in der Nacht auf den 22.5. verstarb der 24jährige Patrick O'Hare nach 62 Tagen Hunger-streik im „Maze-Prison“.

Bereits am 9.5. hatte mit Joe McDonnell ein weiterer Gefangener im

„Maze-Prison“ den unbefristeten Hungerstreik auf Leben und Tod auf-genommen. Damit hatten die republi-kanischen Gefangenen ihre Ankündi-gung wahr gemacht, an die Stelle jedes toten Genossen einen neuen Hungerstreiker treten zu lassen, solan-ge bis die fünf Forderungen erfüllt worden sind.

Die Haltung der britischen Regierung

Ungeachtet weiterer Hungerstreikop-fer und des breiten internationalen Druckes hält die Thatcher/Atkins Ad-ministration bis zur Stunde an ihrer unnachgiebigen Haltung fest. Dabei kann sie sich innerpolitisch der Unter-stützung durch die Labour-Führung erfreuen. Gegenüber der Öffentlichkeit sieht sich die Tory-Regierung immer wieder genötigt zu betonen, daß es niemals einen „Political Status“ für „Kriminelle“ und „Terroristen“ geben werde. Die Gewährung des „Political Status“ für I.R.A./I.N.L.A.-Häftlinge käme einem „Freibrief zum Töten“ gleich („Guardian“, 6.5.81).

Während einer Unterhausbearbeitung zum Thema „Nordirland“ präsentierte die Gefängnisordnung des „Maze-Prison“ als eine der „liberalsten“ und „humanitärsten“ („Guardian“, 6.5.81). Es ist aber denkbar, daß sich London durch ein „Festbe-lägen“ am Begriff des „Political Status“ letztendlich die Option einer „Gefäng-nisreform“ (= partielle Erfüllung der fünf Forderungen der Gefangenen) pfeifen hält, eventuell in Abstimmung mit der südlichen Regierung.

Labour, S.D.L.P., südliche Regierung und Kirche

Labour, S.D.L.P., südliche Regierung und Kirche

Am 12.5. sprach sich der profilierte La-bour-Linker Tony Benn gegenüber dem BBC für einen Abzug der britischen Truppen aus Ulster aus („Guardian“, 13.5.81). Das weitere plädierte Benn für die Einsetzung einer UN-Kommis-sion zur Behandlung des Nordirland-Konflikts sowie für die Entsendung einer internationalen UN-Friedenstru-pe (als Abbildung für die britischen Truppen) in die sechs Grafschaften („Guardian“, 13.5.81). Benn, Unter-zeichner der H-Block-Petition, zählt zu den wenigen innerparteilichen Oppo-nenten gegen die seitens der Labour-Führung um Foot praktizierte Unter-stützung der Haltung der Tory-Regie-rung in der Frage des „Political Sta-tus“. Es soll an dieser Stelle nicht un-erwähnt bleiben, daß es eine Labour-Regierung war, die 1978 den „special Category Status“ abschaffte.

Die innerparteiliche Opposition gegen die Nordirlandpolitik der Labour-Führung soll allerdings in den letzten Wochen Zuwachs bekommen haben.

Benn äußerte im besagten BBC-Int-erview die Meinung, daß eine sich auf militärische Präsenz stüt-zende Nordirlandpolitik keine Zukunft habe („Guardian“, 13.5.81). Eine Er-kenntnis, die allerdings von Benn be-reits andere Kreise gewonnen haben; wie sonst wären die verschiedenen, in den letzten Jahren seitens britischer Regierungen ergriffenen „politischen Initiativen“ zu erklären?

Von Michael Foot handelt es sich Benn für seine Äußerungen eine Rüge ein. Der Abzug britischer Truppen würde zwangsläufig in gegenseitige Messer der verfeindeten „Bürger-kriegsparteien“ enden („Guardian“, 15.5.81). Gleichzeitig sprach sich Foot für eine „neue“ britische Nordirland-politik aus, ohne dies allerdings inhalt-lich näher zu konkretisieren („Guardian“, 15.5.81).

Thatcher selbst erteilte Bennis Plä-nen eine glatte Absage. Es handele sich beim Nordirlandkonflikt um eine interne Angelegenheit des „Unit-ed Kingdom“. Zudem verwies sie auf das Versagen der UN im Libanon, im Mittleren Osten, in Namibia, etc. („Guardian“, 15.5.81). Der Führer der „Official Unionist Party“, Moynihan, erklärte, die Stationierung einer UN-Friedenstruppe sei kein akzeptabler Ersatz für die britische Militärpräsenz, da sie nicht in der Lage sei, die R.U.C. in der Bekämpfung des „Terrorismus“ zu unterstützen („Guardian“, 14.5.81).

Inwiefern Bennis Vorschlag in US-Kreisen auf positive Resonanz stößt, ist nicht bekannt.

Bemüht um eine „friedliche“ Beile-gung des Konflikts zeigte sich einmal mehr der S.D.L.P. Führer und Europe-parlamentsabgeordnete John Hume. Die katholisch integrationsistische S.D.L.P. wirbt seit Jahren vergeblich um britische Unterstützung in der ka-tholisch/republikanischen Minorität des Nordens.

Am 14.5. empfing Thatcher Hume in der Downing Street zu einer mit Spannung erwarteten Unterredung. Die integrationsistischen Kräfte im Nor-den sowie die südliche Regierung dürften von diesem Treffen Signale für ein partielles Einlenken Londons er-hofft haben. Humes Vorschlag, zwei der fünf Forderungen zu erfüllen (eige-ne Kleidung, freier Umkleeschuß), wurde von der „eisernen Lady“ verworfen („faz“, 15.5.81). Humes Visite in Lon-don erfolgte in Absprache mit dem südlichen Premier Charles Haughey.

Die auch als „irische Lobby“ firmierenden prominenten US-Politiker Edward Kennedy, Patrick Moynihan, Thomas O'Neill und Hugh Carey kri-tisierten in einem an Thatcher adres-sierten Telegramm „die unbewegliche Haltung der britischen Regierung gegen-über Nordirland, die zu weiterer sinnloser Gewalt und unnötigem Töten in der britischen Provinz führen müs-sen“ („FR“ am Abend“, 7.5.81).

Die „big Four“ sprachen sich des weiteren für die Beilegung der „trag-ischen und unnötigen Krise“ auf Basis eines „Kompromisses“ aus („Guardian“, 15.5.81). In ihrer sehr ausführ-lich ausgefallenen Antwort betonte Thatcher zum wiederholten Male, daß weder ein Kompromiss noch etwas an die Gewährung des „Political Status“ zu denken sei. Die britische Regierung habe zudem in der Vergangenheit zur Genüge ihre flexible Haltung in Sachen Haftbedingungen unter Beweis ge-stellt.

Der südliche Premier Haughey forderte in einem Statement, die Suche nach „politischen Lösungen“ mit mehr Nachdruck zu verfolgen. Er er-klärte, daß keine irische Regierung an-geichts der Aussicht auf weitere Hun-gerstreiktote in Gleichgültigkeit verhar-ren könne. Eine „humanitäre Lösung“ des Problems sei „möglich“ und „not-wendig“. Die augenblicklich gespannte Lage verdeutliche die Notwendig-keit, das gesamte Nordirlandpro-blem einer umfassenden Lösung zuzu-führen. Eine umfassende politische Lösung sei die einzige Möglichkeit, den Zyklus von „Gewalt, Zerstörung und Tod“ zu beenden („Guardian“, 13.5.81). Die harte Haltung Londons hat sowohl die integrationsistischen Kräfte im Norden als auch die Regie-rung der südlichen Republik in eine mißliche Lage gebracht. Der Spiel-raum für eine Politik der Kollaboration mit dem Imperialismus hat in den letzten Wochen eine objektive Verengung erfahren.

Die südliche Regierung hat erneut bei der Europäischen Menschenrechts-kommission in Straßburg vorgespro-chen. Sie bat diese um baldige Inter-vention im „H-Block-Konflikt“. Sie erhofft sich hiervon eine „Reform“, die einerseits für die Briten gerade noch erträglich ist, und die anderer-seits der radikal-republikanischen Be-wegung im Norden wie im Süden den Boden für ihre Agitation entziehen würde.

Die I.R.A. und der Hungerstreik

Anläßlich der traditionellen Feierlich-keiten zum Jahrestag des „easter-ing“ von 1916, die in diesem Jahr ganz im Zeichen des Hungerstreiks der republikanischen Gefangenen stan-den, kündigte die Belfast I.R.A.-Brigade für den Fall des Todes von Sands eine „beispiellose Welle von Gewalt“ an, gegen die sich alle bis-herigen militärischen Aktionen der I.R.A. wie „Tea-Parties im Bucking-ham-Palast“ ausnehmen würden („Spiegel“ 18/81, „Guardian“, 20.4.81).

Als es in Derry, angesichts des unmittelbar bevorstehenden Todes von Sands zu ersten apo-n-tanen Ausschreitungen kam,

wurde die örtliche I.R.A.-Einheit vor „Aktionen, die sich nicht auszahlen werden“ („Guardian“, 22.4.81).

Die militanten Aktionen, getragen von den „kids“ aus den republikani-schen/katholischen Ghettos, hatten teilweise diffuse Formen angenom-men. So waren nicht nur britische Soldaten und nordirische Sicherheits-kräfte sondern auch Bewohner und Einrichtungen der eigenen Wohnbesit-zus zu Schaden gekommen. Das I.R.A. Statement endete mit den Worten: „Wir brauchen die Unterstützung der Leute. Wir haben die Unterstützung der Leute und wir dürfen nichts unter-nehmen, was sie gegen uns aufbringt“ („Guardian“, 22.4.81).

Von der Erschießung eines Sol-daten des „Ulster Defence Regiment“ in Amagh distanzierte sich die lokale I.R.A.-Einheit nachträglich („Guardian“, 24.4.81). Für die Erschießung eines R.U.C. Angehörigen in Belfast übernahm die I.N.L.A. die Verantwortung, die Widersprüche zur militä-rischen Abstinenz der „Provos“ wäh-rend des Hungerstreiks hegt („Guardian“, 28.4.81).

Es sind in der Zeit vor dem Tod von Bobby Sands nur wenige Anschläge auszumachen, für die sich die I.R.A. explizit verantwort-lich erklärte. Spektakuläre Akzio-nen sind überhaupt nicht zu regi-strieren.

Ein analoges Verhalten, was die Ebene der militärischen Auseander-setzung anbelangt, war bereits wäh-rend des letzten Hungerstreiks zu konstatieren, wo die I.R.A. primär den militärischen Schutz der „Anti-H-Block-Märsche“ im Norden übernahm.

Die seitens der „Belfast Brigade“ angekündigte und von den bri-tischen Medien tagtäglich herauf-beschworene „Welle der Gewalt“ blieb auch nach Bekanntwerden der Nachricht vom Tode Sands aus.

Die militanten Unruhen, die unmit-telbar folgten, waren eindeutig spon-tanen Charakters. Die I.R.A. hielt sich weiterhin zurück und erklärte vielmehr die folgenden Tage zu „nationalen Trauertagen“. An die republikanische/katholische Minorität (und wohl auch an die diversen lokalen Brigaden) erging der Appell, mit eventuellen Vergeltungsmaßnahmen bis nach der Beisetzung Sands zu warten („FR“ am Abend“, 5.5.81).

Bereits Tage zuvor hatte Bernadette McAl-ley als Sprecherin des „National H-Block/Amagh Committee“ ge-äußert, daß man im Falle des Todes von Bobby Sands „keinen einzigen Turnout, keinen einzigen Steinwurf, keine einzige Benzinbombe“ („FAZ“, 5.5.81) wolle. Stattdessen prophezei-te sie „politische Maßnah-men“, wie den Boykott britischer Waren sowie einen eintägigen General-streik zu Ehren des toten I.R.A.-Häft-lings.

Die „kids“ in den Ghettos von Belfast und Derry zeigten sich von Bernadettes Appell allerdings of-fensichtlich wenig beeindruckt.

Ob das von I.R.A.-Volunteers am 6.5. in der Nähe von Crossmaglen auf britische Soldaten eröffnete Feuer bereits die Einleitung einer Wende im Verhalten der „Provos“ bedeute (wie es die bürgerliche Presse z.T. darstellte), muß angezweifelt werden. Dieses, auch als „befreites Gebiet“ bezeichnete Region nahe der Grenze zur Republik, hat ihre „eigenen Ge-setze“. Direkte Feuergefechte zwischen britischen Patrouillen und der I.R.A. sind hier die Regel. Die Briten ziehen es hier vor, sich per Hub-schrauber zu bewegen. Für die I.R.A. ist die Grenzregion hinsichtlich des militärischen Nachschubs aus dem „Süden“ von enormer Bedeutung. In den letzten Jahren bedienen sich die Briten zunehmend der Hilfe der kolla-borationswilligen südlichen „Free State Army“, um der Lage Herr zu werden. Auch nach der Beisetzung Sands war zunächst keine Änderung im Verhalten der I.R.A. zu registrieren. Gerry Adams, Vizepräsident der SINN FEIN und ehemaliger Kommentator der „Belfast-Breigade“, erklärte am Grabe Sands, daß man s e l b s t den Zeitpunkt für Vergeltungsmaß-nahmen bestimmen würde, was nicht gerade auf unmittelbare folgende mili-tärische Aktionen hindeutet. Ungeklärt blieb auch die Herkunft jener Brief-bomben, die an einigen für ihre be-

Mitterrands Versprechen

Institutionelle Ebene

Das Präsidentenamtmandat soll auf fünf Jahre begrenzt und dann verlängert werden können. Sieben Jahre sollen definitiv (ohne Verlängerungsmöglichkeit) die Höchstdauer sein. Die parlamentarische Opposition soll mehr Kontrollmöglichkeiten über die Regierungspolitik erhalten. Die Bedingungen zur Durchführung von Volksabstimmungen sollen erweitert werden. Sämtliche Ausnahme-Gesetzgebungen und -Verfahren sollen aufgehoben werden (Staatsicherheitshof, Militärgerichte in Friedenszeiten, Gesetz „Anti-Cassura“, Gesetz „Payrefitte“). Minister, Präsident, Senatoren, Abgeordnete werden Einkommenserklärungen machen müssen.



Dezentralisierung

Die Präfekte werden abgeschafft. Stattdessen werden Regionalversammlungen mittels des allgemeinen Wahlrechts eingesetzt, nach dem Prinzip der Verhältnisvertretung. Die Präfekte werden hohe Kommissare.

Eine Neuauftellung der Steuern fakte werden hohe Kommissare.

Eine Neuauftellung der Steuern zwischen Staat und Gemeinden wird eingeführt: die Gemeinden werden schrittweise 25 bis 30 % der Steuereinnahmen behalten (gegenüber 19 % heute).

Ein neues Departement des „baskischen Landes“ wird geschaffen, Korsika erhält einen „Sonderstatus“.

Zu den „vom Neokolonialismus geerbten Praktiken“ soll eine „klare und definitive“ Trennungslinie gezogen werden. Die spezifischen Interessen der Überbevölkerung sollen verteidigt werden. Wenn diese den „Wunsch nach ihrer Unabhängigkeit“ ausdrücken, wird ihnen der Präsident der Republik dies ermöglichen im Rahmen der Bedingungen, die die Überbevölkerung selber gewählt hat.

Wirtschaftliche Ebene

Wachstum von 3 % jährlich zwischen 1981 und 1982, dann höher.

Die unteren Einkommen sollen erhöht werden, insbesondere Wohnungsbauprogramm.

Neun Industriegruppen werden nationalisiert (Stahlindustrie, AKW-Industrie, Rüstungssektor u.a.). Banken und große Versicherungsgesellschaften sollen ebenfalls nationalisiert werden.

Die höheren Einkommen werden künftig auch höher versteuert werden (zwischen 0,5 % und 8 % mehr).

Die jetzt in Bau befindlichen AKWs werden weiter gebaut. Die anderen Projekte werden sofort gestoppt. Die Frage der „Notwendigkeit“ eines Schnellen Bräters (Creye-Melville) wird „geprüft“.

Eine breite Volksdebatte über Atomenergie wird initiiert sowie ein Referendum hierzu durchgeführt. Die nationale Kohleförderung soll innerhalb von zehn Jahren ihren Produktionsstand von 1973 wieder erreichen (30 Mio t), neue Energiequellen sollen entwickelt werden. Den finanzschwachen Ländern der „Dritten Welt“ wird ein Schuldenerlass bewilligt sowie neue Zuschüsse. Ein Forschungsinstitut wird gegründet. Ein permanenter „Nationaler Rat der Kultur und der Forschung“ wird eingeführt, der mit dem Präsidenten der Republik in direkter Verbindung steht. Das Bodenverkaufsrecht soll verallgemeinert und eine Erbschaftssteuer eingeführt werden. Der „Orden der Architekten“ wird abgeschafft. In den Gemeinden sollen öffentliche Architektur- und Stadtplanungswerkstätten, mit Beteiligung der BürgerInnen, aufgebaut werden. Die Rechte der Mieter werden ausgebaut, die Wohnzuschüsse um 60 % erhöht. Den Zielbehörden werden sofort 300 Millionen Francs zugunsten der am meisten Benachteiligten unter den Mietern bewilligt, diese erhalten auch Zahlungsaufschub für ihre unbezahlten Sozialwohnungsmieten.

210.000 Arbeitsplätze, davon 160.000 im öffentlichen Sektor und 60.000 gemeinnützige, werden geschaffen.

Jugendlichen zwischen 18 und 21 Jahren wird während des Übergangs Schule/Beruf ein Mindestlohn zugesagt.

Die Arbeitszeit wird schrittweise auf 35 Stunden pro Woche verkürzt, ohne Lohnminderung bei gleichzeitiger Schaffung neuer Arbeitsplätze. Das Recht auf Pensionierung mit 60 Jahren wird eingeführt. Der Mindestlohn wird erhöht, die Lohnhierarchie reduziert, die 5. Urlaubswoche eingeführt. Ab 1. Juni 1981 wird die Mindestrente auf 1700 F./monatlich erhöht, am 1. Januar 1982 auf 2000 Francs. Ziel ist die Gleichsetzung der Mindestrente mit dem Mindestlohn.

Sowohl das Kindergeld als auch die Wohnzuschüsse werden in zwei Etappen um 50 % erhöht.

Der „Orden der Mediziner“ wird abgeschafft. 3 Gruppen der pharmazeutischen Industrie werden nationalisiert. Der Privatsektor in den Krankenhäusern wird abgeschafft. Krankenhauspflegedienste sollen kostenlos sein. In den Gemeinden sollen „Gesundheitszentren“ gegründet werden.

In den Betrieben soll es Mitbestimmungsrechte der Belegschaften bei Entlassungen und bei Einstellungen geben.

Außenpolitik

Europapolitik:

„Das Europa des Gemeinsamen Marktes ist ein Europa aus 10 gleichberech-

tigten Partnern... Dem aktuellen Europa fehlt es an Seele, Idealen und Überzeugung“ (F.M., 26.3.81, „LM“).

„Es ist Unfug, von europäischer Verteidigung beim aktuellen Stand Europas zu reden“ (5.4.81, „LM“).

„Es ist notwendig, die Beziehungen zwischen Frankreich und der BRD enger zu gestalten, aber eine Achse Paris-Bonn kommt nicht in Frage“ (26.3.81, „LM“).

„Ich wünsche mir ein gutes Auskommen mit den USA. Ich akzeptiere nicht, daß die USA den Gemeinsamen Markt zerstören wollen. Ich lehne es ab, die Kosten der amerikanischen Politik in Salvador und Nicaragua zu zahlen, indem ich diese beiden Länder fallen lassen soll“ (21.4.81, „LM“).

Die Welt

„Ich bin den beiden Militärblöcken feindlich gesinnt. Ich möchte gerne da rauskommen. Wenn ich mich vom atlantischen Bündnis befreien wollte, würde ich es so tun, wie es die Polen gegenüber dem Warschauer Pakt tun. Wenn man sich aber von dieser Allianz trennt, findet man sich innerhalb einer feindlichen Welt entblößt wieder. Deswegen hänge ich an dieser Allianz“ (21.4.81, „LM“).

„... Die SU wird mit mir und ich mit ihr ohne die geringste Schwierigkeit verhandeln, da ich daran interessiert bin, das Gleichgewicht in Europa zu erhalten“ (16.3.81, „LM“). Zu Polen:

„Es ist Sache der polnischen Arbeiter, selber darüber zu entscheiden, was ihrer Sache dient.“ „Im Falle einer Intervention wissen die Polen, daß sie keine militärische Hilfe fremder Länder erwarten können... Frankreich müßte dann eine Serie von Verträgen mit der SU aushandeln, weil die SU wissen muß, daß sie nicht mit nichts da nichts alle 6 Monate Gendarmenoperationen in der Welt durchführen kann“ (31.3.81 und 5.4.81, „LM“).

Zu Afghanistan: „Es ist das erste Mal, daß das sowjetische Rußland das Risiko eines solchen Konfliktes imperialistischen Charakters gegenüber einem Land der III. Welt auf sich nimmt. Es handelt sich mehr um ein Problem, das sich künftig der kommunistischen Nord-Süd-Welt stellt, als um ein Ost-West-Problem“ (9.2.81, „LM“).

Zur VR China: „Unsere Außenpolitik hat nicht zwischen China und SU zu wählen, auch wenn die chinesischen Führer oft entschlossene Positionen gegenüber der SU und den Willen zu einem stärkeren Europa gewünscht haben...“ „Die SU ist expansionistisch, wie die Chinesen sagen... Die Vereinigten Staaten, China und Europa sind nicht zuviel, um gegen diese Macht Stellung zu beziehen“ (9.2.81 und 20.2.81, „LM“).

Einige Bon Mots von Giscard

„Einige finden mich zu liberal. Das ist ein Vorwurf, den ich akzeptiere, denn ich werde mich niemals schämen, der Freiheit zu dienen“ („LM“, 25.4.81). „Alle Kandidaten, oder fast alle, sind Anti-Giscard-Kandidaten... Ich habe nur die Französinen und die Franzosen mit mir. Ich bin der Einzige, ...den die Franzosen immer wieder an die Spitze setzen“ (in Umfragen; „LM“, 11.4.81).

„Ich bin der Einzige, der alle politischen Familien des Regenbogens der Freiheit vereinigen kann“ („LM“, 8.5.81). „Auch ich habe meine Rose“ (Anspielung auf das Emblem der PS), „es ist aber keine Rose mit Stacheln, sondern die Windrose“ (ebda). „Mein Problem ist, daß ich eine zu stark ausgeprägte Sensibilität habe. Man ist gezwungen, sie zu verbergen. Wenn man die Funktionen innehat, die ich habe, kann man seine Emotionalität nicht zeigen. Das ist mein Problem“ („LM“, 9.5.81).

„Wir haben einen AKW-Typus gewählt, der laut Erfahrungen in der Welt, der Beste ist... Ich habe mich persönlich um die Ausbildung derjenigen gekümmert, die für die Sicherheit der Atomkraftwerke verantwortlich sind“ („Paris-Match“, 16. Mai 81).

„Das politische Gewicht und das moralische Gewicht Frankreichs ist in Afrika sehr hoch. Dies haben mir fast sämtliche afrikanischen Staatsmänner bewiesen. Ich wollte das bloß nicht in meiner Kampagne erwähnen. Es schien mir deplaziert“ (1). „Innerhalb von sieben Jahren, Herr Mitterrand, habe ich nie ein einziges unglückliches Wort über die französische Arbeiterklasse verloren. Ich respektiere sie in ihrer Arbeit, in ihrer Aktivität und sogar in ihren politischen Meinungsäußerungen“ (VGE, „Fernsehduell“, 8. Mai 81).

(1) In einem Interview mit der „Washington Post“ (8.5.81) bestätigte Ex-Kannibalkaiser Bokassa, mehrfach 10- bis 20-karätige Diamanten Madame Giscard d'Estaing geschenkt zu haben (Giscard hätte dazu erklärt, es wäre nur „kleine Steine“ gewesen). Er behauptete, der gesamten Giscard-Familie mehr Diamanten als irgend jemandem anders geschenkt zu haben. Außerdem schenkte Bokassa Giscard's Cousin ein Jagdrevier.



Paris: Siegesfeier der Linken an der Bastille

Bildungswesen

An den Schulen sollen für die benachteiligten Kinder mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Antidiskriminierende und willkürliche Maßnahmen an den Universitäten (Verschulung des Unbetrübtes durch Serien von Vor- und Nach-Prüfungen etc.) werden abgeschafft wie auch die Erlasse, die die ausländischen Studenten treffen.

Polizei

Ein Resolutionstext soll abgestimmt werden, wonach Polizisten die Möglichkeit zur Befehlsverweigerung erhalten im Fall von Forderungen und anderen unmenschlichen oder entwürdigenden Behandlungen. Ebenso soll in diesem neuen „Polizeikodex“ eine Gewissensklause für Polizisten enthalten sein, denen man „rasistisches

Aktionen“ befehlen würde.

Todesstrafe

Die Todesstrafe (immer noch die Guillotine...) soll abgeschafft werden. Mitterrand will die derzeit zum Tode verurteilten Gefangenen amnestieren.

Homosexualität

Dazu eine Erklärung von F.M.: „Die Homosexualität muß aufhören, als Delikt betrachtet zu werden. ... Es ist nicht unsere Aufgabe, die Sitten anderer zu beurteilen“ (28.4.81, „LM“).

Medien

Die Unabhängigkeit von Radio und Fernsehen soll durch die Schaffung eines Kontrollrates mit pluralistischer Besetzung garantiert werden. Freie Radiosender werden gestattet.

Ein Hoch auf die deutsche Presse

Während der „Spiegel“ (18.5.81) zu berichten weiß: „Frankreichs Sozialisten sind keine deutschen Sozialdemokraten, und noch weniger ist ihr Chef ein französischer Helmut Schmidt. Sie hängen programmatisch-idealistischen Zielen viel stärker an als ihre deutschen Genossen von heute und träumen noch davon, Wirtschaft, Gesellschaft und Staat wahrhaft umzukrempeln. Marxistische Terminologie geht ihnen dabei flink von den Lippen“ — wieder der „stern“ die Unterschiede woanders an: „Gewiß ist, daß die beiden Politiker [Schmidt und Mitterrand], wenn auch von der Natur

her ähnlich unterstellt, im Wesen sehr verschieden sind. Anders als der rote (uff!) Hamburger Schmidt ist Sozialistenführer Mitterrand, wie er sagt, „nicht links geboren““ (aus der roten Hamburger Illustrierten vom 14.5.81).

Dem „Spiegel“ näher steht wiederum die „FAZ“: „Das Utopische, Emotionale des Politikers Mitterrand mag wohlwollend für die vermeintliche Volksseele sein, aber es ist wenig geneigt für das Wohl des Ganzen — und den Ruf Mitterrands als Staatsmann“ (13.5.81). Politik ist 'ne zu ernste Sache, als daß man sie den Massen überlassen könnte.

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Ärzte“ (im Dienste der Unternehmer).

Ohne daß sie ihre eigenen Forderungen bislang benannte (abgesehen von der Forderung nach Erhöhung des Mindestlohnes auf 3.500 Francs) erklärte die CGT diese zu „minimalistischen Forderungen“. Weiter heißt es von der CGT-Führung: „Wir werden nicht die Prediger einer sogenannten linken Sparpolitik sein. ... Wir haben nicht gesagt, daß wir alles sofort haben wollen, wir gehören aber nicht zu denjenigen, die nichts verlangen oder die sich mit wenig begnügen. ... Wir sind weder Maximisten noch Minimalisten“ („LM“, 16.5.81).

Die ersten angekündigten Schritte der neuen Regierung betreffen die Außenpolitik. So hat die PS angekündigt: „Handelsstop auf jeder Ebene mit Namibia“, Stop der Uranimporte,

„totaler Waffenembargo“ gegenüber dem südafrikanischen Apartheid-Regime, „Beendigung jeder öffentlichen Investition und jeder Unterstützung von Privatinvestitionen in Südafrika“. Die Linkaregierung soll „den Flüchtlingen und den Militanten der südafrikanischen und namibischen Befreiungsbewegungen politisch, diplomatisch und humanitär Unterstützung geben“ (L. Jospin, erster Sekretär der PS, „LM“, 21.5.81).

Eine andere, bereits in Kraft getretene Maßnahme ist die Aufhebung des Einreiseverbots von RA Croissant, der bereits 1977 den Status eines politischen Flüchtlings in Frankreich beantragt hatte.

Giscard battu, le combat

continuel
(Giscard geschlagen — der Kampf geht weiter!)

Frankreich-Kommission

Westberlin nach den Wahlen: Wie geht es weiter?

Fortsetzung von Seite 1

Im Unterschied zu den Grünen in Bremen und Baden-Württemberg, wo diese Partei Proteststimmen etwa gleichmaßen von allen drei bürgerlichen Parteien erhielt, bezog die AL ihre Stimmen eindeutig aus dem linken Spektrum der SPD und - in geringerem Maße - der FDP. Dies macht deutlich, daß eine klar linke, radikaldemokratische Liste wie die AL Anziehungskraft bei linken Sozialdemokraten besitzt und hier auch ein wichtiger Ansatz für die künftige Politik der AL liegen muß.

Auffallend ist weiterhin, daß die AL überdurchschnittlich in den Wahlbezirken abhebt, wo die kommunalen Probleme besonders groß sind: in Sanierungsgebieten, insbesondere in den Innenstadtbezirken und im Kreuzberg. Im letzteren Bezirk kam die AL in 5 der 6 Wahlkreise auf 17 - 18 % der Stimmen. Ein weiteres Moment des Wahlerfolgs der AL ist, daß bundespolitische Themen kaum zogen. Kommunalpolitische Probleme, vor allem die Wohnungsbaupolitik, standen ganz eindeutig im Mittelpunkt des Wahlkampfes.

Der Wahlbetrug der SPD

Nach den Wahlen besteht die erwartete „Sitzsituation“. Die CDU erhielt 65 Abgeordnetenmandate, die SPD nur noch 52 - nach der endgültigen Auszählung wurde der SPD noch ein Überhangmandat aberkannt, womit sie nun also auf 51 Sitze kommt (Anm. - AK) -, die AL 9 und die FDP 7. SPD, FDP und AL zusammengekommen könnten also einen Weizsäcker-Senat verhindern. Trotzdem legte sich SPD-Vogel schon zwei Stunden nach der ersten Hochrechnung klipp und klar darauf fest, daß für ihn keine SPD/FDP-Minderheitsregierung unter Duldung der AL in Frage komme. Die SPD werde in die Opposition gehen - bevor überhaupt irgendwelche Koalitionsgespräche versucht worden waren. Die demagogischen Parolen der SPD und ihrer Wahlhelfer wie Klaus Staack, wer AL wähle, wähle schwarz, entpuppten sich als Wahlbetrug. Niemand anders als die SPD selbst war sofort bereit, der CDU die Macht auf dem Silbertablett zu servieren. Damit drängte Vogel zudem die FDP direkt zum „Umfallen“, entweder einen Weizsäcker-Senat zu dulden oder gleich eine Koalition zu bilden. Das orangefarbene Vogel rückt die FDP direkt zum „Umfallen“, entweder einen Weizsäcker-Senat zu dulden oder gleich eine Koalition zu bilden. Das politische Kalkül der SPD ist klar: Die Auseinandersetzungen in Westberlin vornehmlich im Bereich der Wohnungsbaupolitik und der Hausbesetzungen werden an Schärfe unter einer CDU-Regierung zunehmen und die SPD möchte in der Oppositionsrolle abwarten, bis die Drecksarbeit (vor allem: Räumung der besetzten Häuser) getan ist und eine CDU-Senatskrisis ins Haus steht. So orakelte der SPD-„Vorwärts“: „Die Frage ist nur, wie lange Vogel und seine Genossen die Oppositionsbänke drücken werden“ („Vorwärts“, 14.5.81).

Ziel der SPD ist es, bei unter solchen Bedingungen angesetzten Neuwahlen verlorene „Denkzettel“-Stimmen von der CDU zurückzuholen und die AL wieder aus dem Parlament zu drängen. Den Schwarzen Peter kriegt dabei die FDP zugeschoben, die einen CDU-Minderheitsenat zumindest durch Duldung ermöglichen müßte.

Die Westberliner FDP ist in ihrer Mehrheit gegen eine Koalition mit der CDU und befürwortet eine Opposition im Sinne der politischen „Glaubwürdigkeit“ vor den Wählern, denen die FDP vor der Wahl versprochen hatte, keine Koalition mit der CDU einzugehen. Einem CDU-Senat trotz dieser Ausgangslage den nötigen Rückhalt durch die FDP zu verschaffen, gestaltet sich recht problematisch: Zwar nahm der Landesvorstand der FDP mit 8 : 1 einen Beschluß an, die FDP-Fraktion solle die Wahl Weizäckers und seines Senats unterstützen. Zwar schaltete sich auch Genscher persönlich ein, um die Westberliner FDP auf diesen Kurs zu verpflichten. Aber der Parteitag der Westberliner FDP am 22. Mai kümmerte sich wenig um diese Aufforderungen, sondern nahm mit 134 gegen 93 und unter Riesenzujubel eine Resolution an, die sich deutlich gegen Unterstützung oder Duldung eines CDU-Senats ausspricht.

Drei Vorstandsmitglieder traten daraufhin zurück. Möglich ist in Westberlin nunmehr zweierlei: Entweder unterstützen Teile der FDP-Fraktion trotz des Parteitagebeschlusses, nur ihrem Gewissen (ihem!) verantwortlich, die Wahl Weizäckers. Tatsächlich sollen 5 der 7 FDP-Abgeordneten diese Absicht schon vor dem Parteitagebescheid erklärt haben („Welt“, 22.5.). Dies könnte schließlich zu einer de-facto-Koalition führen. Die andere Möglichkeit, zur Zeit drohend beschworen, wären Neuwahlen, bei denen die FDP sehr alt aussehen könnte und bei denen die SPD sich Hoffnung macht, der AL ein paar verschreckte Wähler mit Hinweis auf das „kleinere Übel“ wieder abnehmen zu können.

Bundespolitisch betrachtet liegt der Gedanke nahe, daß ein faktischer Koalitionswechsel in Westberlin (in welcher Form auch immer) auch die Bonner Regierungskoalition ihrem Ende näher bringen dürfte. Andererseits ist festzustellen, daß Vogel selbst sehr bereitwillig grünes Licht für den Koalitionswechsel gegeben hat (mit seiner Festlegung in der Wahlnacht), und daß er offensichtlich in Absprache mit der SPD-Spitze handelte, da von dieser keinerlei Widerspruch kam. Auch die

eine „Doppelstrategie“. Sie wirft der AL gern „Politikunfähigkeit“ vor, schließt aber eine „Zusammenarbeit in Sachfragen“ nicht gänzlich und ausdrücklich aus. Die SPD läßt sich also ein winziges Türchen gegenüber der AL offen. Hauptsächlich jedoch verfolgen alle drei Parteien das Ziel, die AL konsequent zu isolieren. Die bürgerlichen Medien, vor allem die Springerpresse, diffamieren die AL als „Chaoten“. 14 Kommunisten will die „Berliner Morgenpost“ ausgemacht haben, die für die AL im Abgeordnetenhaus und in den Bezirksparlamenten sitzen. Und die „Bild“ zeternte, daß erstmals in der Geschichte der BRD und Westberlins „ein Terrorist“ im Tiergartener Bezirksparlament als Abgeordneter sitzt. Gemeint ist der nicht rechtskräftig verurteilte Gerald Klöpfer, dem Beteiligung an der Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz vorgeworfen wird. In einem Leitartikel schrieb die „Berliner Morgenpost“, daß die AL ein „klassisches Sicherheitsrisiko“ darstelle. Die bürgerlichen Parteien, die selbst Schuld an dem Erfolg der AL trügen, seien zur „Wiedergutmachung“ aufgerufen (13.5.).

Und die etablierten Parteien stellen schon konkrete Überlegungen an, wie sie der AL im Abgeordnetenhaus

in den vier Bezirken, wo sie schon parlamentarisch vertreten war:

- Im Bezirk Kreuzberg bekam die AL 15,7% (1979: 7,8%) und vorzugsweise 7 Abgeordnete. In den Sanierungsgebieten konnte die AL in vielen Stimmbezirken zwischen 20 und 30 % der Stimmen erzielen.

- Im Bezirk Schöneberg bekam die AL 14,3% der Stimmen. In einem der dortigen Stimmbezirke erreichte die AL ihr höchstes Wahlergebnis: rund 41%! Damit ziehen 6 Igel ins Bezirksparlament ein.

- Im Bezirk Tiergarten bekam die AL 12,7% (1979: 6,0%) und stellt 6 Abgeordnete; 5 davon sind Frauen und der einzige Mann wird Gerald Klöpfer sein. Im Moabit-Knast erreichte die AL ein Rekord-Ergebnis: 85,3% der Gefangenen, die das Wahlrecht haben, wählten AL!

- Im Bezirk Wilmersdorf steigerte sich die AL von 5,0% auf 11 % und zieht mit 5 Abgeordneten ein.

In diesen vier Bezirken stellt die AL auch jeweils einen Stadtrat.

Eine Verdoppelung der Stimmen erreichte die AL auch in den großen Bezirken Charlottenburg (11% = 5 Bezirksverordnete), in Steglitz (8,5% = 4). Im Wedding und Neukölln bekam die AL zwischen 6,8 und 7,5% der Stimmen und schickte jeweils 3



stoß im Wahlkampf gegen die AL zu führen! Die Wahlschlappen gerade der linken FDP in den Bezirken dürfte den Rechten innerhalb der FDP zusätzliche Argumente liefern, es lieber mit der CDU zu treiben als von der AL deutlich ausgepunktet zu werden!

Die zweite Besonderheit besteht darin, daß die SPD als einzige Partei unfreiwillig eine AL-Forderung erfüllte: 50% ihrer Bezirksbürgermeister sind Frauen. Dies liegt allerdings weniger an der Fortschrittlichkeit der SPD, sondern ihrer deutlichen Wahlschlappen in den Bezirken. Die SPD verlor insgesamt 4 Bezirksbürgermeister und ist nur noch in den Bezirken Wedding und Spandau stärkste Partei geblieben - und dies denkbar knapp. In Kreuzberg, Neukölln, Reinickendorf und Tiergarten gab die SPD ihren Bürgermeister an die CDU ab, sodaß diese nunmehr 10 der 12 Bezirksbürgermeister stellt.

Die „Welt“ bezeichnet die Wahlergebnisse in den Bezirken als „eigenartiges Erdbeben“. Der Wahlerfolg der SPD hier tiefe Einbrüche in ihre Stammwählerschaft, den Arbeitern verzeichnete.

Die AL hat allen Grund zum Feiern ...

Am Wahlabend des 10. Mai veranstaltete die AL eine Wahlfeier unter dem Motto „Berlin flüßt aus“. Über 3000 Menschen besuchten den hoffnungslos überfüllten Saal in der Hasenheide und feierten ihren großen Triumph. Als gleichzeitig noch die Niederlage von Giscard d'Estaing bekannt wurde, rockten sich die Flüsse und es erschallte im Überschwang „Hoch die internationale Solidarität“. Selbst die undogmatische „TAZ“ erschreckte, als diese alte Kampfrhetorik aus „ML-Zeiten“ zu neuer Blüte kam. Auf ihrer ersten Pressekonferenz nach den Wahlen ertönte die AL in den Medien nur Erschrecken und Kopfschütteln. Der inzwischen zurückgetretene Pressetreuer der AL, Ernst Hopfischek, erklärte, daß die AL auf gar keinen Fall einen CDU-geführten Senat unterstützen werde. Er warnte überdies die etablierten Parteien davor, die AL im Abgeordnetenhaus „über die Fresse zu schlagen“.

Er erklärte, daß die AL auf gar keinen Fall einen CDU-geführten Senat unterstützen werde. Er warnte überdies die etablierten Parteien davor, die AL im Abgeordnetenhaus „über die Fresse zu schlagen“ und die Geschäftsordnung ausstricken“ zu wollen; dies würde die AL mit „unkonventionellen Methoden“ beantworten. Die AL lehnte sogleich auch einen schwarzen Dienstmercedes mit Chauffeur für ihren Fraktionsvorsitzenden ab und erklärte, sich nicht an die Geheimhaltung von Materialien, die in den Ausschüssen kursieren, zu halten. Die AL betonte erneut ihr politisches Selbstverständnis, wonach der außerparlamentarische Kampf das Standbein, der parlamentarische jedoch nur das Spielbein sei. Insbesondere die Ankündigung der AL, gegebenenfalls auch Geheimakten zu veröffentlichen, rief große Entrüstung der etablierten Parteien hervor. Weiterhin legte die AL ein erstes Programm für die künftige Parlamentsarbeit vor. Die AL wird u.a. Amnestie und Straffreiheit für alle im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Hausbesetzungen Inhaftierten und Kriminalisierten fordern, die Rücknahme der Tarifierhöhungen bei den öffentlichen Verkehrsmitteln ab 1.8., den Verzicht auf den Bau der Autobahn Westangente und durch den Tegeler Forst, die Abschaffung der Hochsicherheitsstrasse und den Verzicht auf den Bau eines Kraftwerks auf den Ruhlebener Wiesen. Die AL fordert des Weiteren den Bau eines dritten Frauenhauses und Nachbetreuungsfällen in allen 12 Westberliner Bezirken. Die neun parlamentarischen Igel werden auch mit der üblichen Praxis brechen, jedes Bundesgesetz automatisch für Westberlin zu übernehmen.

Die Abgeordnetenhausdiäten, die derzeit bei rund 5000 DM monatlich liegen, möchte die AL um die Hälfte kürzen. In diesem ersten Programm kommen also die populärsten Forderungen ins Parlament, die auch im Wahlkampf eine zentrale Rolle gespielt haben.

Fortsetzung nächste Seite



Einmischung Genschers zugunsten eines Weizäcker-Senats blieb ohne Proteste der SPD-Spitze. Demnach ist die Tatsache schwer zu widerlegen, daß die SPD sich auf einen CDU-Senat bzw. CDU/FDP-Senat in Westberlin einstellt, ungeschadet denkbarer negativer bundespolitischer Konsequenzen.

Möglich ist, daß sich eine erhebliche Umordnung des Parteien-Spektrums anbahnt: Mit einer FDP, die nach links hin Potential an die SPD abgibt, dafür aber Zugewinne beim rechten Teil der SPD-Anhängerschaft macht, und mit einer insgesamt nach links verschobenen SPD, die sich in der Opposition zu regenerieren hätte.

Allparteien-Front gegen die AL

Alle drei bürgerlichen Parteien haben schon vor und erst recht nach den Wahlen erklärt, mit der AL nichts zu tun haben zu wollen.

Speziell die SPD nahm damit der AL das Problem einer eventuellen Tolerierung eines sozialliberalen Minderheitsenats von vornherein ab. Alle drei Parteien verhängten eine Art Unvereinbarkeitsbeschluß gegenüber der AL. Schon in den ersten Interviews im Fernsehen bekam die AL die Statistikenrolle zugewiesen; die politischen Machtkonstellationen sollen Monopol der drei etablierten Parteien bleiben.

Während CDU und FDP die AL am Rande der „Verfassungsmäßigkeit“ oder gar außerhalb derselben stehend sehen, fährt die SPD noch

das Leben schwer machen können. Mit Hinweis auf das „Sicherheitsrisiko“ wollen sie die AL in den Parlamentsausschüssen für „Sicherheit und Ordnung“, für „Bundesangelegenheiten“ und für „Grundstücksverwaltung“ gar nicht erst dabei haben; zu diesem Zweck soll die Zahl der Sitze in den Ausschüssen reduziert werden. Zwar wäre auch die FDP von diesen Maßnahmen betroffen, aber hier herrscht der Grundstz: safety first. Der Gefahr der Isolierung auf parlamentarischer Ebene zu entgehen, sie zu durchbrechen, wird für die künftige Orientierung der Parlamentsarbeit der AL von Bedeutung sein. Doch dazu noch weiter unten.

Erdrutsch in den Bezirken

Gleichzeitig zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus wurden auch die jeweils 45 Bezirksverordneten in den 12 Westberliner Bezirksverordnetenversammlungen (BVV's) gewählt. Hier war die AL bisher schon in vier Bezirken mit insgesamt 10 Abgeordneten vertreten.

Nach bisheriger Auszählung und Auswertung dieser Wahlen erreichte die AL in den Bezirken 107 000 Stimmen (8,3%). Das heißt, daß rund 17 800 Wähler ihre Stimmen splitzten, um den etablierten Parteien auf Bezirksebene einen Denkzettel zu verpassen.

Die AL zog damit in 10 der 12 BVV's mit insgesamt 44 Parlamentariern ein und konnte ihre Stimmen mehr als verdoppeln.

Besonders erfolgreich war die AL

BVV'ler ins Parlament

Im Bezirk Tempelhof kam die AL auf Anhieb auf 5,6% der Stimmen (= 2 BVV'ler). Das ist deshalb bemerkenswert, weil es erst seit ca. drei Monaten eine AL-Bezirksgruppe gibt und bis dato kaum Bezirkspolitik seitens der AL geleistet wurde.

Im Bezirk Zehlendorf kandidierten die AL und die „Wahlgemeinschaft Unabhängiger Bürger“ (WUB) neben- aber nicht gegeneinander, weil es zu keiner vorherigen Einigung über eine gemeinsame bezirkliche Kandidatur kam. Die WUB rutschte von 43,8% auf ca. 9,1% ab, und verlor damit ihren Stadtratsitz, 4 statt 6 Abgeordnete ziehen in die BVV ein. Die AL bekam auf Anhieb 6,8% der Stimmen und damit 3 Sitze.

In den zwei übrigen Bezirken, in Reinickendorf und Spandau, scheiterte die AL nur knapp an der 5%-Hürde. In Reinickendorf fehlen der AL ganze 4 Stimmen, in Spandau sind es deren 12. Hierbei ist ein Schmaß bei der Auszählung nicht ganz von der Hand zu weisen.

Der Erdrutsch in den Bezirken zeichnet sich noch durch zwei weitere Besonderheiten aus: die FDP flog aus 9 der 12 BVV's raus und stellt insgesamt nur noch 6 Abgeordnete: soviel wie die AL im Bezirk Schöneberg oder Tiergarten allein. Gerade dort, wo die FDP in den Bezirken als „links“ galt, insbesondere in Tiergarten, wo die FDP ihr „linkes“ Paradieskind Harald Loch gegen die AL antraten ließ, fiel die FDP mit Pauken und Trompeten durch. Es hat sich somit für diese Partei als denkbar schlecht erwiesen, den Haupt-

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Die Qual der AL nach der Wahl

Innerhalb der AL ist es nach der Wahl zu einer heftigen Kontroverse über die nun einzuschlagende Politik gekommen. Vor den Wahlen hatte die AL öffentlich erklärt, auf keinen Fall den Weizsäcker-Senat zu unterstützen, lehnte aber auch die "Tolerierung" eines SPD/FDP-Minderheitsmensens ab, wenngleich letztere Aussage umstritten blieb und kein ausdiskutiertes Konsens-Ergebnis war. So distanzierte sich die Berlin-AG der AL nachträglich von dieser Stellungnahme.

Nach den Wahlen brach der Konflikt wieder auf, nachdem er während des Wahlkampfes mehr oder weniger ausgeklammert wurde. Ernst Hopfischek machte zunächst von sich reden, als er in einem Interview in der "TAZ" vom 11.5. einen "Oppositionsblock" der AL mit der SPD propagierte. Er schwächte diese Position jedoch wieder ab, da ein solches Ansinnen sicher von der Mehrheit der AL abgelehnt worden wäre.

So gelangte eine Diskussionsvorlage in den Delegiertenrat der AL, wo Ernst Hopfischek, Wolfgang Kahner (Ex-KPD) und Dieter Kunzelmann ihre Vorschläge zur künftigen Politik der AL unterbreiteten. Teile der "radikaleren" AL-Mitglieder werden in dem Papier zunächst beschwichtigt, daß "eine Diskussion über Tolerierung oder gar Koalition ... außerhalb des aktuellen Horizonts" liege. Schon im nächsten Absatz fordern sie jedoch, mit der SPD und FDP Gespräche aufzunehmen "über eine Neuorientierung der Inhalte der Politik und über die Verhinderung eines gegen die Mehrheit der Bevölkerung regelnden Weizsäcker-Senats", was ja praktisch nur über die Tolerierung eines SPD/FDP-Minderheitsmensens möglich wäre. Recht windig wird in diesem Papier, wie auch in einem von der Gruppe Z unterstützten Kreuzlich wäre. Recht windig wird in diesem Papier, wie auch in einem von der Gruppe Z unterstützten Kreuz-

heitsmenat ermöglicht werden soll.

Dieser Konflikt geht allerdings von einer wenig realistischen Einschätzung der Lage aus: Klar dürfte doch wohl sein, daß es nicht die AL ist, die einen Weizsäcker-Senat verhindern kann. Sie könnte allenfalls durch ihre Stimme dazu beitragen. Die Verhinderung eines Weizsäcker-Senats ist daher in erster Linie an SPD und FDP zu richten. Der Streit innerhalb der AL geht deshalb von einer unrealistischen Analyse der Lage aus, weil die SPD einen Weizsäcker-Senat gar nicht verhindern will. In dem Hopfischek-Papier wird zurecht von einem "Wahlbetrug" gesprochen; insgesamt wird die SPD aber in den bisherigen Stellungnahmen der AL ehrgeschont. Vornehmlich wird die FDP angeschrien. Es wird dabei außer Acht gelassen, daß Vogels Festlegung noch in der Wahlzeit, in die Opposition zu gehen und Weizsäcker freiwillig das Regierungsgeschäft zu überlassen, die FDP direkt zur CDU gedrängt hat. Die Auseinandersetzungen innerhalb der AL über die Verhinderung eines CDU-Senats entbehren daher jeder realen Grundlage. Dies zumal deswegen, weil die Westberliner SPD nicht in den Geruch kommen will, eine Art "Volksfront"-Politik mit dem Scheitern der AL zu betreiben. Eine von der AL tolerierte SPD/FDP-Minderheitsregierung ist nach Lage der Dinge also eine Unmöglichkeit. In der konkreten Situation ist ein Beitritt in der AL um diese Frage - der auch zum Anlaß von Spaltungen und weiteren Querelen werden könnte - völlig absurd. Es wäre, wenn man so sagen darf, "ein Streit um den Kaltern Bart". Es kann unter den konkreten Bedingungen realistischerweise nur um die Frage gehen, ob die SPD auf entsprechende Forderungen und Angebote der AL über eine gemeinsame oder punktuelle Oppositionsführung eingehen wird - bzw., ob und wie die AL zu solchem Kontakt auffordern soll. Auch in den neueren Stellungnahmen aus dem letzten bzw., ob und wie die AL zu solchem Kontakt auffordern soll. Auch in den neueren Stellungnahmen aus dem letzten

Delegiertenrat (20.5.) schlägt sich die unrealistische Sichtweise in verschiedenen Papieren nieder. So heißt es im Resolutionsvorschlag eines Wilmerdorfer AL-Mitglieds für die bevorstehenden MV, daß die AL "in der augenblicklichen politischen Situation keinen SPD/FDP-Senat unterstützen oder tolerieren" dürfe, ebenso in einem Text des Bereichs Demokratische Rechte. Einige Bezirke und Bereiche der AL haben jedoch inzwischen klargestellt, daß sich die Tolerierungsfrage für die AL erübrigt habe und eine rein "akademische Frage" geworden sei (so die Bereiche Naturschutz und Schule wie auch Betrieb/Gewerkschaft).

Von diesen Fragen abgesehen bleibt noch die Auseinandersetzung darüber, ob die AL öffentliche "Spitzengespräche" mit der SPD (und FDP) führen sollte. Nach den Diskussionen in den Bereichen und Bezirken spricht sich nur eine Minderheit für diesen Vorschlag aus. Einigkeit herrscht allerdings darüber, sowohl außerparlamentarisch an verschiedenen Fragen mit der SPD zusammenzugehen als auch in einzelnen Sachfragen in der künftigen parlamentarischen Arbeit mit der SPD zu stimmen, wenn Übereinstimmung besteht.

Das Problem der Stadträte

Eine zweite wichtige Kontroverse ist in der AL darüber entbrannt, ob sie in den vier Bezirken Kreuzberg, Tiergarten, Wilmerdorf und Schöneberg den Posten eines Stadtrats annehmen soll oder nicht. Die bezirklichen Parlamenten selbst sind reine Verwaltungsorgane, die die allgemeinen Senatsrichtlinien, Verordnungen und Beschlüsse durchzuführen haben. 6 Bezirksstadträte und ein Bezirksbürgermeister haben diese Senatsbeschlüsse

auf kommunaler Ebene auszuführen und zu überwachen, während die bezirklichen Parlamentarier die Arbeit der Stadträte und des Bezirksamtes kontrollieren sollen - so die gesetzlichen Vorschriften.

Alle Bereiche und Bezirke der AL, die über die Annahme oder Ablehnung eines Stadtratspostens diskutiert haben, plädieren für Annahme dieses Postens. In den vier "betroffenen" Bezirken gab es eindeutige Mehrheiten für Annahme, während eine Minderheit das wegen der Beteiligung an der Macht ablehnt. Die Zustimmung zum Stadtrat erfolgte überwiegend unter Vorbehalt, die Stadtratstätigkeit als Experiment, als Probe zu betrachten und gegebenenfalls wieder auszuscheiden.

Für die Annahme eines Stadtrats spricht - nach Auswertung der Verwaltungsvorschriften und bisherigen Erfahrungen - vor allem eine frühzeitige Information über Planungen und Maßnahmen im kommunalen Bereich, an die Stadträte viel früher herankommen können. Zwar besteht darüber eine Geheimhaltungspflicht des Stadtrats, allerdings ist dies schon gar kein Grund, den hochdotierten Posten (Jahresgehalt bis zu 100.000 DM) abzuschlagen, wenn die AL mit dieser "Schweigepflicht" sinnvoll umgeht. Verwegen sind allerdings Argumente aus der Kreuzberger Bezirksgruppe, die für die Annahme des Stadtrats plädieren: in einer Presseerklärung, die von Mitgliedern der Gruppe Z unterstützt wird, heißt es, daß "für die Übernahme eines Stadtrats ... die großen Erwartungen und Hoffnungen von über 10.000 Kreuzberger AL-Wählern" sprechen, daß "sich durch die Beteiligung der AL an den Entscheidungen auch im Bezirksamt an ihrer Wohn- und Lebenssituation etwas verbessert". Die Kreuzberger AL fordert deshalb den Stadtrat für Bau- und Wohnungswesen. Hier wird sich wieder einmal auf den berühmten "Wählerwillen" ("große Hoffnungen") zu unrecht berufen. Hier wird sich wieder einmal auf den berühmten "Wählerwillen" ("große Hoffnungen") zu unrecht be-

rufen, denn keineswegs hat die AL irgendwann einmal im Wahlkampf den Wählern in dieser Hinsicht (Annahme eines Stadtratspostens) etwas "versprochen". Ebenso gut könnte die AL unter Berufung auf den "Wählerwillen" den Stadtratsposten ablehnen. In einem weiteren Kreuzberger Themenpapier (Delegiertenratunterlagen vom 20.5.) heißt es gar, daß sich die "große Mehrheit unserer Wähler ... verarscht vorkommen" würden, wenn die AL den Posten nicht übernimmt. Unter ständiger Berufung auf den wehrlosen "Wählerwillen" die eigenen politischen Vorstellungen durchzusetzen, ist schon ziemlich unlauter. Außerdem werden insbesondere in den Kreuzberger Stellungnahmen Illusionen geweckt, als ob die AL mit einem Stadtrat - gegen über 6 Stadträte der CDU und SPD - die Lebensverhältnisse verbessern könnte. Die bürgerlichen Parteien haben bereits erklärt, daß sie den AL-Stadträten viele Knüttel zwischen die Beine werfen werden. Auch ein AL-Stadtrat ist - mag er noch so alternativ sein, wie er will - ein Verwaltungsbeamter, ausführendes Organ der Senatsrichtlinien. Allzu hohe Erwartungen an dieses Amt zu knüpfen, ist deshalb fehl am Platz.

Morddrohungen gegen AL-Abgeordnete

Ein paar Tage nach der Wahl schon bekam die AL die Kehrseite ihres Erfolges zu spüren: Neonazis richteten öffentliche Morddrohungen an vier der neun lgl-Parlamentarier im Abgeordnetenhaus. Daß die außer- und parlamentarische Tätigkeit der AL diese rechtseradikalen Kräfte auf den Plan ruft, sollte durchaus ernst genommen werden.

D., Westberlin

Reaktionen aus der »linken« SPD

Während die Westberliner SPD unter Vogel die AL lieber zu ignorieren pflegt und jedes Koalitions- oder Tolerierungsteilmittel mit der AL schroff ablehnt, forderten die Westberliner Jusos die SPD und AL auf, eine Regierung zu bilden. Besonders interessant ist, was der Grotz-Intimus Rudi Steinke (ehemals "Langer March") zum besten gibt. Der Mitinitiator der Veranstaltung "Berlin am Tropic", mit der Steinke nebst Juso-Bundenvorstand in den Dialog mit der AL treten wollten, hat sich nach den Wahlen in einem Schreiben an die Teilnehmer dieses Kongresses gewandt. Er meint, daß "Berlin am Tropic" eine "Brückenfunktion" eines sich "erneuernden Sozialdemokratie" und dem "alternativen Milieu und der Alternativen Liste" erfüllen müsse. Der AL will Steinke diese Brückenfunktion u.a. damit schmackhaft machen, daß sich unter Vogel ein "dynamisches Zentrum" in der SPD herauszuschälen beginne und es daher der "Schaffung konstruktiver Beziehungen" bedürfe.

Die Stützung eines Vogel/Brunner-Minderheitsmensens durch die AL schätzt Steinke allerdings als für die SPD "nicht verkraftbar" ein. Steinke stellt sich vor, ein neues "historisches Bündnis zwischen sich erneuernder Berliner Sozialdemokratie ... und einer stark außerparlamentarisch orientierten Alternativen Liste"

zu bilden, wobei "Berlin am Tropic" das "Dach" abgeben soll. So möchte es Herr Steinke gerne sehen: die AL als außerparlamentarische Kraft für die SPD nutzbar machen, die parlamentarische Tätigkeit der AL herunterspielen - ganz wie es auch Grotz beabsichtigt. Besonders übel ist, daß Steinke die Westberliner Jusos heftig angreift, weil dieses "in sektiererischer Denunziation der mühseligen Erneuerungsbestrebungen der Berliner Sozialdemokratie" schweigen würden. Steinke vergleicht diese Jusos explizit mit der "Phase der Vorherrschaft der ML-Gruppen in der Nachfolge-APD", die "Teller hundert von Jungsozialisten aus der Organisation getrieben" habe.

Für wie blöde mögen Steinke und Grotz die Linke, speziell die AL, eigentlich halten? ... Es ist schon kaum zu glauben, in welcher Regelmäßigkeit die alte Leier einer "Selbsterneuerung der SPD" immer wieder von einem freiwillig oder unfreiwillig zurückgetretenen SPD-Senat aufgetischt wird. Schon nach dem Abtritt des ehemaligen Bürgermeisters Schütz wurde Stobbe als der große "Messias" gefeiert, mit dem endlich die große Wende kommt. Bekanntlich ist gerade in Westberlin noch jeder Messias über den Abgrund des Filzes und neuerdings über die katastrophale Wohnungsbaupolitik gestolpert ... D., Westberlin

Schildbürgerstreiche der GIM

1. Akt: Als einzige linke Gruppe außerhalb der SPD ruft die "isotaktische" GIM bei den Westberliner Neuwahlen dazu auf, für die SPD zu stimmen. In ihrer Begründung für diesen Wahlauftrag leistet sich die GIM ein paar bemerkenswerte Blüten. So kontert sie beispielsweise die Programmforderung der AL nach Blockfreiheit der BRD und Westberlins eiskalt: "Die Forderung der Blockfreiheit hilft hier kaum weiter, denn in Wirklichkeit gibt es gar keine Blockfreiheit. Zu welchem Lager ein Staat gehört, wird letztlich durch die Frage entschieden: welche Klasse die herrschende ist." Die GIM behauptet damit, daß heute zwangsläufig je - d e s Land einem bestimmten "Lager", einem bestimmten "Block" angehören müsse. Im konkreten Fall würde das heißen, daß die BRD und Westberlin nur zwischen der Mitgliedschaft in der NATO oder im Warschauer Pakt zu wählen haben. Die Frage wäre: Welchen "Block", welches "Lager" würde die GIM bevorzugen?

An anderer Stelle ihres Wahlauftrages spricht die GIM stellvertretend für Westberlins Sozialisten: "Auch für Sozialisten, die nicht bereit sind,mäßig von Wahlen auf ihren Sozialismus zu verzichten, ist die AL keine Alternative." Nun stand ja die Entscheidung, ob Westberlin sozialistisch werden soll oder nicht, bei dieser Wahl noch gar nicht an. Und der Wähler einer nicht-sozialistischen Partei, "verzichtet" mit seiner Stimmabgabe selbstverständlich nicht auf den Sozialismus.

- Man könnte der GIM ihr Argument ebenfalls als "radikale" Dummheit anrechnen, ... wenn da nicht zugleich ihr Aufruf zur Wahl der SPD wäre. Wieso ein Sozialist zwar nicht die AL, wohl aber die SPD wählen kann, müßte die GIM erst einmal erklären können.

2. Akt: Die GIM hat das Unvermeidliche nicht verhindern können - die AL ist im Rathaus. Nun muß sich die AL die Ratschläge der GIM gefallen lassen. Und die lauten klipp und klar: "Es reicht nicht aus, nur Wetzäcker die Stimme zu verweigern. Die AL muß erklären, daß sie eine SPD-Minderheitsregierung (unter Ausschluss der FDP) unterstützen würde." Von inhaltlichen Bedingungen will die GIM eine solche Unterstützung ansehnd nicht abhängig machen, jedenfalls erwähnt sie in ihrer Stellungnahme nichts dergleichen, obwohl ihr die Diskussion hierzu in der AL zweifelsohne bekannt sind. Statt inhaltlicher Kriterien nennt die GIM nur ein formales - die FDP darf nicht wieder in den Senat! Jede Achtjähr-

ge könnte der GIM vorrechnen, daß das schon rein mathematisch betrachtet eine Schnapddose ist: 61 Sitze hat die CDU, 7 Sitze hat die FDP. Selbst unter der Voraussetzung, daß die FDP einen solchen Minderheitsmenat durch Stimmenthaltung tolerieren würde, könnte die Stimmenzahl einfach nicht ausreichen.

Die scheinbare Unfähigkeit der GIM, eine so simple Rechenoperation zu vollziehen, geht auf ein politisches Motiv zurück: In der Gedankenwelt der GIM ist die SPD immer noch "die Arbeiterpartei", während die FDP im Gegensatz dazu eine "bürgerliche Partei" ist. Daher wiederholt die GIM mit nunmehr über 10 Jahren, daß die SPD gefälligst eine "Alleinregierung" ohne die FDP bilden müsse. Diese Weisheit der GIM hat auf Probleme der technischen Durchführbarkeit (Sitzverteilung in den Parlamenten) noch niemals Rücksicht genommen, tut es folglich auch in Westberlin jetzt nicht. Da müßte die SPD schon die Parlamente auflösen und die Arbeiterklasse bewaffnen.

3. Akt: Die GIM kritisiert den Krefelder Aufruf - diesmal wieder ganz "radikal". Der Krefelder Aufruf sei ein "Appell an die Bundesregierung". Das sei aber überhaupt nicht sinnvoll, denn gerade diese Bundesregierung habe doch die NATO- "Nachrüstungsbeschlüsse" überhaupt erst durchgesetzt. "An diese Bundesregierung appellieren, heißt nicht Illusionen zerstören, sondern Illusionen schaffen!" Witzig ist das schon! Schließlich hat die GIM selbst im letzten Jahr zur Wahl eben dieses Bundeskanzlers, eben dieser SPD auferufen - im Gegensatz wohl zur Mehrheit der Unterzeichner des Krefelder Aufrufs. Die Kritik der GIM in diesem Punkt ist zudem ganz kleinräumig, weil das Wort "appellieren" in dem Aufruf zwar vorkommt, aber es dem Sinn nach einfach darum geht, die Regierung zu einer Änderung ihrer verbrecherischen Politik aufzufordern. Ob solche Aufforderungen sinnvoll sind, mag unter Revolutionären umstritten sein, aber solange wir offensichtlich zum revolutionären Sturz dieser Regierung nicht in der Lage sind, gehören solche Aufforderungen an die real existierende Regierung wohl zum politischen Handwerk. Sozialdemokratische Politik mit "radikalen" Sprüchen garnieren - dabei macht sich jeder zum Affen. Ob das nun die Jusos sind oder die GIM.

(Zitierte aus "was tun" vom 30.4. und 14.5.1981).

SEW nimmt Antikommunismus nicht übel

Auffallend gnädig und entgegenkommend zeigte sich die SEW in ihrer ersten Stellungnahme nach den Wahlen gegenüber der AL: "Viele von ihnen sind - wir sagen das ohne jeden Vorwurf - noch tief verstrickt in antikommunistische Vorbehalte" (Stellungnahme des SEW-ParteiVorstands, nach "UZ", 12.5.). Man erklärt also, wie gehabt die Probleme der SEW mit Alternativen, Neuer Linker usw. als Produkt antikommunistischer Verblendung - aber man nimmt den Verblendeten ihre Blindheit wirklich nicht übel, ehrlich. Wenn das kein Fortschritt ist! ... Ansonsten wertet die SEW das Ergebnis für die AL als Ausdruck von "Unmut über die herrschenden Verhältnisse" und von "spontane Aufbegehren". Das eigene Ergebnis hält

der SEW-Vorstand für "undefiniert". "Es steht in keinem Verhältnis zu unserem bisherigen Kampf" und zu den konstruktiven Vorschlägen der SEW. Scharfzünnige Schlussfolgerung des ParteiVorstands: Es bedarf einer "zielstrebsigen und systematischen Massenarbeit aller Mitglieder". So schlen war der ParteiVorstand nach den letzten Wahlen allerdings auch schon gewesen. ("UZ", 12.5.).

Auf dem 6. Parteitag der SEW, eine Woche nach der Wahl, kündigte der ParteiVorstand die Schmitt an, mag wolle sich "stärker der Jugend zuwenden" und "entschieden mehr Aufgeschlossenheit für die Jugend und ihre Probleme" aufbringen; auch "Berührungspunkte" möchte man überwinden. (nach "Neue", 19.5.).

Das könnte signalisieren, daß nun auch die SEW - dem Vorbild des bundesdeutschen DKP folgend - stärker auf "Öffnung" gegenüber den realen Bewegungen und der neuen Linken setzt.

Vielleicht wird es dann wirklich weniger Billappolemen von der Sorte geben, mit der die SEW noch im Wahlkampf gegen die AL antrat: Die AL stimme zwar "in verschiedenen Kritikpunkten mit der SEW überein", sie sage aber nur, wogegen sie ist, während sie über ihre positiven Ziele "kaum" Aussagen mache. Im Übrigen stünde die AL in vielen Fragen (genannt wurden die Haltung zur DDR, zur Sowjetunion und zum Berlin-Abkommen) "in nächster Nähe von CDU, SPD und FDP". (nach "UZ", 8.5.).

Westberliner Häuserkampf:

Die Kriminalisierungswelle rollt und rollt ...

Polizeikrawalle in Göttingen

Fast täglich finden zur Zeit vor dem Moabitler Amtsgericht Prozesse im Zusammenhang mit Hausbesetzungen statt. Wir wollen hier versuchen, einen Überblick über das Ausmaß der Kriminalisierung Westberliner Häuserkämpfer zu geben.

Noch am 2.12.80 fand der erste Prozeß im Zusammenhang mit der Besetzung und Räumung des Hauses Chemiepflanz 3 statt, der mit der vergleichsweise lächerlichen Geldstrafe von 400 DM endete.

Auch damals - im Juni '80 - war es bei der Räumung zu Auseinandersetzungen, freilich kleineren Ausmaßes, zwischen Sympathisanten der festgenommenen Besetzer und der Polizei gekommen. Trotzdem wurden unsere Wissens dreizehn weitere Verfahren in diesem Zusammenhang eingestellt - zugunsten der anlaufenden Prozeßwelle um die „Kreuzberger Festspiele“ vom 12.12.80.

Die „Kreuzberger Festspiele“ ...

Eindeutig wurden die Auseinandersetzungen vom 12.12.80 von der Polizei provoziert:

Das Haus Fränkhofer 48 wurde geräumt, andere besetzte Häuser durch massiv vorgehende „Wannen“ bedroht.

... und die Prozesse

Bereits am 29.1. war der erste Prozeß abgeschlossen. Mit abgesprochenen Aussagen - ein Beamter gab dies zu - wurden gleich vierzehn Monate ohne Bewährung verhängt, wegen „schwerem Landfriedensbruch“, „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ und „gefährlicher Körperverletzung“. Klar war, daß der Spielraum für die Richter in den folgenden Prozessen damit vorgegeben war: Haftstrafen ohne Bewährung waren angesagt! „Nachgewiesen“ wurde in diesem Prozeß nichts anderes als zwei Steinwürfe, davon einer an ein Polizeifahrzeug, der andere soll einen Beamten an der Schulter getroffen haben (TSP, 30.1.81). Staatsanwalt Möllenbrock - bekannt aus Verfahren insbesondere im Zusammenhang mit der „Bewegung 2. Juni“, ist auch in diesem Verfahren tätig. Für ihn sind die polizeilichen Belastungszeugen „ruhig, sachlich, vorurteilslos“, die „Entlastungszeugen“ aber einfach „schwach“. Er fordert 21 Monate ohne Bewährung!

Schon im ersten Prozeß betonte die Staatsanwaltschaft, um was es geht: „Der Angeklagte habe die bewaffnete Auseinandersetzung ge-

brochen“ zu einem Jahr mit Bewährung verurteilt. Nach der Räumung des Fränklofers Anfang April wurde dann ein absolutes Terrorurteil gegen Alfred gesprochen: 2 1/2 Jahre (selbstverständlich ohne Bewährung). Gefordert waren gar drei Jahre, für dieselben „Delikte“, die im ersten Prozeß noch mit 14 Monaten bestraft, in anderen Prozessen zur Bewährung ausgesetzt wurden.

Alfred hatte bereits acht Jahre seines Lebens im Knast verbracht, und so sah ihn die Justiz als geeignetes Opfer. Seit 1 1/2 Jahren war er „strafrechtlich nicht mehr in Erscheinung getreten“, und obwohl er seine Knaststrafen wegen Eigentumsdelikten erhalten hatte, wurde im Prozeß mit seiner „Neigung zur Gewalt“ argumentiert.

Die Abschreckungs- und Spaltungsstrategie mußte nach der Räumung der drei Häuser am Fränklofer halt mal wieder erhalten.

Insgesamt wurden alleine bislang wegen der Dezemberunruhen sechs Jahre Haft ohne Bewährung ausgesprochen, und etwa noch einmal sovielen zur Bewährung ausgesetzt. Dabei schwanken die Bewährungsstrafen zwischen neun und zwölf Monaten, und in keinem der zwölf um bekannten Prozesse - wovon lediglich zwei mit Freispruch endeten - wurde eine ebenso mögliche Geldstrafe verhängt: Dem Ziel der Einschüchterung ist auch mit Bewährungsstrafen gedient. Bei einer erneuten Festnahme gibt es dann totischer Krimi.

Daß die Kriminalisierungswelle erst die Anfangsmarke der staatlichen Auseinandersetzung mit den Instandbesetzern bedeutet, wird daran deutlich, daß der „Joker“ der Justiz, der § 129 (Bildung einer kriminellen Vereinigung), zum Zeitpunkt der Kreuzberger Dezemberunruhen noch gar nicht angesetzt war.

Der wurde Anfang Februar '81 wieder ausgegraben und seitdem wird fleißiger als je zuvor „ermittelt“. Die ersten Haftbefehle nach § 129 sind bereits bei der Räumung des Herrenhuther Weges ausgesprochen worden.

Innensenator Dahrendorf (SPD) gab mittlerweile die ersten Zahlen zum Westberliner Kriminalisierungstango bekannt.

Stolz verkündete Dahrendorf Zahlen, die Nürnberg weit in den Schatten stellen: Danach seien insgesamt 367 Personen aus besetzten Häusern vorübergehend festgenommen worden. Gegen alle 367 Personen sei ein Ermittlungsverfahren nach § 129 eingeleitet worden. Weiters 110 Personen aus besetzten Häusern seien „überprüft“ worden.

289 Personen seien im Zusammenhang mit Häuserkampf-Demonstrationen auf der Straße festgenommen worden, 289 Personen seien im Zusammenhang mit Häuserkampf-Demonstrationen auf der Straße festgenommen worden.

Es ist davon auszugehen, daß gegen alle Verfahren wegen „Landfriedensbruch“ und „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ eingeleitet ist.

35 Haftbefehle mit Haftverrechnung seien ausgestellt, 30 Personen seien im Zusammenhang mit dem Häuserkampf im Knast (nach Angaben des Ermittlungsausschusses dürfen die Zahlen eher zu niedrig als zu hoch liegen).

Da - ebenfalls laut Dahrendorf - von den mittlerweile 165 besetzten Häusern „erst“ 22 durchsucht und 13 geräumt, sechs von Besitzern „freiwillig“ verlassen wurden, als die Polizei davor stand, kann man sich leicht ausrechnen, welches Ausmaß an Kriminalisierung erst in Zukunft ansteht, wenn der CDU-Senat im Sattel sitzt, was ohne Zweifel Polizei und Justiz weiteren Auftrieb verschaffen wird.

Angesichts der Tatsache, daß niemand anderes als die Kapitalisten, der Senat und die Justiz die Verantwortung für die Zuspitzung der Situation in Westberlin tragen, halten wir die Forderung nach Amnestie und Einstellung aller Strafverfahren, wie sie bis hinein in Gewerkschaften, Kirchen- und Professorenkreise vertreten wird, für die einzige Möglichkeit, gegen die Kriminalisierung etwas anzusetzen. Einen solchen Gesetzesvoranschlag wird die AL im Westberliner Abgeordnetenhaus einbringen. Dazu allerdings ist es unbedingt notwendig, daß auch außerhalb des Parlaments neue Aktivitäten gegen die Kriminalisierung entfaltet werden.

- Hände weg von besetzten Häusern
- Amnestie für alle Häuserkämpfer
- Einstellung aller Ermittlungs- und Strafverfahren
- Keine Kriminalisierung der Hausbesetzer nach § 129

Antirepressionskommission
KB Westberlin

Am Mittwoch, den 6. Mai 81, wurden in Göttingen um die Mittagzeit zwei Häuser besetzt. Das eine, Weender Landstr. 15, gehörte bis vor kurzem der Stadt, die es an eine Motorradfirma verkaufte.

Die Besetzung sollte den drohenden Abriss des Hauses verhindern. Das andere, Goßlerstr. 17/17a, im Besitz der Universität, wurde vom Senat der Uni bereits im Januar 1978 dem Studentenwerk als Wohnraum vorproben. Die Besetzung sollte das seitdem laufende Bewilligungsverfahren für die Renovierungsgelder beschleunigen.

Das Studentenwerk stellte gleichlautende Interessen mit den Besetzern der Goßlerstr. fest, die Häuser wurden aufgeräumt, vom Schutt befreit, erste Renovierungsarbeiten von den Instandbesetzern bereits aufgenommen.

Gegen 15 Uhr stand die geballte Ordnungsmacht vor den Türen der Weender Landstr. Die Besetzer hatten in weiser Voraussicht das Haus vor Anrücken der Streitkräfte verlassen. Trotz des eindeutig friedlichen Verhaltens der Demonstranten starteten die Bullen einige Ausfälle. Eine Frau wurde festgenommen, eine andere von einem aufgeheizten Bullenkörper gebissen. Einige Demonstranten (darunter der Megaphon-Sprecher) wurden mehrere hundert Meter von Greiftruppe über das angrenzende Campusbereich verfolgt.

Gleichzeitig mit dem Polizeieinsatz begann die sofortige Unbewohnbarmachung des Hauses, obwohl noch keine Abrissgenehmigung erteilt worden ist! Die letzten noch heißen sanitären Anlagen wurden zerstört und die Fenster zertrümmert. Das Haus wurde „geschützt“ vor neuerlicher Besetzung.

Nach einer VV in der Goßlerstr. standen auch dort die Bullen vor der Tür. Sich auf dem Uniparkplatz sammelnde Demonstranten wurden augenblicklich mit Tränengasgranaten auseinandergetrieben. Das Haus wurde geräumt, die offizielle Version lautet Durchsuchung, da „Gefahr im Verzug“ sei.

Doch damit nicht genug. Die Bullen begannen danach mit einer Großrazzia in der ehemaligen Inneren Medizin, die seit Monaten teilweise illegal, teilweise mit Duldung der Universität bewohnt bzw. besetzt ist. Dies geschah ohne Durchsuchungsbefehl, ebenfalls mit der Begründung einer „Gefahr im Verzug“.

Das Gelände um die Innere wurde großflächig abgesperrt. Es waren mittlerweile ca. 300 - 400 Leute versammelt. Drinnen wurden Türen ein-

geschlagen, Schlösser ausgelegt, das Haus verwüstet.

Kriminalisierungsversuche

Welchen Zweck verfolgte dieses schaurige Bullenspektakel? Schon seit einiger Zeit versuchen maßgebliche Kreise aus Hausbesetzern eine „kriminelle Vereinigung“ zu machen. Nichts eignet sich dazu besser als schröckliche „Waffenfunde“, wobei es völlig egal ist, ob und welche „Waffen“ tatsächlich gefunden werden. Der Erfolg einer solchen Aktion steht von vornherein fest, zumal wenn sie ohne Öffentlichkeit und ohne Rechtsanwalt stattfindet. Sozusagen „nebenbei“ erhielt die Staatsanwaltschaft alle Personalien der „illegalen“ Bewohner der Inneren Medizin. Die Presse berichtet über solche Aktionen jeweils so, wie es ihr befohlen wird. Die Lokalgazette „Göttinger Tageblatt“ wußte am anderen Tag von „schweren Auseinandersetzungen“ zu berichten, die nachweislich nicht stattgefunden haben. Da ist die Rede von „Stahlkugeln und Knappkörpern“, die auf Bullen abgeschossen worden wären. Und am nächsten Tag führte Mogwitz, der Göttinger Polizeichef im „GT“ seine kleine „Modenschau“ der erbeuteten „Waffen“ vor: „Schlagwaffen“ aus Holz, Metall und Kabelenden, Radios, Zimmermannshämmer, Feuerlöcher, Fahrradketten und andere Haushaltsgegenstände wurden vorgeführt. Nach Oberstaatsanwalt Kutzer „alles unmißverständlich Hinweise, daß aus der besetzten Klinik Straftaten erfolgt sein müssen“.

Jetzt ist schon die Rede von neuen verletzten Bullen. Auch die offizielle Version der „Gefahr im Verzug“ ist durchaus unglaubwürdig. Genau kalkuliert liegt diese als „spontan“ ausgegebene Großaktion im Vorfeld der zu erwartenden Auseinandersetzungen Ende Mai, wenn die Mietverträge für die „legalen“ Bewohner der Inneren auslaufen. Die Uni hat ihren festen Willen bekundet, das Gebäude räumen und für Institutszwecke umbauen zu lassen. Ministerpräsident Albrecht hatte laut „Neus“ vom 6.5.81 auf einer Pressekonferenz in Westberlin angekündigt, „daß er die baldige Räumung der letzten beiden in Niedersachsen besetzten Häuser - eine Fabrik in Oldenburg und ein Wohnhaus in Göttingen - veranlaßt habe.“ Das einzige zu dieser Zeit besetzte Haus in Göttingen war die Innere Medizin.

KB-Gruppe Göttingen



Der neueste „Gag“ der Westberliner Polizei: Bei einer Durchsuchung eines besetzten Hauses waren die Bullen maskiert, in Zivil, mit Holzknüppeln bewaffnet, Armbinden „Schutzpolizei“ gekennzeichnet, aufgetreten. Passanten wurden dadurch verunsichert und eingeschüchtert. Selbst sonst polizeifreundliche Zeitungen waren empört, Bürger hatten dafür kein Verständnis.

Nach durchaus glaubhaften Gerüchten war der Polizeieinsatz vom Dezember '80 mit dem ehemaligen Senat nicht abgesprochen worden, sondern von der mittleren Polizeiebene in Szene gesetzt worden, die in Westberlin stark CDU-durchdrungen ist, um die damals sehr weit gediehen Verhandlungen zwischen Besetzer und Senat zu torpedieren, wie dies auch von Anwälten in Prozessen um den 12.12. immer wieder betont wurde.

Nichts desto weniger verhalf die Militanz in den Straßen Kreuzbergs (etliche eingeworfene Fensterscheiben, Plünderungen von drei Geschäften, Straßenschlacht bis um 4.00 Uhr morgens) sowohl dem „Wohnungsproblem“, als auch der Instandbesetzerbewegung zum Durchbruch.

In der Folgezeit wurden weitere ca. 160 Häuser besetzt. Ebenso verschärfte sich danach die Senatskriege (auch wegen der Gaski-Affäre) soweit, daß der Stobbe-Senat abdanken mußte, und Neuwahlen angesetzt wurden.

Entgegen allem Gerede davon, daß „Gewalt nix bringt“, war hier der lebendige Gegenbeweis erbracht worden, nämlich daß Gegengewalt, zum richtigen Zeitpunkt eingesetzt, durchaus ein produktives Mittel linker Politik sein kann.

Nun war die Justiz am Zuge, diesen Erfolg zunichte zu machen: Von Anfang an setzte die Staatsanwaltschaft und Teile der Richter voll auf Haftstrafe ohne Bewährung.

So waren trotz großen öffentlichen Drucks Wohnnachten immer noch 5 Leute im Knast, danach wurden es wieder mehr: Haftverrechnungen wurden aufgehoben, obwohl den Auflagen nachgekommen worden war. Die Bewegung wurde auf Trab gehalten, Justiz, Polizei und Senat ließen den Konflikt mit den Instandbesetzern eskalieren. Gerade im Januar und Februar gab es Auseinandersetzungen nach Urteilen, die die vom 12.12. weit in den Schatten stellten.

sucht“ (TSP, 30.1.81). Logisch, daß dieser und alle folgenden Prozesse dann im „Sicherheitsbereich“ des Moabitler Gerichts stattfinden (widerliche Kontrollen, Kopieren des Ausweises), der einmal eigens wegen in Westberlin anstehender „Terroristen-Prozesse“ zur Festung ausgebaut wurde. Logisch dann, daß der nächste Schritt die Anwendung des § 129 auf Hausbesetzer ist, logisch, daß das „hart zugegriffen“ werden muß.

Und prompt endet der zweite Prozeß mit 18 Monaten ohne Bewährung, obwohl hier der Schuldnachweis erheblich geringer ist: Eine Körperverletzung konnte nicht nachgewiesen werden. Tenor der Urteilsbegründung: „Nicht gut, dem Mob der Straße nachzugeben“ (TSP, 5.2.81). Im dritten Prozeß gab es dann schon fast so etwas wie eine Sensation: ein Jahr zur Bewährung.

Gefordert waren erneut 18 Monate ohne Bewährung. Angesichts der Tatsache, daß ein Polizeibeamter lediglich eine „Wurfbewegung“ der Angeklagten durch Tränengasgewölk hindurch gesehen haben will, hätte von Rechts wegen eigentlich freigesprochen werden müssen.

Doch bei jedem Urteil „zur Bewährung“ müssen die „liberalen“ Richter nun ihrerseits politisch argumentieren: „Man solle die ganze Angelegenheit nicht emotional hochputzen ... Die Politiker hätten ja selbsterweise auch erst dann größere Anstrengungen in der Wohnungspolitik unternommen, als das Kind schon in den Brunnen gefallen war.“ („tar“, 11.2.81).

In der Folgezeit endeten mehrere Prozesse mit Bewährungsstrafen von 9 - 12 Monaten. Die Staatsanwaltschaft hatte in allen Fällen Haftstrafen ohne Bewährung bis zu zwei Jahren gefordert.

Für die Beteiligung an demselben Demonstration wurde mal wegen schweren Landfriedensbruch verurteilt, mal wurde es gelassen. Ein Demonstrant wurde explizit lediglich wegen „schwerem Landfriedens-

Großrazzia gegen »Hausbesetzerzentrale«

Freiburg: 150 Bullen stürmten am Morgen des 14.5. den Buchladen Jos Fritz, das Büro der „TAZ“ (im selben Haus), vier Wohnungen der Buchhändler und zwei weitere Wohnungen. Beschlagnahmt wurden sickeweise Papier (Bücher, Broschüren, vor allem aber Adress- und Tagesbücher, Briefe und persönliche Aufzeichnungen), ein Farber, ein Hammer („Schlagwerkzeug, das sich zum Einschlagen von Scheiben eignet“ - Originalton „Badiache Zeitung“) und zwei abgealgte Parkuhren, von denen keiner weiß, wie sie in den Buchladen gekommen sein könnten (die Bullen waren dort gut eine Stunde lang ohne Zeugen tätig...).

Grundlage für die Aktion, an der Mitglieder der „Sonderkommission Schwarzwaldhof“ des LKA und der Staatsschutz-Staatsanwalt Griesbaum aus Karlsruhe beteiligt waren, war ein Durchsuchungsbefehl im Ermittlungsverfahren gegen die „kriminelle Vereinigung“ Schwarzwaldhof. Darin hieß es: „Die Politische Buchhandlung ist für die Freiburger Hausbesetzerzentrale Informations- und Kommunikationszentrale. Als Schaltstelle der Häuserrettung werden Einträge, Aktionen und Gewalttätigkeiten geplant und koordiniert, wobei dort tätige Personen in Arbeitsteilung maßgeblich mitwirken.“ Hinzugefügt werden muß, daß von den Durchsuchungen auch alle Mitbewohner betroffen waren, und dies alles vor dem Hintergrund, daß weder gegen den Buchladen noch gegen die einzelnen Leute auch nur ein Ermittlungsverfahren läuft. Offenbar ging es bei der ganzen Aktion weniger darum, „Unterlagen

über strafbare Betätigungen der Hausbesetzerzentrale“ (Durchsuchungsbefehl) zu finden (in dieser Hinsicht war die Aktion ja auch ein Schlag ins Wasser), als vielmehr um die Zerstörung einer Kommunikationsstelle der Freiburger Initiativen.

Gleichzeitig gehen die „Ermittlungen“ mit großem technischen Einsatz (großangelegte Observierungen, Richtmikrofone und Nachtsichtgeräte, breite Telefonüberwachung) weiter. Ein Ergebnis war die Verhaftung von Günter, der auf einem Waldspaziergang von 20-30 Zivilbullen eingekreist und festgenommen wurde. Seitdem sitzt er ebenfalls in U-Haft in Karlsruhe und soll offenbar als „Anführer“ der „kriminellen Vereinigung“ aufgefahret werden.

Schwarzwaldhof abgerissen

Nachdem er über zwei Monate von Bullen besetzt worden war, und nachdem die letzten (legalen) Altmietverträge verfallen waren, wurde der größte Teil des Schwarzwaldhofes in einer Nacht- und Nebelaktion dem Erdboden gleichgemacht und die übrigen Geblüde(-teile) zugemauert.

Noch am selben Abend demonstrierten 3 - 4 000 Menschen, begleitet von einem riesigen Polizeiaufgebot. Für den in Münster beschlossenen bundesweiten Aktionstag am 26. Mai ist eine Demonstration geplant, die sich allgemeiner mit Mieterproblemen befaßt.

Ein Genosse aus Freiburg

Erstes Haus in Lüneburg besetzt

Am 15.5. wurden nun auch in Lüneburg Hausbesetzer aktiv. Ein zum Abriss freigegebenes Altstadt-Haus, das einem profitträchtigen Appartementbau weichen soll, wurde für vier Tage instandbesetzt, bis die kleinen grünen Männchen diesem Treiben ein Ende machten.

Lüneburgs Innenstadt wird mit Billigung der Politiker systematisch entvölkert. Wohnen 1960 noch 16.000 Menschen in der Innenstadt, so waren es 1979 nur noch 3.700, weil billiger Wohnraum zugunsten von Gewerbe- und Verkaufsflächen verpachtet wird. Infolgedessen ist die Wohnungsnot bei sozial Schwachen enorm groß!

Vor diesem Hintergrund wurde die erste Instandbesetzung in Lüneburg natürlich zum

Stadtgespräch Nr.1

Lüneburger Landeszeitung. ■■ „Bistum“ aus dem Landkreis, zwei Schülerzeitungen, DPA, „Hamburger Morgenpost“, „Bild“, „Welt“, „FAZ“ veröffentlichten jeweils längere oder kürzere Artikel mit a.T. recht wohlwollendem Inhalt. Während einer zufällig live aus Lüneburg gesendeten „NDR von 9 bis halb 1“-Sendung konnten wir von der Instandbesetzung berichten. Befragte Passanten äußerten sich zustimmend bis euphorisch („Nächstes Mal bin ich auch dabei, mein Haus soll auch abgerissen werden“), „Es müßten auch alte Leute mitbesetzen, die haben allen Grund dazu“).

Die Grünen ließen sich entgegen ihrem kommunistischen Anspruch während der Besetzung weder hören noch sehen. DKP und SDAJ solidarisierten sich mit drei eigenen Flugblättern.

Schwerpunkt aber war unsere Öffentlichkeitsarbeit in der Lüneburger Bevölkerung. In drei Flugblättern und zwei Petitionen mit ca. 4.700 Auflagen, die jeweils in Minutenschnelle verteilt waren, machten wir auf die Situation aufmerksam. Eine Unterschriftenliste zur Solidarisierung mit der Besetzung brachte 580 Unterschriften, eine Spendensammlung konnten wir erfolgreich durchführen.

Was uns am meisten freute, war die zustimmende Reaktion der Nachbarn. Es fanden nicht nur Farben, Leisten, Bettzeug, ja sogar Backbleche mit ofenfrischer Pizza ihren Weg zu uns, sondern auch ein nicht abtreibender Besucherstrom. Nachbarn, drei Baby- und Kindergruppen, eine Hauptschulklasse nebst Lehrern, Freaks, besorgte Eltern usw. wollten sich selbst davon überzeugen, was Instandbesetzen heißt.

Politiker bleibt Politiker ...

Am 4. Besetzungstag besuchten wir die Herren Politiker. Wir zogen in eine öffentliche Stadtratssitzung und legten eine Petition vor, u.a. mit den Forderungen nach Zurücknahme der Abrissgenehmigung und für die Gewähr von Mietverträgen.

Bürgermeister und Oberstadtdirektor lehnten eine Stellungnahme in der Ratssitzung ab, sicherten ihre Diskussionsbereitschaft zu und wollten die Sache angeblich drei Tage später auf einer weiteren Ratssitzung erörtern. Sie sprachen sich „gegen eine Lösung mit dem Polizeiknüppel“ aus. Daß dies nur ein taktisches Verständnis sein konnte, hätte uns gerade bei dieser Sitzung auffallen müssen, in der die Vernichtung von 32 Wohnungen in der Innenstadt zugunsten eines Riesenkaufhauses durchgesetzt werden sollte.

... Bulle bleibt Bulle

Aufgrund der Zusicherung der „Bürgerwörter“ glaubten wir an eine Galgenfrist für die nächsten Tage, einige wollten nichts mehr aufstellen, mehr Wachen aufstellen.

Wie falsch wir mit dieser Einschätzung lagen, bekamen wir im Morgengrauen zu spüren. Gegen 5 Uhr versammelten sich ca. 60 grüne Männer und Zivile mit Knüppeln, Hunden, ED-Wagen und Kameras, um die Räumung vorzunehmen. Unsere Verhandlungsdelegation erreichte zwar einen halbseitigen Aufschub, aber der Einsatzleiter bestand auf Feststellung der Personalia. Die ca. 40 Besetzer einigten sich darauf, nach der letzten Aufforderung geschlossen zu



gehen, mit Personalienabgabe. Nachdem durch lautstarken Gesang und Pfeifenkonzert die Nachbarn geweckt worden waren, zogen wir auf den Hof. Hier wurden wir mit einer ED-Behandlung überrascht, bei der auch die Fingerabdrücke abgenommen wurden. Passanten mußten sich ausweichen, ihre Papiere wurden fotografiert, Nachbarn wurden überprüft. Die Hauseigentümer hatten Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch und Sachschädigung gegen uns gestellt. Nach der Räumung zogen wir zum Marktplatz, errichteten Zelte als Symbol für fehlenden Wohnraum und informierten die anwesenden Lüneburger Empörung über die Räumung und Zustimmung zur Instandbesetzung kennzeichneten auch hier wieder die Stimmung großer Teile der Bevölkerung.

Nächstes Mal sind wir noch klü-

■ Unser erklärtes Ziel, mit der Besetzung die Öffentlichkeit auf die

Wohnungsnot in Lüneburg aufmerksam zu machen, haben wir weitgehend erreicht. Das solidarische Verhalten unter den Besetzern, die freundschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarn und die breite Zustimmung bei der Bevölkerung waren weitere Erfolge.

Selbstkritisch muß gesagt werden, daß es eine rechtzeitige Diskussion über mögliche Widerstandsformen im Falle der Räumung nicht gegeben hat. So standen wir zur Stunde der Räumung der Polizeigewalt recht hilflos gegenüber und ließen auch die ED-Behandlung mehr oder weniger ohne Protest über uns ergehen.

Auch war es ein Fehler, der Doppelpolizistik von Bürgermeister und Stadtdirektor auf den Leim zu geben, die sich auf der einen Seite zwar angeblich für eine friedliche Lösung einsetzten - für den „Dialog mit der Jugend“ - auch aber für die Schritte der Polizei nicht verantwortlich erklärten und wenig unternahmen, die Räumung zu verhindern.

Sowas wird nicht nochmal passieren

ren, die Herren haben uns die Illusionen genommen

G., KB Lüneburg & B., freischweben der Sympetanten

Aktuell - Meldung aus Lüneburg

Auf einer öffentlichen Ratssitzung lösten zwei Powersaureiter der Instandbesetzer tumultartige Szenen und eine Sitzungsunterbrechung

■ Verstörte, beschwichtigende oder wütende Ratsherren und -frauen sowie schwitzende Bürgermeister lehnten in ihrer uneinsichtigen Art eine Verlesung und Diskussion unserer Petition ab. Die Verlesung nahmen wir per Megafon selber vor!

Dabei fanden unsere Forderungen in der Lüneburger Landeszeitung Gehör und wurden kommentarlos abgedruckt. ■■

„Marmor, Stein und Eisen bricht, aber unser Widerstand nicht! Alles, alles geht vorbei, doch wir besetzen neu!“

Aktion »schneller Wohnen« oder »2 Jahre Schimpf und Schande«

In der Nacht zum 6. Mai besetzten ca. zwei- bis dreihundert Jugendliche das Schimpfgebäude. Sie wurden von einer zeitweise 400 köpfigen Menschenmenge unterstützt, die sich auf der Straße vor dem Haus versammelte und für die notwendige öffentliche Sicherheit sorgte. Kurz nachdem die ersten Transparente wie „Stoppt die Zweckentfremdung hier und jetzt“, „Schneller Wohnen“, „Immer heiter, der Häuserkampf geht weiter“ das Schimpfgebäude schmückten, kam die erste Solidaritätsbekundung von Bewohnern des gegenüberliegenden Hauses: Sie hängten ein Bettlaken mit der Aufschrift „So fack's recht!“ zum Fenster raus. In einer vorgefertigten Pressemitt-

teilung wurde die Aktion begründet: „Der Schimpf wurde von der Stadt aufgekauft, um für eine mörderische Stadtautobahn abgerissen zu werden. Nachdem der Abriss durch Bürgerprotest verhindert werden konnte, stand der sofortigen Nutzung des Schimpf als Wohnraum nichts im Wege. Nichtsdestotrotz steht er seit etwa 2 Jahren leer. Ein geplanter Umbau in ein Studentenwohnheim scheiterte aus finanziellen Gründen. Um eine weitere Zweckentfremdung oder ein Leerstehen des Gebäudes zu verhindern, haben wir den Schimpf besetzt.“

Die Besetzer/innen forderten, so schnell wie möglich und direkt mit dem OB über Mietverträge sprechen

zu können. Doch Verhandlungen gab es diesmal nicht (mehr). Bereits unmittelbar nach der Besetzung ordnete der OB unter Umgehung des Gemeinderats die Räumung an; Vermittlungsversuche eines SPD'lers stießen auf taube Ohren.

Im Morgengrauen schließlich wird der Schimpf von 2 Hundertschaften Polizei unter Anwendung von Gewalt geräumt. Auf einer VV hatten sich die Besetzer geeinigt, dem Räumkommando gegenüber passiven Widerstand zu leisten. Was dann geschah, hat mit einer „friedlichen Räumung“ allerdings nichts zu tun. Auf brutale Weise wurden Besetzer mit Fußtritten und Knüttelstößen angegriffen, an den Haaren hochgeris-

sen und zur Personalienfeststellung geschleppt. Einzelne wurden in leere Zimmer gezerrt und von Polizisten verprügelt.

Auch das Vorgehen gegenüber den vor dem Haus versammelten Leuten war von Provokationen der Polizei geprägt. Der Verkehr wurde gesperrt, der ganze Platz umstellt. Ein Beleuchtungswagen tauchte den Platz in gleißendes Licht, von überall her wurde geblickt, Kameras sumten, 2 Videoteams der Polizei filmten jede Einzelheit. Eine Bullenkette versuchte, die vor dem Eingang Versammelten zurückzudrängen. Diese jedoch hatten auch Ketten gebildet und wichen nicht zurück. Schließlich wurden an ein paar Stellen Polizeiknäppel geschleudert und mit Schülern auf die Menge eingeschlagen. Die Besetzer, die sich im Haus befunden hatten, mußten einzeln durch ein Polizeispalier laufen, bei 26 von ihnen wurden die Personalien festgestellt, 4 wurden vorübergehend festgenommen.

Zu denken an der ganzen Aktion gibt einem die Tatsache, daß bei der Schimpfräumung friedliche Lösungen, wie sie sicherlich möglich gewesen wären, nicht einmal mehr angestrebt wurden. Die Eskalation der Gewalt von staatlicher Seite aus wurde hier bewußt betrieben. Die Vermutung, daß die Aktion der Kriminalisierung der Tübinger Häuserkampf-Bewegung dienen sollte, wird auch gestützt von den wirklich extrem auffällenden Filmaufnahmen der Videoteams und der feghellen Beleuchtung vor Ort. Selbst wenn die Stadt keine Strafanzeigen gegen die 26 ED-Behandelten stellt, hat man bei dieser Aktion sicherlich reichhaltiges Material zusammen, mit dem sich gemeinsam mit Material aus zuvor stattgefundenen Besetzungsaktionen - auch Konstruktionen im Sinne des § 129 basteln lassen.

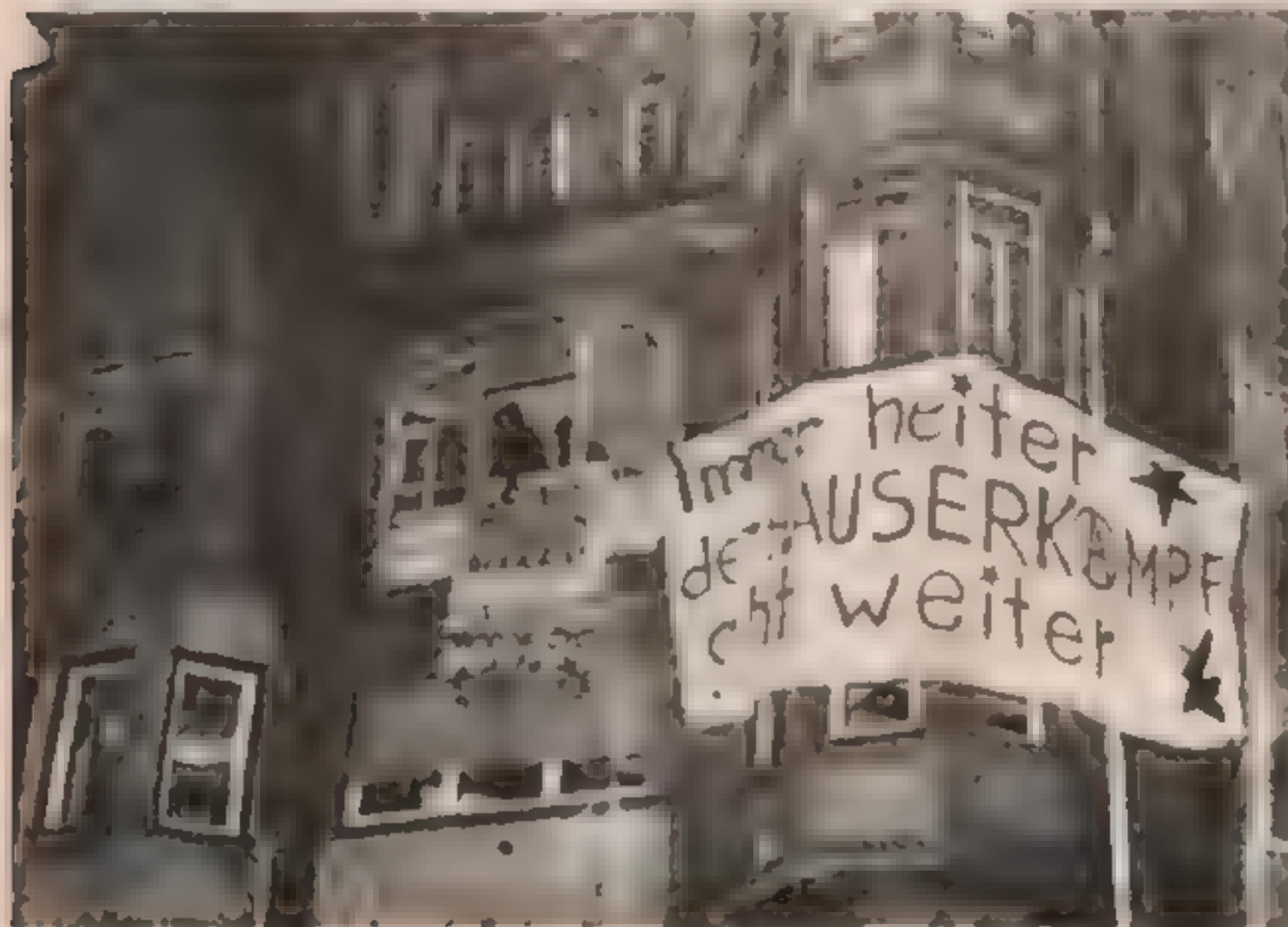
Lange Nächte in Tübingen

Eine wichtige Rolle in der Häuserkampf-Bewegung spielt der „Kommunale AK Schöner Wohnen“, in dem verschiedene Gruppen anlässlich der

katastrophalen Wohnungsnot zusammenarbeiten. So wurde die Schimpf-Besetzung über die linke Szene hinaus von der AL und DKP, die 7 bzw. 3 Sitze im Gemeinderat haben, unterstützt. In den folgenden Tagen bot sich in Tübingen das Bild einer belagerten Stadt: Auch am helllichten Tage patrouillierten Polizeistreifen in der ganzen Stadt, zogen SEK'ler in voller Kampfmontur zwischen spielenden Kindern auf dem Marktplatz ihre Runden. Wenn aber im Gemeinderat von „Terrorismus die Rede war, war damit keineswegs dieser Terror in grün gemeint; nein, gemeint waren die Aktionen der Hausbesetzer, über die ein Abgeordneter öffentlich sagte, daß der Nazi-Studentenbund 1933 harmlos gewesen sei im Vergleich zu diesem „Terrorismus“ (Karrer, UFW, nach einem Flugblatt der AL).

Wie sah dieser „Terrorismus“ aus? Am Tag der Räumung noch fand eine Demo mit 800 Teilnehmern statt. Obwohl es just an diesem Nachmittag in Strömen regnete, rissen Sprechchöre wie „OB Schmidt, wir kommen!“ und „Wir kommen wieder!“ weiter. Noch in derselben Nacht fand ein Treffen auf dem Holzmarkt statt, auf dem über die Räumung berichtet wurde. Es wurde die Parole ausgegeben: „Besetzt die Polizei!“ An den darauffolgenden „Spazierplätzen“ durch die Stadt beteiligten sich erstaunlich viele, überall in der Stadt stürmten plötzlich Gruppen von Leuten Urmand durch die Gassen, warfen Mülleimer um, spielten mit Blechdose Fußball ... Später fand noch eine Verkehrsblockade statt. Ähnliches am nächsten Abend. Eine spontane Demo legte wiederum den Verkehr lahm.

Gen. aus Tübingen



Eröffnung der »Kulturfabrik Hemelingen« und weitere Besetzungen

Nach den zwei Erfolgen vom April (Bremen-Nord und Frankfurter Str.) gelang im Arbeiterbezirk Hemelingen am Samstag, den 9.5., der große Wurf: Im Anschluß an einen Kulturumzug durch das Viertel, an dem sich 300 Leute bunt und phantasievoll unter dem Motto »Hemelingen lebt!«

sowie dem Grünen Bürgerschaftsabgeordneten Peter Wilkens schloß sich ein interessanter politischer Hintergrund heraus: Die Kultur- und Freizeit-Arbeitsgemeinschaft Hemelingen (KUFAG), aus der ein Teil der Besetzer stammt, bemüht sich seit über einem Jahr vergebens um ein Kultur-

öffentlichen Mitteln bezahlen lassen. Dafür verspricht man den Erhalt von 600 Arbeitsplätzen. Ein fadenscheiniges Argument, wo doch ganz klar Rationalisierung angesagt ist!

Momentan ist mit einer Räumung also wohl nicht zu rechnen. Wenn allerdings die benachbarte Silberwaren-

native Bewegung als auch für die anwohnende Bevölkerung wird, sind noch einige Hürden zu nehmen. Dabei spielen insbesondere die noch nicht vergessenen schlechten Erfahrungen mit dem Kampf um den ehemaligen »Schlachthof« eine Rolle. Ein Teil der damaligen Besetzer aus dem DKP-Spektrum hatte nach und nach die Führung an sich gebracht und sich dem Senat als honorierter Verhandlungspartner angeboten. Schließlich kam es zu einem Kuhhandel. Der Rest der Besetzer, organisiert im »Kulturzentrum Schlachthof e.V.« (Eingewählte sprechen seitdem nur noch von der KUSCH e.V.), ließ sich mit einer kleinen Ecke des gesamten Komplexes absetzen und errichtete dort ihre staatlich subventionierte Spielwiese. Die große Fleischmarkthalle, um die jahrelang gekämpft worden war, wurde in einer Nacht- und Nebel-Aktion dem Erdboden gleichgemacht. Ausführlich sind die Geschichte des Kampfes und die Abriss-Aktion nachzulesen in AK 181 und 183.

Damit der KUFAB nicht ein ähnliches Schicksal droht, finden neben

den öffentlichen Aktionen intensive Diskussionen auf den VV's statt. Soll die KUFAG, die in der Vergangenheit unbestreitbar eine vorwärtstreibende Rolle gespielt hat, nun auch in der Kulturfabrik »die Zugel demokratisch in der Hand halten«, wie es schon gefordert wurde? Bisher steht es allerdings praktisch so aus, daß die Vollversammlung der aktiven Besetzer die Entscheidung trifft.

Was noch aussteht, ist ein groß angelegtes Besetzerfest zur Einweihung und weiteren Bekanntmachung der laufenden Arbeit und vor allem der ungeheuren Möglichkeiten, die die KUFAB für aktive Gruppen bietet (es hat insgesamt ca. 4.000 m² Nutzfläche plus Innenhof, davon allein vier Hallen zwischen 300 und 1.700 m² (!) sowie ca. 800 m² bezugsfertige(!) Räume).

Ermöglicht durch den vorläufigen Erfolg in Hemelingen fanden ein paar Tage darauf mindestens zwei weitere Besetzungen im Ostertor-Viertel statt, und zwar Am Schwarzen Meer 19 sowie Fiedrichs 51 (inzwischen allerdings wieder geräumt).

Ein Genosse aus Bremen

Abriss? NEIN!



beteiligten, drangen 70 Beherzte in die ehemalige Maschinenfabrik Cordes & Stutter in der Hemelinger Bahnhofstraße ein und begannen sofort mit der Renovierung.

Die Bullen waren noch kurz zuvor, während die Demo an dem Gebäude vorbeizog, massiv aufgefahren und hatten bereits innerhalb der Fabrik Nebeltöpfe oder Tränegaspistolen gekündet, was als besonderer Qualm nach draußen drang! Sie zogen dann aber ganz plötzlich ab und tauchten erst kurz nach der Besetzung wieder auf, wobei sie eine drohende Haltung einnahmen. Erst als sie sich davon überzeugt hatten, daß der besetzte Teil der Fabrikgebäude ausschließlich dem städtischen Liegenschaftsmi gehört, erklärten sie die ganze Sache als Angelegenheit, die zwischen der Stadt und den Besetzern zu regeln sei und zogen vorläufig ab.

Nach einigen Vollversammlungen, einem politischen Frühschoppen und einer öffentlichen Einwohnerversammlung mit Kommunalpolitikern

und Bürgerhaus in diesem am stärksten industrialisierten Stadtteil Bremens. 1979 stimmte der Senat der Erweiterung von Daimler-Benz in Hemelingen zu, die er bis heute mit ca. 425 Mio DM subventioniert hat.

Der Beirat des Stadtteils Hemelingen stimmte der Erweiterung nur zu unter dem Vorbehalt einer gewissen »Wiedergutmachung« zu. mehr Grün, mehr soziale Einrichtungen, Verkehrsberuhigung wurden gefordert und auch die Forderung nach einem Bürgerhaus wurde erhoben.

Die Stadt stellte daraufhin für einen Teil dieser Forderungen auch Mittel zur Verfügung, die aber im Laufe der Zeit ungenutzt für Maßnahmen der Wirtschaftsförderung zweckentfremdet ausgegeben wurden!

Z. Zt. verhandelt die Stadt mit der Silberwarenfabrik Wilkens über den Ankauf des gesamten Areals, auf dem auch die Kulturfabrik liegt. Wilkens will sich einen Neubau und die Modernisierung seiner veralteten Produktionsanlagen mit 8 Mio DM aus

fabrik zum Kauf entschließt, wird es kritisch. Dann wird eine Räumungsklage auf die Besetzer zukommen. Mittlerweile haben sich auch SPD/CDU/FDP unter dem Stichwort »Arbeitsplätze sichern« für die weitere Industrialisierung Hemelings ausgesprochen.

Die Besetzer haben jedoch vorgebeugt. Inzwischen gibt es mehrere feste Gruppen im Haus (Schule, Fotofreunde, Eltern...), fast täglich finden kleine Veranstaltungen statt, immer mehr Solidaritätsadressen trüben ein, jeden Abend sind 200 bis 300 Leute da. Am Samstag, den 30. Mai, wird eine Solidaritätsdemo in der Innenstadt durchgeführt, anschließend organisiert die Elterngruppe unter dem Motto »Der Kinder wegen« ein großes Kinderfest zum Mitmachen. Und für den 5. Juni hat sich Bürgermeister Koehnke zu einer Diskussion in der besetzten Fabrik ange-sagt!

Ehe die KULTUR-FABRIK-Hemeligen (KUFAB) zu einem Anziehungspunkt sowohl für die linke und alter-

Schon seit längerem fehlt in Heidelberg ein Kultur- und Begegnungszentrum, besonders nach der Räumung und Schließung des Collegium Academicum (CA), in dem früher ein reges kulturelles Leben herrschte und das für viele Anlauf- und Treffpunkt war.

Seitdem hat sich die Raum- und Materialsituation in Heidelberg ständig verschlechtert, was vielen Gruppen die Arbeit schwierig macht.

Um die Forderung nach einem Kommunikationszentrum zu unterstützen und zu verbreiten, wurde am Freitag, den 15. Mai, auf dem Umlatz an der Idiotenrennbahn (= Fußgängerzone) Heidelberg ein (nicht genehmigtes) Fest veranstaltet.

Ab 20 Uhr versammelten sich mehrere hundert Leute auf dem Umlatz. Bongos, Gitarren etc. wurden gespielt, obwohl laut Polizeiverordnung Straßenmusik ab 19 Uhr verboten ist. Dies war dann auch der Grund dafür, daß die Polizei sogleich zahlreich erschien, sich aber nach einigen Drohungen wieder zurückzog. (Es waren wohl noch zuviel Menschen, darunter harmlose Kneipengänger, die bei einer Räumung hätten verprügelt werden müssen.) Aber vor ihrem Abzug riß die Polizei provokativ alle aufgehängten Transparente runter.

St. aus Heidelberg

Das Fest ging weiter bis ungefähr 23.30. Einige Leute machten zu diesem Zeitpunkt ein kleines Feuer aus herumliegenden Papier an, was augenscheinlich die Polizei so irritierte, daß sie gleich mit drei Hundstücken anrückte. Die Menschen zogen sich verängstigt zurück, die Musik verstummte. Nach einer Warnung der Polizeiführung schlugen die Beamten mit den Langstöcken rhythmisch auf die Schulter und ließen los. Bei der folgenden Flucht stürzten einige, etwa 20 Menschen wurden durch den brutalen Polizeiberfall verletzt. Es gab unter den Festteilnehmern einige Handgreiflichkeiten, als Flaschenwerfer in ihrer Tätigkeit behindert wurden.

Die folgenden Geplänkel zogen sich über zwei Stunden hin, wobei einige Scheiben zerstört sowie Polizeiwagen und Polizisten farblich aufgeockert wurden. Die massiv verteilten Spitzel und Zivilen versuchten, in einem für Heidelberg außergewöhnlichem Maß zu provozieren (Pflastersteinverteilung) und machten mit Greiftrüppchen die meisten der 7 vorläufigen Festnahmen.

brutale Polizeieinsatz wurde am Montag von der Lokalpresse abge-senget (wie üblich).

St. aus Heidelberg

St. aus Heidelberg

St. aus Heidelberg

Häuserkampf in Düsseldorf

Häuserkampf in Düsseldorf

Die Instandbesetzerbewegung in Düsseldorf hat seit der Besetzung des autonomen Stadtteilzentrum Volmerwertherstr. 41 im Februar einen enormen Aufschwung erlebt. Seitdem fanden elf Instandbesetzungen statt, zwei Häuser wurden wieder geräumt. Im folgenden ein Überblick über die Ereignisse der letzten Wochen.

Am 6.5. besetzten Studenten das seit vier Jahren leerstehende Haus Christophstr. 4. Die Kirchengemeinde St. Simeon wollte das Haus an einen Privatmann verkaufen. Die Stadt machte jedoch ihr Vorkaufrecht geltend, weil ihr plötzlich einfiel, daß sie hier die Wondascheife einer Straßenbahnlinie verlegen will und dazu müßte das Haus abgerissen werden. Seit 1979 streiten sich Stadt und Kirchengemeinde vor dem Verwaltungsgericht, während das Haus zu verfallen drohte („WZ“, 7.6.).

Am 6.5. besetzten Studenten das seit vier Jahren leerstehende Haus Christophstr. 4. Die Kirchengemeinde St. Simeon wollte das Haus an einen Privatmann verkaufen. Die Stadt machte jedoch ihr Vorkaufrecht geltend, weil ihr plötzlich einfiel, daß sie hier die Wondascheife einer Straßenbahnlinie verlegen will und dazu müßte das Haus abgerissen werden. Seit 1979 streiten sich Stadt und Kirchengemeinde vor dem Verwaltungsgericht, während das Haus zu verfallen drohte („WZ“, 7.6.).

Ende März wurde das seit drei Jahren leerstehende Bankgebäude Benrather Schloßallee 97 instandbesetzt. Die Dresdner Bank wollte unbedingt ein Bürohaus hunklotzen, obwohl der Bebauungsplan nur Wohnhäuser zuläßt. In zwei Gesprächen mit den Instandbesetzern/innen, zu denen jeweils ein Vertreter der Frankfurter Hauptverwaltung anreiste, war die Dresdner Bank zu keiner Einigung bereit. Ein angeblicher Kaufinteressent teilte den Instandbesetzern/innen auf Nachfrage mit, daß er das Gebäude nicht

kaufen wolle.

Die Dresdner Bank erwirkte beim Verwaltungsgericht eine Räumungsverfügung. Am 12.5. erschien der Gerichtsvollzieher in Begleitung einer Hundertschaft Bullen, die ihm „Amtshilfe“ leistete. Mit Äxten zer-schlugen sie die Panzerglasscheiben und drangen in das Haus ein. Angesichts der bereits eingedrungenen Bullen leisteten die 21 Instandbesetzer/innen keinen Widerstand. Der Gerichtsvollzieher gab ihnen eine Stunde Zeit, ihr persönliches Hab und Gut aus dem Haus zu bringen. Dann mauerte ein Bustrupp den Eingang zu, um das Gelände wurde ein hoher Baueisen errichtet.

Am Nachmittag statteten rund 20 Instandbesetzer/innen der Dresdner Bank einen Besuch ab und verteilten Flugblätter an die Kunden. In der Nacht gingen an sieben Füllfäßen der Dresdner Bank Scheiben zu Bruch. Die Bullen nahmen einen 20-jährigen, den sie verdächtigt, freier Mitarbeiter der Glasernahme zu sein, vorläufig fest.

Am Nachmittag des 13.5. demonstrierten rund 700 Menschen in der Innenstadt gegen die Räumung. An einer Demo in Benrather beteiligten sich rund 300. In Benrather waren mehrere Hundertschaften Bullen aufgeföhren. Vor dem geräumten Haus standen u.a. zwei Wasserwerfer. Trotz dieser massiven Präsenz gelang es, die Bullen zurückzuweisen. Scheinbar bog die Demonstration in eine Straße ein, um dann aber im Laufschritt in die entgegengesetzte Richtung loszurennen und das Haus Benrather Rathaustr. 10 zu besetzen. Die Bullenföhhrung entschloß sich, vorläufig nicht zu räumen.

Zunächst einmal einen Teilerfolg konnten die Besetzer/innen von „Gut Kothanhoven“ in Düsseldorf-Hubberrath verzeichnen. Die Stadt wollte das Fachwerkhaus für die Erweiterung einer Mülldeponie abreißen, obwohl seit längerem ein Antrag auf Denkmalschutz gestellt worden war und es sich um ein Landschaftsschutz-

gebiet handelt. Mitte Februar verhängten die Besetzer/innen den „verschänten“ Abriss in der Zwischenzeit haben sich über 1.500 Unterschriften gegen den Abriss und die Erweiterung der Mülldeponie gesammelt. Nun will die Stadtverwaltung auf die Erweiterung der Mülldeponie verzichten, das Gut jedoch wegen der angeblich zu hohen Renovierungskosten abreißen. Der zuständige Ratsumschuß beschloß jedoch, daß zunächst einmal geprüft werden soll, ob „Gut Kothanhoven“ in Selbsthilfe wiederhergestellt werden kann („RP“, 14.5.).

Datlef/Düsseldorf

Stadt Dortmund schlägt zu!

Um weiteren Hausbesetzungen vor-zukommen, hat die Stadt Dortmund am Donnerstag, dem 7.5., zu einem unerwarteten Schlag ausgeholt.

Unter marktem Bullenschutz (mehr als 120) rückte gegen 6 Uhr morgens ein Abbruchunternehmen in das Sanierungsgebiet Dortfeld. Unter dem Motto des „vorbeugenden Abrisses“ machten sie sich daran, leerstehenden Häusern in der Nachbarschaft der bisher besetzten Häuser Helmutsr. 35 und Wörtstr. 22, den Garaus zu machen.

Ca. 50 - 100 Freunde und Freundinnen der leerstehenden Häuser versuchten, diese Vorhaben zu verhindern, indem sie ein Haus besetzten und sich vor den anrückenden Bagger schützten.

Sowohl das Abbruchunternehmen wie auch die Bullen gingen brutal gegen die Hausbesetzer vor. Einem wurde durch den Bagger ein Bein eingeklemmt, so daß er stationär behandelt werden mußte. Andere wurden von den Bullen zusammenge-schlagen. Ein Sonderreinsatzkommando holte die Besetzer vom Hausdach herunter. 20 Personen wurden

Erste Hausbesetzung in Wolfsburg

In der Nacht zum 13.5. wurde in Wolfsburg von ca. 15 Leuten ein seit 9 Monaten leerstehendes Haus be-setzt. Teile der Hausbesetzer hatten vorher vermutet, das Haus anzunehmen. Dazu war die Stadt allerdings nicht bereit, da das Haus später zwei Familien aus der Obdachlosensituation zur Verfügung gestellt werden sollte. Praktische Schritte in dieser Richtung wurden allerdings nicht getan. Die Besetzer erklärten deshalb beim Einzug, daß sie das Haus freiwillig verlassen würden, sobald mit der Renovierung begonnen wür-

de oder die Familien aus der Siedlung einzeln würden. Die Stadt, mit derlei Situation nicht mehr vertraut, gab gleich zu erkennen, daß sie den harten Kurs „im Kampf gegen die Anarchie“ (Stadtdirektor Schwenninghagen) würde. Den Besetzern wurde für das Verlassen des Hauses eine Frist bis 18.00 Uhr (13.5.) gesetzt, die jedoch ohne folgende Taten vertritt. Dafür kam am nächsten Morgen um 4.30 Uhr die Polizei, zu einer Zeit also, zu der auf den Straßen nichts los ist, die Bullen also ungestört waren und keine Angst vor „Publikum“ zu haben brauchten. Mit Schlagstöcken und Äxten bewaffnet drangen sie in das Haus ein, zer-schlugen Türen und zerrten die passiv Widerstand leistenden Besetzer aus dem Haus. 34 Leute wurden zum Bullenrevier gebracht, erkenntungs-dienstlich mißhandelt und nach mehreren Stunden freigelassen. Noch am selben Tag bezog eine der Familien das Haus, was die Räumungsaktion absolut überflüssig machte, da für diesen Fall das freiwillige Verlassen des Hauses durch die Besetzer angekündigt worden war.

Für einen Teil der an der Aktion Beteiligten kamen die Folgen ihrer Besetzung noch am selben Tag. Drei bei VW arbeitenden Leuten wurde die fristlose Kündigung in die Hand gedrückt und alle bekamen eine Anzeige von der Stadt. Am darauffolgenden Sonnabend wurde in der Wolfsburger Innenstadt eine Kundgebung zu den Ereignissen abgehalten, an der ca. 200 Leute teilnahmen und die regen Interesse bei den Passanten fand. Hier wurde die Forderung nach konsequenter Nutzung von Wohnraum unter-stützt und es wurde gegen die Küm-melung von Hausbesetzern protestiert. Anschließend kam es zu einer spontanen Demo durch die Innenstadt. Es tat sich was im Wohnungskampf - auch in der Provinz!

Gen. aus Dortmund

Ein Wolfsburger Genosse

Volksbegehren und Volksentscheid

»Keine Startbahn West«: Jetzt geht's los!

Am 15.5. fiel die endgültige Entscheidung in Sachen Volksbegehren und Volksentscheid gegen die Startbahn West auf dem Frankfurter Flughafen. Das Gesamt-Plenum der Bürgerinitiative gegen die Flughafenverlängerung beschloß - bei 250 Anwesenden lediglich zwölf Gegenstimmen - die bisher größte Kampagne in Sachen Umweltschutz, die es in Hessen gegeben hat, einzuleiten.

Der offizielle Startschuß fällt am 30. Mai, wenn in der Rüsselsheimer Stadtteile die „Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren und Volksentscheid »Keine Startbahn West«“ gegründet wird. Hier werden neben der Bürgerinitiative gegen die Flughafenverlängerung der hessische „Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland“ (BUND), der Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und die „Hessische Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz“ (HGON) und der „Deutsche Bund für Vogelschutz“ (DBV) angehören.

Daneben existiert ein breiter Kreis der Unterstützer, dem neben etlichen Bürgerinitiativen und Umweltschutzgruppen politische, gewerkschaftliche und andere gesellschaftliche Gruppen und Organisationen aus ganz Hessen angehören. Dieser Unterstützerkreis hat sich in den letzten Wochen noch vergrößern können, nachdem insbesondere Jusos, DKP und Teile der SPD in der betroffenen Region ihre anfängliche Skepsis gegenüber dem Projekt überwunden konnten und inzwischen ihre Unterstützung erklärt haben.

Abgelehnt wird der Volksentscheid innerhalb der Startbahngegnerschaft von einigen Jusos, Anarchos des „Arbeitskreises Umweltschutz Wiesbaden“, einigen „undogmatischen“ B.ern aus Frankfurt und vom KBW. Nach den langen und ausführlichen Diskussionen über dieses Vorgehen befinden sie sich in der BI klar in der Minderheit.

Denn die Delegierten hatten mit großer Mehrheit den Antrag des Vorstands abgelehnt, in dem sich zwar verbal gegen die Startbahn ausgesprochen wurde, in dem es aber schließlich heißt: „Er rät den Mitgliedern der SPD und ihren Untergeordneten, sich an dessen (Volksbegehren) Vorbereitung und Durchführung nicht zu beteiligen.“ Der Gegenantrag der Jusos und der SPD Mörfelden-Walldorf bekam anschließend 80-90 % der Stimmen. Daß sich zu der kleinen Vorstandsmehrheit ausgerechnet die ehemalige Juso-Chefin H. Wiczorek-Zaul gestellt, wirkt nur noch einmal ein unangenehmes Schlegel auf der Karsten Voigt-Generation. Am 19.5. erklärte die SPD-Kreisfraktion aufgrund des Parteitagbeschlusses ebenfalls ihre Unterstützung, obwohl es bislang dagegen gewesen war.

Skandale verhielten sich hingegen die meisten SPD-Abgeordneten der Frankfurter Stadtverordnetenfraktion, die am gleichen Tag bekanntgaben, daß sie für den Bau der Startbahn West einen Begründung: Man müsse sich ins Unvermeidliche fügen. Dies, obwohl der Unterbezirkspartei der Frankfurter SPD am 10.5. mit Zweidrittelmehrheit folgenden Beschluß faßte: „Der Unterbezirkspartei kann dem Bau der Startbahn nicht zustimmen und fordert die Landesregierung auf, ihren Beschluß zu revidieren.“ Kompromißbeiträge auf Nichtbefassung (so der geschätzte OB-Kandidat Martin Berg) oder für ein zwei-

jähriges Moratorium in der Flughafenfrage wurden abgelehnt.

... und die CDU

Die CDU im Kreis Groß-Gerau, ebenfalls „Gegner“ (ähn, ihm) der Startbahn West, verhält sich zur Zeit noch zurückhaltend und zwaitend zum Volksentscheid. Abschließend dürfte das Thema beim Kreisparteiabend der CDU am 12.5. behandelt werden. Nach einer ersten Diskussion des Kreisvorstands und der Kreisfraktion will die CDU erst die juristische Prüfung des Gesetzentwurfes und die Stellungnahme des Landrates Blödt abwarten. Nachdem schon vor Wochen die nicht mehr im Kreistag vertretene FDP des Kreises ihre Unterstützung für Volksbegehren und Volksentscheid zugesagt hat, ist die CDU die letzte Partei, die sich noch nicht dafür entscheiden konnte.

Aber auch ohne die CDU hat das Projekt Volksbegehren und Volksentscheid „Keine Startbahn West“ im Kreis Groß-Gerau, der am meisten betroffenen Region, die denkbar breiteste Unterstützung der Bevölkerung.

Räumung des Hüttendorfs?

In diesen Tagen gibt es Anzeichen dafür, daß die Landesregierung schon jetzt das inzwischen rund 100 Hütten umfassende Dorf im besetzten Waldgelände räumen lassen will.

Auf jeden Fall wird ein entsprechendes Klima der Nervosität verbreitet. So wurde beispielsweise am Tag nach der Ermordung Karys in der FAZ die krasse Falschmeldung gebracht, es habe eine „Freudenteier“ im Dorf gegeben (was vom hessischen Innenminister persönlich dementiert werden mußte). Ständig wird das Dorf observiert - von Hubschraubern ebenso wie von „Zivilbeamten“. Andererseits gibt es auch Überlegungen, die gegen eine Räumung in allerhöchster Zeit sprechen. Demnach stünde Anfang Juni der Bau einer monstrosen Betonmauer um das bereits abgeholzte Gelände herum an, damit dahinter mit der Untertunnelung der Ockfelerstr. begon-

nen werden kann. Für beide Fälle hat die Bürgerinitiative dazu aufgerufen, massenhaft in den Wald zu kommen.

Die Landesregierung steht wieder einmal vor der Entscheidung zwischen Brutalität und Klugheit. Sicher ist, daß jeder Akt der Brutalität, jeder Versuch, mit dem Startbahnbau zu beginnen (und dazu gehört auch die Untertunnelung) oder vollendete Tatsachen zu schaffen, die Bevölkerung scharenweise dazu verleiten wird, sich in die Listen für das Volksbegehren einzutragen.

KB/Gruppe Frankfurt

Bisherige Unterstützer von Volksbegehren und Volksentscheid »Keine Startbahn West«

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Landesverband Hessen (BUND), HGON, Deutscher Bund für Vogelschutz Hessen (DBV), BBU, Die Grünen Hessen, DKP Hessen, Arbeitskreis Leben Hessen (AKL), BJD „die Falken“, Bund deutscher Pfadfinder (BDP) Hessen, SOAJ Hessen, Jusos Hessen-Süd, die Synode des ev. Dekanats Rüsselsheim, die Azulen der Fachhochschulen bzw. Universitäten von Kassel, Marburg, Gießen, Fulda, Frankfurt, SPD Kreis Groß-Gerau, SPD-Kreisfraktionen, FDP Kreis Groß-Gerau, SPD Mörfelden-Walldorf, ca. 300 evangelische Pfarrer, Jagdclub Offenbach, Naturfreunde Hessen, Götter Initiative Bensheim, Grüne Liste Hessen (GLH) Bensheim, Arbeitskreis Umwelt Warburg/W., Bürgerinitiative für Umweltschutz Eddersheim e.V., und Orgruppe Ockfeler, Anti-Atom-Büro Darmstadt/Wetten, Arbeitskreis Umweltschutz Hersfeld-Rosenburg, Bürgerinitiative Umweltschutz Fulda (BIF), Interessengemeinschaft gegen Planungsfehler Kassel, BI Schwelmstadt, BI Limburg, AGU Südliches Ried Siebie, BI gegen AKWs Frankfurt, BI gegen AKWs Marburg, Stadtschülerrat Frankfurt, BI für Umweltschutz Rodemark-Rodgau, Spielplatz Lössche e.V. Dieburg/Münster, ASH Oberursel, Kommunistischer Bund (KB) Fachschaftsvermehrung Biologie der Universität Frankfurt, Gemeinschaft für Umweltschutz und Demokratie (IGUD) Zwingenberg, Andere Liste Rodemark, BI gegen AKWs Lamsheim, BI gegen die Westtangente im Gail, Frankfurt, Höchster Schnuffler und Mosacker, Frankfurt-Hochst DGB-Ortsrat Neuheim, AGU Darmstadt BBU-Initiative „Kein Atomkraft in Würges“, BI Lich, Wählergemeinschaft Darmstädter (WGD), Grüne Alternative Litz (GAL), Narau, Wanderjugend aus Kruenthal Jugendhaus Oietzenbach, Grüne Bürgerliste für Demokratie und Umweltschutz Mörfelden-Walldorf, FDP-Ortsverband Mörfelden, Wählerinitiative Keltarbach (WIKI), Freie Wählergemeinschaft (FWG) Rüsselsheim, Grüne Liste Büttelborn (GLB), Alternative Liste Försheim, Grube Dreieich, Allgemeiner Deutscher Fahrradclub (ADFC) Frankfurt.

Spendet zur Unterstützung des Volksbegehrens und Volksentscheids!

Alle Spenden sind steuerabzugsfähig, wenn sie auf das Konto Nr. 19085007, Volksbank Groß-Gerau, BLZ 50892500 zugunsten des Vereins zur Förderung des Volksbegehrens „Keine Startbahn West“ gezahlt werden. Spendenquittungen werden auf Verlangen zugestellt.

sich in der BI klar in der Minderheit.

Die SPD und der Volksentscheid

Mehr als ein Jahr vor den nächsten hessischen Landtagswahlen im Oktober 1982 ist heute schon klar, daß der weitere Verlauf der Auseinandersetzung um die Startbahn West deren Ergebnis entscheidend mitbeeinflussen wird. Diese hessenweite Massenkampagne wird aller Voraussicht nach zu einer erneuten Zersplitterung innerhalb der SPD führen.

Unter diesen Voraussetzungen konnte es eigentlich nicht verwundern, daß der SPD-Vorstand des Unterbezirks Groß-Gerau und die SPD-Fraktion im Kreistag Volksbegehren und Volksentscheid ablehnend gegenüberstanden. Unter dem politischen Druck der starken BI-Bewegung und der alternativen und grünen Listen in der Region hat der SPD-Unterbezirkspartei am 15.5. - einen Tag nach dem Beschluß der BI - mit überwältigender Mehrheit für eine Unterstützung des Volksbegehrens/Volksentscheids gegen die Startbahn West.

Die FR schreibt am 18.5. über dieses Ergebnis: „Kalte Dusche für den Vorstand: Zwischen 80 und 90 Prozent der Delegierten auf dem SPD-Unterbezirksparteiabend stimmten am Samstag in Stockstadt für eine Unterstützung des Volksbegehrens/Volksentscheids gegen die Startbahn West“.

Öffentliche Gründungsversammlung

Für den 30.5. laden die Bürgerinitiative gegen die Flughafenverlängerung, der BUND Hessen, die Hessische Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz und der BBU ins „Öffentliche Gründungsversammlungen der Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren und Volksentscheid Keine Startbahn West“, ihres Unterstützerkreises und zu den Beschlußfassungen über die Einleitung des Volksbegehrens“ ein. Zur Veranstaltung, die ab 10 Uhr in der Stadthalle Rüsselsheim stattfindet, sind alle Interessierten eingeladen. Bis zu diesem Zeitpunkt wird auch der erste Schwung von Werbe- und Informationsmaterialien für das Volksbegehren fertig sein. Unmittelbar nach diesem offiziellen Startschuß werden die Unterschriftenlisten für den „ersten Durchgang“ gedruckt, so daß mit dem Sammeln begonnen werden kann.

DKP dafür — KBW dagegen

Die DKP hat ihre anfängliche Skepsis gegenüber dem Volksbegehren gegen die Startbahn West inzwischen überwunden. In einer Stellungnahme des Bezirksvorstands Hessen („UZ“, 4.5.81) heißt es: „auch diese Kampfform“ müsse genutzt werden, „um die Protest- und Ablehnungsfront ganz entscheidend zu verankern“. Ebenso wie die BI bekräftigt auch die DKP, daß es bei dieser Volksabstimmung auch um die Zurückweisung der ersten umweltfeindlichen Planungen in Hessen (Block C des AKW Biblis, Giftmülldeponien und Wiederaufarbeitungsanlagen) gehen müsse.

Nicht zuletzt die breite Unterstützung des Volksbegehrens durch Initiativen und Organisationen in ganz Hessen sowie die erhebliche Publizität, die inzwischen in den Medien erreicht worden ist, dürften die DKP zu diesem Schritt bewogen haben. Noch vor vier Wochen sah es nämlich etwas anders aus. Die DKP hatte auf dem ersten landesweiten Treffen zu diesem Thema am 4.4. nicht teilgenommen. Einen Tag später hielt sie ihre eigene Bezirksdelegiertenkonferenz ab, auf der der Widerstand gegen die Startbahn erneut bekräftigt und insbesondere auf die Nato-Pläne hingewiesen wurde, die mit der Flughafenverlängerung verbunden sind. Zum Volksbegehren verstanden die Delegierten jedoch damals noch jede Stellungnahme in ihrer Entscheidung.

Der KBW hingegen hat trotz Uneinigkeiten bei einzelnen Mitgliedern eine deutliche Ablehnung formuliert (KVZ, 4.5.). Der Volksentscheid könne möglicherweise der „Anfang vom Ende sein“. Die „KVZ“ hält eine Niederlage für „absehbar“, befürchtet, daß dies der Bewegung „das Rückgrat brechen“ könnte, und daß es möglicherweise „negative Rückwirkungen auf die gesamte Umweltschutzbewegung“ geben könnte. Man muß der „KVZ“ jedoch beschreiben, daß in dieser Frage ernsthaft und frei von überflüssiger Polemik argumentiert wird.

Einige der sachlichen Einwände sind nicht ganz richtig oder aber durch die Entwicklung der letzten Wochen bereits überholt. So vermerkt die „KVZ“, daß die Anhänger des Volksbegehrens durch die Ergebnisse für grüne und alternative Listen bei den

zurückliegenden Kommunalwahlen Auftrieb erhalten hätten. Dies seien aber nur 5 % im Durchschnitt gewesen, während für die zweite Etappe des Volksbegehrens 20 % benötigt würden. Richtig ist, daß die Grünen als Partei landesweit etwa 5 % erhalten haben. Berücksichtigt man jedoch die Stimmen der verschiedenen grün/alternativen Bündnislisten (die in ihren Gemeinden z.T. erheblich die grünen Kreistagsstimmen überflügeln), so kommt man schon dadurch auf ein höheres Ergebnis. Hinzu kommt, daß vielerorts Gegner der Startbahn (im Kreis Groß-Gerau) wie auch Gegner der WAA (in Nordhessen) trotz allem für bürgerliche Parteien gestimmt haben. Auch aus den Reihen der Nichtwähler dürfte es eine erhebliche Mobilisierung zur Unterstützung des Volksbegehrens geben. Der KBW wird uns z.B. sicher befehlen, wenn wir behaupten, daß es allein in Frankfurt und in der Flughafenregion möglich sein wird, wertvolle Unterschriften gegen die Startbahn West zu bekommen als die Grünen bei den Kommunalwahlen in ganz Hessen erreicht haben. Das ist keine „Garantie“ für 20 %. Es zeigt jedoch, daß die oben zitierte Aussage der „KVZ“ die angebliche Aussichtslosigkeit des Volksbegehrens nicht beweist.

Weiter verweist die „KVZ“ auf die „Absturzversuche“ aus den Reihen der bürgerlichen Parteien, die in der betroffenen Region bislang den Widerstand unterstützt hatten. Richtig wird der SPD-Vorsitzende von Hessen-Süd, Götsch, mit seiner Forderung zitiert, die SPD solle Bömer mit Blick auf die Landtagswahlen unterstützen. Götsch freilich gehörte nie zu den Gegnern der Flughafenverlängerung. Bistag hat er sich mit seiner nach den Kommunalwahlen ausgegebenen Linie auch nirgendwo (!) durchsetzen können. Unterbezirksparteiabend in Offenbach, Frankfurt, Kassel und im Kreis Groß-Gerau waren vielmehr überraschenderweise von beschlicher „Konfliktbereitschaft“ mit der Landesregierung geprägt. Im Kreis Groß-Gerau hat sich sogar die (allerdings stark geschwächte) FDP hinter das Volksbegehren gestellt.

Verbale Unterstützungserklärungen bedeuten natürlich nicht viel, solange nicht auch eine handfeste, praktische

Teilnahme an dieser Kampagne erfolgt. Doch es liegt nicht zuletzt an der BI und ihren Aktivisten, auch in dieser Beziehung noch einiges zu erreichen. So muß beispielsweise darum gekämpft werden, daß die Abgeordneten-Mehrheiten von SPD, Grünen (und z.T. auch DKP) im Kreis Groß-Gerau und verschiedenen Gemeinden auch tatsächlich eine finanzielle Unterstützung des Volksbegehrens beschließen.

Ein weiterer Einwand der „KVZ“ bezieht sich auf das Fehlen einer „breiten Unterstützung aus der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung“. Dieses Argument ist so allgemein wie richtig. Gerade hierzu hätte man jedoch eine differenziertere Überlegung von Kommunisten erwartet. Das Besondere an diesem Konflikt ist ja, daß es im Unterschied zu anderen Umweltschutzbewegungen überhaupt eine Unterstützung aus der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gibt. Unvergessen bleibt, wie dem schwer gewichtigen Holger Bömer im letzten Herbst die Knie weich wurden, als eine tausendköpfige Funktionsversammlung der IG Metall bei Darmstadt die Aussetzung des Startbahnbaus von der Landesregierung verlangte. Nur wenig später ging der Ministerpräsident auf die Forderung nach einer „Dankpause“ ein und versprach, daß bis zum Herbst 1981 kein weiterer Baum gefällt werden würde. Es gibt also konkrete Ansetzungen für eine Mobilisierung in diesem entscheidenden Bereich. Dabei wird es zunächst einmal leichter fallen, für eine

Unterschrift unter den Antrag auf Volksbegehren zu werben, als den Streik bei Opel Rüsselsheim zu organisieren, wenn das Hüttendorf geräumt wird, oder?

Wenn wir uns nicht in die fatale Situation begeben wollen, darauf zu warten, daß der Vorstand des DGB Hessen seine Haltung ändert, dann gilt es, mit aller Kraft die Initiative des Arbeitskreises Leben zu unterstützen, der innerhalb der Gewerkschaften für das Volksbegehren eintritt.

Hier soll nicht der Eindruck erweckt werden, als ob Volksbegehren und Volksentscheid die einzig verbleibende Widerstandsmöglichkeit gegen den Bau der Startbahn West wären. Aber es muß gesagt werden, daß diese Initiative bislang die in sie gesetzten Erwartungen durchaus erfüllt hat.

• Abfangen der Resignation nach dem Landtagsheering, das mit einem zeitweisen Rückschlag für den Widerstand zuende gegangen war (der KBW hatte recht kritisch eine Beteiligung an dieser Forderung empfohlen)

• Verbreiterung des Widerstands durch Einbeziehung weiterer Kräfte

• Aufbau einer landesweiten Kampagne gegen die Umweltpolitik wie auch des „Demokratieverständnis“ der Landesregierung

Freilich: Die wirkliche Arbeit fängt gerade erst an. Da aber jeder(!) gebraucht wird, wäre es nützlich, wenn der KBW seine ablehnende Haltung noch einmal überdenkt.

2. Juni: Auf nach Rüsselsheim

An einem für APO-Nachkömmlinge historischen Datum wird sich die hessische BI Szene versammeln, werden Grüne, Bunte, Sozialisten und Gewerkschafter nach Rüsselsheim im Kreis Groß-Gerau kommen. Am 2. Juni findet dort in der Stadthalle die öffentliche Auftaktveranstaltung der Volksentscheid-Kampagne statt. Vom Kulturprogramm her könnte es bei Treffen zwischen dem, was früher im westesten Sinne als APO bezeichnet wurde, und der Bürgerbewegung in

den Flughafengemeinden geben. angekündigt sind Larryn, die Gebrüder Engel und die Bots, alles einheilige Aktivisten von „Rock gegen Flecht“. Man darf gespannt sein, wie die Lieder gegen Rassenismus und männlichen Chauvinismus, gegen die Bild-Zeitung, für Frieden und für eine andere Art des Zusammenlebens bei denjenigen ankommen werden, die zunächst einmal „nur“ gegen die Startbahn West angekämpft haben, aber im Laufe der Jahre Erfahrungen mit diesem System gesammelt haben.

1 Jahr nach 1004: 2 Tage Bürgerdialog in Lüchow-Dannenberg

Der Experte des Bundesforschungsministeriums in Sachen Bürgerdialog, Ziegler, war rundum zufrieden: „Die Veranstaltung war als Teufelskreis geplant. Der Teufelskreis ist gelungen, sie hat vertrauensbildend gewirkt. Auch in Zukunft wünsche ich mir ein bisschen mehr Vertrauen in die Wissenschaftler und die Verantwortlichen wie mich“ („faz“, 18.5.81). Gemeint ist die gemeinsam vom Bundesforschungsministerium und anderen Atomackern sowie dem BBU und der BI Lüchow-Dannenberg vorbereitete 2-tägige Informationsveranstaltung über die Ergebnisse der Salzstock-Tiefbohrung. Regie: Das BMFT. Diskussionsleitung: Fernsehprofessor Heber (AKW Befürworter). Kein Wunder also, daß das Ergebnis dieser Veranstaltung von vornherein feststand: Der Gorleben-Salzstock sei trotz einiger unzulänglicher Mängel nach wie vor „eignungsbefähigt“ für ein radioaktives Endlager und müsse deswegen weiter erkundet werden. Diesem vorgegebenen Ziel folgend ist im unterschiedlich zusammengebastelten Vorbereitungskreis als

Schlussreferat als Ausblick der Endlagerbetreiber „über das weitere Programm der Erkundung (Themenkreis 6)“ vereinbart worden.

Die Vorgeschichte

Die erste als Bürgerdialog angesetzte Informationsveranstaltung des BMFT über Endlagerfragen scheiterte im September '79 am Widerstand der kritischen Wissenschaftler, denen der Einblick in die Bohrprotokolle verweigert worden war.

Diese führten daraufhin eigene tektonische Untersuchungen in Gorleben durch und gaben die Ergebnisse ihrer Untersuchungen auf einer BI-Veranstaltung bekannt. 1980 lautete die zentrale Forderung der 1004-Besitzer: Beendigung der Salzstock-erkundung, bis die gesamte Entsorgungssituation auf einem großen Hearing (unter gleichberechtigter Teilnahme der Atomgegner) erörtert worden ist. Baum lehnte dies seinerzeit strikt ab und versprach, „um zu einer friedlichen Konfliktlösung beizutragen“, den 1004-Besitzern die Durchführung einer öffentlichen Pro-



Auf dem Podium (von links)

Wilhelm Kulke, Prof. Dr. Heinz Heber, Dr. Alois Ziegler und Jörg Janning

Tiefbohrungen für eine Atommüllendlager bei Lingen

„Die Bundesregierung muß möglicherweise neben dem Standort Gorleben auch andere Salzstöcke auf ihre Eignung als Endlager für radioaktive Abfallstoffe untersuchen lassen. Nach Abschluß der Gorlebens-Tiefbohrungen, die keine endgültige Klärung über die Eignung gebracht haben, sind nach Informationen der WELT auch Befürworter der Endlagerforschung im Salz der Meinung, der Bund solle neben Gorleben auch andere Standorte ins Auge fassen. Im Gespräch sind zum Beispiel die großen Salzstöcke bei Lingen in Westfalen und bei Lüneburg in Niedersachsen. Sollte sich der Standort Gorleben als ungeeignet herausstellen, so verleiht dies aus Kritikern der mit dem Projekt Endlagerung befaßten Experten, würde eine Verzögerung von zehn bis fünfzehn Jahren eintreten. Deshalb müsse die Bundesregierung schon jetzt Ausweichstandorte nennen und untersuchen lassen.“

Dies meldete die „Welt“ am 16.5.81, zugleich zur in Lüchow stattfindenden Anhörung über die Zwischen-

ergebnisse der 4 Tiefbohrungen im Gorlebens Salzstock. Entgegen den offiziellen Meldungen scheinen sich also die Experten auf der Betreiberseite über den katastrophalen Zustand des Gorlebens Salzstocks voll und ganz im Klaren zu sein. Als Antwort auf diesen „Welt“-Artikel verfaßte der Sprecher des BMFT (Bundesministerium für Forschung und Technologie) noch am gleichen Tag in Lüchow eine Pressemitteilung. Darin werden die Vermutungen der „Welt“ indirekt bestätigt, indem

anstelle eines Dementis die Bundesregierung sich (völlig unberechtigt!) aus der Verantwortung für das auf Gorleben beschränkte Tiefbohrprogramm davontut. „Erhebliche Zeitverluste bei der Erkundung für ein geeignetes Endlager für radioaktive Abfälle auch aus Kernkraftwerken, können möglicherweise deshalb entstehen, weil die Niedersächsische Landesregierung seinerzeit nur einen einzigen, möglicher-

weise geeigneten Salzstock bei Gorleben zur Untersuchung durch die zuständigen Stellen des Bundes freigegeben hatte. 1974 hatte die Bundesregierung ihr Standorterkundungsprogramm bereits präsentiert. Sie hatte darin vorgeschlagen, 3 unterschiedliche Standorte gleichzeitig zu untersuchen, um mögliche Zeitverluste bei der Nichteignung eines Standortes zu vermeiden, und durch die Prüfung mehrerer Standorte den optimalen auszuwählen. Im Februar 1977 hat die Niedersächsische Landesregierung dann von sich aus den Salzstock von Gorleben, der sich nicht unter den von der Bundesregierung vorgeschlagenen befunden hatte, zur Erkundung durch die zuständigen Stellen des Bundes freigegeben. Sollte sich - was zu keinem Zeitpunkt ausschließbar war - herausstellen, daß der Salzstock von Gorleben nicht geeignet wäre, so würden erhebliche Zeitverluste eintreten, weil man dann mit der Erkundung eines anderen Salzstockes von vorne anfangen müßte. Es müßten dann längere Verzögerungen in Kauf genommen werden.“

Die Gorleben-Standortentscheidung war bekanntlich eine rein politische Entscheidung, da sich bis 1976 an den drei voruntersuchten Standorten (Unterlüß, Lichtenmoor, Aschendorf-Hümmeling bei Lingen) erheblicher Widerstand geregt hatte und Albrecht mehr als einen Unruherd durch Tiefbohrungen auf jeden Fall vermeiden wollte.

1981 dürfte ihm eine solche Perspektive noch sehr viel weniger Freude bereiten. Über die zitierten Äußerungen herrscht bisher in der niedersächsischen (wie auch in der übrigen überregionalen) Presse absolutes Stillschweigen, was gewiß kein Zufall ist. Grund genug für Niedersachsen BI'lerinnen, auf gegebenenfalls gut getarnte Tiefbohrungen Obacht zu geben und den Sachverhalt an die Öffentlichkeit zu bringen.

Ein Genosse aus Lüneburg

Sofortiger Baustopp in Krümmel

Der 26. Juni 1981 - ein Termin, den sich die norddeutschen Bürgerinitiativen merken sollten. Gegen den Weiterbau und die Inbetriebnahme des AKW Krümmel an der Elbe bei Geesthacht findet eine Demonstration statt. Ein breites Spektrum aus ca. 30 Bürgerinitiativen vor Ort, aus Hamburg, Pinneberg, Elmhorn, der Aktionskreis Leben, der KB, die DKP und die Grünen Bergedorf, erfreulicherweise auch die Jungs Schleswig-Holstein haben bisher auf zwei Treffen diese Demonstration gemeinsam vorbereitet. Dem Entwurf des Aufrufes konnten auf dem letzten Treffen im Reinbeker Jugendzentrum alle Teilnehmer zustimmen. Dem Wunsch eines „Gewaltfreien“, ohne Widerstandsform müsse dort propagiert werden, wurde einhellig widersprochen zugunsten der „schlichten For-

mulierung eine Demonstration findet statt, das langt! - Die Versuche einiger, um Schluß des Aufrufs nun ihrerseits die Sprengung eines Strommastes in Emsbüll unterzuhängen, wurde allerdings ebenfalls abgelehnt - ohne daß dies als Mißbilligung verstanden wurde.

Die Teilnehmer waren sich einig, daß diese Demonstration den Auftakt für einen stärkeren Widerstand gegen das AKW Krümmel darstellen und weitere Aktionen folgen sollen.

Das nächste Vorbereitungstreffen findet am Mittwoch, dem 27.5., im Reinbeker Jugendzentrum (5 Minuten vom S-Bahnhof Reinbek) statt. Kontakt über die BI Bergedorf, Tel. 04101/4952 (Joachim) oder 040/7242388 (Klaus).

BO Bergedorf

Kontra-Anhörung über die Ergebnisse der Tiefbohrungen. Gleichzeitig wies er darauf hin, daß es nun „ein unabweichliches Gebot der Logik“ sei, weitere Tiefbohrungen durchzuführen.

Nach der brutalen Räumung von 1004 wurde die Zusage, nunmehr auch kritische Wissenschaftler an die Bohrergebnisse heranzulassen, seitens der Bürgerdialogstrategen im BMFT als Vehikel eingesetzt, um den laut Baum durch 1004 „außerordentlich erschweren Dialog“ wieder aufzunehmen.

In die Vorbereitung der versprochenen Informationsveranstaltung wurden neben einer Reihe von Befürwortungsgruppen die „Bürgerliche Notgemeinschaft“, der Ausschuss „Kirche und Gorleben“, die BI sowie Jörg Janning als BBU-Vertreter einbezogen.

Der gesamte zeitliche Ablauf der Veranstaltung wurde in einem Siebener-Ausschuß (5 Befürworter, 2 Gegner) ausgehandelt. Die zugesagte „konstruktive Mitarbeit“ von BBU, BI etc. wurde indes nicht belohnt. Im Gegenteil:

- Der ohnehin lächerliche Etat für die kritischen Gutachten in Höhe

von zugesagten 10.000 DM wurde seitens des BMFT auf 5.000 DM gekürzt, so daß neben den millionenschweren Zuwendungen für die Betreiber jeder der kritischen Wissenschaftler mit einem „Forschungsetat“ von 500 DM auskommen mußte!

- Eine Koordinierung der Kritiker durch Helmut Hirsch (der diese Aufgabe beim Gorleben-Hearing im März '79 wahrgenommen hatte), wurde seitens des BMFT abgelehnt.

Als Diskussionsleiter wurde seitens des BMFT entgegen anderen Absprachen eigenmächtig Atomfreund Hans Heber eingesetzt.

Trotz dieser Verarschungen versprach Jörg Janning zu Beginn der Veranstaltung im Namen der BI Lüchow-Dannenberg, „hier und heute Disziplin zu halten“ - schließlich sei den Atomgegnern bereits bei der Vorbereitung der Anhörung „viel Disziplin abverlangt“ worden. Diese Zusage war in der Vergangenheit insbesondere nach der völlig aus den Fugen geratenen und schließlich gesprengten Anhörung-Farce der PTB zur Zwischenlagerfrage (wir berichteten davon) wiederholt von den örtlichen Kommunalpolitikern gefordert worden!

... und das Resultat

... und das Resultat

Daß es in Anbetracht der provokativen Darbietungen der Endlagerbetreiber tatsächlich zu keinen Tumulten kam, dürfte nicht nur auf das Stillschalten der BI, sondern auch auf die äußerst geringe Beteiligung der Widerstandsaktivisten an der Veranstaltung zurückzuführen sein.

Die „Einhaltung der Spielregeln“ und „Sachlichkeit“ der Auseinandersetzung veranlaßte allerdings nicht nur Ziegler vom BMFT zu „Worten des Dankes und der Anerkennung“. Der erhoffte Dialog sei zustande gekommen, schrieb die „FAZ“ und Prof. Heber sprach sogar davon, daß damit die BI Lüchow-Dannenberg „deutlich gemacht (habe), daß solche Überlegungen in den Saal, nicht auf die Straße gehören“ („EJZ“, 18.5.).

Trotz miserabelster Voraussetzungen konnten die kritischen Geologen unzählige Beweise für die völlige Untauglichkeit des Gorlebens Salzstocks anführen. Das von einer tiefen Rinne durchzogene Deckgebirge des Gorlebens Salzstocks ist in einem Zustand, „wie es schwächer kaum sein kann“, das Schrämmste, was überhaupt nur passieren könnte, direkter Grundwasserkontakt zum Salzstock, ist bereits nachgewiesen, zudem ragt ein „steiler Zahn“ des Salzstocks bis 130 Meter unter die Erdoberfläche. Das Salzstockinnere ist mit Spalten und Klüften sowie mit unzähligen nicht genau lokalisierten Carnallitkörpern durchzogen, die sich bereits bei Temperaturen ab 70 Grad in Kristallwasser auflösen beginnen und das umgebende Salzgelein ablaugen.

Eine der kritischen Wissenschaftler wies darüberhinaus darauf hin, daß die Einbeziehung kritischer Geologen sowie die gesamte Veranstaltung einen Abklippscharakter habe, da die Geologen lediglich im Nachhinein politisch motivierte Entscheidungen (z.B. bezüglich der Standortwahl) abzugeben hätten. Anders hingegen folgerten aus ihrer kritischen Analyse die Notwendigkeit, noch genauere Untersuchungen in Gorleben anzusetzen.

Die detaillierte Auflistung derartiger nicht bestreiter Salzstock

mängel hätte den sofortigen Abbruch der Erkundungsarbeiten zur Folge haben müssen. Nicht jedoch in Lüchow!

Die Verantwortlichen der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) wiederholten wie eine Schallplatte mit Knacks, daß man den Salzstock noch nicht insgesamt kenne und somit die Nichteignung noch keineswegs nachgewiesen sei.

Auf dem Hinweis, daß zahlreiche im Ausland für die Salzstockerkennung erstellte Sicherheitskriterien in Gorleben nicht erfüllt sind, konterte Venzlaff (Chef der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe), daß diese Kriterien, da sie hierzulande nicht gültig seien, auch nicht gebrochen werden könnten. Die PTB gab zu, daß ein Ergebnis der Salzstock-erkundung, welches die Nichteignung belege, gar nicht denkbar sei, da von einer generellen Eignung oder Nichteignung nicht gesprochen werden könne. Aufgrund der hohen finanziellen Investitionen müsse bei Nichteignung für hochradioaktiven Müll immer noch davon ausgegangen werden, daß der Salzstock für schwach- und mittelaktive Abfälle (diese müßten für mindestens 900 Jahre sicher verwahrt werden) nutzbar sei.

Am Rande wurde mitgeteilt, daß die tägliche Einleitung von 50 Kubik-

Am Rande wurde mitgeteilt, daß die tägliche Einleitung von 50 Kubikmetern konzentrierten Salzwassers in die Elbe bereits genehmigt sei und in Kürze als Folge eines dreiwöchigen Testprogramms 100 Kubikmeter stündlich (!) in die Elbe zu leiten seien, was innerhalb der drei Wochen einer Menge von 800 t Salz entspräche! Ein im Auftrag gegebenes Gutachten habe jedoch gezeigt, daß ökologische Folgeschäden nicht zu erwarten seien ...

Die Beschwichtigungspolitik soll fortgesetzt werden!

Nach geologischen Sicherheitskriterien zu urteilen, war die Pro-Contra-Veranstaltung für die Landes- und Bundesregierung ein Fiasko. Respektvoll sind insofern auch die unter der Hand bekanntgegebenen Pläne, vorsichtshalber noch einen zweiten Salzstock anzuzapfen (s. Karten).

Die offizielle Beurteilung der Pro-Contra-Veranstaltung durch das BMFT beweist hingegen, daß die Atomischen Strategen den Erfolg davorzugesetzter Projekte ausschließlich danach messen, inwieweit ihr Konzept „Bürgerdialog Kernenergie“ greift und ob sich (bei einem Aufwand von kaum mehr als 5.000 DM) die Atomgegner Lüchow-Dannenberg beschwichtigen lassen.

Ein wissenschaftliches Pro-Contra-Gespräch ohne vorherige sofortige Einstellung der Salzstockerkennung kann nur die Funktion haben, dem laufenden Projekt in laufendem Abstand den Stempel „geprüft“ zu verpassen, um dem Widerstand gegen die Tiefbohrungen den letzten Wind aus dem Segel zu nehmen. Das Angebot Baums, nach diesem „gelungenen“ Testfall bereits in 7-8 Monaten eine weitere kritische Anhörung durchzuführen zu lassen, spricht für sich.

Bereits im April dieses Jahres hat der BBU über sein Vorstandsmitglied Janning beteuert, er werde „an einem weiteren Hearing vor einer Entscheidung über einen eventuellen Schachtanlagenbau konstruktiv mitarbeiten“ („EJZ“, 14.4.).

Sollte Baum hier einen festen Verbündeten gefunden haben?

Ein Genosse aus Lüneburg

KB/Gruppe Lüneburg

»Energie-Wende«

Konzept zur Bewältigung der kapitalistischen »Energie-Probleme«?

In den letzten Jahren sind in verschiedenen Staaten Europas (Dänemark, Schweden, Frankreich) sowie in den USA und in Kanada Studien veröffentlicht worden, die an Hand technischer Möglichkeiten alternative Energieversorgungsstrukturen für die jeweiligen Länder vorschlagen. Wesentliche Aussagen dieser Studien ist die, daß bei Ausschöpfung des großen Reservoirs an Erneuerungsmöglichkeiten sowie einer stärkeren Nutzung alternativer Energietechnologien der Energieverbrauch selbst bei steigendem Wohlstand gesenkt werden kann.

In der BRD hat vor allem das Öko-Institut in Freiburg Untersuchungen über die zukünftige Energieversorgung der BRD durchgeführt. Im letzten Jahr veröffentlichten dann drei Mitarbeiter des Öko-Instituts das Buch „Energie-Wende“, einen Alternativ-Bericht zur Energieversorgung der BRD. Dieses Buch hat inzwischen breitere Beachtung erlangt.

- Diese Studie bildet z.B. die Grundlage für das alternative Energiekonzept der Bundesländer für Süddeutschland.
- Der Aktionskreis Leben gab 1979 eine Kurzfassung der Studie zusammen mit Epplers Alternativ-Szenario heraus (Eppler ist selbst Mitglied des wissenschaftlichen Kuratoriums).
- Eine während der Bremer Bundeskonferenz der Anti-AKW-Gruppen gebildete Arbeitsgruppe bereitet eine „Bundesweite Flugschrift“ vor, die eine ähnliche Alternativkonzeption enthalten soll.

Weg vom Öl und weg vom Uran

Mit ihrem Energie-Szenario (Drehbuch-Form) stellen die Autoren einen Energiepfad dar, der den Weg aus dem Atom- und Ölzeitalter weisen soll. Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran wollen die Vertreter des Öko-Instituts durch verstärkte Energieeinsparung („Löcher stopfen“) und Deckung des restlichen Energiebedarfs durch Kohle und regenerative Energiequellen realisieren.

Wie das im Einzelnen erfolgen soll, wird im Buch für die verschiedenen Verbrauchssektoren (Haushalte und Kleinverbrauch, Verkehr und Industrie) recht anschaulich und detailliert beschrieben. Die Vorschläge zeigen sehr überzeugend, daß es technologisch möglich wäre, in einem so hoch industrialisierten aber rohstoffarmen Land (ausgenommen Kohle) wie der BRD, die Energie und Rohstoffimporte auf einen Bruchteil des heutigen Volumens zu reduzieren, ohne auch nur den geringsten Abstrich am Lebensstandard machen zu müssen.

Ein alternatives Konzept auf der Basis staatlicher Interessen

Der politische Rahmen, in dem die Autoren ihre Konzepte darstellen, ist dagegen erschreckend wenig „alternativ“ und fast identisch mit der staatlichen Energiekrisen-Ideologie. Er erschöpft sich in der Übernahme der allseits bekannten Ökrisen- und Abhängigkeitsparolen. Dazu einige Beispiele:

„Während man bis vor wenigen Jahren noch glaubte, für den Übergang von Erdöl auf eine andere Basis der Energieversorgung genügend Zeit zu haben, hat uns die Wirklichkeit durch die zwei sogenannten Ökrisen eines anderen belehrt. Inzwischen ist es den meisten Bundesbürgern deutlich geworden, daß das wirtschaftliche Wohlergehen ihres Landes, bei fünfzigprozentiger Abhängigkeit vom Öl in der Energieversorgung, nicht lange aufrecht erhalten werden kann ... Im Gegenteil, es kommt darauf an, eine Energiestrategie zu finden, die uns so rasch wie möglich von unserer selbstgeschaffenen Ölabhängigkeit wieder befreit“ (S. 14/15). Außerdem macht „uns“, so die Autoren, „die hohe Abhängigkeit von Ötzufuhren aus dem Ausland erpressbar, zwingt zu Zuspätschiebungen, engt den außenpolitischen Handlungsspielraum ein“ (S. 207). Brunner hätte nicht schöner formulieren können, und weiter heißt es: „Hinzu kommt noch die ... wachsende Härte im Kampf um knapper werdende Rohstoffe und Energievorräte“. Um Konflikte zu umgehen, „soll-

ten wir unsere internationale Energieabhängigkeit so schnell wie möglich vermindern“ (S. 213).

Aber die Rettung ist möglich, denn „wir“ können uns ja, „bei besserer Energienutzung zur Not sogar ohne Ausnutzung „neuer“ regenerativer Energie in diesem Zeitraum völlig von unserer Erdölabhängigkeit befreien“ (S. 151).

In dieser kurzen und knappen Form wird dem Leser der „politische Hintergrund“ präsentiert. Begründet oder erklärt werden diese Behauptungen nicht weiter.

Völlig unkritisch und ohne sie zu hinterfragen übernehmen die Autoren also selbst die national-chausvinistischen „Argumente“ der staatlichen Energieplaner. Was die Grundlagen der Energieversorgung bzw. die „Abhängigkeit“ von Ländern der 3. Welt angeht, sitzen „WIR“ – laut Studie – mit den imperialistischen Energieplanern in einem Boot. In diesem Sinne ist das Konzept der „Energie-Wende“ – Autoren auch in erster Linie als ein Vorschlag an die Kapitalisten zur Lösung der Energie- und Umweltprobleme zu verstehen.

Die Frage, die sich nun hieran anschließt, ist die, ob die Problematik der Freiburger Ökologen ebenfalls identisch mit den „Energie“-Problemen der Kapitalisten ist.

Die „Ölknappheit“

Die Kapitalisten behaupten, ebenso wie die „Energie-Wende“-Autoren, daß die Rohstoffe, hier das Öl, knapper werden. Daß dem nicht so ist, – zumindest auf die nächste Zeit und auf die derzeitigen Fördermengen bezogen – kann selbst von ernsthaften bürgerlichen Wissenschaftlern nicht bestritten werden. So schreibt z.B. der Fachler Welt Almanach „Das Rohstoffproblem der Gegenwart ist weniger ein Problem etwaiger Erschöpfung der Reserven als vielmehr ein Problem des Zugangs zu den Reserven und der Kosten ihrer Erschließung“ (Ausgabe 81, S. 812).

Nicht das Problem kurzfristig versiegender Ökquellen steht im Vordergrund, sondern die Profitrealisierung und ihre Bedingungen auf dem Energiesektor haben sich in den letzten Jahren grundlegend geändert.

Die Ursachen der Ölabhängigkeit

Die Ursachen der Ölabhängigkeit

Wesentlicher Hintergrund der hohen Ölabhängigkeit der westlichen Staaten ist die Tatsache, daß die Ausbeutung der Ölrassen im Nahen Osten den am Ölgeschäft beteiligten Konzernen und den westlichen Staaten (über die Ölfaktoren) eine geradezu gigantische Profitrealisierung ermöglichte. Angesichts dieser Tatsache verstärkten die Ölkonzerne ihre Ölsuche und die erschlossenen Ölrassen mußten nun möglichst schnell in „marktwirtschaftliches Angebot“ verwandelt werden. Dabei geht ihr besonderes Interesse dem bis Mitte der 50er Jahre relativ unberührten westeuropäischen Markt.

Um die bis dato dominierende Steinkohle vom Markt zu verdrängen, traten die Öl-Multis in der zweiten Hälfte der 50er Jahre mit Dumping-Preisen in den Konkurrenzkampf um den Weltmarkt, und von da an konnten die Ölkonzerne ihren Marktanteil auf dem Energiesektor kontinuierlich ausbauen.

In gleichem Maße vergrößerten sich auch die Profite. 1965 betrugen sie noch 1,5 Mrd. Dollar, 1970 bereits 7,2 Mrd. Dollar (IM Masserrat, Weltenergieproduktion und Neuordnung der Weltwirtschaft, S. 184). Unter den 10 größten Industrieunternehmen der westlichen Welt sind heute allein 7 Ölkonzerne vertreten, die berüchtigten sieben Schwestern. An der Spitze steht der Ölgigant Exxon mit einem Jahresumsatz von weit über 100 Mrd. DM (1978: 121,16 Mrd. DM, 1979 betrug der Umsatz schon rund 150 Mrd. DM). Damit übertrifft der Konzern das Bruttoerzeugnis Schwedens. 1979 konnten die Öl-Multis geradezu gigantische Gewinnsteigerungen vermelden z.B., Exxon steigerte seinen Gewinn in den ersten drei Quartalen um 120 %. BP erhöhte seinen Gewinn von 830 Mill. auf 2,6 Mrd. DM (erstes Halbjahr 79 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, siehe „Atomexpress“ 18/80, S. 22). Insgesamt erwirtschafteten die amerikanischen Ölkonzerne 1979 einen

Reingewinn von 35 Mrd. DM („stern“ 7/80).

Doch nicht nur den Öl-Multis hat die Ausbeutung des Nahost-Öls Milliarden-Gewinne eingebracht. Auch der BRD-Staatsapparat hat einen ganz beträchtlichen Teil des Öl-Kuchens für sich beansprucht: „1971 beispielsweise ... sind in der BRD für alle Produkte, die aus einer Tonne Rohöl gewonnen werden konnten, etwa 260 DM Erlös worden. Genau die Hälfte dieses Erlöses (nämlich 130 DM) hat an das Finanzamt abgeführt werden müssen und zwar 104 DM Mineralölsteuer und 26 DM MWS. ... Dabei haben die effektiven Aufwendungen für die Förderung je Tonne Rohöl etwa 8 DM betragen, für faktische Abgaben an die Ölförderer etwa 40 DM.“ („FAZ“, 20.10.73). Demnach erhielt die Bundesregierung etwa das Dreifache des Betrages, den die Förderländer für ihr Öl erzielen konnten. So kassierte der Bund 1969 10,6 Mrd. DM Mineralölsteuer, 1979 bereits 21,6 Mrd. DM und 1980 21,35 Mrd. „Das ergibt für den Zeitraum von 1961 bis 1980 etwa 250 Mrd. DM. Die Mineralölsteuer ist heute die mit Abstand höchste Verbrauchssteuer“ (siehe „Atomexpress“ 24/81, S. 40).

Demgegenüber konnten alle OPEC-Staaten zusammen 1970 gerade 7,343 Mrd. Dollar an Einnahmen verbuchen. Die OECD-Staaten (ohne USA und Kanada) und die Ölkonzerne erzielen dagegen Einnahmen in Höhe von 30.546 Mrd. Dollar (IM Masserrat, a.o., S. 184). Das ist imperialistische Ausbeutung in kristalliner Form!

Angesichts dieser Zahlen ist es dann auch nicht mehr so schwer zu verstehen, warum die Bundesregierung dem Streben der Mineralölkonzerne, die Kohle vom Markt zu verdrängen, wenig entgegensteht, trotz der drohenden Ölabhängigkeit.

Der Handlungsspielraum

Wenn die Autoren der „Energie-Wende“ vom eingeschränkten Handlungsspielraum schreiben, berücksichtigen sie nicht, daß es hier vorwiegend um den Handlungsspielraum ganz bestimmter Kreise geht. Genaue gesagt ist es der Ausbeutungsspielraum, der sich in den letzten Jahren ungünstig für die Kapitalisten entwickelt hat. Der Ölpreis ist heute keine rein „koloniale Größe“ mehr. Die Ölförderländer lassen sich heute nicht mehr mit einem

„Größe“ mehr. Die Ölförderländer lassen sich heute nicht mehr mit einem geringen Obulus abspäßen. Indem sie ihre Interessen gegen die der Ölkonzerne und der westlichen Staaten, nach einem langen politischen Entwicklungsprozeß (verschiedene nationale Revolutionen, OPEC-Gründung, Sturz des Schah-Regimes) durchsetzen konnten, realisieren sie eine Umverteilung des Ölwertes von etwa 100-160 Mrd. Dollar jährlich zu ihren Gunsten (vgl. Masserrat, a.o. und „links“ 11/80).

Diese Umverteilung bewirkt natürlich eine Belastung der Außenhandelsbilanzen der Ölverbraucherstaaten und eine Schmälerung der Extraprofite. Angesichts dieser Tatsache fangen dann die Politiker an zu klagen. „Wie zuvor in der Geschichte der Menschheit ist ihrlicher Rechtum innerhalb von wenigen Jahren gewaltsam umverteilt worden“ (Brunner, „Umschau“ 20/79).

Oder wie es Clifton J. Gervin, Topmanager des Exxon-Konzerns, ausdrückte: „Früher hatten wir die Sparte zwischen den Produktionskosten und dem Marktpreis für Rohöl. Die Araber beanspruchten einen immer größeren Anteil davon und wollen möglichst hundert Prozent“ („Zeit“, 21.11.74, in Masserrat, a.o., S. 199). Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung sind die multinationalen Ölkonzerne zur Verlagerung der Ölproduktion „von den Ländern der Dritten Welt“ in die Hochtechnologie der entwickelten kapitalistischen Länder (Nordsee, Alaska) übergegangen. Denn ohne zusätzliche Surplusprofite (zusätzliche Extraprofite – Ann. AK) würde den Kapitalisten auf dem Weltenergiesektor der besondere Anreiz fehlen, gerade in den Ländern der „Dritten Welt“ zu produzieren (ebenda). Auf Weltenergiekonferenzen diskutierten dann die westlichen Politiker die Weltenergieproblematik und beschloßen eine koordinierte Umverteilung der imperialistischen Energieversorgung. Wie diese im Einzelnen aussieht – speziell auch in der BRD – und wie teuer sie dem Verbraucher zu-

stehen kommt, wurde bereits in dem Artikel „600 Mrd. Dollar für die Umverteilung der imperialistischen Energieversorgung“ (AK 185) beschrieben.

Verringerung der Kriegsgefahr?

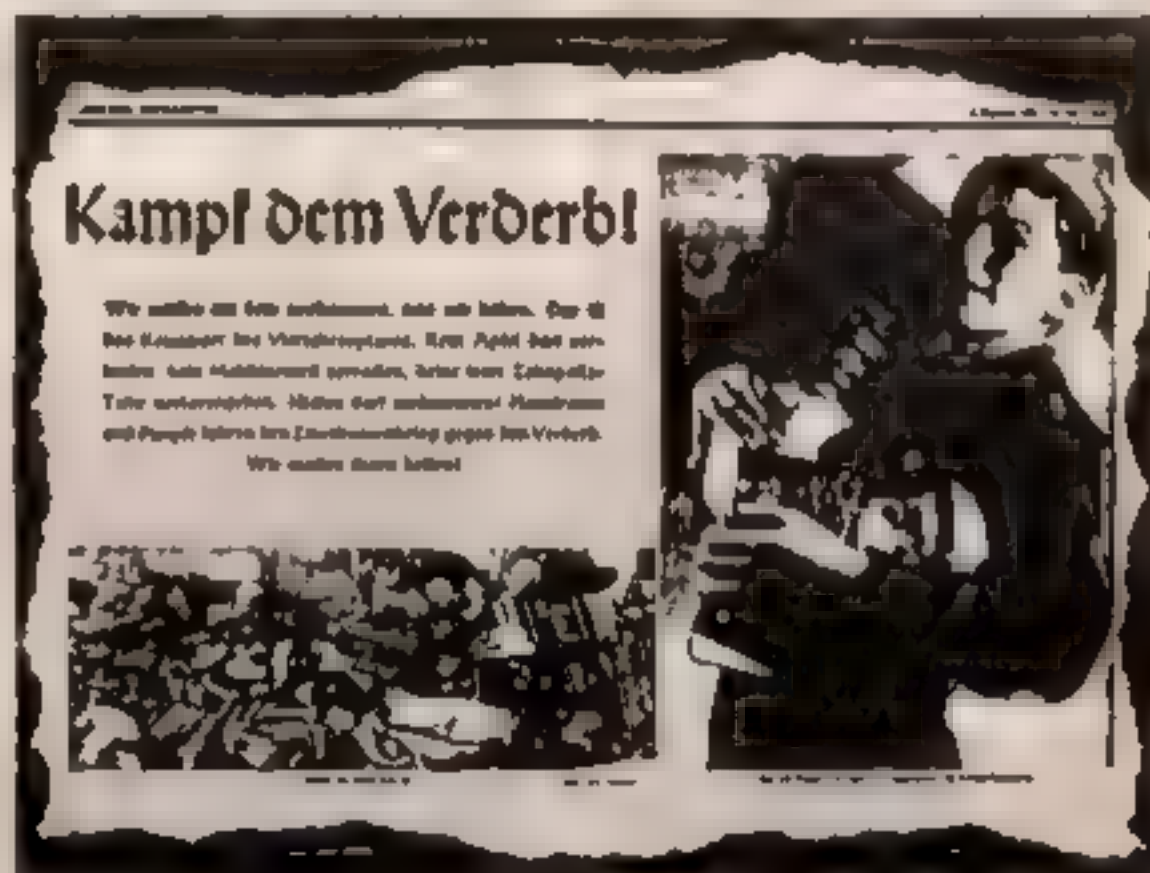
Bei der Frage der Kriegsgefahr wirkt sich dann der Erklärungsversuch der Autoren besonders fatal aus. Rohstoffe und Energievorräte werden knapp, und das bedeutet eine wachsende Härte im Kampf um die letzten Tropfen. Darum „sollten wir unsere internationale Energieabhängigkeit so schnell wie möglich vermindern, und das kostet der harte Weg (Energieversorgung mit möglichst viel Atomkraft – Ann. AK) gerade nicht“ („Energie-Wende“, S. 213).

Folglich müssen „wir“ so schnell wie möglich Einsparungs- und Substitutionsmaßnahmen ergreifen, also die Ölabhängigkeit auf ein Minimum senken, und schon wäre die Gefahr eines Krieges gebannt.

Dieser Logik zufolge hätten die Nazis eigentlich recht friedliebende Menschen sein müssen. Denn vor und während des 2. Weltkrieges gab es auf mehreren, für die Kriegspolitik der Nazis bedeutenden Ebenen eine recht intensive Autarkie- bzw. „ökologische Kreislaufwirtschaft“. Um z.B. die hohe

Iran, der gegenwärtig eine größere Eingreiftruppe zur Wahrung seiner Interessen in den USA aufbaut, sondern das genaue Gegenteil ist der Fall. Die USA drohten 1973, mit ihrem Militär einzugreifen, um den persischen Golf freizubomben, damit „unser“ Öl fließt. Die USA sind es, die gegenwärtig eine Eingreiftruppe aufbauen, um im „Bedarfsfall“ dafür zu sorgen, daß die Interessen des amerikanischen Kapitals im Nahost-Raum gewahrt bleiben. Westdeutsche „Volksvertreter“ sind es, die ihrerseits ähnliches erwägen:

- Die geographische Begrenzung des Nato-Tätigkeitsfeldes müsse fallen, „Die Sicherung der Rohstoffe und Versorgung eine ihrer zentralen Aufgaben werden“ (CDU-Verteidungsexperte M. Wömer nach „SZ“, 12.1.80).
- So wurde auch schon in Bonn diskutiert, ob die Bundeswehr bei einer Unterbrechung der Rohstoffzufuhr eingreifen dürfte (siehe „Spiegel“ 11/81).
- Anders europäische Politiker/Innen wurden noch deutlicher:
- 15 französische Schiffe im Indischen Ozean, so verkündete der seinerzeitige Außenminister Jean Francois-Poncet seinen „Beweis, daß wir zum Schutz der freien Durchfahrt



Rohstoffabhängigkeit Deutschlands, die Mitte der 30er Jahre bestand – welche jede militärische Planung ad absurdum geführt hätte – zu verringern, erarbeiteten die Faschisten einen „Vierjahresplan“ (Autarkieplan). Dieser „Vierjahresplan“ sollte die für die Kriegsführung besonders wichtige Versorgungssicherheit bei der Rüstungsindustrie garantieren. Wesentliche Sektoren dieses Plans waren somit Pulver und Sprengstoffe, Treibstoffe, Aluminium und Buna (Kunstkauchuk zur Reifenherstellung) (nach D. Patzina, Autarkiepolitik im Dritten Reich).

Für die Versorgung mit Treibstoffen und mit Kunstkauchuk beuteten die Nazis zahlreiche Kohleveredelungsanlagen (u.a. die Leuna-Werke). Diese Anlagen lieferten dann das Buna für die Reifen der Militärfahrzeuge und den Treibstoff für Panzer und für die Luftwaffe. Während des 2. Weltkrieges produzierten mehr als 14 Kohleveredelungsanlagen 4 Millionen Tonnen Sprit und 96000 Tonnen Kunstkauchuk (ebenda und W. M. Larsen, Das Ende der Ökzeit, Heyne 79).

In diesen Fall hat also die Verringerung der Ölabhängigkeit die Kriegsgefahr nicht vermindert, sondern sie war eine Voraussetzung für die Kriegsführung.

Auch heute wäre es äußerst naiv zu glauben, daß durch die Verringerung der Ölabhängigkeit automatisch die Gefahr eines Krieges vermindert würde.

Wer droht hier wem?

Mit ihrer abstrakten und aus dem konkreten politischen Zusammenhang gerissenen These einer allgemein drohenden Kriegsgefahr verwehren die Freiburger Ökologen in ziemlich fataler Weise die Zusammenhänge der real ablaufenden Kriegsvorbereitungen. Erstens war es nicht die PLD die mit der Verminderung der Elbe oder der Bombardierung des Rotterdamer Hafens gedroht hat, sondern es waren die westlichen Staaten, die ganz unverhüllt Kriegandrohungen ausgesprochen haben. Und zweitens ist es nicht der

durch die Meeresenge von Hormus bereit sind“. Die Europäer sollten nicht die USA als „Schutzschild sehen, hinter dem sie ihre Verantwortungslosigkeit ablegen können“ („Spiegel“ 11/81, S. 20).

- Die englische Staatschefin Thatcher verspricht ohne Umschweife: „Ihre Regierung sei bereit, sich an einem internationalen Flottenverband im Golf zu beteiligen und Truppen für die US-Eingreifreserve abzukommandieren“ (ebenda).

Hinter der staatlichen Energie- und Ökrisenpropaganda verbirgt sich also nicht das Interesse der Verringerung der Kriegsgefahr sowie der Bewältigung der ökologischen Probleme, sondern das imperialistische Streben um die Macht über Rohstoffe, Märkte und Erdteile. Hinter dem Mantel der reaktionären Sparparolen wälzen die Kapitalisten die entstehenden Kosten auf die Bevölkerung ab und bereiten sich auf einen zukünftigen imperialistischen Raub- bzw. Verteilungskrieg vor, wie ihn Strauß schon vorausleht: „Entweder wird um die Ölquellen und Rohstofflager mit subversiven Mitteln oder in offenen Auseinandersetzungen Krieg geführt, und der Stärkere holt sich, was er braucht – oder aber wir leben mit dem Mangel und werden mitleiden müssen, daß innerstaatliche Ordnungen zerbrechen und in der Revolution der Unzufriedenheit untergehen werden“ (Strauß auf der Weltenergiekonferenz in München).

Im Rahmen dieser Kriegsvorbereitungen verringern die Kapitalisten gegenwärtig ihre Rohstoffabhängigkeit, legen Rohstoffvorräte an, streuen ihre Energiebezüge und vermindern lediglich die einseitige Ölabhängigkeit. Für uns kann das nur heißen, den Kapitalisten nicht auch noch ökologischen Flekenschutz zu geben, indem wir deren reaktionäre Propaganda aufgreifen und somit selbst dazu beitragen, die realen Hintergründe zu verdecken. Es ist vielmehr unsere Aufgabe, die wirklichen Klassengegensätze aus dieser Problematik herauszuarbeiten.

E, KB/Gruppe Heidelberg

SS-Massenmörder Strippel muß endlich vor Gericht gestellt werden!

SS-Massenmörder, die in den Konzentrationslagern Menschen aus Lust und Laune, wegen der niedrigsten Anlässe quälten, folterten, erniedrigten und auf kaum vorstellbare Weise Hunderte, Tausende mordeten, gibt es viele. Und viele laufen heute noch frei herum. Einer von diesen ist der SS-Massenmörder A. Strippel. Seine blutige Spur zieht sich durch viele Konzentrationslager. Sich mit diesem Massenmörder ausführlich zu beschäftigen, hat einen besonderen Grund: Die Behandlung dieses Falles und der Hinterbliebenen seiner Opfer durch den Hamburger Senat und die Justiz. Denn in Hamburg war SS-Strippel Kommandant aller Außenlager, so auch der Schule am Bullenhuser Damm (jetzt Janusz-Korczak-Schule) getauft, ein Beitrag des Hamburger Senats zur Vergangenheitsbewältigung. Und in dieser Schule wurden am 20. April 1945 20 jüdische Kinder, ihre Betreuer - die holländischen Pfleger Anton Hölzel und Dik Deutekom -, zwei französische Ärzte - die Professoren Florence und Quenovic - sowie 24 russische Kriegsgefangene im Heizungskeller durch Erhängen am Heizungsrohr ermordet. Strippel beteiligte sich eigenhändig an dem bestialischen Verbrechen. Außer Strippel, der sich seiner Verurteilung vor dem Britischen Militärgericht durch Flucht entziehen konnte, wurden alle anderen, die an dieser Mordtat beteiligt waren, zum Tode verurteilt. Strippel lebt heute als wohlgenommener Bürger in Frankfurt-Calbach.



Es bedurfte der Schüler des Gymnasiums Büttelstadt, die in ihrem Werkunterricht ein Straßenschild gebaut hatten, das dem Platz jenen von den Hinterbliebenen gewünschten Namen gab. Allein, das Straßenschild verschwand in der Nacht. Wer es entfernte? Sicherlich wird der Senat hier keine Nachforschungen eingeleitet haben.

Kindern aufnahm, ist nicht mehr feststellbar. Alle Kinder erhielten Hautentwürfe, in die Tuberkelbazillen eingegeben wurden, und bei allen begann nach zwei bis drei Tagen das Fieber. Der gesundheitliche Zustand der Kinder verschlechterte sich rapide. Einige - sonst fröhliche, aufgeweckte Kinder - konnten bald kaum noch gehen und ihre Umwelt wahrnehmen.

Gepflegt wurden sie von dem 60-jährigen Professor Rene Quenovic und seinem 58-jährigen Kollegen Gabriel Florence. Sie blieben, ebenso wie die beiden holländischen Pfleger Deutekom und Hölzel, bis zum Tode bei den Kindern. Mitte Januar 1945 wurden den Kindern die Axillarräume herausoperiert, damit Heilmeyer die Reaktion der Kinder auf die Tuberkulose überprüfen konnte. Die Präparate wurden nach Hohenlychen an den heute noch in Heidelberg tätigen Kassenarzt Dr. Kiefer zur Infektion überprüfen geschickt. Die Präparate wurden nach Hohenlychen an den heute noch in Heidelberg tätigen Kassenarzt Dr. Kiefer zur Infektion überprüfen geschickt.

Beim Mord an den Kindern wurde Strippel, der den Transport schon erwartete, fuhr dem LKW in das nahegelegene KZ Bullenhuser Damm voran. Aus der Schule nahmen Strippel, SS-Oberscharführer Jauch und SS-Unterscharführer Frahm den Wagen in Empfang. Die russischen Kriegsgefangenen und die Pfleger wurden im Heizungskeller ermordet, die Kinder wurden in den Luftschutzbunker der Schule geführt. Dort erhielten sie vom SS-„Arzt“ Dr. Trzebinski eine mit Wasser verdünnte Morphiumspritze, manchmal auch zwei, und wurden dann halbbetäubt gleichfalls an den Heizungsrohren erhängt.

Am 18. März 1946 begann der erste Prozeß (Curio-Haus-Prozeß) gegen die 14 Hauptangeklagten des KZ Neuengamme und der verschiedenen Außenlager: Pauly, Thuman, Dreimann, Speck und Trzebinski wurden zum Tode verurteilt.

Am 31. Mai 1946 wurde vor dem Militärgericht im Curio-Haus Anklage gegen Strippel, Frahm und Jauch und Speck wegen „Killing of 20 children at the Bullenhuser Damm“ erhoben. Frahm, Jauch und Speck wurden zum Tode verurteilt, Strippel entzog sich durch Flucht. Aufgrund von Zeugenaussagen war für das britische Militärgericht Strippels Mitschuld und Mittäterschaft eindeutig erwiesen.

Am 13. Dezember 1948 wurde Strippel in Frankfurt von einem ehemaligen Buchenwald-Häftling erkannt und von der Polizei festgenommen. Er war nach seiner Flucht aus Hamburg bei einem SS-Kumpen untergetaucht, dann als Landarbeiter in Homen tätig. 1948, als für die SS-Verbrecher wieder sichere Zeiten in Westdeutschland begannen, verließ er sich unter seinem richtigen Namen

im amerikanischen Internierungslager Darmstadt, wo er ordentliche Papiere bekam und entlassen wurde.

Strippels flotte Reesozialisierung durch Antizänkerle

Am 1. Juli 1949 begann vor einem Frankfurter Schwurgericht der Prozeß gegen Strippel. Er wird dort angeklagt wegen der gemeinshaftlichen Ermordung von 21 jüdischen Häftlingen im KZ Buchenwald und zu 21 mal lebenslangem Zuchthaus und wegen einer unbestimmten Anzahl von Fällen gefährlicher Körperverletzung zu weiteren 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach dem Prozeß kam Strippel in die Haftanstalt Butzbach, wo er ein relativ angenehmes Leben führte: Er hatte dort nicht etwa die zermürbende Unflugsucht oder tagtägliches Tütenkleben, womit sonst „Kriminelle“ in der Regel ihr Leben im Knast fristen müssen - nein, SS-Massenmörder Strippel „war als Kalkfaktor beim Antizänkerle, hatte eine große Stube mit Fenstern bis nach unten. Die Lazarettsbeamten verkehrten mit ihm kameradschaftlich per Du. Er hat im KZ nur eine Pflicht getan, hat er getan.“

Häftlinge aus Butzbach berichteten, daß die Nazi-Verbrecher, die dort zusammenlebten, jedes Jahr „Führer Geburtstag“ feiern konnten.

Die Verurteilung Strippels wurde später vom Oberlandesgericht aufgehoben und an das Landgericht Frankfurt zurückverwiesen. Das bestätigte allerdings am 16. Februar 1950 das alte Urteil.

Strippel stellte erneut Gnadensuche, die zum Teilerfolg führten. Das Urteil des LG Frankfurt wurde aufgehoben und eine neue Gesamtstrafe gebildet.

1967 erreicht Strippel die erneute Wiederaufnahme seines Verfahrens vor dem Frankfurter Schwurgericht. Am 23. November wurde seine 10-jährige Zuchthausstrafe wegen schwerer Körperverletzung in eine 5-jährige Haftstrafe umgewandelt.

Der Hintergrund einer der damaligen Zeugen, der Strippel wegen Körperverletzung belastet hatte, war in einem anderen Verfahren „als allgemein unglaubwürdig“ bezeichnet worden. Der Zeuge war zwar bereits gestorben, aber die Justiz honorierte Strippel diese späte Erkenntnis.

Jetzt mußte Strippel nur noch das Urteil wegen der Ermordung der 21 jüdischen Häftlinge in Buchenwald zu Fall bringen. Auch in diesem Punkt erreichte Strippel die Wiederaufnahme des Verfahrens. Das Gericht hob den Haftbefehl gegen Strippel auf, weil „Strippel beim Mord im Steinbruch möglicherweise nicht als fanatischer Nationalsozialist gehandelt habe, wie das Gericht bisher immer unterstellte.“ Mörder der Juden seien nicht die SS-Leute gewesen, die ihnen die Kugeln in den Kopf schos-

sen, sondern der Lagerkommandant Karl Koch“. So wurde aus dem Massenmörder und Mordschützen Strippel ein einfacher „Gehilfe“. Weiterhin berücksichtigten die Richter, daß die Rechtsprechung mit einem immer größeren zeitlichen Abstand zu den Taten unter der nationalsozialistischen Herrschaft sich mildernd gewandelt habe.

Strippel wurde zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt, die durch die Haft verbußt waren. Strippel wurde aus der Haft entlassen und wegen „unschuldig erlittener Haft“ von 11 Jahren bekam er eine Haftentschädigung in Höhe von 150.000 DM, pro Monat also 1.136 Mark.

Opfer der Nazi-Verbrechen hingegen erhalten pro Monat ihrer Gefangenschaft nur 150 Mark Entschädigung, vorausgesetzt, sie können auch nachweisen, daß ihre Schäden tatsächlich in den KZ's erlitten wurden und auch tatsächlich keine „normalen“ Strafen im gängigen Strafenstelsystem darstellten, bzw. nicht „selbst verschuldet“ waren. Und selbst das nur, „wenn man sich nach 1945 politisch konform verhalten hat“.

Der ehemalige Staatssekretär Hermannsdorf auf eine Anfrage im Bundestag: „Die Entschädigung des KZ-Wächters Strippel bezug sich demgemäß nur auf materielle Schäden wie Verdienstausfall, Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge sowie Auslagen im Strafverfahren“, obwohl es „persönlich das Urteil für schandlos“ halte. Tja, so geht das eben ...!

Am 13. Februar 1973 erstattete das Präsidium der VVN bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt Strafanzeige gegen Strippel, da er in Hamburg den direkten Befehl für die Ermordung der Kinder, Pfleger und Kriegsgefangenen durch ihn Untergebene gegeben habe. Das wurde von der Staatsanwaltschaft mit Hinweis auf die alte Einstellungsbeurteilung (1963) des Oberstaatsanwalts Münzberg abgelehnt. Die Voruntersuchungen dieses Herrn Münzberg haben also entscheidenden Einfluß auf die Einstellung aller weiteren Strafanzeigen gegen Strippel gehabt. Deshalb wollen wir ausführlicher die Argumentation von Münzberg, die einem Plädoyer für Strippel gleichkommt, betrachten, zuvor aber die Beweisergebnisse des „Curio-Haus-Prozesses“ 1946 vor dem britischen Militärgericht dagegen stellen. Alle Aussagen der dort gehörten Zeugen belegen nämlich die Mitschuld und Mittäterschaft Strippels.

Strippel ist eindeutig schuldig ...

Am 31. Mai 1946 fand der Prozeß gegen Frahm, Speck und Strippel wegen „Killing of 20 children at the Bullenhuser Damm“ statt.

Eine Reihe von Aussagen belegen Strippels Verantwortlichkeit und persönliche Aktivitäten. So sagte z. B. der SS-Unterscharführer Frahm

auf die Frage, wer den Befehl gegeben habe, in den Heizungskeller zu gehen, und wer der Verantwortliche der Arbeitsgruppe gewesen sei: „Jauch. Oberscharführer Jauch“. Jauch sei zwar der Verantwortliche für das Kommando, aber über ihm sei Obersturmführer Strippel verantwortlich“ (s. o.) (Soweit nicht anders angegeben stammen alle Zitate aus „Kindermord am Bullenhuser Damm“).

SS-Standortarzt Dr. Trzebinski, der Strippel schon von Majdanek kannte: „Wir kamen nach einer Stunde dort an (in der Spaldingstraße, - Annm. AK). Oben schien uns Strippel schon zu erwarten. Zuerst verhandelten Dreimann und Wiedemann mit Strippel. Wie ich später erfuhr - zunächst über die Exekution von 20 Männern ... Dann bat ich Strippel, in ein Extrazimmer zu kommen. Ich sagte: „Die in Berlin sind total verrückt, jetzt ist ein Befehl gekommen, die Abteilung Heilmeyer soll verschwinden ... Strippel sagte: „Wenn Pauly (Lagerkommandant vom KZ Neuengamme - Annm. AK) dir das befohlen hat, dann mußt du es auch tun.“

„... Die in Berlin werden schon ihre Gründe dafür haben, und wenn ein Befehl da ist, müssen wir ihn ausführen ... Wenn du dazu zu feige bist“, so Strippel zu Trzebinski, „muß ich die Sache eben in die Hand nehmen“. Strippel fuhr mit dem Wagen zum Bullenhuser Damm. Mit Jauch und Frahm besprach er den Ablauf, die „prüfen ... die im Heizungs- bzw. Maschinenraum der Schule entlanglaufenden Rohre, Dreimann beauftragte daran mitgebrachte Stricke.“ Trzebinski weiter: „Als wir ankamen ... kamen Strippel, Jauch und Frahm gerade aus der Tür raus, Strippel ... sagte im Vorbeigehen. Die Sache geht in Ordnung.“

Vor der „Ermittlungskommission für Kriegsverbrechen“ sagte Frahm aus: „Es wurde ihnen ein Strick um den Hals gelegt, und sie wurden dann an Haken wie Bilder an der Wand aufgehängt. Dies wurde von ... ausgeführt. Strippel war teilweise auch dabei ... Um Mitternacht kam ein anderer Schub von Gefangenen aus Neuengamme ... 20 erwachsene Russen ... wurden von uns rüber ... und teilweise Strippel aufgehängt.“

Und so sieht Münzberg die Sache ...

Und so sieht Münzberg die Sache ...

Obwohl an bedeutender Stelle im Dezernat für Nazi-Verbrechen tätig, will Münzberg erst in den Kellern der britischen Botschaft in Bad Godesberg ein unvollständiges Protokoll des Curio-Haus-Prozesses gefunden haben. Er befragte daraufhin SS-Strippel in dessen damaliger Haftanstalt Butzbach. Dort behauptete Strippel: „Von der Tatsache, daß im Keller der Schule Erhängungen stattgefunden haben, speziell von der Erhängungsaktion in der Nacht vom 20. zum 21.4.45, habe ich erst nach dem Kriege erfahren.“ Die Aussagen der anderen seien lediglich Schutzbehauptungen, da er bei dem Militärprozeß nicht anwesend gewesen sei.

Diese Behauptung machte sich Münzberg ohne Prüfung zu eigen. Er stellte das Verfahren gegen Strippel ein und erklärte am 30. Juni 1967:

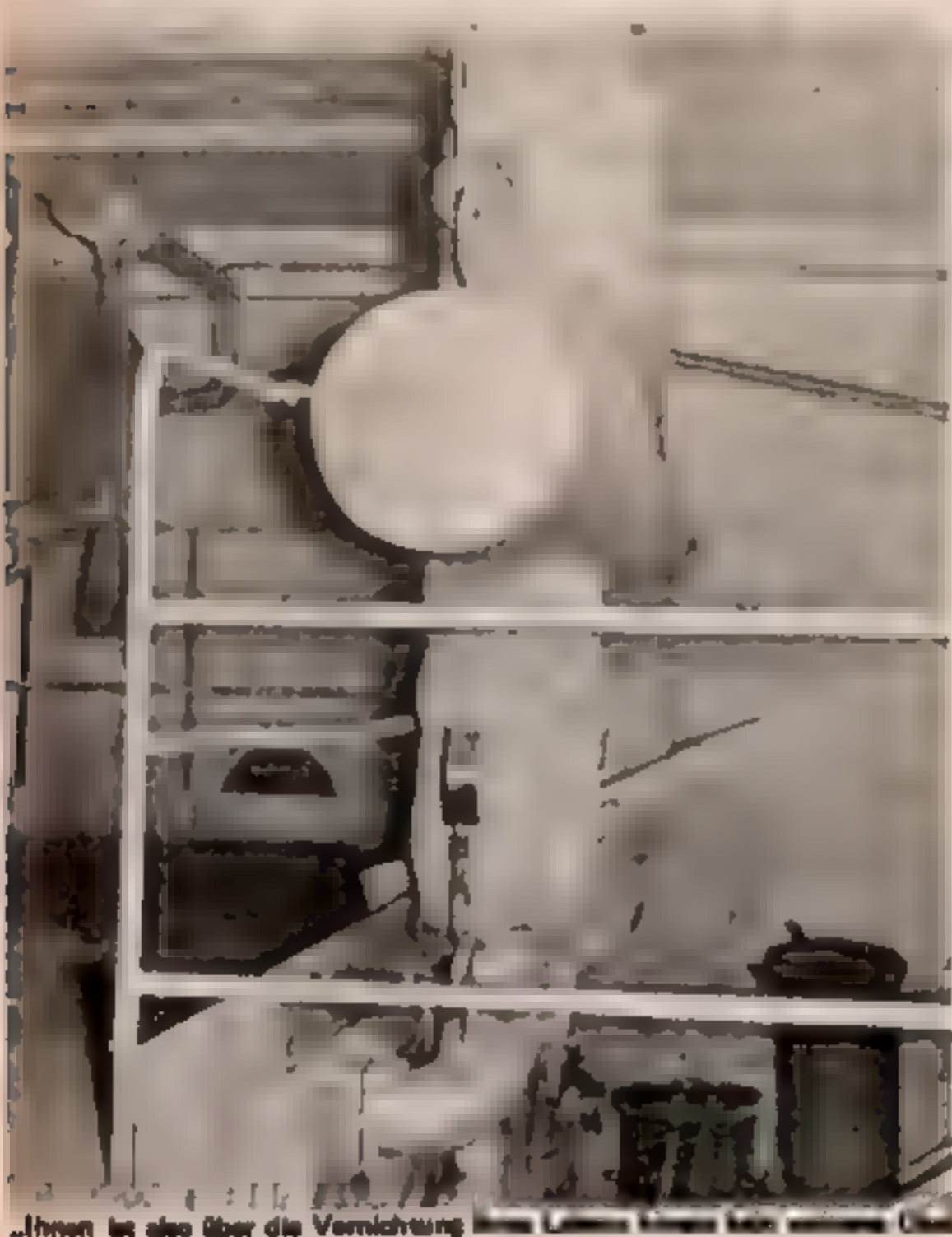
„Lebende Zeugen des Massenmordes gebe es nicht mehr. Das Wortprotokoll des Curio-Haus-Prozesses mit den Aussagen von Trzebinski, Frahm, Jauch und Dreimann sei zwar das Hauptbeweismittel, könne aber nur mit äußerster Vorsicht gewertet werden. Die Protokolle bestehen nämlich, jedenfalls was die Vorgänge im Keller der Schule anbelangt, ausschließlich aus den Aussagen der inzwischen Angerichteten, an der Teil beteiligten SS-Angehörigen, die sich ... alle nach Kräften bemüht haben, den Sachverhalt in einem für die möglichst günstigen Licht darzustellen und den eigenen Tatbeitrag so klein wie möglich zu halten.“

Der Autor des Buches „Der SS-Arzt und die Kinder“, Günter Schwarberg, kommt nach Untersuchungen des Materials zum Schluß: „Den Beweisen dafür ist Münzberg schuldig geblieben, im Gegenteil zeigt ein Vergleich des Protokolls mit den persönlichen Aufzeichnungen von Trzebinski, Dreimann, Pauly und ihren Verteidigern, mit den zahlreichen Protokollen der Verhöre in den Vorermittlungen, mit den Gnadensuchen und den Abschiedsbriefen der

Zur Vorgeschichte ...

Wo heute Bühlhäuser stehen, ein Stadtautobahnzubringer, die S-Bahn linienförmig, befand sich 1944/45 das von Strippel geleitete Außenlager Spaldingstraße. Ein Hinweisbuch oder ähnliches Erinnernde sucht man vergeblich. In diesem „kleinen“ KZ waren etwa 2.000 männliche Häftlinge, „Bombenräumer“ - Polen, Russen - untergebracht. Am 20. April 1945 hüllte dort ein aus dem KZ Neuengamme kommender Wagen mit den 20 Kindern, zwei französischen Ärzten, zwei holländischen Pflegern und 24 russischen Kriegsgefangenen. Die Kinder kamen aus der Menschenversuchs-Baracke des SS-„Arztes“ Dr. Heilmeyer und waren aus Geheimhaltungsründen von Birkenau nach Neuengamme verlegt worden.

Wann Heilmeyer in seiner „Sonderabteilung“ die Versuche an den



„Ihnen ist also über die Vernichtung worden ...“ (Staatanwalt Dr. Münzberg) Heizungskeller, in dem die Morde verübt wurden

zum Tode Verurteilten, daß die Vorgänge beim Kindermord im Prozeß korrekt geschildert wurden.“

Münzberg hielt es u. a. auch nicht für nötig, in die Magdeburger Prozeß-Akten „Heißmeyer“ Einsicht zu fordern, obwohl er zumindest durch eine Notiz in der „Welt“ von diesem Prozeß wußte.

In den Prozeßakten hätte er Originalunterlagen über die „Experimente“ an den Kindern und die Aussage über den Exekutionsbefehl gefunden. Auch die anschließende Tötung der Kinder wurde vom Magdeburger Gericht ausführlich untersucht. Zusätzlich „fahrlässig“ handelte Münzberg, indem er darauf verzichtete, den neben Strippel noch einzig mitbeteiligten lebenden Zeugen, SS-„Arzt“ Heißmeyer, zu verhören. Münzberg war offensichtlich mehr nach Entlastungsargumenten für den Massenmörder Strippel unterwegs. So zog er die SS-Befehlshaber heran, um Strippel als unschuldiges Opfer einer Differenzierungskampagne seiner Mit-

äter darzustellen. Strippel könne ja gar nicht verantwortlich sein, da „die Tötung der Kinder, der Ärzte und Pfleger von den dem Lager vorgesetzten Dienststellen in Berlin ... angeordnet worden sei und ... ihre Durchführung dem SS-Standortarzt Dr. Trebinski oblag.“ (s. o.).

Aber gerade Münzberg dürfte es, zumal als Oberstaatsanwalt im „Dernat für Nazi-Verbrechen“, aus diversen anderen Prozessen bekannt sein, daß bei Exekutionen der Lagerführer oder der nächste ranghöhere Offizier anwesend sein mußte. Ein Arzt durfte eine Exekution nie leiten. Das aber wurde von Münzberg bestritten, der Strippel höchstens als Befehlsempfänger Trebinski's sieht.

Geradezu zynisch ist, wie Münzberg die Verbrechen an den Kindern herunterspielt, und hier stellt sich umso mehr die Frage nach dem menschlichen Charakter dieses Oberstaatsanwaltes. „Aus niederen Beweggründen“ seien die Kinder zwar ermordet worden, aber nicht „grausam“.

„Die Ermittlungen haben nicht mit der erforderlichen Sicherheit ergeben, daß sich die Kinder & b e r G e b ü h r (gespart von uns - Ann. AK) lange quälen mußten, bevor sie starben. Im Gegenteil spricht manches dafür, daß sämtliche Kinder gleich nach Empfang der ersten Spritze das Bewußtsein verloren und aus diesem Grund alles weitere, was mit ihnen geschah, nicht wahrgenommen haben. Ihnen ist also über die Vernichtung ihres Lebens hinaus kein weiteres Übel zugefügt worden, sie hatten insbesondere nicht besonders lange seelisch oder körperlich zu leiden.“

In einem späteren Gespräch mit Autor G. Schwarberg schwächte Dr. Münzberg diese Aussagen ab: „Die Formulierung lasse sich nur aus der eingezogenen Betrachtungsweise des Juristen, der ein Tatbestandsmerkmal exakt herausarbeiten wolle, verstehen“, er werde sein ganzes Leben lang nie mehr einen solchen Satz schreiben.

Aber, Herr Dr. Münzberg, das gesamte Ermittlungsverfahren ist im Geiste dieses Satzes formuliert! Warum wurde die heute von Ihnen als damalige Ermittlungsverfahren nicht wieder mit aufgenommen, und warum haben Sie diese Argumentation nicht öffentlich zurückgenommen?

Nach den Ausführungen Münzbergs in der Ablehnung der Einleitung eines Verfahrens sind die Pfleger und Ärzte „ganz „human“ erinnert worden. „Die von Dreimann angewendete Erhängungsmethode, ihnen die Beine vom Boden wegzurücken, hat ihnen, so ungewöhnlich sie ist, keine über die Vernichtung des Lebens hinausgehenden Qualen bereitet und ist auch aus sonstigen Gesichtspunkten (welchen? - Ann. AK) heraus nicht unumwunden gewesen. Insbesondere haben die Ermittlungen (fragt sich, wie denn ermittelt wurde, etwa durch Befragung Strippels? - Ann. AK) nicht ergeben, daß bei der von Dreimann gewählten Hinrichtungsmethode der Tod langsamer eingetreten ist als bei dem später angewendeten Verfahren, die Opfer auf Kisten zu stellen und die Kisten dann wegzustoßen. Auch der Umstand, daß die Opfer sich vor ihrer Exekution haben ausziehen müssen, reicht weder für sich alleine noch in Verbindung mit der Methode des Beinewegziehens zur Bejahung des Merkmals der „Grausamkeit“ aus.“

Die Morde an den sowjetischen Kriegergefangenen, die gegen jede völkerrechtliche Konvention zur Behandlung von Kriegsgefangenen verstießen, findet der so exakte, lediglich „Tatbestandsmerkmale“ herausarbeitende Jurist Münzberg überhaupt nicht strafwürdig. Klar! Waren ja auch Kommunisten! Sie waren we-

der „heimtlichlich“ noch „grausam“ „Alle dem Häftling mußten gründlich damit rechnen, von der SS liquidiert zu werden ... Alle diese Menschen konnten, als sie in den Keller gebracht wurden, unendlich arglos gewesen sein ... Hatten die Russen jedoch ... irgendein Verbrechen begangen, für das zu jener Zeit auch jeder Nichtsinn mit dem Tode bestraft worden wäre, und lagen den Exekutionsbefehlen ... r e c h t m ä ß i g e (gespart von uns - Ann. AK) Todesurteile zugrunde“ war's kein Mord und „die an der Vollstreckung dieser Urteile Beteiligten (hätten) nicht rechtswidrig gehandelt.“

Münzberg weist vorbeugend auch gleich alle weiteren in Zukunft möglicherweise gestellten Strafanzeigen gegen Strippel zurück, indem er darauf verweist, „daß sich auch weiteres Beweismaterial über den Kindermord ... nicht mehr beschaffen lasse, weil sämtliche aktiv und passiv an den Geschehnissen Beteiligten tot sind“. Außer Strippel!

Auch daß alle anderen Zeugen tot seien, ist eine weitere Fehleinschätzung Münzbergs. Es leben noch Zeugen aus dem KZ Spandaustraße, Verteidiger und Ankläger, Angehörige des britischen Militärs aus den Curio-Haus-Prozessen, - der Vernehmungsbefehlshaber Major Freud, Staatsanwalt Stewart. Es lebte Heißmeyer, es lebte Petersen, der die Kinder zur Schule Bullenhuser Damm fuhr. Es lebte auch der Hausmeister der Schule, Wedel, der als letzter den Heizungskeller betrat und dort noch herumliegenden Spielzeug der Kinder sah.

Strippel muß vor Gericht! Der Justizskandal muß sein Nachspiel haben!

Es wird an allen Demokraten und Antifaschisten, vor allem in Ham-

burg, liegen, ob sie sich damit abfinden, daß der Hamburger Senat mittels seiner Justiz diesen Massenmörder deckt und die Hinterbliebenen Jahr für Jahr kalt abspielet. Zwei Tage nach der dreißigjährigen Gedenkfeste trafen die Sterbeurkunden der Kinder vom Suchdienst des Roten Kreuzes aus Arolsen ein. Keinesfalls Produkt einer Senats-Aktivität, eher Zufall. Für die Hinterbliebenen liegt die Bedeutung dieser traurigen Dokumente darin, daß ihnen zum ersten Mal behördenoffiziell bestätigt wurde, daß ihre Kinder tot sind. Erst jetzt können sie amtlich Entschädigungsansprüche stellen. Formal gesehen sind sie allerdings schlecht dran, denn die Rechte auf Entschädigung sind e n k e der schließenden Behandlung seitens der offiziellen Stellen bereits verjährt. Und der Senat möchte sich bisher nicht verbindlich äußern, ob er den Hinterbliebenen in Form eines Sonderfalles ein „großzügiges“ finanzielles Angebot als materielle Entschädigung macht. Fällig gewesen wäre die schon längst! Aber das ist sehr unwahrscheinlich.

Kinderkommission
KZ Hamburg

Literaturhinweise: „Der SS-Arzt und die Kinder“, Günter Schwarberg, Hrg. Stern-Buch, ISBN 3-570-02940-9 - „Kindermord am Bullenhuser Damm“, Fritz Bringmann, Röderberg-Verlag ISBN 3-87682-591-1 - „Der SS-Staat“, Eugen Kogon, Vlg. Kindler, ISBN 3-463-00585-9.



Strippels Haus in Frankfurt/Kalbach, Talstraße 10

Trotz Bullenschutz-Schluppe für Neonazis in Pinneberg

Wenig Glück hatten Mitglieder der neonazistischen Vereinigung „Freiheit für Rudolf Heß“, die sich ausgerichtet nach dem Aktionstag mehrerer Friedensinitiativen aus dem Kreis Pinneberg sammelten, um in der Pinneberger Innenstadt Unterschriften für die Freilassung des Kriegsverbrechers und Obernazis Rudolf Heß zu sammeln.

Der Aktionstag der Friedensinitiativen stand schon seit mehreren Wochen fest, die Infostände waren lange vorher angemeldet. Trotzdem genehmigte die Stadt den Nazi-Stand, der außerdem von Anfang an Polizeischutz (drei stramme Wachmeister) erhielt.

Aber nicht nur durch die Stadtverwaltung, auch durch die reaktio-

näre Heimatzeitung „Pinneberger Tagblatt“ (PT) erhielten die Nazis eifrige Unterstützung. So erschien am selben Tag ein 3/4 Seiten langer Artikel über den „einsamen und teuren Gefangenen der Welt“, dessen Bewachung den „deutschen“ Steuerzahler jährlich 800.000 Mark koste.

Auch der Hinweis auf den schlechten Gesundheitszustand des Gefangenen und auf die Härte der Haft der Sowjetunion fehlte nicht.

Kom Wunder, daß sowohl Stadtverwaltung als auch Heimatpresse den Nazis gegenüber so freundlich waren, denn Initiator des Nazi-Standes war das Pinneberger Vorstandsmitglied der CDU (lt. „UZ“) Klaus Kurnoth, Beamter und gleichzeitig Mitglied der „Hilfsgemeinschaft Ru-

dolf Heß“. Er ist den Pinneberger Antifaschisten kein Unbekannter mehr. So empfahl er nach der Dönitz-Beerdigung in einem Leserbrief an das „PT“ der Jugend, sich in der neonazistischen Zeitschrift „Mut“ über den Großadmiral Dönitz zu informieren. Außerdem beteiligt war Fritz Schramm, der sich besonders als Verfasser rassistischer Leserbriefe im „PT“ hervorgetan hat.

Aber auch einer der zur Bewachung des Standes abgestellten Polizisten, namens Juhnke, tat einiges mehr als nur den Stand zu schützen: er regte u. a. die Bürger an, sich das Nazi-Material anzuschauen.

Doch trotz dieser großzügigen Unterstützung hatten sich die Nazis einen denkbar schlechten Tag für ihre Provokation ausgesucht.

Bis zu 200 Antifaschisten, Mitglieder der anwesenden Friedensinitiativen, Unorganisierte, DKP'ler, Junos, Jungdemokraten, Grüne, K9'er und die Genossinnen eines Frauen-Büchertisches sammelten sich am Nazi-Stand mit Sprechbänken „Nazis raus aus Pinneberg“ und „Nieder mit der braunen Pest“ sowie Transparenten wie „Die Mörder sind unter uns“ und „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ machten sie ihrer Wut und Empörung Luft.

Gelang es den Bullen anfangs noch, einen Antifaschisten, der die Nazis treffend „Nazi-Schwein“ nannte, zur Personalfeststellung auf die Wache zu schleppen, so konnten sie nicht verhindern, daß trotz verstärkter Bewachung (es wurden fünf zusätzliche Bullen angefordert) Unterschriftenlisten der Nazis zerrissen bzw. Unterschriften durchgezeichnet wurden. Als nächstes flog hier und da ein Stapel Fascho-Zeitungen durch die Luft, bis irgendwann, niemand weiß wie, plötzlich der ganze Infotisch umföhl Vereinzelte beim-

hungen der Nazis, ihr Material zusammenzusammeln und den Tisch wieder aufzurichten, hatten nur zur Folge, daß er wenig später wieder umkippte, sodaß die Herren mit verbissener Miene unter den Augen der hilflosen Polizei ihren Plunder einsacken mußten.

Alles in allem eine Aktion, die allen Anwesenden, mit Ausnahme der Nazis und der Polizei, nicht nur sehr viel Spaß gemacht, sondern auch ge-

zeigt hat, daß wir bei gemeinsamen, entschlossenem Vorgehen durchaus in der Lage sind, das Auftreten solcher Nazi-Gruppen zu verhindern. Es bleibt zu hoffen, daß Kurnoth, Schramm und ähnliche Vögel aus dieser Aktion auch ihre Lehren gezogen haben und sich nicht wieder in der Pinneberger Innenstadt sehen lassen.

Christa und Fritz aus Quickborn

Kieler Uni-Leitung ehrt Nazi-Mörder

Am 1. Mai fand sich in den „Kieler Nachrichten“ die Anzeige der Kieler Uni-Leitung zum Tode von Professor Werner Castel, dem Direktor der Uni-Kinderklinik von 1954 bis 1961.

Castel, von dem Präsident und Dekan in „Hochachtung und Dankbarkeit Abschied“ nehmen, war ab 1939 Leiter des dreiköpfigen „Reichsausschusses zur wissenschaftlichen Erfassung erb- und anlagenbedingter schwerer Leiden“. Dieser Ausschuss hatte darüber zu befinden, welche Kinder im „Euthanasie“-Programm ermordet werden sollten. Obwohl er bis 1945 als Chef „gutachter“ tätig war, wurde er 1947 als „Entlasteter“ entnazifiziert und konnte 1954 seinen Job an der Uni übernehmen. Erst 1960 mußte er ihn auf Druck der demokratischen Öffentlichkeit im In- und Ausland wieder abgeben.

Erreichte die Ernennung eines „Euthanasie“-Spezialisten zum Leiter einer Kinderklinik schon als

Gipfel des Zynismus, so zeigt die Todesanzeige der Uni-Leitung, daß es doch noch Mäcker geht. Da schreiben Präsident und Dekan tatsächlich: „Durch seine wissenschaftlichen ... Aktivitäten hat er weit über den engeren Wirkungsbereich der Klinik hinaus in vielfältiger Weise zum Wohle krankender Kinder (Hervorhebung - AK) beigetragen.“ Der AstA fordert das Präsidium deswegen zur öffentlichen Rechtfertigung auf. Der AstA Vorsitzende meinte, der Präsident müsse sich schämen. Einzige öffentliche Reaktion des Präsidenten: „Ich brauche mich nicht zu schämen.“ Eine verständliche Reaktion, hatte doch vor kurzem erst Schleswig-Holsteins Innenminister Barchel an der Beerdigung des Hitler-Nachfolgers Dönitz teilgenommen. Der Präsident bewegt sich mit seiner Todesanzeige durchaus im Rahmen dessen, was unter Schleswig-Holsteins ruhenden Beamten üblich ist.

Ein Kieler Genosse



Der Büchertisch der Kreis-Pinneberger Arbeitsgemeinschaft „Laßt Heß frei!“. Polizist Juhnke versucht, Fotografen bei der Arbeit zu behindern, in der Mitte Fritz Schramm, rechts am Bildrand Klaus Kurnoth.

Europa-Tage der »Paneuropaunion« in Kiel: SPD-Stadtvertreter wünschen »erfolgreichen Ablauf«

Vom 30.4. bis zum 3.5. veranstaltete Otto Habeburgs Paneuropaunion in Kiel ihre „Europa-Tage“. Die „Europa-Tage“ finden einmal im Jahr in der Landeshauptstadt eines CDU/CSU-regierten Bundeslandes statt. Der jeweilige Ministerpräsident übernimmt dann die Schirmherrschaft. Auf den „Europa-Tagen“ tummelte sich in den letzten Jahren von italienischen Neofaschisten über Anhänger der griechischen Junta-Oberrsten bis zu britischen Konservativen und osteuropäischen Emigranten rechter Couleur alles, was von einem militanten antikomunistischen „Europa bis zum Ural“ (Paneuropa-Standardformulierung) träumt. Kernstück der „Europa-Tage“ bildet regelmäßig die Riege um Strauß, Filbinger (Vizepräsident der Paneuropaunion in der BRD), Goppel (Präsident in der BRD) sowie u. a.

Diese Garde bestimmte auch in Kiel das Geschehen. Filbinger, CSU-IG-Parlamentarier Aigner und Strauß (Linus General a. D. Heinz Karst hatten die Leitung der Arbeitskreise übernommen; „Witkows“ Wolner leitete die Planarbeitsgruppe. Schürmann Stollenberg prahlte noch kurz vor den „Europa-Tagen“ mit den 50.000 DM, die im letzten Jahr aus den Kassen des Kultusministeriums der Paneuropaunion zugeflossen sind.

Auch was das Inhaltliche angeht, blieb die Paneuropaunion im Rahmen des Gewohnten: Hauptthema war die Schaffung einer „Großmacht Europa“ mit eigener Außen- und „Verteidigungs“-Politik, aus der „kein Land ausbrechen“ dürfe (Goppel). Generalmajor a. D. Barnikel forderte eine „Europäische Verteidigungsunion“ unter einem EG-Oberkommando, damit „die Überleitung für einen Krisenfall leichter ist“. Unter starkem Beifall forderte er außerdem die Schaffung einer EG-Atomstreitmacht, bei der „die Europäer selbst den Finger am Abzug haben müßten. Schuld an dem wachsenden Interesse für Friedensfragen habe die Sowjetunion mit ihrer „Desinformationspolitik“. Heinz Karst ging noch einen Schritt

weiter. Die Sowjetunion führe bereits einen „subversiven Krieg“ gegen den Westen. Immer mehr dränge sich die Frage auf, wie weit die Ereignisse auf den Straßen von Zürich, Berlin und Frankfurt von außen gesteuert seien. Für Aufsehen sorgte die Kieler SPD: Axel Wernitz, SPD-MdB und im Bundestag Vorsitzender des Innenausschusses, bezeichnete Otto Habeburg vor 2 Jahren als Rechtsradikalen. Otto Habeburg seinerseits bezeichnete vor zwei Jahren den SPD-Vorsitzenden Willi Brandt als „wandelnde Symbol all dessen, was faul in unserem Staat ist“. Trotzdem Kiel Oberbürgermeister und der ehrenamtliche Stadtpräsident, beides Mitglieder der SPD, „wünschten in der Zeitung „Paneuropa-Deutschland“ 1/81 „allen

Kongreßteilnehmern einen erfolgreichen Ablauf ihrer Arbeit“. Darüber hinaus ließ der Oberbürgermeister noch ein Grußwort auf dem Kongreß verkünden. Das führte zu einer Reihe von Protesten. Die Kieler Junos schrieben: „Wir sind der Meinung, daß es nicht zu verantworten ist, daß Genossen eine solche Veranstaltung in Kiel für begrüßenswert halten.“ Der „Arbeitskreis Asche-Prozess“ war empört, „daß auch SPD-Stadtpräsident Johanning, der erst kürzlich eine antifaschistische Veranstaltung und zwei ebensoche Ausstellungen eröffnete, dieser Organisation Erfolg wünscht für ihren Kongreß“. Dieser Arbeitskreis hat sich vor etwa einem halben Jahr zum Prozeß gegen den Nazi-Verbrecher Asche gebildet und leistet eine recht umfangreiche Informationsarbeit zum Prozeß.

Während sich der Oberbürgermeister bisher ausschwig, nahm der Stadtpräsident noch einmal Stellung. Er teile die Auffassung seiner Kritiker; die Paneuropaunion sei rechtsradikal, aber er habe sich dem Wunsch der Paneuropäer, offiziell begrüßt zu werden, nicht verschließen wollen. Wie soll man das nun charakterisieren? Ausgewogenheit oder Schizophrenie? Oder typisch SPD?

Ein Kieler Genosse

Neonazistische Umtriebe im Raum Mannheim-Ludwigshafen nehmen ständig zu

Die Aktivitäten von Neonazis, nicht nur der NPD/JN, im Rhein-Neckar-Raum stiegen in den letzten Monaten sprunghaft an.

Angefangen hat alles mit dem Austritt des Mannheimer NPD-Funktionärs Fritz Höttinger im Jahre 1979 aus der Neonazi-Partei. Danach gründete Höttinger in Mannheim einen „Verein zur Förderung der Wiederkonstruktion der Einheit Deutschlands e.V.“, kurz VDR. Aufsehen erregte die Gruppe um Höttinger erstmals Ende 79, als sie in der Mannheimer Fußgängerzone eine symbolische „Berliner Mauer“ errichtete. Dem gleichen Verein gelang es 1980, als sog. „Freie Liste“ zu den Kommunalwahlen in Mannheim zu kandidieren. Die FL brachte es auf die Höchstzahl an zulässigen Kandidaten, nämlich 48. Die NPD mußte sich damals mit 15 Kandidaten begnügen. Die Stoßrichtung war dann allerdings zum großen Teil die gleiche. Auch bei der FL waren „Ausländer raus“ und „Deutschland den Deutschen“ zentrale Forderungen.

Mitte 80 stieg aus der Gruppe um Höttinger ein Neonazi namens Ernst Tag aus und gründete bald darauf mit einigen Kumpanen in Ludwigshafen ebenfalls einen Verein mit gleichem Namen. Während mit den Kommunalwahlen Stille um die Höttinger-Gruppe herrschte, beglückte der Ludwigshafener VDR unter Führung von Tag die Bevölkerung in 4-Wochen-Abständen mit üblichen Flugchriften. Inhalt ist meist Hetze gegen Ausländer, aber auch Gewerkschaften und bürgerliche Parteien bekommen ihr Fett ab.

Eine in Ludwigshafen erscheinende Werbezeitung, das „Wochenblatt“, nahm sich des VDR und seiner offen neonazistischen Propaganda an und berichtete mit großen Aufhebern über die Nazis. Ergebnis: Der verantwortliche Journalist Reimer M. erhielt mehrere Morddrohungen zu später Stunde am Telefon. Strafanträge, die Reimer M. und die VVN gegen den VDR gestellt haben, wurden von der Staatsanwaltschaft in Frankenthal nicht weiterverfolgt.

Die treibende Kraft in dem Nazi-Verein ist augenscheinlich der Vorsitzende Ernst Tag, der in der BASF beschäftigt ist. Auch an seinem Arbeitsplatz hat er bereits Schwierigkeiten wegen seiner Aktivitäten, so hat Tag mehrmals Flugblätter seines Vereins am „schwarzen Brett“ aufgehängt, so provozierte er am 20. April („Führers Geburtstag“) beim Betreten des Werksgeländes mit dem „Hitlergruß“. Am Arbeitsplatz stellte Tag aus Papp-Hakenkreuze her. Wie inzwischen bekannt wurde, hat Tag bis vor kurzem auch einen Waffenschein besessen und war im Besitz einer großen Waffensammlung. Waffenschein und Waffen wurden ihm inzwischen auf Antrag der Staatsanwaltschaft abgenommen.

Der VDR und insbesondere auch Tag leugnen immer wieder Kontakte zur NPD. In Wahrheit bestehen insbesondere zur Mannheimer NPD/JN-Szene sehr gute Verbindungen. VDR-Mitglieder werden immer wieder zusammen mit NPDlern an deren Infoständen gesehen. Auch zur Gruppe um den Neonazi Höttinger bestehen rege Verbindungen.

Der Ludwigshafener VDR hat sich inzwischen einen neuen Namen gegeben: er nennt sich nunmehr DVV, was „Deutsches Vereinigtes Reich“ bedeutet. Ferner sucht der DVV in der Innenstadt Geschäftsräume. Es darf vermutet werden, daß in Ludwigshafen ein Zentrum, wie es bislang der Nazi-Buchladen in Frankfurt

war, entstehen soll. Aber nicht nur NPD-Ableger verstärken ihre Aktivitäten, auch die NPD/JN selbst versucht durch vielfältige Aktionen Tritt zu fassen. Sie arbeitet dabei mit Tarnorganisationen, wie BAF/Jahn-



Jugend (Stürg für aktive Freizeit), eine NPD-Gründung, die durch die Ausrichtung von sog. „nationalen“ Volksläufen aufgefallen ist, oder durch die „Freunde des besonderen Films“, auf deren Veranstaltungen in erster Linie Filme aus dem 3. Reich gezeigt werden.

Am 28.8.81 fand in Mannheim der „1. Korpäler Überfremdungskongreß“ statt. Bei dieser Gelegenheit haben sich 4 bisher allein agierende „Ausländer-Stopp-Initiativen“ zusammengeschlossen. Eine am selben Tag stattfindende Kundgebung, die zu 90% von der NPD/JN getragen wurde, mußte nach wenigen Augenblicken abgebrochen werden. 200 Antifaschisten/innen jagten die Nazis bis in ihr Versammlungslokal. Die NPD hat inzwischen auf Flugblättern und in Leserbriefen weitere Provokationen für die nächsten Monate angekündigt. Gegen den DGB-Vorsitzenden Karg und gegen den Mannheimer Stadtyugendring haben die Nazis Strafanzeige gestellt, beide hatten zur Verhinderung der Provokation aufgefordert.

Als Antifaschistische Gruppe fordern wir schon heute alle Nazi-Gegner im Rhein-Neckar-Raum auf, verhindert, daß uns weitere Auftritte, der NPD/JN und anderer Neonazis.

Falls es Antifaschisten/innen im Raum Mannheim/Ludwigshafen gibt, die gern in einer Antifa-Gruppe mitarbeiten wollen, hier unser wöchentliches Treffpunkt: Die Antifaschistische Gruppe Ludwigshafen trifft sich immer Dienstags um 19 Uhr im „Treff International“ in Ludwigshafen-Hafenhof, Rohrlochstraße, im Postgebäude.

Antifa-Gruppe Ludwigshafen

Jubeldemonstration für Militärjunta vorläufig abgesetzt

Rechtsradikale und nationalistische türkische Organisationen planen für den 23. Mai einen Aufmarsch der „Treue zum Staat und zur türkischen Armee“ in Frankfurt. Wie aus einem internen Rundschreiben der Veranstalter, das an die Öffentlichkeit geriet, zu entnehmen ist, laufen die Vorbereitungen für diese Aktion schon seit geraumer Zeit. Aus dem Brief geht auch das Spektrum der tragenden Gruppen hervor. Dieses reicht offenbar von den Faschisten (einer der Unterzeichner gehört den „Grauen Wölfen“) an bis zum türkischen Generalkonsulat (in dessen Vereinsräumen ein Treffen angekündigt wird). Die überregionale Demonstration, für die bereits 15000 Teilnehmer angemeldet gewesen sein sollen, wurde angesichts der durch das Papst-Attentat entstandenen Situation klugerweise wieder abgesetzt. „Damit gestehen sie (die Veranstalter) indirekt ein, daß zu ihrer Demonstration die Anhänger derselben Partei (MHP) erwartet werden, deren Mitglieder Mehmet Ali Ag. a die Schürze auf den Papst abgehängt hat.“ Die „Grauen Wölfe“ heißt es in einem von Frankfurt Antifaschisten herausgegebenen Flugblatt.

Mit ihrem vorläufigen Rückzug haben die türkischen Rechten Otti Wallmann einer peinlichen Entscheidung entzogen. Bislang hatte deren Frankfurt OB die Türk-Föderation, deren Zentrum im Bahnhofsviertel (Gutleutstr. 137) liegt, nach Belieben aushalten und weiten lassen, wie er ja auch dem Treiben der VSBD-Neofaschisten in Bornheim nach wie vor ebenso großzügig wie unentschieden zuschauen ließ. Als am 11.4. türkische Antifaschisten gegen eine rechtsradikale Versammlung im Büro der Türk-Föderation protestieren wollten, provozierte die Frankfurter Polizei eine schwere Schlägerei, bei der mehrere Menschen verletzt wurden. Noch von seinem Urlaub zurück aus Wiesbaden kehrte Otti Wallmann

an, die Ausweisung festgenommener Antifaschisten in ihr Heimatland zu betreiben.

Im Moment dagegen ist die Situation etwas anders. Alle Zeitungen sind voll von Informationen darüber, daß die Türk-Föderation nichts als ein Aushängeschild für die MHP ist, daß Frankfurt das Zentrum der MHP-Auslandsgruppen ist, daß militante „Graue Wölfe“ über den Frankfurter Flughafen in die BRD eingeschleust werden usw. Selbst der heucheliche Verfassungsschutz rückt mit Nachweilen für die Verbindungen zwischen Türk-Föderation und MHP heraus. Eine Genehmigung dieser Pro-Junta-Demonstration hätte daher das Augenmerk der Öffentlichkeit noch viel stärker auf die Türk-Föderation/MHP und die vorderbare Zurückhaltung der Behörden ihr gegenüber gerichtet. In dem Frankfurter Flugblatt heißt es hierzu: „In bitterer Weise hat die Entwicklung der letzten Tage denjenigen recht gegeben, die ihren Protest gegen die MHP-Zentrale in der Gutleutstr. 137 auf der Straße getragen haben. Wir fordern die sofortige Einstellung aller Ausweisungsverfahren und die volle Rehabilitierung der beschuldigten türkischen Antifaschisten!“

Wir warnen OB Wallmann: Wer jetzt oder zu einem späteren Zeitpunkt in Frankfurt, dem Zentrum der MHP-Auslandsgruppen, einen derartigen Aufmarsch genehmigt, wie er für den 23. Mai geplant war, wird nicht sofort die Schließung dieses Zentrums in der Gutleutstraße veranlassen, und wer es für überflüssig hält, sich von Beziehungen zu den „Grauen Wölfen“ zu distanzieren, wie sie (nicht nur) von Strauß unterhalten wurden (werden) den wird man wohl mit Recht beschuldigen können, die Helfershelfer des Papst-Attentäters zu decken.“

KB/Gruppe Frankfurt

Hamburger Nachrichtenmagazin sagt, wie's ist

„Der Israel vergangene Woche Der Deutsche habe“ nie seinen Fahnenstolz gebrochen“

Hatte er es, wie auch immer, getan wäre Schmidt, so ist zu vermuten, heute nicht Kanzler der Bundesrepublik“ (Spiegel, 61.5.81)

Der Israeli ist Ministerpräsident Menachem Begin, durch undankbare Attacken gegen die nazistische Militärvergangenheit unseres Bundeskanzlers in letzter Zeit wiederholt dumm aufgefallen.

Der Kommentar des „Spiegel“ zu Menachem Begin's geäußerten Bemerkungen über Schmidts Fahnenstolz läßt wenig Raum für Mißverständnisse. Fahnenstolzbrüche haben

in der BRD keine Chance auf höchste Staatsämter - ob man ein Eid auf Kaiser Wilhelm ist oder einer auf „den Führer“.

Da es zu diesem Kommentar des „Spiegel“ bislang keine distanzierende Stellungnahme des Bundeskanzlers gibt (Stichwort: „Schwere Entgegnung“, „beiläufige Geschmackslosigkeit“ o. ä.) ist die Annahme wohl berechtigt, daß zu mindest in dieser Angelegenheit der „Spiegel“ die Wahrheit schneht.

Damit betreten wir unsere Anfrage an Herrn Schmidt (AK 200, 5.2.) als erledigt und danken dem „Spiegel“ für die schnelle Antwort. Eine Frankfurter Genossin

VERBOT ALLER NEONAZISTISCHEN ORGANISATIONEN

SOFORTIGE EINSTELLUNG ALLER STRAFVERFAHREN GEGEN DIE GÖPPINGER GEGEN DIE GÖPPINGER ANTIFASCHISTEN!

Zu den Pen Prozessen gegen Göppinger u.ger Antifaschisten
1980/81 161 88

DOKUMENTATION

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Bezugsadresse
Reinhold Bosler
Oberhovensstr. 7
7320 Göppingen

Anzeige

Minderheiten

thema & programm

ZU FÜR	
ANTIFASCHISTEN	
SCHLUSSTREIF	
KUNSTFARBE	
MECHANIKE	
PHOTOMONTAGE	
TOBIO	

Die Sorgen der Kapitalisten

„Welche Knie vor Moskau?“ Unter diesem Titel ließ sich am 30.5.80 der Verleger der „Zeit“, Bucarus, über die Lage in der BRD aus. Er beklagte im Zusammenhang mit der Gesteinshandlung im Iran und der sowjetischen Intervention in Afghanistan die geringe „Bereitschaft, sich im äußersten Fall mit der Waffe zu verteidigen“, und die mangelnde Unterstützung amerikanischer Maßnahmen auf beide Ereignisse. Sein Fazit lautete: „Die Deutschen sehnen sich danach, aus dem Handeln der Welt entlassen zu werden“. Kurze Zeit später druckte der Arbeitgeber, das Organ des Kapitalistenverbandes BDA, diesen Artikel unter dem Titel: „Die Nation will nicht gestört werden“ nach. In einem redaktionellen Vorwort hieß es: „Diese Bilanz ist bedrückend, aber sie könnte richtiger nicht sein – vor allem aber, was die besorgniserregende Darstellung der um sich greifenden 'Ohne-mich'-Stimmung einer Art Kanapee-Mentalität angeht, zu der sich binnen kürzester Frist eine Bevölkerung gewandelt hat, die sich um alles in der Welt nicht aus ihrer Ruhe bringen lassen will“ (Arbeitgeber 12/32 – 1980, S. 632).

Man macht sich also auf Kapitalistenkreise Sorgen: Mit der Bevölkerung der BRD ist (noch) kein Staat zu machen, vor allem kein Krieg. Solche und andere Äußerungen finden sich in Kapitalistenorganen seit gut einem Jahr vermehrt. Diesen Äußerungen soll daher im folgenden Artikel nachgegangen werden, unter den Fragen: Wie sehen die Kapitalisten die ökonomische und politische Entwicklung in der BRD, an welcher Stelle sehen sie Gefahren für ihre Herrschaft und was schlagen sie vor?

„Der geschichtliche Weg der Gewerkschaften spricht dafür“

Man/frau könnte meinen, die größten Gedanken würden sich die Kapitalisten um die ökonomische Entwicklung der BRD machen. Aber das ist nicht direkt der Fall. Zwar finden sich zahlreiche Klagen über gestiegene Rohstoff- und Energiepreise, Forderungen nach niedrigen Tarifabschlüssen und nach der „Bereitschaft in allen Bevölkerungsgruppen“, den angeblichen „Wachstums- und Einkommensverlust anteilmäßig mitzutragen und sich dementsprechend mit geringeren Realeinkommenserhöhungen zufriedenzugeben“ (Arbeitgeber 8/32 – 1980, S. 422). Aber auf diesem Sektor ist man auf der Kapitalistenseite relativ unbesorgt, denn hier kann man sich noch weitgehend darauf verlassen, daß die Interessen des Kapitals von der Regierung und speziell von den Gewerkschaftsführern ohne großen Widerstand durchgesetzt werden. So fehlt es denn auch nicht an zuversichtlichen Aussagen. Zu Beginn des Jahres 1980 etwa äußert sich Otto Esser über die wirtschaftlichen Aussichten: „Ich habe eingangs gesagt, daß wir uns um den sozialen Frieden in unserem Land nicht zu sorgen brauchen, und ich bleibe bei dieser Zuversicht, trotz aller Schwierigkeiten und Probleme, die vor uns liegen“ (Arbeitgeber 1/33 – 1981, S. 6).

eingangs gesagt, daß wir uns um den sozialen Frieden in unserem Land nicht zu sorgen brauchen, und ich bleibe bei dieser Zuversicht, trotz aller Schwierigkeiten und Probleme, die vor uns liegen“ (Arbeitgeber 1/33 – 1981, S. 6).

Begleitet wird das Ganze von Hinweisen auf die gute Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit dem Kapital, wie z.B. in der ZAG in der Weimarer Republik, und mit gezielten Drohungen: „Klassenkampfparolen werden nicht hingenommen“ (Arbeitgeber 1/32 – 1980, S. 14). Es gibt Ausnahmen von dieser Einschätzung, etwa was die Einführung der Mikroelektronik, der Kernenergie und die Brüchigkeit der Sozialversicherung betrifft. Bei diesen Punkten geht es aber weniger um die direkten ökonomischen Auswirkungen, sondern um die Gefahren, die sich damit in politischer Hinsicht verbinden. So fürchten die Kapitalisten bei der Einführung der Mikroelektronik eine „Akzeptanzkrise des Strukturwandels und des technischen Fortschritts“ (Arbeitgeber 8/32 – 1980, S. 402), wie sie bei der Kernenergie schon da ist. Besonders gefährlich ist dies bei der Mikroelektronik, weil sie direkt im Produktionsprozeß eingesetzt wird. Sie betrifft also die Produzenten direkt. So lamentiert ein Prof. Staude im Arbeitgeber 2/32 – 1980: „Arbeiter und Angestellte empfinden die Chancen der sich anbietenden technischen und ökonomischen Potentiale subjektiv als Bedrohung“. Er fordert diese und ihre Interessenvertreter auf: „die soziale Herausforderung des technischen Wandels konstruktiv zu bewältigen“. Was er darunter versteht, macht er kurz darauf klar: „Die soziale Akzeptanz der neuen Technik wird ausschließlich davon abhängen, inwieweit es gelingt, irrationale Technikängste abzubauen.“

Das heißt nichts anderes, als daß die Gefahr besteht, daß sich weitere Teile der Bevölkerung nicht mehr blind der Rationalität des Kapitals fügen, nicht mehr jede Produktionsveränderung im Sinne der Kapitalisten als Fortschritt der Menschheit ablesen und soziale, politische oder (wie bei der Kernenergie) ökologische Folgen hinnehmen. Gerade bei der Mikroelektronik sind die erwarteten Folgen besonders deutlich. Im erwähnten Artikel heißt es dazu, daß „sich die Arbeitslosenproblematik in den nächsten Jahren erheblich verschärfen wird, daß die Bundesrepublik Deutschland in den nächsten Jahren über erhebliche Arbeitskräfteüberschüsse verfügen wird.“

mit denen man nichts anzufangen weiß.“

Das Potential derjenigen, die diese mörderische Logik nicht mehr mitmachen wollen, könnte sich so vergrößern. Die Loyalität der Bevölkerung, die sich ohnedies nicht begeistert für politische Absichten des Kapitals einsetzen läßt („Ohne-mich-Stimmung“), könnte noch mehr bröckeln.

„Staatsbürger – Nein danke?“

Einen breiten Raum in den Kapitalisten-Publikationen nehmen Themen ein, die sich auf kulturelle, politische und ideologische Entwicklungen beziehen. Hier kommen die Kapitalisten zu dem Schluß, daß die Lage für sie recht bedrohlich ist, wenn auch das Konfliktpotential noch weit latent bleibt und sich noch nicht in direktem

So diagnostizierte zu Beginn des Jahres 1980 (also noch vor dem Aufbruch der neuen Jugendbewegung) der BDA in seiner offiziellen Stellungnahme eine „gefährliche“ Entwicklung bei Jugendlichen. Es wird festgestellt, daß in der Jugend heute eine eigene

ist aber nur die Spitze des Eisbergs. Nach Ansicht der Kapitalisten macht sich in der Gesellschaft insgesamt eine bedrohliche Aussteigermentalität breit. Vor allem in Bezug auf die Bundeswehr wird dies deklariert. So schreibt Bucarus in dem erwähnten Artikel über die „Brenner Krawalle“: „Die konnten doch ein paar hundert Cheoten nur deshalb um sich schlagen, weil sie auf einer dumpfen, aber breiten Stimmung ritten. Heute ist die Bundeswehr eine lebende Erinnerung an Gefahren, die (zu) viele nicht wahrhaben wollen.“ Ein Vierteljahr später setzt sich ein Dr. Juraschek von der Bundesvereinigung in Köln mit dem Problem auseinander und kommt zu dem Ergebnis, daß die Bevölkerung der BRD nicht im mindesten kriegsbereit sei: Nur ein Viertel fühlt sich überhaupt bedroht, zwei Drittel lehnen im Falle eines Atomwaffeneinsatzes auf eigenem Gebiet eine militärische Verteidigung sogar ab, und nur 9,9 % wollen eine finanzielle Sonderabgabe zahlen, wenn dadurch die „Verteidigungsbereitschaft“ erhalten wird.

Es leuchtet das Herz eines jeden Pazifisten, die Kapitalisten aber sind aufgebracht und besorgt. Auch Otto Esser. Da heißt es denn, daß der Mangel an

wie Lubbe, Henne, Tenbruck. Interessanterweise beteiligt sich an dieser Diskussion auch der Publizist Carl Amery, der Mitglied bei den „Grünen“ ist. Die Diskussionsergebnisse finden sich im Arbeitgeber 8/32 – 1980, S. 252 - 255, und sind hochinteressant. Das Problem wurde anhand des Begriffs der Arbeit diskutiert (das liegt den Kapitalisten ja auch besonders am Herzen). Dabei wurden sämtliche Probleme, die den Kapitalisten Sorgen machen, berührt.

An erster Stelle wird die mangelnde Begeisterung fürs Arbeiten aufgegriffen: „Für immer mehr Menschen außerhalb der materiellen Produktion, vor allem für große Teile der nachwachsenden Generation, verbindet sich mit dem Begriff Arbeit nicht mehr die Evidenz des physischen Notwendigen. Ihre Erfahrung ist vielmehr die der Freiheit, der Behebbarkeit, des Auslebens von Subjektivität in Aktionen und nicht in Arbeit“. Dies gelte bereits nicht nur für Jugendliche, die in der Schule nach dieser verqueren Theorie zur „Mordung von Arbeit und zu Realitätsverlust“ herangezogen würden, sondern auch für Erwachsene: „Auch unter Erwachsenen verstärkt sich die Flucht aus der Arbeitswelt ins Exil: Fernen und 'schönes Wochenende'. In der abstrusen Logik dieser faschistischen Theoretiker werden Protestreaktionen auf entfremdete und ausbeuterische Verhältnisse zu irrationalen Forderungen (Ausleben von Subjektivität) und zu pathologischem Verhalten: Realitätsverlust und Flucht. Statt die Ursachen in den Verhältnissen zu suchen, wird der Schuldige in die Schuld gegeben und von ihr durch verstärkte Indoktrination Abhilfe erwartet. Letztlich wird in dieser Sicht der Protest durch die 'fehlbar-unvollkommene' Natur des Menschen erklärt. Diese Natur stehe im Widerspruch zur 'planerischen Vollkommenheit der Systeme' (d.h. des Kapitalismus). Dieser Wider-

ziale Marktwirtschaft wird schick selbst in Frage gestellt werden. Damit kann das wirtschaftliche und soziale Ordnungssystem der Bundesrepublik ernsthaft gefährdet werden“.

(Arbeitgeber 24/32 – 1980, S. 1821). Dies vor allem wegen des schwindenden Grundkonsenses der gesellschaftlichen Gruppen: „Dem Erreichen 'dieses Grundkonsens, einer im Prinzipien herzustellenden, zu pflegenden und zu erhaltenden Übereinstimmung in der Gesellschaft, steht die verbreitete Orientierungslosigkeit unserer Gesellschaft entgegen. Die Orientierungslosigkeit, ... gehört ... zu den großen Herausforderungen, vor denen wir stehen.“ (Das kann man nur hoffen!)

Die „solidarische Gesellschaft“

Die Furcht der Kapitalisten geht also kurz gesagt dahin, daß die Loyalität der Bevölkerung mit dem Ausbeutersystem sich weiter verringert, daß die breite „Ohne-mich-Stimmung“, die vorerst noch politisch richtungslos ist, in eine bewußte antikapitalistische Haltung umschlägt, daß sie Widerstände, die sich ihren Plänen in den Weg stellen und die sich aus den Entwicklungen des Kapitalismus selbst ergeben, sich zu einem Generalwiderstand vornehmen. Entwicklungen wie z.B. in der Hausbesetzerbewegung könnten dabei die Rolle eines Funken übernehmen, der „einen Steppenbrand auslöst“. So jedenfalls äußern sich die Kapitalisten in Bezug auf die Vorgänge in Westberlin. Sie fordern, daß „der Schmelzbrand des Unrechts gelöscht und ein weiteres Überprüfen auf das Fachwerk unseres demokratischen Rechtsstaats verhindert“ wird (Arbeitgeber 6/33 – 1981, S. 290). Gerade die Hinwegsetzung über die bürgerlichen Rechtsnormen erscheint ihnen dabei besonders gefährlich: „Den Bürgern soll die Verantwortlichkeit und die zunehmende Ohnmacht des herrschenden Systems und seiner Repräsentanten vorgeführt werden“. Deswegen müsse die Demokratie „entschieden und wahrhaft“ reagieren. Das ist aber natürlich nur eine Seite der Medaille. Spaltung und Integration. Auf der anderen Seite soll ein neuer „Grundkonsens“ her, der sich glaubhaft verkaufen läßt: es müssen Maßnahmen ergriffen werden, die das Unbehagen, das sich in der Gesellschaft breit macht, auffangen könnten.

Systeme und seiner Repräsentanten vorgeführt werden“. Deswegen müsse die Demokratie „entschieden und wahrhaft“ reagieren. Das ist aber natürlich nur eine Seite der Medaille. Spaltung und Integration. Auf der anderen Seite soll ein neuer „Grundkonsens“ her, der sich glaubhaft verkaufen läßt: es müssen Maßnahmen ergriffen werden, die das Unbehagen, das sich in der Gesellschaft breit macht, auffangen könnten.

Was schlagen die Kapitalisten in dieser Richtung vor? Schon in den Artikeln zur Situation der Jugendlichen wird die Forderung erhoben, vor allem wieder verstärkt auf „immaterielle Werte“ zu bauen, diese „überzeugender als bisher zu verdeutlichen“ (Arbeitgeber 2/32 – 1980, S. 63). Konkret heißt das nichts anderes, als die Proteste zu kanalisieren. Das wird denn auch ohne Umschweife ausgedrückt: „Bei der Mehrheit der Jugendlichen sieht man Anzeichen eines neuen Idealismus und ausgeprägte moralische Vorstellungen, ein Verlangen nach menschenwürdiger Gesellschaft sowie ein Bestreben, Kommunikation, Solidarität und Humanität zu verbessern. Diese Strömungen mit einem Blick auf die Realitäten in die richtigen Bahnen zu lenken, ist eine Aufgabe unternehmerischer Jugendarbeit“ (Arbeitgeber 2/32 – 1980, S. 68). Was unter richtigen Bahnen zu verstehen ist, wird etwas später verdeutlicht.

„Leistung und Pflicht sowie Dienst an der Gemeinschaft müssen als Kennzeichen einer freihetlichen Gesellschaft bewußt gemacht werden.“

Den Jugendlichen soll wieder beigebracht werden, „über die persönlichen Interessen und Vorteile hinaus auch dem Gemeinwesen zu dienen“. Ähnliche Töne klingen auch im Zusammenhang mit der „dumpfen pazifistischen Strömung“ an. Zur Rettung der Bundeswehr wird ebenfalls das Gemeinwesen beschworen: „soll dieser Staat nicht in einen Haufen von Individuen zerfallen, die nur noch sich selbst und ihre Interessen kennen und nicht mehr wissen wollen, was Gemeinschaft ist und was Volk, welchen Wert Freiheit und Frieden bedeutet, und daß dies alles nur durch ständige persönliche Opferbereitschaft zu erhalten ist“ (Arbeitgeber 18/32 – 1980, S. 821).

„Volk“ und „Gemeinschaft“, wer fühlt sich da nicht an „Volksgemeinschaft“ erinnert. Weil das Wort aber

Fortsetzung nächste Seite



Teilgesellschaft entstanden sei, die „ihre Orientierung zu den Erwachsenen und zur Autorität abbaut. Eine Auseinanderentwicklung der Generationen kann aber ... werden“ (Arbeitgeber 2/32 – 1980, S. 63). Den Jugendlichen wird vorgeworfen, die ihnen das Gefühl vermittelt zu haben, ihnen nicht gebraucht zu werden, sie in ihrem Pessimismus bestärkt zu haben und selber den „Dienst an der Gemeinschaft“ nur „verbal“ dargestellt zu haben. „Trotz grundsätzlich positiver Grundeinstellung der Jugendlichen zum demokratischen Staatssystem besteht kein Grund zur Sorglosigkeit, denn angesichts der derzeit krisenhaften Verhältnisse im Bildungs- und Beschäftigungssystem sind die Auswirkungen der unvermeidbar gewordenen Enttäuschungen nur schwer einzuschätzen.“ Mit anderen Worten: hier könnte demnächst ein Unruhe-

Die Haltung, die sich bei der Jugend findet (eigene Teilgesellschaft)

„realistischen“ Informationen über die Bundeswehr des Wohlschickens, das zur Bewußtseinsveränderung von „Pflichten und Opiem“ führt, und „mangelndes Geschichtsbewußtsein, verschüttetes oder nicht mehr vorhandenes Traditionsbewußtsein“ an der Meiere schuld seien. Erschreckendes (für die Kapitalisten) Resümee: „Mangelnder Bürgerinn und fehlende Identifizierung mit dem Staat“ (Arbeitgeber 18/32 – 1980, S. 938). Der ganze Artikel hat die Überschrift: „Staatsbürger – Nein danke?“

Wer nun merkt, das sei alles schon schlimmer genug für die Kapitalisten der integrierten noch dicker. Nicht nur Generationskonflikte, Pazifismus und Staatsdesertion sind ausgebrochen, sondern das gesamte „kulturelle Selbstverständnis unserer Gesellschaft“ (Arbeitgeber 8/32 – 1980) ist in der Krise. Zur Diskussion dieses Problems versammelte die Walter Raymond Stiftung (die mit dem BDA zusammenarbeitet) einen illustrierten Kreis von engagierten (d.h. schon bei den Fachleuten aktiven) Professoren

sprach, „äußert sich in vielfältigen Formen, etwa als rationaler Protest gegen Großtechnologien, als Technikfeindlichkeit überhaupt, im politischen Widerstand gegen repräsentative Demokratie (Bürgerinitiativen), im Kampf um Denkmalschutz oder Umweltschutz“ (Arbeitgeber 8/32 – 1980, S. 254). Man muß schon genau hinören, um unter diesem Wust von pseudo-philosophischen Wortgeklänge die politische Stoßrichtung herauszuhören. Auf die irrationale Natur des Menschen berufen sich schon immer Is-

Das diese Berufung auch zu den Forderungen der Kapitalisten insgesamt paßt, soll noch dargelegt werden. „Die Kapitalisten hingewiesen werden, die sich pünktlich zum Jahresende im Arbeitgeber fand. Dort werden die kommenden Entwicklungen prognostiziert, und es heißt in Hinblick auf die achtziger Jahre

„Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen werden sich tendenziell weiter verschärfen... Die so

Offener Brief an amnesty international

Betreff: Die Forderungen der Gefangenen aus der RAF nach Zusammenlegung und nach Freilassung von Verena Becker und Günther Sonnenberg

Fast 10 Wochen befanden sich 25 Gefangene aus der RAF in Hungerstreik und einige zuletzt in Durststreik. Sigurd Debus starb an den Folgen seiner Zwangsverhinderung.

Die Gefangenen betrachten den Hungerstreik als letztes Mittel gegen ihre Vernichtung Widerstand zu leisten. Sie fordern - und fordern immer noch - die Zusammenlegung in interaktionsfähige Gruppen, d.h. in Gruppen zu ca. 15 Personen. Die Gruppengröße lehnt sich an seit 1972 immer wieder veröffentlichte ärztliche und psychiatrische Gutachten an, in denen dies als Mindestbedingung für menschliches Überleben gilt. Diese Mindestbedingung wird den Gefangenen aus der RAF mit Jahren verweigert. Sie werden größtenteils in völliger Isolation, einige in Kleingruppenisolation gehalten, in neonbeleuchteten und schallgedämpften Räumen, wodurch die meisten bereits unter erheblichen Sehstörungen und sog. „Deprivationserscheinungen“ leiden. Erhalten sie Hofgang, geschieht dies in einem engen Innenhof, allein, unter Aufsicht mehrerer Wärter. Kommen sie in ihre Zellen zurück, müssen sie sich jedesmal vor den Wächtern völlig nackt ausziehen und eine sog. „Körperuntersuchung“ über sich ergehen lassen. Angehörige und Freunde dürfen nur hinter einer Trennscheibe und in Anwesenheit mehrerer Aufsichtspersonen mit ihnen reden, obwohl vorher jeder Besucher durch ein Metallgitter untersucht worden ist, wie dies Maßnahmen also nicht aus „Sicherheitsinteressen des Staates“ erklären lassen. Ummantelungen sind nur in Ausnahmefällen und unter strenger Aufsicht gestattet, wonach sich der/die Ummantelte erneut nackt ausziehen muß. Auch gegen physische Übergriffe der Wärter sind die Gefangenen ungeschützt - wo dies passiert, wird es vertuscht, den Gefangenen und Angehörigen glaubt niemand und internationale Kontrolle besteht nicht. Die Liste der menschenverletzenden und identitätszerstörenden Maßnahmen böse sich noch verlängern.

Um all das wird eine Mauer des Schweigens gezogen. Angehörige der Gefangenen mußten erst die SPIEGEL-Kantine besetzen, um in der bürgerlichen Presse wenigstens einige Informationen über die Verhältnisse in den Hochsicherheitsstrakten und den Hungerstreik zu erzwingen.

Ebenfalls Angehörige der Gefangenen ketteten sich auf dem Bonner

der Gefangenen aus der RAF unterstützen wollten, wurden inhaftiert.

Die Gefangenen haben den Hungerstreik abgebrochen, nachdem amnesty international zweimal interveniert hatte, Justizminister Schmidt Verhandlungen zustimmte und eine Kommission aus 11-Vertretern und Justiz-Vertretern darüber beraten wollte. Zur gleichen Zeit starb Sigurd Debus an den Folgen der Zwangsverhinderung, wie aus dem Obduktionsbericht zu ersehen ist.

Die Forderungen der Gefangenen sind nach wie vor:

- Zusammenlegung zu Gruppen zu 15 Personen
- Haftverschönerung für Verena Becker, die an offener Tuberkulose erkrankt ist, und für Günther Sonnenberg, der mit einem Streichschuß am Kopf bei seiner Festnahme, unter Konzentrations- und Kommunikationschwierigkeiten leidet und dessen Genesung nur unter den Bedingungen normaler menschlicher Kommunikation, d.h. Freilassung, möglich ist, und
- internationale Kontrolle der Haftbedingungen.

Seit dem Abbruch des Hungerstreiks und dem Tod von Sigurd Debus sind inzwischen 2 Wochen vergangen, und es ist noch nichts an Verhandlungen passiert.

Als Christen setzen wir uns für menschenwürdige Behandlung jedes Gefangenen ein. Deshalb bitten wir amnesty, ihren Einfluß bei der Bundesregierung und den Justizministern geltend zu machen, durch Erfüllung der Forderungen der Gefangenen eine menschenwürdige Behandlung der Gefangenen aus der RAF zu erreichen, die ihnen das Bewahren ihrer menschlichen und politischen Identität erlaubt.

Darüber hinaus bitten wir amnesty, für die Freilassung derjenigen Verhafteten einzustreten, denen nur wegen ihrer Unterstützung des Hungerstreiks Forderungen der Unterstützung oder Werbung für eine terroristische Vereinigung (§ 129 a) vorgeworfen wird.

Es ist ein schlimmer Fehler, daß der Protest gegen Haftbedingungen in der BRD, das mit den Menschenrechten nicht zu vereinbaren sind, erst dann laut wird nach einem langen Hungerstreik der RAF-Gefangenen. Die Lähmung der demokratischen Öffentlichkeit, von der auch die CFS arbeits worden sind, liegt darin, daß in diesem Land kaum jemand für menschenwürdige Behandlung der RAF-Gefangenen eintreten kann, ohne zum RAF-Sympathisanten abgestempelt zu werden. Um eine weitere Passivität angesichts der identitätszerstörenden Isolation der Gefangenen in der Zukunft zu vermeiden, wollen wir folgendes tun: Analyse und Aktionen der RAF kritisieren und einen Strafverfolgung für RAF-Gefangene fordern, der wenigstens

Mit freundlichen Grüßen

die Delegierten-Konferenz der Christen für den Sozialismus in der BRD und Westberlin
Freiburg, den 2. Mai 1981

Ein Prozeß gegen die Marburger Linke

Seit dem 6. Mai läuft in Marburg ein Prozeß vor der großen Strafkammer des Landgerichts gegen fünf Studenten. Vorgeworfen wird ihnen u.a. Landfriedensbruch, Nötigung, Hausfriedensbruch, Körperverletzung und Raub. Hintergrund des Prozesses ist ein Go-In zum Uni-Präsidenten und anschließende Durchführung einer „verbotenen Veranstaltung“ im Wintersemester 1979.

Der Uni-Präsident Kröll war bei seiner Wahl angetreten mit der Absicht, das „Ansehen“ der angeblich „linken“ Marburger Uni zu fördern - was in der Logik Rechter noch immer massives Vorgehen gegen linke und demokratische Politik bedeutet. So ging er dann ans Werk, allein in den ersten sechs Semesterwochen zu Beginn des Wintersemesters 1979/80 verbot Kröll sieben Veranstaltungen und Vollversammlungen, vornehmlich wegen „Wahrnehmung des allgemeinen politischen Mandats“ durch die Studentenschaft. Eine dieser Veranstaltungen war die vom AStA (damals noch MSB/SHB/Jusos) geplante Solidaritätsveranstaltung für den mit einem Berufsverbot bedrohten Postbeamten und Marburger DKP-Stadtverordneten H. Bartsch. Da es ja bekanntlich keine Berufsverbote gibt, verbot Kröll auch diese Veranstaltung.

Das wollten sich nun die Studenten nicht ohne weiteres gefallen lassen. Auf einer Studentenvollversammlung mit ca. 1.300 Anwesenden wurde eine Protestresolution verabschiedet und ein Go-in zu Kröll beschlossen, das am Tag der geplanten Veranstaltung stattfinden sollte.

Am 26.11.1979 begaben sich also ca. 200 bis 300 Studenten zum Verwaltungsgebäude der Uni - und standen dort vor verschlossenen Türen. Trotz der gleichzeitig stattfindenden öffentlichen Sitzung des Uni-Senats hatte die Uni-Spitze ihre Leute angewiesen, das Gebäude zu verriegeln.

Eine von den Studenten aufgebaute Mauer, die das Grotteke der Situation symbolisieren sollte, wurde später zu einem Nötigungsakt. Als eine Tür geöffnet wurde, um Leute rauszulassen, gingen die „Demonstranten“ hinein - das ist natürlich Hausfriedensbruch, wie jeder „rechte“ Bürger weiß.

Nachdem eine Diskussion mit dem Vize-Präsidenten erfolglos verlaufen war (der Präsident selbst war angeblich nicht da), zogen die Kommunisten ins Hörsaalgebäude, um die geplante Veranstaltung durchzuführen. Dabei fühlte sich ein Prof durch die Anwesenheit ungewöhnlich vieler Zuhörer bei seiner sonst eher spärlichen besuchten Veranstaltung so beeindruckt, daß er sich genötigt sah, die Veranstaltung abubrechen. Daraufhin trat der persönliche Referent des Präsidenten in Aktion und erschien mit einer Kamera und begann, alle Anwesenden zu fotografieren. Daß ihm dabei der Fotoapparat abhanden kam und sich später ohne Film auf dem Klo wiederfindet, ist nach der Logik des Staatsanwaltes Raub. Außerdem fühlten er und der Uni-Kanzler sich von den Studenten ungebührlich behandelt. Körperverletzung heißt das in der Anklageschrift.

Sieben Kommunisten wurden schließlich vor des Kadi gestellt -

alle sieben Mitglieder von AStA oder Studentenparlament und Mitglieder des MSB bzw. SHB.

Vorgeplänkel ...

Mittlerweile sind zwei Prozesse bereits gelaufen, der dritte hat am 5. Mai begonnen.

In dem ersten Prozeß stand ein Kommilitone vor Gericht, der während der Abschließaktion der Uni-Bediensteten im Verwaltungsgebäude war und diese angeblich daran hindern wollte, die Türen zu verschließen. Nach Aussage der Belastungszeugen hätte er jedoch gleichzeitig eine Fähigkeit haben müssen: wie er gleichzeitig die Tür festhalten, einen Typen von hinten umfassen und von vorn treten konnte, blieb Geheimnis dieser „Zeugen“.

Der fällige Freispruch blieb dennoch aus. Immerhin stellte das Gericht das Verfahren gegen eine Geldbuße ein. Im zweiten Verfahren hatte ein Kommilitone das „Verbrechen“ begangen, für ein Flugblatt presserechtlich verantwortlich zu zeichnen, das zu bezagtem Go-in aufrief. Daß dieses ein öffentlicher Aufruf zu Straftaten sei, wie der Staatsanwalt behauptet, überzeugte auch das Gericht nicht, es sprach den Kommilitonen frei.

Einschüchterung ...

Zu Anfang des jetzt laufenden Prozesses wurde versucht, eine für eine Vorverurteilung günstige Stimmung zu schaffen.

- die Räumung der zur Unterstützung der Angeklagten besetzten Alten Uni war bereits geplant, eine Hundertschaft angefordert,
- zur Demo am ersten Prozeßtag waren zwei Hundertschaften und zwei Wasserwerfer angekarrt worden, das hat es hier seit zig Jahren nicht gegeben. Aber auch Anlage und Durchführung des Prozesses seiens Gericht und Staatsanwaltschaft machen deutlich, daß eine massenwirksame, einschüchternde Verurteilung anvisiert wird.
- der Prozeß findet vor der großen Strafkammer des Landgerichts statt, d.h. Berufung ist nicht möglich, lediglich Revision (nur aufgrund formaler Fehler des Gerichts einlegbar),
- am ersten Prozeßtag mußten die Besucher sich durch 30 Bullen zwingen, wobei sie mit Metallsonden nach „Waffen“ abgesehen wurden (die Ausweisse mußten abzwängen, wobei sie mit Metallsonden nach „Waffen“ abgesehen wurden (die Ausweisse mußten abgeben werden und wurden erst bei Verlassen des Gerichts wieder ausgehändigt),
- der Saal faßte nur 30 Leute, von diesen wenigen Plätzen waren zwei für Zivilisten für den Fall von „Ausbreitungen“ reserviert,
- Angeklagte und ihre Anwälte sitzen z.T. so, daß sie sich nur schwer untereinander verständigen

können, was eine effektive Verteidigung erschwert. Anträge der Verteidigung auf Hebung derartiger und anderer Mißstände und Schikanen werden durchweg abgelehnt.

Die Prozesse sind Teil des Versuchs von Uni-Leitung und Staatsanwaltschaft, die Marburger Uni zu einer rechten „Musteruni“ zu machen. So verweigerte Kröll z.B. dem DGB für seine Veranstaltung am 1. Mai Uni-Räume. Der Personalrat wird mit der „Notverordnungs-Klausel“ des Hessischen Personalgesetzes systematisch ausgeschaltet. Berufsverbote werden unter dem Deckmantel der Mittelknappheit und der mangelnden „Qualifikation“ vorbereitet.

Auch der neue AStA (getragen von Grün-Bunt-Alternativen-Liste und Jusos) wurde mit dem Verbotsknüttel bedroht: eine VV zum Hungerstreik der politischen Gefangenen wurde verboten. Die Staatsanwaltschaft ermittelt in mehreren Verfahren wegen Flugblättern und Demo zum Hungerstreik nach § 129a (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung).

Hieraus wird deutlich, daß der Prozeß gegen die „Fünfer-Bande“ ein Prozeß gegen die gesamte fortschrittliche Studentenschaft ist.

Wenn die fünf Angeklagten zu Haft verurteilt werden sollten, (was keineswegs abwegig ist), verschwindet ein Stück politischer Freiheit der Studenten mit hinter Gittern.

RECHTSPERSONEN UND VERFAHREN

Es hat sich eine Strafanzeige-Initiative gegründet. Diese besteht fast ausschließlich aus MSB- und SHB-Mitgliedern sowie einigen Unorganisierten. Jusos und Grün-Bunt-Alternativen lassen sich eher sporadisch blicken. Die Initiative hat inzwischen ca. 3.000 Unterschriften gegen die Prozesse gesammelt und u.a. eine Demo mit ca. 2.500 Leuten am ersten Prozeßtag organisiert. Hierzu waren Studenten aus Wiesbaden, Kassel, Hamburg, Münster, Essen, Bochum usw. teilweise mit Bussen gekommen. 110 Solidaritäts-Resolutionen und -Adressen trafen bisher ein, darunter von ASten aus der gesamten BRD, der VVN, einzelnen Gewerkschaftsgruppen und den Bundesverbänden von Jusos, MSB und SHB.

Darüber hinaus gründete sich ein Solidaritäts-Komitee aus ca. 40 Marburger „Persönlichkeiten“, v.a. Professoren, Stadtverordneten, Personalräten, Gewerkschaftern, Konventsmitgliedern. Außerdem wurde einige Tage vor Prozeßbeginn ein Teil der Alten Marburger Uni besetzt, um gegen die rechte Offensive zu protestieren. Diese Besetzungsjahre wurde nach einer Studentenvollversammlung gegen die rechte Offensive zu protestieren. Diese Besetzungsjahre wurde nach einer Studentenvollversammlung von ca. 400 bis 500 Leuten unterstützt. Die Presseberichterstattung war mit Artikeln in FR, die NEUE sowie Meldungen im Hessischen Rundfunk und im Regionalfernsehen recht gut. Nach drei Tagen wurde die Besetzung beendet.

Wir werden im AK weiter über den Verlauf des Prozesses und die Solidaritätsarbeit berichten.

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Die Sorgen der Kapitalisten

schon zu arg belastet ist, wird das Ganze etwas anders genannt. In einem Artikel mit dem bezeichnenden Titel „Gesellschaftlicher Wandel. Unterang, Krise, Widersprüche“ macht sich Öthricher Freiher von Wehhausen (er heißt tatsächlich so!) Gedanken über den „großen geistigen, kulturellen und politischen Wandlungsprozeß, in dem sich die westlichen Industrieländer befinden“ (arbeitsgeber 22/32 - 1980, S. 1373). Er diskutiert über den Grundkonsens der Gesellschaft und schreibt, „daß der sozialdemokratische Konsens“ („Wirtschaftswachstum, Staatsbürgergleichheit, politische Teilhabe und Wissenschaftsglaube“) „in jedem einzelnen seiner Hauptelemente notwendig geworden ist. Seine allmähliche Abzersetzung geschieht daher notwendig zu werden.“ Abgelöst werden wird er seiner Meinung nach durch die Einsicht, „daß eine Gesellschaft ohne Reste von Bindungen und Ungleichheit nicht existieren kann.“ Diese Gesellschaft nennt er „solidarische Gesellschaft“ und kennzeichnet sie als System, in dem jeder einzelne gefordert wird und nicht mehr der Staat (vielleicht in der Altersversorgung?), in dem von der „Anspruchsmöglichkeit“ zu „Hilfe- und Leistungsbereitschaft“

gewachelt wird (vielleicht nicht immer fordern sondern für Volk und Gemeinschaft Leistung bringen?) in dem Wissenschaft endlich wieder was gilt (Schluß mit der irrationalen Angst vor Kernenergie und neuen Technologien). Kurz gesagt:

„Gesellschaftlich würde ein solcher Akzentwechsel bedeuten, daß die Fragen nach mehr Gleichheit zurücktreten würde hinter die über alle verbleibende Ungleichheit greifende Solidarität der Menschen im verstärkten Schutz ihrer natürlichen Umwelt. Umweltschutz vor Gleichheit. Solidarität vor Verteilungsgerechtigkeit“ (S. 1376).

Endlich Schluß mit der Gleichheitsdusel und den ewigen Konflikten ums Eigentum, stattdessen Betonung der Ungleichheit nach dem Motto „Führen und geführt werden“ (jedem wie's gebührt) und Vernebelung der Klasseengegenstände durch diffuse Solidarität der Menschen. Witzigerweise wird das alles begründet mit der Gefahr eines ökologischen Zusammenbruchs. Das Ganze ist sozusagen der Versuch der Kapitalisten, in Anlehnung an rechte Grüne die „Geltungsfrage“ vor die „Klassenfrage“ zu stellen mit der Absicht, die Ängste der Menschen vor der Katastrophe legal ob ökologisch oder militärisch) für ihre Ideen von einem neuen Konsens, der als zumindest antidemokratisch zu bezeichnen ist, zu instrumentalisieren. Zu be-

denken! Ich dabei allerdings, daß es sich vorerst noch um Spekulationen handelt. Noch ist auch keine Kraft in Sicht, die den neuen Konsens durchsetzen könnte. Auf jeden Fall aber gibt es Überlegungen in dieser Richtung, und es gibt Versuche in dieser Richtung, z.B. bei der CDU die von Kapitalisten genau beobachtet werden. So findet sich im arbeitsgeber 6/33 1981 ein Artikel zum CDU-Bundesparteitag, in dem der CDU attestiert wird, daß sie vielleicht die Partei sein könnte, die den neuen politischen Konsens durchsetzen könnte. Im Artikel wird begeistert die Bereitschaft der CDU zu „gesteigerter Führung“ herausgestellt. Gemeint sind damit die Versuche, sich ein scheinbar seriöses, theoretisch fundiertes Programm zu schaffen, will heißen, sich eine Ideologie zu schaffen, die bei Teilen des Protestpotentials ankommen könnte. So lobt der Artikel die „mutige Sensibilität der Konservativen“, und es heißt weiter: „Kohlts und Gollers Jugendkapitel in den jeweiligen Reden suchen bisher ihresgleichen“.

Zurechnung der Massenbewegungen und Propagierung eines neuen (falschlichen) ideologischen „Grundkonsens“ dürften so gemeinsam vorangetrieben werden. Vorbild für die Kapitalisten könnte dabei die Entwicklung in den USA seit der Kandidatur Reagans werden. Selbiger wird in arbeitsgeber 21/32 - 1980 als Retter der Zivilisation angesprochen. „Große Zivil-

sationen, die vom Niedergang bedroht sind, können sich regenerieren, wenn sie zu den Quellen ihrer Vitalität, zu den Grundüberzeugungen zurückkehren, denen sie ihren Aufstieg verdanken. Das ist eine Lehre der Geschichte. Reagan hat sie begriffen, denn er ist frei von den psychischen Störungen eines dekadenten Establishments, er besitzt ein uraltes tiefes Gesichtsbedürfnis, und er weiß vor allem, daß die richtigen Antworten auf komplizierte Herausforderungen nie kompliziert sein dürfen“ (S. 1278).

So ein Mann wird gesucht, und - könnte man fast hinzufügen - die BRD ist gerettet ...

In Sicht scheint er noch nicht zu sein. Das hindert allerdings reaktionäre Kreise in der BRD nicht, sich schon mal Gedanken über die Möglichkeit der Übertragung des „Reaganismus“ auf die BRD oder auf Europa zu machen.

So lud das Würzburger Institut für Demokratieforschung (Leiter Prof. Lothar Bösche, aufmerksamen Lesern schon früher als eine der Verbindungsstellen in der bundesdeutschen Rechtsprechung aufgetaucht) am 17.5.81 zu einem Symposium unter dem Thema „Neokonservatismus - die Leitidee der 80er Jahre“ (Frankfurter Rundschau, 18.6.81). Neben Bösche selbst waren zugegen Gerhard Löwenthal (ZDF-Magazin), Paul Wilhelm Wenger (Rheinischer Merkur), Günther Zehm

(Welt), Ludwig Martin (Generalsbundesanwalt e.d.) und etliche ausländische Gäste.

Zwar war man sich in diesem Kreise allgemein bewußt, daß sich so leicht die Reagan-Ideologie (verschämt mit „Neokonservatismus“ umschrieben) nicht übertragen lassen wird, auch ließ sich nur schwer Einigkeit herstellen, was dieses - gelegentlich auf politische Philosophie genannte - Gedankengut denn nun genau ausmacht. Aber einig war man sich darüber, welchem Zweck seine Propagierung dienen soll. An erster Stelle der Abwehr des „Ungemüts“ des Sozialismus, der das 20. Jahrhundert bedroht. Löwenthal sprach dann dankenswerterweise aus, daß es nicht nur um einen außenpolitischen „Neokonservatismus“ geht, sprich um einen härteren Kurs gegen die SU und Befreiungsbewegungen, sondern auch um einen ideologischen, indem er die „leichte Schwelgerei Mehrheit“ (Ordnung!) ins Spiel brachte, durch die die Freiheit auch bedroht sei. Es handelt sich hierbei augenscheinlich um die Mehrheit, die nicht kriegsgehabt hat, die am liebsten den ganzen Tag auf dem Kanapee liegt. Diese Mehrheit muß mobilisiert werden, dazu braucht man eine zuckrige Ideologie. Wenn von Reagan dabei zu lernen ist, werden die Kapitalisten und ihre Freunde es tun.

Antifa-Kommission
KS/Gruppe Hamburg

Schmückerprozeß: Haftverschonung für Ilse Schwipper »medizinisch zweifellos indiziert«

Bald neben Jahre mit Ilse Schwipper schon in Untersuchungshaft, etwa dreieinhalb davon in Total- oder Kleinstgruppenisolation (s. AK 200). Ihr Gesundheitszustand hat sich in den letzten Jahren ständig und dramatisch verschlechtert.

Obwohl der vom Gericht bestellte Gutachter das Haftverschonung für erforderlich hält, wurde ein entsprechender Antrag der Verteidiger zu Beginn des dritten Schmücker-Prozesses abgelehnt. Trotz offensichtlichem Verhandlungsunfähigkeit hatte auch ein Ausweisungsantrag keinen Erfolg.

Im August 1974 wurden Ilse und ihre Mitbewohner einer Wolfenburger Wohngemeinschaft verhaftet, da sie die Erschließung des Verfassungsschutz-Spitzels Ulrich Schmücker geplant und durchgeführt haben sollen. Knapp zwei Jahre später wurde Ilse zu lebenslanger Haft, ihre Mitangeklagten zu Jugendstrafen zwischen vier und acht Jahren verurteilt. Nachdem der Bundesgerichtshof (BGH) die Urteile 1977 aufgehoben hatte, wurden sie im Revisionsprozeß vor zwei Jahren bestätigt. Nach der erneuten Aufhebung der Urteile durch den BGH im letzten Herbst begann am 7. Mai die dritte Runde im Schmücker-Prozeß.

Ilse ist inzwischen die einzige noch inhaftierte Angeklagte. 81 Monate U-Haft und jahrelange Isolation haben ihren psychischen und physischen Gesundheitszustand so schwer angegriffen, daß ihr Überleben im Knast — geschweige denn eine gesundheitliche Besserung — kaum erwartet werden kann.

Von der Wortwahl vorsichtig „neutral“, im Inhalt aber eindeutig stellte der psychiatrische Gutachter Prof. Cabanis in einem Gutachten vor einem Monat fest: „Vom medizinischen Standpunkt erscheint die umgehende Einleitung einer von der Untersuchten akzeptierten psychotherapeutischen Betreuung notwendig, wobei ein durchschlagender Erfolg in und durch die Haftsituation kaum zu erwarten ist.“ „Vom ethischen Standpunkt“ erscheine eine Haftverschonung „zweifellos indiziert“.

In den letzten Jahren hatten verschiedene Ärzte eine lange Liste von Haftschäden festgestellt müssen, die immer wieder auftraten: Herzerkrankungen, Kreislaufschwäche, heftige Kopfschmerzen, starke Magenschmerzen, starke Schmerzen im Nacken, Schwindelzustände und Schwarzwerden vor den Augen, ausgeprägte Schmerzen, starke Magenschmerzen, starke Schmerzen im Nacken, Schwindelzustände und Schwarzwerden vor den Augen, ausgeprägte Konzentrationsstörungen, Gedächtnisstörungen und 1979 sogar ein kurzfristiger Bewußtseinsverlust mit Hirnblutungen, Nervosität, Appetitlosigkeit, Müdigkeit einerseits und Schlaflosigkeit andererseits, Platzangst, Beklemmungsempfindungen beim Atmen und ein tief depressiver Zustand (aus dem schriftlichen Gutachten von Prof. Cabanis vom 29.4.81).

Als sachverständiger Zeuge wiederholte Prof. Cabanis am 2. Verhandlungstag im Schmücker-Prozeß seine Überzeugung, daß Hoffnung auf Erfolg einer dringend notwendigen medizinischen Behandlung allenfalls bei langfristiger Therapie in Freiheit bestünde. Dennoch wurde der Haftverschonungsantrag und der Antrag auf Aussetzung des Prozesses für sechs Monate abgelehnt und stattdessen eine „Gesprächstherapie“ im Knast „angeboten“, deren Erfolglosigkeit allerdings vorprogrammiert wäre.

Als Prof. Cabanis am zweiten Prozeßtag vernommen wurde, hielt er Ilse zum Zeitpunkt seiner Vernehmung für verhandlungsfähig, betonte aber gleichzeitig, daß er keinerlei Ausführungen und Verhörfragen über die Dauer dieser Verhandlungsfähigkeit machen könne, auch nicht für die nächste Viertelstunde der extrem labilen Gesundheitszustand von Ilse sei zu starken Schwankungen unterworfen.

Wer Ilse im Prozeß erlebt, weiß auch ohne Gutachter und Professor, daß von einer Verhandlungsfähigkeit nicht die Rede sein kann. Ilse ist weder in der Lage, sich auf ihre Verteidigung mit ihren Anwälten vorzubereiten, noch dem Prozeßgeschehen im Nachhinein zu folgen.

Nach dem ersten Verhandlungstag (nur zwei oder drei Stunden lang) brach Ilse in der Frauenhaftanstalt Leichter Straße zusammen und konnte erst nach mehreren Stunden wieder beruhigt werden.

Etwa eine Stunde nach der Vernehmung von Prof. Cabanis am zweiten Verhandlungstag verlangte

Ilse ihre Zurückbringung in die Leichter Straße, da sie den Fortgang der Verhandlung nicht mehr ertragen könne. Da ein Arzt, der ihre Verhandlungsunfähigkeit hätte feststellen können, nicht aufzutreiben war, wurde der Prozeß erst nach der Verlesung der Anklageschrift unterbrochen.

Trotz eines etwa 90minütigen Besuchs ihrer Anwälte war Ilse nicht in der Lage, die für den dritten Verhandlungstag vorgesehene Vernehmung der Tatort-Zeugen zu besprechen und sich auf die Verteidigung vorzubereiten. Nicht deshalb, sondern wegen der Nichterstellung eines (Zeugen-)Ladungsplanes wurde der Eintritt in die Beweisaufnahme vom dritten auf den vierten Verhandlungstag verschoben.

Doch auch am vierten Prozeßtag mußten die Zeugen wieder ungehört nach Hause geschickt werden, da Ilse schon nach einer knappen Stunde während der Verlesung eines Verteidigerantrages nicht einmal mehr zum bloßen Stillstehen in der Lage war. Zum Glück war diesmal eine vom Gericht bestellte Ärztin anwesend, die Ilse Verhandlungsunfähigkeit auch sofort feststellte und ihr eine „psychogene Ausnahmezustimmung“ attestierte.

Nachdem die Staatsanwaltschaft zuvor noch jede Regung von Ilse als „Beweis“ für ihre Verhandlungsunfähigkeit ins Feld geführt hatte, nahm diesmal selbst sie die schnelle Unterbrechung der Verhandlung schweigend hin.

Der Prozeß ist vorerst bis Dezember terminiert, wird aber mit Sicherheit sehr viel länger dauern, zumal auch die Prozeß-Entwicklung bezüglich der Verwicklung des Verfassungsschutz in den Mordfall Schmücker noch gar nicht absehbar ist.

Nach vier Verhandlungstagen sollte eigentlich auch Richter Sachs mitbekommen haben, daß der Prozeß nicht durchziehen kann, ohne der Verhandlungsfähigkeit von Ilse durch Haftverschonung und eine Aussetzung des Prozesses für mindestens sechs Monate wenigstens eine Chance zu geben.

Antirepressionskommission des KB/Westberlin

Prozeßtag: Jeweils Dienstag und Donnerstag um 9.15 Uhr im Saal 501 des Kriminalgerichts Moabit.

Donnerstag um 9.15 Uhr im Saal 501 des Kriminalgerichts Moabit

Der § 129a geht um: Münster: Linker Buchladen durchsucht

Am 15.5. wurde der „ROSTA“, linker Buchladen in Münster, von der politischen Polizei durchsucht. Ziel der Aktion war eine Broschüre mit dem Titel „Wenn wir zusammen kämpfen“, die man nach Informationen der Polizei im Buchladen kaufen konnte.

In dieser Broschüre geht es um den Hungerstreik der politischen Gefangenen in der BRD sowie den Kampf von IRA und INLA in Irland. Zwar wurde die Broschüre nicht gefunden, dafür nahmen die eifrigen Beamten einiges mit, was ihnen verdächtig erschien. Linke Zeitungen, darunter den „Arbeiterkampf“ des KB und „Express“ vom SB sowie einige Flugblätter zum Hungerstreik und eine mit dem Titel „Solidarität mit der Solidarnosc“ (!).

Dem Durchsuchungsbeschuß des OLG Düsseldorf kann man entnehmen,

Frauen im US-Knast

Ein weißer Fleck im weltweit bekannten Dschungel der US-Knäste sind die Frauen. San Quentin, Attica und Sing Sing sind jedem geläufig, doch geht es den Frauen, die in US-Bundesgefängnissen sitzen müssen? Vier Prozent der US-Häftlinge stellen die Frauen (das sind 13.000). 53 % von ihnen sind schwarz. Nahezu die Hälfte kommt aus den Südstaaten. Das Statistische Bundesamt gibt folgende Charakteristik von Frauen in US-Knasten: „Jung arm, aus einer rassistischen oder ethnischen Minderheit, unausgebildet, verheiratet, Mutter (dies ein Verbrechen ohne Opfer bzw. Eigentumsdelikt begangen hat.“

Nur drei Bundesgefängnisse nehmen Frauen und Männer auf, und ein einziges Haus ist ausschließlich für Frauen. Dieses, Alderson in West Virginia (300 km von Washington), liegt

5. Strafverteidigertag in Westberlin vom 1. - 3. Mai 1981

Vom 1. - 3. Mai 1981 fand in Westberlin der 5. Strafverteidigertag statt, der von den als linksliberal anzusehenden Strafverteidigervereinigungen aus Hamburg, Westberlin, Niedersachsen und Bayern veranstaltet worden war.

Es gab vier Arbeitsgruppen zu aktuellen rechtspolitischen Fragen und zwei kontrovers geführte Podiumsdiskussionen zu den Themen „Problematische Verteidigungen“, bei der insbesondere die Verteidigung in Vergewaltigungsprozessen diskutiert wurde (siehe dazu Bericht auf den Frauenseiten) und zu Reformplänen und Notwendigkeiten von Veränderungen im Strafprozeßrecht (Kontrahenten: RA Hannover und der Bonner Ministerialbürokrat Rieß). Das Eröffnungsreferat hielt der Verteidiger Dietrich Glatrow, der über seine Erfahrungen als Anwalt in der Zeit von 1935 - 1945 berichtete. Klar geworden ist jedenfalls, daß es auch im Faschismus nicht nötig war, sich total anzupassen, klar geworden ist auch, in welcher Tradition die westdeutsche Strafrecht steht und daß die Strafverteidiger von heute daraus eine Menge von Schlußfolgerungen ziehen können.

Haftbedingungen — Positionswandel von Prof. Rasch

Wegen des zuvor beendeten Hungerstreiks von politischen Gefangenen fand am ersten Abend eine Filmvorführung und eine Diskussion über die Haftbedingungen politischer Gefangener statt.

Am interessantesten war der Diskussionsbeitrag von Prof. Rasch, der 1975 nach einer Untersuchung der Stammheimer Gefangenen zuerst die gesundheitszerstörerische Wirkung der Isolationshaft feststellte und der daraufhin den Vorschlag machte, die Gefangenen zu „interaktionsfähigen Gruppen“ zusammenzulegen.

Rasch berichtete, daß das, was die staatlichen Stellen heute als Verwirklichung des „Wohngruppenvollzugs“ und als „Zusammenlegung“ ausgeben, mit den seinerzeit von ihm erhobenen Forderungen nicht viel zu tun hat. Es mögen zwar mehrere Gefangene Umkleuß haben oder auch im Besitz eines Fernsehers sein. Dies sei rein äußerlich, kosmetischen Korrekturen im Haftstatut wären aber nicht der Rede wert gegenüber der mit vollkommener Kontrolle in den Trakts und der damit verbundenen Zerstörung jeglichen Privatbereiches und jedweder Intimsphäre.

Außerdem sei eine Gruppe von 4

von 20 Personen regelmäßig zusammengebracht und jedweder Intimsphäre.

Außerdem sei eine Gruppe von 4

oder maximal 5 Gefangenen nicht geeignet, wirklich „Interaktion“ zu ermöglichen. Stattdessen könnte es in solchen Gruppen eher sehr schnell „zu eng“ werden, so daß kein Ausgleich unterschiedlicher Meinungen, sondern eher deren Unterdrückung stattfindet. Rasch hält deshalb unter den derzeitigen Bedingungen die Integration der Gefangenen in den „Normalvollzug“ für die bessere Lösung, auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der Vollzug durch die Einbeziehung politischer Gefangener in gewachsene Strukturen der Gefängnisse den sozialen Gefangenen den „Normalvollzug“ kaputt macht und die „Politischen“ damit zu unerbittlichen Störenfriedern macht.

Da Rasch der Meinung ist, daß sich auch dieses Problem unter den gegenwärtigen Knastbedingungen nicht wird lösen lassen, kam konsequent seine Forderung nach einer Haftentlassung, sprich Amnestie, da sich nur so das Problem mit der Normalisierung lösen ließe.

Eine recht mutige, und wie wir meinen auch richtige Forderung, ebenso wie die nach „Normalvollzug“.

Prinzipiell kann es nämlich nicht so sein, daß sich die politischen Gefangenen als die ihrem Selbstverständnis nach fortschrittlichsten Teile der Bevölkerung von den Teilen des Volkes abheben, die ebenfalls Opfer der Klassenjustiz und des Strafvollzugs geworden sind. Die Perspektive muß in Richtung „Aufhebung jeder Sonderbehandlung“ gehen, nicht auf Schaffung eines Sonderstatus.

Im Zusammenhang mit dem Hungerstreik wurde schließlich auch eine Resolution verabschiedet, die sich gegen eine Kriminalisierung von Personen richtet, die wegen Solidaritätsaktionen für den Hungerstreik festgenommen oder gar inhaftiert worden sind.

Weg mit dem Verbot der Mehrfachverteidigung!

In letzter Zeit, insbesondere im Zusammenhang mit der von den Staatsanwaltschaften angesetzten Flut von „Terroristen-Unterrücker-Prozessen“ — insbesondere in Westberlin, wo inzwischen fast jeder Flugblattverteiler ein Verfahren wegen § 129a StGB bekommt — mit den Massenverhaftungen in Nürnberg und anderswo ist das Verbot der Mehr-

fachverteidigung verstärkt ins Gerod gekommen.

Die Vorschrift ist 1975 geschaffen worden, um die Verteidigung in Stammheim zu zerschlagen (was Herr Rieß heute vehement in Abrede stellt) und hat sich heute für die Justiz als Hemmschuh entpuppt.

In Nürnberg beispielsweise halbiert sich die Strafjustiz bei der Verfolgung der 141 Festgenommenen 141 Verteidiger auf, bei jeder Massenverhaftung wird die Justiz mit einem sehr schnell eintretenden Anwaltsmangel zu tun haben.

Die s., nämlich die Behinderung „effektiver“ Strafverfolgung, ist der eigentliche Grund für Überlegungen auch im Bonner Justizministerium, das Verbot der Mehrfachverteidigung lockern zu wollen. Es ist mal wieder ein untauglicher Rößchenscher Versuch, der Öffentlichkeit weismachen zu wollen, man habe öffentlicher Kritik, auch aus liberalen Anwaltskreisen, Rechnung tragen wollen. Das gleiche Täuschungsmanöver wie bei der Abschaffung des viel kritisierten § 88a, Strafgesetzbuch: der derzeitige Justizminister spielte den reumütigen und einsichtigen Sozialdemokraten, abgeschafft wurde der Paragraph aber, weil er von seiner „Effektivität“ her ein Schuß in den Ofen war.

Anwälte warnen vor Prozeßsteuerung durch die Exekutive

Eine Arbeitsgruppe befaßte sich mit dem Spitzelunwesen und seiner Billigung durch die Justiz, in seine ausgesprochene Förderung durch die Gerichte in der letzten Zeit (siehe Artikel zum Schmücker-Prozeß in diesem AK).

Es setzen sich nicht mehr nur die Interessen der Polizei an der Geheimhaltung ihrer Spitzel, sondern auch die Interessen der Geheimdienste an der Anonymität ihrer Agenten gegen rechtstaatliche Grundätze des Strafverfahrens durch.

Wegen einer in der letzten Woche ergangenen neuen Grundsatzentscheidung des Bundesgerichtshofes zu diesem Thema, in der die staatliche Anstiftung zur Drogenkriminalität gebilligt wurde, haben wir den Bericht über diesen Punkt verschoben und werden nach Vorliegen der Entscheidungsgründe des BGH hierüber berichten.

IKAH

Anzeige

Anzeige

Knut Mellentin

Der Peking-Prozeß



bunibuch

Mit zwei Todesurteilen und Haftstrafen von 10 Jahren bis lebenslang ist Ende Januar nach gut dreimonatiger Dauer der Peking-Prozeß gegen 6 führende Politiker der Kulturrevolution und einen weiteren Angeklagten zu Ende gegangen. Unmittelbar danach haben Folgeprozesse in vielen Städten Chinas begonnen. Es geht um eine Generalabrechnung mit der Kulturrevolution, in der beispielhaft der Versuch gemacht werden soll, die Macht und die Privilegien der Bürokratie zu ergreifen und Schritte zu einer drohenden Massenmobilisation zu ergreifen.

Wir dokumentieren in unserem Buch die Anklageschrift und das Urteil in vollem Wortlaut. Kommentare machen die juristischen Manipulationen des Prozesses deutlich und führen in den historischen Hintergrund ein.

bunibuch

Industriestraße 4
2000 Hamburg 18

DM 13
ISBN 3-8863-013-7

Mord und Totschlag in der Bundeswehr?

Der Jahresbericht

des Wehrbeauftragten

„Meine Überprüfungsergebnisse aus Vorfällen, in denen Soldaten unter Androhung oder Anwendung von Gewalt die Gerechtigkeit und körperliche Integrität, die Würde oder andere zu schützende Rechtsgüter ihrer Kameraden verletzt, erlauben nicht, auf eine in den Streitkräften generell bestehende informelle Hierarchie zu schließen, in der der dienstältere Soldat sich Rechte gegenüber dem dienstjüngeren anmaßt und in rechtsverletzender Weise versucht durchzusetzen. Sind aber Alkoholeinfluss, die Neigung einzelner zur Gewalttätigkeit, angebliche persönliche Schwächen der Opfer und deren vermeintliche Wehrlosigkeit für derartige Rechtsverletzungen ursächlich. Hierzu kommt auch fehlerhaftes Verhalten von Vorgesetzten“ (S.4). Zu diesem Ergebnis kommt der Wehrbeauftragte des Bundestages, Berkhan, in seinem Jahresbericht über die Zustände in den Bundeswehrkasernen, also alles Ausnahmen, Einzelfälle, nicht repräsentativ usw. Wer auch nur annähernd die Berichterstattung in „Stem“ und „Spiegel“ verfolgt hat („Schule der Nation“, u.a.), kann beim Lesen dieses Berichtes nur noch mit dem Kopf schütteln. Das Ganze zielt in der Aufforderung Berkhans an die Offiziere, doch bitte schön mehr „Gespräch für Krisen- und Konfliktituationen ihrer Soldaten zu entwickeln“ (S.25).

Welch durchaus „feines Gespür für Krisen- und Konfliktituationen“ derzeit in den Kasernen vorherrschend ist, wird schon an den wenigen „ausgewählten“ Beispielen deutlich, die Berkhan unter dem Punkt „Mißhandlungen“ abhandelt:

– Ein Soldat wurde von „Kameraden“ geweckt und zur Teilnahme an einer „Zecherei“ gezwungen. Als er gehen wollte, „wurde er daran gehindert und gezwungen, mit den anderen Soldaten in den Durchraum zu gehen. Hier mußte er den Schlafanzug ausziehen und sich unter die Dusche stellen. Dabei wurde das Wasser des öfteren abwechselnd von warm auf kalt gestellt. Einer der vor der Dusche stehenden Soldaten cremte wiederholt Rücken, Gesäß und Genitalbereich des Mißhandelten mit schwarzer Schuhcreme ein. Bei der anschließend geforderten Reinigung hatte er sich der Klosettbürste zu bedienen und war weiteren Mißhandlungen ausgesetzt“ (S.4). „Während er sich der Klosettbürste zu bedienen und war weiteren Mißhandlungen ausgesetzt“ (S.5). Was hier als Einzelfall beschrieben wird, ist in der Bundeswehr nun bekanntermaßen alltägliche Praxis und wird in den meisten Fällen weder gemeldet noch unter Mißhandlung geführt. „Die meisten Praktiken bewegen sich auf der Ebene mehr oder minder grober Scherz“ (sogenannte Duschen, Hincereien)“ (Heeresinspekteur Poepel, „FR“, S.3.81).

– Zwei berufene Wehrpflichtige, kurz vor Ende ihrer Dienstzeit stehend, drangen in die Schlafstube von Rekruten ein. „In allen drei Stuben wurden schlafende Soldaten mit Füßen geschlagen und mit Stiefeln gestreut. Infolge dieser Schläge mußten einem Soldaten Platzwunden genäht werden, einem Soldaten wurde ein Zahn gebrochen, ein anderer trug eine Gehirnerschütterung davon, andere Soldaten erlitten Faustschläge in das Gesicht und Prellungen an anderen Körperteilen; insgesamt mußten zwei Soldaten eine Woche bzw. drei Wochen stationär (!) behandelt werden. Die mißhandelten Soldaten verblieben bis zum Dienstbeginn am nächsten Morgen in ihren Stuben und brachten den Vorfall erst dann ihren Vorgesetzten zur Kenntnis“ (S.5).

– Vier Wehrpflichtige forderten einen Tag vor ihrer Entlassung ihre „Kameraden“ auf, sich zu duschen. Gegenüber einem Soldaten, der sich weigerte, wurden sie handgreiflich, die anderen gingen „freiwillig“.

„Diese Vorgänge lassen darauf schließen, daß von Kameraden mißhandelte Soldaten aus Furcht schwerwiegenden Unrechts ertragen“ (!!), aber von Hierarchie kann ja bekanntlich keine Rede sein, genausowenig wie diese „Einzelfälle“ verallgemeinert werden dürfen!

Doch, oh Schreck Berkhan mußte „auch Vorfälle zur Kenntnis nehmen, in denen unter den Augen, mit Wissen und unter offensichtlicher Duldung und Billigung von Vorge-

setzten“ Soldaten terrorisiert wurden.

– „Ein Stabunteroffizier, der um die Situation eines seiner ihm unterstellten Soldaten – dieser galt als etwas gehemmt, körperlich schwächlich und nicht besonders reinlich war, äußerte sich gegenüber Kameraden... in dem Sinn, daß sie alles mit diesem machen könnten, sie dürften ihn nur nicht umbringen“. Ergebnis: „fesselten sie ihn an Armen und Beinen an das Bett, zogen ihm die Hose herab, beschmierten ihn mit Schuhcreme und Ketchup und mißhandelten ihn in schwerverletzender Weise“. Ein Vorgesetzter, der den Raum betrat, meinte nur, sie wollten es nicht zu toll treiben und ging wieder. Die weitere Behandlung „tropften ihm Haarwuchsmittel und Kerzenwachs auf Kopf und Kleidung, gossen ihm Kakao in den Nacken und urinierten in seine Turnschuhe“. Der Höhepunkt war, daß ein bewaffneter „Kamerad“ „ein Klappmesser in die Matratze des Bettes steckte, auf dem der Soldat bereits zur Nachtruhe lag – angeblich nur, um diesem Angst einzujagen“.

– Wegen angeblicher „Ungeglichheiten und mangelnden Erfolges in der praktischen Ausbildung“ wurde ein Matrose mit Wunden und Blutergüssen des Vorgesetzten immer wieder „körperlich mißhandelt. In einem Fall wurde er auch vom Gruppenführer mit einem Werkzeug auf den Stahlhelm geschlagen“ (S.6). Erst Monate später war er zu einer Meldung bereit, da er Angst vor der Rache seiner Kameraden hatte.

– „In der Meinung, daß an einem der Panzer, die befohlenen Arbeiten nicht durchgeführt wurden“ und weil der Fahrer sich nicht meldete, klopfte ein Hauptfeldwebel mit einem „faustgroßen Stein“ gegen die Luke. „Als sich der Fahrer immer noch nicht bemerkbar machte, ließ er den Stein durch die geöffnete Tür in den Panzer fallen. Der Fahrer... wurde am Hinterkopf getroffen“. Mit dem ihm eigenen feinen „Gespür“ beschuldigte Berkhan dem Offizier das Fehlen der „notwendigen Sensibilität“!

Damit ist die Aufzählung der „Einzelfälle“ schon beendet, Angaben über die Häufigkeit derartiger Fälle „fehlender Sensibilität“ fehlen völlig. Lediglich aus der eingehenden Statistik ergibt sich, daß von mißhandelt „fehlender Sensibilität“ fehlen völlig. Lediglich aus der eingehenden Statistik ergibt sich, daß von insgesamt 6943 behandelten „Vorgängen“ immerhin 434 aus dem Bereich der sog. „Grundrechte“ kommen, wobei man getrost von einer weit höheren Dunkelziffer ausgehen kann, da ein Großteil derartiger Schikanen erst gar nicht zur Anzeige kommt. „Meist fügen sich die Mißhandelten schweigend in die Heckordnung und warten ihre Zeit ab, um es den neuen „Rotzchen“ heimzuzahlen“ (S.4, Stern 14.8.80). Allein 188 dieser 434 Fälle betreffen Wehrpflichtige, 125 Zeit- und 37 Berufssoldaten. Eine „Hierarchie“ ist hier natürlich nicht erkennbar, 213 mal waren Mannschaftsmitglieder betroffen, 89 mal Unteroffiziere. Von diesen 434 Anträgen wurde 168 „nicht entprochen“, lediglich in 76 Fällen wurden „Maßnahmen ausgelöst“.

Wie sorgfältig Berkhans Nachforschungen waren, verdeutlicht das Ergebnis einer Umfrage, die Heeresinspekteur Poepel im Herbst 1980 im Auftrag gegeben hatte, nachdem sich die negativen Schlagzeilen über die Zustände in den Kasernen gehäuft hatten. Die Befragung von 3000 Vertrauensleuten ergab, daß „Schikanen und Gewalt im Heer die Ausnahme“ seien, daß aber „in 30 bis 50 Prozent aller Heereseinheiten „manchmal“ Fälle von Schikanen und Gewalt“ auftreten („FR“, S.3.81).

Konsequenzen hat der Jahresbericht natürlich nicht, Berkhan schlägt lediglich vor, das Vorleben der neuen Rekruten genauer zu untersuchen, damit die Vorgesetzten rechtzeitig über eventuelle Vorfälle informiert sind. Damit wird natürlich die ganz einfache Erkenntnis umgangen, daß diese Militär die Gewalt produziert. Da Gewalt, Hierarchie, Unterordnung, Schließen mit diesem Militär untrennbar zusammenhängen, macht Berkhan auch gar nicht den Versuch, den genannten Erscheinungsformen entgegenzutreten.

Antimil-Kommision/KB Göttingen

Wildenhäuser:

Mannschaftsvertrauensmann verleumdet, abgesetzt und eingesperrt!

Vorwurf: Er soll die Regimentsfahne beschmutzt haben

Seit Donnerstag, den 14.5. sitzt Jürgen P. auf Befehl des Bataillonskommandanten Oberstleutnant Kuhl in der Arrestzelle der Wittkind-Kaserne in Wildenhäusern. Er wird dort die nächsten drei Wochen „sitzen“.

Vorher wurde er aus der 3./Luftlandekompanie 272, wo seine Kameraden ihn als Vertrauensmann gewählt hatten, in eine andere Kompanie versetzt (1/272), genau eine Stunde nachdem ihm sein Kompaniechef nahegelegt hatte, „freiwillig“ zurückzutreten. Obendrein verbot man Jürgen noch jeglichen Kontakt zu seinen Kameraden.

Der Anlaß des Ganzen: Beim Fahnenappell am Donnerstag, dem 7. Mai abends, stellte der wachhabende Offizier fest, daß auf der Fahne mit rotem Filzstift „Soldaten sagen neu zur Bürgerkriegsarmee“ geschrieben worden war. Sofort wurden sämtliche Soldaten, die seit Montag hatten Wache schieben müssen,

verhört. Speziell auf Jürgen, der in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch als stellvertretender Wachhabender eingesetzt gewesen war, schoß man sich ein. Ein Verhör jagte das andere – Kompaniechef, Kommandeur, Kripo Militärlicher Abschirmdienst.

Das Ergebnis dieser Verhöre war düster, war aber für Herrn Kuhl genug, um Jürgen einsperren zu lassen – Während seiner Wachezeit soll er den Soldaten Zeichen gegeben haben!

– Bei der Wachabläufe soll er den Soldaten, der die Fahne hochzog, aufgefordert haben, sich zu beeilen, wo sei in den Druck gefallen.

– Er sei mit einem roten Filzstift, dem vermeintlichen Tatwerkzeug, gesehen worden!!!!

Warum aber ausgerechnet Jürgen?

Jürgen hat sich nie den Mund verbieten lassen, er hat seine Kameraden konsequent über ihre Rechte aufgeklärt, er hat dafür gesorgt, daß das

Singen faschistischer Lieder unterblieb (was einen Kompaniefeldwebel, der befohlen hatte, ein Nazi-Lied zu singen, eine Vernehmung kostete!). Jürgen genoss das Vertrauen seiner Kameraden.

Unterstützt Jürgen! Jürgen ist allein in der Zelle und freut sich über jedes Zeichen der Unterstützung. Zeigen wir Jürgen, daß er nicht allein ist. Schickt Blumen, Briefe, Plättchen an Jürgen!

Protestiert gegen seine Inhaftierung beim Bataillonskommandeur Kuhl, 272 Luftlandebrigade, Wittkindkaserne, 2878 Wildenhäuser!

Protestiert beim Wehrbeauftragten des deutschen Bundestages Wilhelm Berkhan, 5300 Bonn 2, Basteistr. 70. Wendet euch an die GRUPPE DELMENHORSTER ANTIMILITARIST (INNEN), im „Zentrum“ Orthstraße 8, Delmenhorst, Tel. 04221/16208, Treffen Montags um 20 Uhr!

(aus einem Flugblatt der Delmenhorster Antimilitaristen)

Keine Werbung für den Krieg!

„Unsere Bundeswehr“ gastierte vom 30.4. bis 4.5.81 mit ihrer Show „Unsere Luftwaffe“ in Leonberg. Mit dieser Ausstellung wurde ein Tourné eröffnet, die durch elf kleinere Städte in Baden-Württemberg und Bayern führt. Wochen vorher wurde in der lokalen Presse kräftig die Werbetraktat geföhrt.

Dort stand dann zu bewundern ein F 104 Starfighter-Überschallkampfflugzeug, ein Nike-Herkules-Flugabwehrsystem, ein Hubschrauber, eine Radaranlage und eine Flugabwehrkanone. Dazu waren im großen Informationszelt eine Infothek, ein Computerspiel und die Wehrdienstberatung für „unsere zukünftigen Soldaten“ untergebracht.

Den Besuchern, die zum großen Teil ihre Kinder mitgebracht hatten, sollte hier mit Hilfe der faszinierenden Technik die Bundeswehr schmackhaft gemacht werden. Unter den Geräuschen der selbstgemachten Erlebnisse wurde den Kindern die Funktion der ihnen fremden Maschinen erklärt. Ganz Neugierige durften sogar an den vielen Knöpfen und Schaltern spielen. Wann, warum und gegen wen die Waffen eingesetzt werden – also der tatsächliche Zweck der Kriegsgüter, nämlich Leben und dadurch Menschen zu vernichten – wurde den Kindern ganz bewußt nicht erklärt.

Sinn der Ausstellung ist, auf dem flachen Land und in garnisonsarmen

Gegenden für die Bundeswehr Nachwuchswerbung zu betreiben und bei den Bürgern Sympathie für die Soldaten zu erwecken. Hintergrund und somit natürlich auch nicht ausgesprochen, reißt sich diese militärische Spektakel ein in die Strategie des langjährigen Gewöhnens der Bevölkerung an Kriegsgüter und ihre Bedienung.

Zum Glück gibt es noch Leute, die dieser Entwicklung und damit der Manipulation der Bevölkerung entgegenwirken. So entstand auch in Leonberg ein Aktionsbündnis gegen die Bundeswehrschau, an dem sich verschiedene Gruppen und eine Menge einzelner Personen beteiligten. Alle Gruppen wollten am Eingang Info-Stände aufbauen. Dies wurden aber nur auf einem weiter entfernten Gelände genehmigt. Dadurch sollte bezweckt werden, daß so wenig wie

möglich Gegeninformationen an die Besucher gelangen würden.

Manche Lehrer drohten sogar ihren Schülern mit Repressalien, falls sich nachher bei ihnen Flugblätter der Demonstranten finden. Hierbei zeigt sich wohl deutlich genug, mit welchem Demokratieverständnis an unseren Schulen gelehrt wird.

Auf dem Gelände selbst waren immer Leute vom Aktionsbündnis, die laufend mit Uniformierten, Schülern und anderen Besuchern diskutierten. So konnte wenigstens ein kleiner Teil der Besucher auf die drohende Gefahr der todbringenden Waffen hingewiesen werden.

Am Samstag, dem 2. Mai, fand dann eine Demonstration gegen die Bundeswehrschau und den allgemein anstehenden Militarismus in der Welt statt. In der Lokalpresse wurde versucht, die Demonstranten zu kriminalisieren; durch das Austreten des Gerichts, es könne zu Ausschreitungen, wurde versucht, möglichst viele Leute von der Demo abzuhalten.

Aber an diesem Tag brauchte sich kein Leonberger Bürger um seine Sicherheit zu sorgen, denn an Polizisten und ihren Einsatzgeräten mangelte es mal wieder nicht. Parallel zur Bundeswehrschau hätte eine Polizeishow stattfinden können. Die vier Wasserwerfer und eine Menge Bullen waren gut in der Stadt verteilt. Falls es zu nicht gewaltfreien Aktionen gekommen wäre, hätte es nicht lange gedauert, bis die bereitstehenden es zu nicht gewaltfreien Aktionen gekommen wäre, hätte es nicht lange gedauert, bis die bereitstehenden Hundertschaften aus der Umgebung am „Einsatzort“ gewesen wären. Selbst im Leonberger Krankenhaus wurde für diesen Tag zusätzliches Personal bereitgestellt, und es wurden Betten für verletzte Demonstranten frei gehalten.

Wie man/frau hinterher erfährt, schleppte die Polizei mit Pistolen bewaffnete Spitzel in den Demonstrationstrupp ein. Bei Zwischenfällen hätten sie sich durch ausgeführte Mützen und Armbinden zu erkennen gegeben, damit sie nicht von ihren eigenen Kollegen verdorren worden wären. Nicht auszudenken, was sie wohl mit ihren Knarren bei einem Zwischenfall gemacht hätten! Zu Bullen und Sanitätern gesellten sich der MAD und die allgegenwärtigen Kollegen vom Verfassungsschutz, die aus einer nahe dem Ausstellungsgelände gelegenen Wohnung die Demon-

stranten aus sicherer Entfernung und ohne Angst, entdeckt zu werden, fotografieren konnten.

Nach der Abschlußkundgebung, die neben dem Bundeswehrgelände stattfand, ging ein großer Teil der Demonstranten zum Ort des Geschehens rüber, wo sich dann reger Diskussionen entwickelten.

Um zurückzukommen auf die sich in der Bevölkerung breitmachende Befürwortung des Militärs und auf das Argument, den Frieden durch stetig steigende Aufrüstung sichern zu müssen.

Gab es nicht nach 1945 in Deutschland eine Parole „NIE WIEDER KRIEG“, die von der gesamten Bevölkerung getragen wurde? „Unsere

Parallel zu „unserer Luftwaffe“

ging auch „unser Heer“ auf Horror-Show-Tournee, hier die Termine

(s. auch die „Neue“, vom 13.5.81)

„Unser Heer“ am

13.5.-17.5. in Michelstadt/

Odenwald

20.5.-24.5. Dillenburg/Hessen

27.5.31.5. Wächtersbach/Hes-

sen

24.6.-28.6. Warburg/Hessen

17.7.57.7. Meschede/Westfalen

8.7.-12.7. Radewald/Berg.-

Land

15.7.19.7. Gladbeck

15.7.-19.7. Gladbeck

15.7.-19.7. Gladbeck

15.7.-19.7. Gladbeck

15.7.-19.7. Gladbeck

15.7.-19.7. Gladbeck

15.7.-19.7. Gladbeck

15.7.-19.7. Gladbeck

15.7.-19.7. Gladbeck

15.7.-19.7. Gladbeck

15.7.-19.7. Gladbeck

15.7.-19.7. Gladbeck

15.7.-19.7. Gladbeck

15.7.-19.7. Gladbeck

15.7.-19.7. Gladbeck

15.7.-19.7. Gladbeck

15.7.-19.7. Gladbeck

15.7.-19.7. Gladbeck

15.7.-19.7. Gladbeck

15.7.-19.7. Gladbeck

15.7.-19.7. Gladbeck

15.7.-19.7. Gladbeck

15.7.-19.7. Gladbeck

15.7.-19.7. Gladbeck

Totalverweigerer im Hungerstreik

Seit dem 21. April befindet sich der 33-jährige Diplompädagoge Peter Rath in einem unbefestigten Hungerstreik!

Schon 1967 war Peter als Kriegsdienstverweigerer anerkannt worden. Allerdings führte ihn die weitestgehende Beschäftigung mit der Kriegs-Erbe-Problematik zu der Erkenntnis, daß er „weder die selbstmörderische Soldatenspielerlei eines autoritären Militärdienstes noch den doppelt autoritären Ersatzdienst für ein gescheitertes Mittel halten (kann), die militärische Katastrophe zu verhindern... Den Frieden militärisch sichern zu wollen, ist gleichbedeutend mit stirkem Verragen, ziviler Resignation und ziviler Verzweiflung... So sozial wertvoll die Arbeit des Zivildienstleistenden im Einzelfall auch sein mag, die Neutralität einer

Witz die Gewissensentscheidung des Kriegsdienstverweigerers, indem sie den Kriegsdienst als Normalität unterstreicht, und sie bedeutet gleichzeitig ein Alibi, durch Institutionalisierung und zeitlich begrenzten Einsatz sei ein ausreichender Beitrag zum Frieden geleistet worden“ (aus der Erklärung Peters zum Dienstaustritt). Aufgrund seiner daraufhin vollzogenen Zivildienstverweigerung begann ein Verfahren durch mehrere Instanzen, das 1977 mit einer Verurteilung zu 8 Monaten Knast auf Bewährung wegen „Dienstflucht“ endete. Kurz vor Auslaufen seiner Bewährungsfrist ist er nun zum 21.4. vom Bundesamt für den Zivildienst (BAZ) in den in Kennerkreisen bereits als Zivildienstkasernen bekanntes „Winckhof“ bei Castrop-Rauxel inhaftiert worden. Um sich in

Wahrnehmung seiner Gewissensentscheidung nicht weiter kriminalisieren zu lassen, hat er, da auch Widerspruch und Klage keine aufhebende Wirkung haben, unter Protest den Dienst angetreten und zugleich einen unbefristeten Hungerstreik begonnen. Er fordert in seiner Erklärung die Behörden auf, die Dienstaustrittsforderung und den ihr zugrundeliegenden Einberufungsbescheid zu annullieren und bittet um Unterstützung und Solidarität (nach dem BAZ/Köln wenden etc.).

Seine Adresse: Peter Rath, z. Zt. 4620 Castrop-Rauxel Zivildienstzentrum Winckhof 2-11 Tel. 02305/73044

Antimil-Kommision/KB Göttingen

»Atomkraft ist Schietkram!«

Demo gegen Atomraketen in Ostwestfalen mit 8.000 Menschen



Fast 8000 Menschen nahmen am 16. Mai an einem von der Bielefelder Friedensinitiative organisierten Friedensmarsch nach Borgholzhausen bei Bielefeld teil.

In Borgholzhausen lagern NIKE-Ajax Atomraketen, die eine Reichweite von 100 Km haben, also bei Abschluß des Treffens, was angeblich verteidigt werden soll.

Die Demo begann in Bielefeld, von wo aus die Leute, teils zu Fuß, teils mit dem Fahrrad, zum 20 Km entfernten Borgholzhausen zogen.

Bei den drei Kundgebungen (in Bielefeld, Wertheim und Borgholzhausen) sprachen 10 Redner, darunter einige „Prominenz“, so z.B. Roland

Vogt (BBU-Vorstand), Axel Hornmann (stellvert. Bundesvorsitzender der Jusos), Gerhard Kade von den Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, Daniel Ellsberg und Petra Kelly (Bundesvorsitzende „die Grünen“).

Im Mittelpunkt der sehr bürgerlich gestalteten Demo (die Veranstalter verboten sich zu allem Überfluß auch rote Transparente) stand der Protest gegen den NATO-Nachrüstungsab-schluß sowie der Protest gegen die in Borgholzhausen stationierten Atomraketen. Zu einer Kundgebung vor dem Atomwaffenlager kam es jedoch nicht; die Demo ging 300 Meter an der Abschlußrampe vorbei, einige SDAJ-Ordner pöbeln auf, daß niemand weiter ging.

Die Polizei hielt sich dezent im Hintergrund. Ein anderes Bild bot sich einer Gruppe von 15 Antimilitarist/innen, die das Atomwaffenlager eine Stunde vorher erreichten. Als einige von ihnen mit Transparenten und Flugblättern vor das Lager-tor zogen, erschienen sogleich drei Mannschaftswagen, vier Streifenwagen und ein Hubschrauber, der sie in niedriger Höhe umkreiste. Ein herbeigeeiltes Polizist erklärte, die Demonstranten vor den Militär-schützen zu müssen. „Ihr seid wohl lebensmüde, die haben Schießbefehl!“

Besonders hervorgerufen hat sich dabei der ostwestfälische Bundestagsabgeordnete Otfried Henning (CDU), der ein „zweites Brokdorf“ witterte und drohte, das Militär müsse „von der Schußwaffe Gebrauch machen“.

KB/Gruppe Münster



Polizeiaufgebot am Boden und in der Luft

Friedensmarschierer in Borgholzhausen

Einschüchterung im Vorfeld der Demo „Neue Westfälische“ (NW, 10.4.81)

4. Bamberger Friedenswoche

Vom 7. - 24. Mai fand in Bamberg die vierte Friedenswoche statt. Getragen wurde sie von einem breiten pazifistischen und antimilitaristischen Spektrum, das über christliche Kreise, Jusos, Falken, DKP und Nebenorganisationen, den Grünen, der Fraueninitiative sowie verschiedenen Buchläden, Initiativen und Arbeitsgemeinschaften bis hin zum KB reichte.

Begonnen hatte die Friedenswoche mit einer Veranstaltung der katholischen Hochschulgemeinde und einem Referat des Pax-Christi Vertreters mit etwa 80 meist christlichen Zuhörern. Am folgenden Tag fand eine recht gut besuchte Kundgebung des Bündnisses in der Fußgängerzone statt, mit der auf die wachsende Kriegsgefahr hingewiesen wurde bzw. die Ablehnung der Nachrüstungsbeschlüsse deutlich gemacht wurde. Es folgte eine Veranstaltung der DFG/VK, die BI gegen Atomanlagen zeigte vor 60 Besuchern den Film „Atomkraft - Ende der Zukunft“ und wies in anschließenden Referaten auf die Zusammenhänge zwischen der Existenz von AKWs und der Möglichkeit, Atombomben herzustellen, hin.

DKP, MSB und SDAJ machten eine gemeinsame Veranstaltung zum Thema der „Bedrohungsallge oder wer verdient am Krieg?“ mit 50 Leuten. „Frauen in die Bundeswehr“ war das Thema einer DFL-Veranstaltung mit Renate Janßen, die Friedensrevue und der Feuerbachbuchladen führten eine Lesung mit antimilitaristischen Texten durch, die VVN/BdA führte eine Fahrt zum KZ Dachau durch, die Fraueninitiative lud zu einem Film „Prozeß wegen Vergewaltigung“ ein, zu der über 150 Leute erschienen. Obwohl die Friedenswoche noch nicht beendet ist, kann man schon jetzt sagen, daß sie ein politischer Erfolg war. Noch ein Wort zur „M-G: Auch in Bamberg haben diese Vögel versucht, den Veranstaltungen ihren Stempel aufzudrücken bzw. sie zu torpedieren, was ihnen auch teilweise gelungen ist. Auch in dieser Richtung müssen Überlegungen für die nächste Friedenswoche, die im Oktober stattfindet, gemacht werden.

Ein (leicht gekürzt) Bericht eines

8. Mai - Theaterzug der Delmenhorster Antimilitarist/inn/en



vielleicht als reine Meldung nicht mehr ganz aktuell, aber trotzdem für Antimilitarist/innen interessant sein dürfte der folgende Aktionsbericht über den Theaterzug anlässlich des 8. Mai in Delmenhorst. Ein bißchen inspiriert von Brechts „Anschluß-tischem Zug“ veranstalteten wir aus Anlaß des 31. Jahrestages des Sieges über den Faschismus und des Endes des 2. Weltkrieges einen Marsch zur Warnung vor den neuen Kriegsplanen der NATO. Über eine Stunde lang zog ein seltsamer Haufen von 20 Leuten durch die Fußgängerzone. Vorne zwei totenkopfmakierte Trommler, die monoton immer denselben langsamen Rhythmus schlugen, rechts und links davon zwei Leute mit Sandwichen. Dahinter 6 Soldaten in Kampfanzüge und Stahlhelmen, die Geschütze rußgeschwärzt, und in ihrer Mitte ein totenköpfiger General.

Daran schloßen sich allerlei Verletzte, Krüppel, zwei davon mit einer Leiche auf einer Bahre, und Flüchtlingsfrauen mit ihrem Holzwagen und einem Kind an. Ganz am Ende ging - weiß geschminkt und mit einem breiten Grinsen - ein Kapitalist, der permanent einen Haufen Scheine durchblättert. Der ganze schweigende Zug

hieß nur einmal, um vor 100-200 Zuhörern das Gedicht „Denn gibt es nur eine“ von Wolfgang Borchert vorzutragen. Der Zug war ein voller Erfolg. Wir hatten damit gerechnet, daß wir ein paar hundert Leute abholen könnten. Die Reaktion des Publikums überzeugte uns nachhaltig vom Gegenteil: Überall blieben die Leute stehen, vor allem ältere Leute waren sichtlich beeindruckt und geschockt. Fast alle Leute waren betroffen, einige blieben einfach die Sprache weg, andere äußerten Zustimmung, spontan wiederholte die Hälfte der Zu-

hörer laut im Chor das immer wiederkehrende „Nein!“. Aber es gab auch Leute, die ihre Betroffenheit in Aggressivität gegen uns zu verarbeiten versuchten. Anmachen, wie wir sie selten bei früheren Aktionen so vehement gehört hatten. Spontan entwickelten sich später hitzige Diskussionen von über 40 Leuten. Auch wenn die bürgerliche Lokalpresse das Ereignis totschwiegt: alles in allem war der Zug eine gute Grundlage für die weitere Öffentlichkeitsarbeit!

Text redaktionell leicht gekürzt)

Totalverweigerer: »Überzeugungs- und Gewissenstäter«

Hannover Die Berufsverbandung gegen den Totalverweigerer für Götz endete mit einem Teilerfolg für Götz.

Die erste Instanz hatte ihn zu 6 Monaten Knast, auf 3 Jahre zur Bewährung ausgesetzt, und einer Geldstrafe (500,-) verurteilt, zusätzlich bekam er die Verpflichtung zum Antritt des Zivildienstes (s. AK 200). Die Richter der 12. Großen Strafkammer beim Landgericht Hannover hielten Götz im Gegensatz zur Richterinstanz in der ersten Instanz für einen „Überzeugungs- und Gewissenstäter“ („HAZ“, 4.5.81). Für das Strafmaß hatte das die Konsequenz, daß die 6 Monate zur Bewährung bestehen bleiben, jedoch - und das ist für Götz selbst sehr wichtig - wurde die Auflage „Antritt des Zivildienstes“ fallengelassen. Die Richter folgten einem Spruch des Bundesgerichtshofes, der besagt, daß es bei überzeugender „Verweigerung des Zivildienstes bei einer einmaligen

Bestrafung bleiben müsse (ansonsten könnte ein „Überzeugungsstäter“ sein Leben im Knast verbringen). Interessanterweise „überzeugte“ Götz in seiner Überarbeiteten, ca. zweistündigen Prozeßerklärung die Richter teil-

„Der Beweggrund für Perles Totalverweigerung, daß nämlich Zivildienst Kriegsdienst ohne Waffen und folglich für ihn unannehmbar sei, billigte die Hannoversche Strafkammer teilweise. Ein Teil dieser Dienste habe objektiv einen Zusammenhang mit den Bemühungen der Streitkräfte. Es gebe aber Dienste, die nur in so- oder in gar keinem Zusammenhang mit dem Militär stünden. Es sei dem Angeklagten daher zuzumuten gewesen, sich die mildeste Möglichkeit auszuwählen“ („HAZ“, 4.5.81).

Das Urteil ist mittlerweile rechtskräftig. Freiheit für alle Totalverweigerer!

12.000 gegen Atomraketen

Zu der Demonstration gegen die beabsichtigte Stationierung von Mittelstreckenraketen bei Mönchengladbach kamen aus dem Bereich Köln, Aachen, Niederrhein und westliches Ruhrgebiet etwa 12.000 Menschen. Trotz starker Regenfälle war die Stimmung ausgezeichnet. „No Reagan“ und „Lieber heute ein bißchen naß, als morgen auf dem Pulverfuß“ waren die beliebtesten Antiraketen- und Antiregenprüche. Nach dem 6 km langen Marsch in die City von Mön-

chengladbach verfolgten nur etwa 1000 Leute die Kundgebung, der Rest wärmte sich in den umliegenden Kneipen auf. Auch das angekündigte Friedensfest fiel leider ins Wasser. Politisch dominierend waren die DKP-nahen Kräfte. Auch die „Grünen“ waren mit sehr starken Kontingenten vertreten. Von der Linken gab es geschlossene Blöcke nur vom KJW und der „KPD/Vollkafront“.

3. Köln

Friedensdemonstration auf dem Kirchentag

Advertisement: *Order: Mass. Charlestowne St. 222 Boston; John-George Wynn, Charlestowne St. 222 Boston*

Autonomie Frauenbewegung und Leitstelle

„Autonome Frauenbewegung und Leitstelle“ hieß eine Veranstaltung der Hamburger Frauenwoche, die von uns unterstützt wurde. Im folgenden Bericht soll versucht werden, ausführlicher, als es auf der Veranstaltung möglich war, über die „Leitstelle zur Verwirklichung der Gleichstellung der Frau“ (so ist der offizielle Name dieser Einrichtung) in Hamburg zu informieren.

Die Leitstelle in Hamburg wurde am 1.1.79 eingerichtet, zu einem Zeitpunkt, als der Erfolg von Wahlkampf und Kandidatur der Bunten Liste (mit ihrer nicht großen - inhaltlich wie personell - Beteiligung von Frauen und Frauengruppen) zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen gerade seinen Höhepunkt erreicht hatte: Zwei Frauen waren ins Bezirksparlament Eimsbüttel gewählt worden. Die Parteienverdrossenheit - insbesondere die SPD-Verdrossenheit, die sich seit der Enttäuschung über die abgewürgte Reform des § 218 in der Frauenbewegung abgezeichnet hatte, nahm für die SPD immer bedrohlichere Züge an. Gleichzeitig war auch die Unzufriedenheit derjenigen Frauen in der SPD immer größer geworden, die diese Partei für jene Zielgruppe attraktiv machen sollten. Nachdem die ASF während der „Reformphase“ der SPD 1973 zu einer „eigenständigen“ Arbeitsgemeinschaft aufgewertet worden war (wodurch sie gleichzeitig auf eine „beratende“ Funktion reduziert wurde), konnten sich die linken Frauen im weiteren in der Partei mit ihren - z.T. recht radikalen - politischen Forderungen nicht durchsetzen. Das in der ASF gemeinsam erarbeitete

denkmal nicht durchsetzen. Das in der ASF gemeinsam erarbeitete Grundsatzprogramm für die zukünftige sozialdemokratische Frauenpolitik, auf das der linke ASF-FKügel seine Hoffnungen gesetzt hatte, wurde 1976 mit 129 zu 115 Stimmen abgelehnt. Der Orientierungsrahmen der SPD-Politik bis 1980 widmete den Frauen meger neun (!) Zeilen, und auch im Bundestags-Wahlkampf 1976 spielte die Frauenpolitik kaum eine Rolle. Selbst die Quotenforderung (Beteiligung eines festen Anteils von Frauen in den Parteigremien), die 1977 wieder aufgebracht war, wurde 1978 (vorläufig) wieder fallengelassen.

Ausdruck der eigenen Sprachlosigkeit war dann im April 1978 der Versuch der ASF, Kontakt zu den Feministinnen zu bekommen. „Die Parteilosen mußten wie ihre SPD-Oberen in den letzten Jahren mitansehen, wie sich mehr und mehr Frauen resigniert von den etablierten Parteien abwandten, weil sie sich von diesen nicht mehr vertreten fühlen. Tausende vornehmlich junger Frauen strömten in die feministischen Gruppen...“, so kennzeichnete die SPD-Zeitung „Vorwärts“ (27.4.78) den politischen Hintergrund einer Einladung der ASF-Frauen zu einem Gespräch zwischen SPD-Frauen und Feministinnen.

Die SPD-Frauen sprechen sich für eine „Doppelstrategie“ und „Arbeitsteilung“ beider Gruppen aus: „Die Feministinnen werden dabei immer den radikaleren Part haben, können Speerspitze sein“, zitierte der „Vorwärts“ die Frauenreferentin beim SPD-Bundestag, Anni Jensen; „Die Parteilosen dagegen sollen die Forderungen der Basis parlamentarisch umsetzen helfen.“ Diese Position unterstützte auch Alice Schwarzer, wendete sich allerdings gegen die Auffassung, daß Frauen am besten Veränderungen herbeiführen könnten, wenn sie einer Partei angehören. Sie forderte offene Solidarität zwischen Politikerinnen in den Parteien und Feministinnen in autonomen Frauengruppen; verkappte Feindschaft bringe nichts ein („Tagesspiegel“, 7.5.78). „Unser kleinster gemeinsamer Nenner - das sind die Männer“, faßte eine ASF-Frau die Diskussion zusammen.

Es wurden allerdings auch skeptische Stimmen laut: Vertreterinnen einiger großer Frauenzentren mit einer kritischen Haltung gegenüber den etablierten Parteien waren gar nicht erst erschienen; sie befürchteten, daß ihre radikalen Forderungen auf systemimmanente beschränkt werden sollten.

Eine Befürchtung, die sich angesichts der Erfahrungen mit den Gleichstellungsgesetzen als durchaus berechtigt erwies.

Die Einrichtung von sogenannten „Gleichstellungsgesetzen“ war ein Versuch der SPD, den Erfolgen der autonomen Frauenbewegung etwas entgegenzusetzen und ihre Reintegration vorzubereiten. Mit ihnen war ein Mittel gefunden, die verschütteten Kontakte zur Frauenbewegung und ihren Projekten vorsichtig wiederherzustellen und auch gerade auf diejenigen Frauen einzuwirken, die die ersten Anstöße in diese Richtung machten und noch nicht radikalisiert waren. Daneben war es auch als Beschäftigungs- und Befriedigungsmöglichkeit für angelegte ASF-Frauen geeignet. Nicht zuletzt sind die „Gleichstellungsgesetze“ auch Institutionen, mit deren Hilfe der Bevölkerung wieder und wieder unter die Nase gerieben werden soll, welche ungeheure Aktivitäten die SPD in Sachen Gleichberechtigung entfaltet.

Entwickelt haben sich die „Gleichstellungsgesetze“ aus Vorschlägen von ASF und DGB auf der Bundesfrauenkonferenz 1977. Die erste dieser Stellen wurde in Nordrhein-Westfalen eingerichtet. Die Leiterin dieses Amtes gab ihre „Anbi-Rolle“ allerdings schon nach wenigen Monaten wieder ab - „mangelnde Kompetenzen“.

Inzwischen gibt es neben der Stabsstelle Frauenpolitik im Bundesfamilienministerium Frauenbeauftragte in fünf Bundesländern (NRW, Hamburg, Niedersachsen, Hessen und Bremen). Dabei ist die christ-demokratische Variante, des „Referat für Frauen- und Familienangelegenheiten“ in Niedersachsen, allerdings weniger als Integrationsinstrument für die Frauenbewegung tätig, sondern mehr zur Propagierung und Durchsetzung reaktionärer Familienpolitik. Als „wichtigste Maßnahme“ führt das Referat den

„Modellversuch Erziehungsgehalt“ an: dem Amt unterliegt die Geschäftsführung der Stiftung „Familie in Not“, und es organisiert Untersuchungen wie die über eine „methodisch angeordnete Familienbildung“.

Formal in etwa vergleichbar mit der Leitstelle in Hamburg ist die „Zentralstelle für Frauenangelegenheiten“ in Hessen, die ebenfalls Anfang 1979 eingerichtet wurde. Beiden Stellen gemeinsam ist, daß die Überprüfung von Gesetzesinitiativen hinsichtlich ihrer Auswirkung auf Frauen einen relativ großen Stellenwert in ihrer Arbeit einnimmt und daß sie in der Staats- bzw. Senatskanzlei angesiedelt sind und entsprechend mit der Autorität des Ministerpräsidenten bzw. Bürgermeisters wirken.

Mehr Schein als Sein

Die Aufgabenstellung der Hamburger Leitstelle ist allgemein und undeutlich: „Überwiegend Frauen sollen darüber wissen, daß das verfassungsmäßige Gleichberechtigungsgesetz in Arbeit, Bildung und Gesellschaft erfüllt wird“ („Welt“, 30.12.80).

„Das Amt kann Vorliegen des Senats, der Fachressorts der Behörden und Referenten sowie Regierungsdrucksachen und Bundesratsangelegenheiten schon im Vorberichtsstadium prüfen“ („wie hamburger“, 1980).

In den Aufgabenbereich der Leitstelle fällt es auch, Frauenprobleme zu untersuchen, Kontakt zu Frauenorganisationen zu halten und Frauen zu beraten sie will.

„Frauen aus ihrer Sprachlosigkeit führen und sich um Frauen kümmern, die sich nicht artikulieren und organisieren können“ („Zeit“, 15.12.79).

Dabei hat die Leitstelle allerdings weder effektive Befugnisse noch finanzielle Möglichkeiten; sie ist nicht einmal berechtigt, Frauen, die an sie herantreten, Rechtsauskunft zu geben. Die Leiterin des Amtes, Eva Rühmkorf, gibt zu: „Wir haben zwar keine juristischen, keine exekutiven Kompetenzen und außerhalb der Behörde schon gar keine Möglichkeit der Einflußnahme, wenn Frauen diskriminiert werden“ („SZ“, 28.4.79). „Wir haben formales Vetorecht nur was den Ablauf von Senatsentscheidungen, Anm. der Verl.) angeht, wenn wir z.B. nicht beteiligt werden“ („faz“, 18.2.81).

Diese faktische Machtlosigkeit hindert die Leitstellenfrauen allerdings nicht daran, in der Öffentlichkeit mit ihren angeblichen Einflußmöglichkeiten hochzustapeln, wie z.B. mit der direkten Unterstellung unter den Bürgermeister; das heißt denn „Mitwirkung in den Zentren staatlicher Macht im Interesse benachteiligter Frauen“ („FR“, 30.1.79), oder, wie Eva Rühmkorf es ausdrückt: „Daß ich als Beamtin jeden Senator direkt ansprechen kann und Vorschläge vor seinem Senat net, verleiht mir nur diesen Status, weil der Bürgermeister direkt mich unterstützt“ („Emme“, „Gegen Kochlöcherstrategie“). Daß es sich mit der Unterstützung im allgemeinen eher um eine „Gleichstellungsgesetz“-Politik unterordnet muß, machte Bürgermeister Klose deutlich, als er von ihr nicht feministische Programmatik, sondern verwaltungsmäßige Durchschlagskraft forderte („Welt“.

wertung dieser Erfahrungen. Die Zusammenstellung ist sicher noch lückenhaft; auch, weil viele Projekte noch keine Berührungspunkte mit der Leitstelle hatten.

Nachdem die Frauenbewegung der Einrichtung der Leitstelle zunächst skeptisch gegenüberstand, schlich sich ihr gegenüber allmählich doch ein teilweise unkritisches Verhalten ein. Dabei mag eine Rolle gespielt haben, daß sich die Leitstellenfrauen betonen um „feministische Umgangsformen“ bemühen und damit sowie mit ihrer „privat“ z.T. recht frauenbewegten Einstellung das Vertrauen von autonomen Frauen gewinnen.

Die Diskussionen in der Organisationsgruppe der Frauenwoche haben auch deutlich gemacht, wie notwendig es ist, daß die Frauenprojekte außerhalb von staatlichen Institutionen zu einer eigenständigen, der Leitstelle gegenüber selbständigen schreiben sie:

„(...) Was Behörden und deren Umgang mit Frauenprojekten angeht, haben wir eine Menge (dazu) gelernt. Trotzdem waren wir schockiert und wütend, als wir hören mußten, daß die BIFF (Beratung und Information für Frauen) ihre Hoffnung auf seit langem von der Kulturbehörde beantragte Gelder begraben solle, weil jetzt die Frauenwoche sozial getriggert hat. So versuchen sie, uns gegenseitig auszuspielen, aber dieses miese Spiel wollen wir nicht mitmachen.“

Frauenhaus

Neben der Überprüfung von Gesetzesinitiativen und der Bekämpfung von

der Öffentlichkeit statt über die Aktivitäten der autonomen Frauenprojekte jetzt über die der Leitstelle, statt über Aktionen und Druck von der Basis jetzt über den behördlichen Entscheidungsweg berichtet werden kann.

Eine andere Betätigung in diesem Bereich war eine von der Leitstelle angeleitete Untersuchung zum Thema „Gewalt gegen Frauen“ im Raum Wilhelmshafen. Auch hier gab es Kritik aus den Reihen der autonomen Frauen. Die Leitstelle hatte sich in ihrer Fragebogen-Aktion nämlich nicht an betroffene Frauen (bzw. überhaupt an Frauen) gewandt, sondern an „eine Zufallsauswahl von Ärzten, Juristen, Politikern, Sozialarbeitern, d.h. Menschen, die von mißhandelten Frauen unter Umständen als Ratgeber und Helfer in Anspruch genommen werden“.

Altonaer Fraueninitiative (AFI)

Auch in der AFI gibt es einige Erfahrungen mit der Leitstelle.

Während sich Eva Rühmkorf Anfang 1979 zu dem Vorschlag der Altonaer Frauen zur Gründung eines Frauenzentrums in Altona recht skeptisch geäußert hatte, wurde den AFI-Frauen später, als sie sich über die mangelhafte Unterstützung beklagten, von der Leitstelle „Undankbarkeit“ vorgeworfen. Offenbar hatte die Leitstelle später gegenüber der Behörde die Finanzierungswürdigkeit der AFI beeinträchtigt. Die AFI-Frauen erfahren allerdings nichts von dieser Unterstützung.

Auf eine Unterschriftensammlung der Altonaer Fraueninitiative, in der eine Untersuchung über Versuche mit

Auf eine Unterschriftensammlung der Altonaer Fraueninitiative, in der eine Untersuchung über Versuche mit Protagendinnen gefordert wurde, reagierte die Leitstelle mit Lächerlichkeit und (wie sich später herausstellte) falschen Angaben.

Als sich herausgestellt hatte, daß die AFI in Altona eine recht erfolgreiche Politik machte, versuchte die Leitstelle ihrerseits, wieder Kontakte zu knüpfen, scheiterte allerdings an der Ablehnung der AFI-Frauen. Eine ASF-Frau aus der Leitstelle schlug z.B. vor, gemeinsam eine Veranstaltung gegen einen Chaperon vom AK Altona, der durch seine selbstherrliche Haltung gegenüber Abtreibungen bekannt geworden war, durchzuführen. Hätte die Veranstaltung stattgefunden, so hätte es wohl so ausgesehen, daß die Altonaer Frauen ihre Kenntnisse und Aktivität zur Verfügung gestellt hätten, die Mobilisierung geleistet hätten, und die Leitstelle die Veranstaltung dann in der Öffentlichkeit als ihren Erfolg gebucht hätte.

Welche Art von Aktivitäten die Leitstelle bevorzugt (weil sie Aufsehen erregen und nichts kosten), zeigte sich an einem anderen „Altonaer Fall“, dem Rausschmiß einer Frau aus der Sauna im Berner-Bad, weil sie einen Tampon trug. Hier setzte die Leitstelle Himmel und Hölle in Bewegung, nannte dies „die größte Frauenfeindschaft seit zwei Jahren“ und arrangierte ein Gespräch zwischen der Betroffenen und einem halben Dutzend Wasserwerkern, vom Aufsichtsrat bis zum Betriebsrat, um die Situation zu bereinigen.

Umschulungsfrauen

Dies Beispiel zeigt, wie die Leitstelle verfährt, wenn es um Frauen zu tun kommt, die ihre Forderungen konsequent vertreten.

Die Frauen vom Umschulungsmodell Maschinenbau/Drehmaschinen fordern 1.200 DM und 100 DM Erziehungsgehalt für jedes Kind. Bis jetzt bekamen sie nicht einmal die vom Senat schon bewilligten 1.100 DM. Die ihnen die Leitstelle als Ansprechpartnerin für ihren Protest genannt worden war, luden sie alle Verantwortlichen zu einem Gespräch in die Leitstelle ein. Als dieses nicht kam, beschloßen die Frauen, solange zu warten, bis sie kämen, und erklärten die Leitstelle für besetzt.

Am Abend erklärte Frau Rühmkorf ihnen, sie habe eine Senatsanweisung erhalten, daß die Leitstelle von der Polizei geräumt werden würde. Das geschah zu einem Zeitpunkt, als die Presse nicht mehr anwesend war; den Frauen wurde auch nicht gestattet, sie zu informieren. Das Telefon war bereits abgestellt worden. Die Frauen sahen deshalb auch keine andere Möglichkeit, ihre Kinder, die sie mitgebracht hatten, in Sicherheit zu bringen, als dem Druck nachzugeben und die Leitstelle zu räumen.



„Leitstelle zur Gleichstellung, Gleichschaltung, Ausschaltung? ...“

27.9.78) Kritik der „Emme“. „Es wurde eine Institution geschaffen ohne eigenes Klagenrecht, die nach außen so tun soll, als sei sie eine Art Frauenverfassungsgarant.“

Die Leitstelle verfügt lediglich über einen Etat von 440.000 DM für Personal- und Sachkosten (z.B. 7.000 DM Monatsgehalt für Frau Rühmkorf), davon bleiben ca. 100.000 DM für Untersuchungsarbeiten. Zum Vergleich: Die Stiftung „Familie in Not“ der CDU-Niedersachsen verfügt über 1 Mio DM plus Spielbankerlösen.

Die schlechte finanzielle Ausstattung der Hamburger Leitstelle macht deutlich, welche Art von frauenpolitischen Aktivitäten sie entfalten soll: möglichst solche, die nichts kosten, dafür aber propagandistisch zu nutzen sind.

Die Folgerung, die die „Süddeutsche Zeitung“ (28.4.79) daraus zieht: „Gerade wegen der fehlenden rechtlichen Instrumente wird für die Wirksamkeit dieser Dienststelle der Kontakt zu anderen Frauenorganisationen, Gruppen, Initiativen, Gewerkschaften und Berufsverbänden eine entscheidende Rolle spielen.“ Letztendlich kann sie doch nur vermitteln, vermitteln und anregen, notfalls auch blockieren. Sie wird sich deshalb trotz des guten Beginns nicht auf die Kooperationsbereitschaft der Behörde verlassen können.

Erfahrungen der Frauenprojekte mit der Leitstelle

Inzwischen liegen gut zwei Jahre Erfahrungen der autonomen Frauenprojekte in der Zusammenarbeit mit der Hamburger Leitstelle vor. Die Veranstaltung auf der Hamburger Frauenwoche war ein erster Anstoß zur Aus-

Fortsetzung von der vorherigen Seite
Auf der Veranstaltung der Frauenwoכה dazu befragt, erklärte Frau Rühmkorf, daß die Rathaus-Verwaltung zwar gesagt habe, daß geräumt würde, aber daß sie nicht geräumt worden sei. Sie selbst habe das auch gewußt, da sie sich in ihrem Gespräch mit der Rathaus-Verwaltung auf ihr Versprechen den Frauen gegenüber berufen hätte. Den Frauen gegenüber hatte sie allerdings nichts davon gesagt, sondern weiter mit der bevorstehenden Räumung durch die Polizei gedroht. Von Solidarität mit den Frauen konnte also keine Rede sein.

Sie schämte sich nicht einmal, in diesem Zusammenhang noch um Verständnis für ihre „schwierige Situation“ zu werben: „Es ist richtig, daß die Polizei ins Haus stand. Und da sieht man die Schwierigkeiten, über die wir sprechen können, ich bin weisungsabhängig in solcher Funktion“.

Ihre Solidarität mit den Frauen reicht also nur so weit, wie diese nicht mit der Rathaus-Politik in Konflikt gerät. Auch zu den Forderungen der Umwälzenden kam von ihr keine Unterstützung. Sie schob einen großen Teil des Konflikts auf die schlechte Organisation der Hamburger Verwaltung ab und behauptete zu guter Letzt, den Frauen sei das versprochene Geld ausbezahlt worden; sie bezichtigte damit eine vor ihr sitzende Umwälzlerin, die gerade kritisiert hatte, daß keine einzige der vollständigen Summe erhalten habe, der Lüge. An dieser Stelle erübrigte sich dann eine weitere Diskussion mit den Behörden-Frauen.

In der Diskussion wurde deutlich, daß die Leitstelle sich nur dann einsetzt, wenn sie sich politischen Erfolg (im Sinn der SPD-Politik) davon verspricht; wenn also die Forderungen schon von vornherein ins SPD-Konzept passen oder wenn der Druck der Frauen schon so groß ist, daß die Initiative sowieso nicht mehr zu umgehen ist. Durch das Eingreifen der Leit-

stelle kann sich dann eine Vertretlerin von Fraueninteressen profilieren und gleichzeitig versuchen, die Initiative auf die Ebene von Anträgen und Behördeninstanzen hinauszuziehen.

Eine Initiative, von der sich die SPD keine politische Publizität verspricht, hat dagegen keine Chancen. Ein Beispiel dafür ist die Arche, ein Frauenhaus für ehemalige Prostituierte. Ihren Kampf um einen Haushaltszettel unterstützte die Leitstelle nicht, da so eine Initiative keine Lobby hat.

„Leitstelle zur Gleichstellung, Gleichschaltung, Ausschaltung? ... Hat sie uns genutzt oder hat sie uns mehr geschadet?“

So hieß es in dem Einladungsmechanismus zur Veranstaltung auf der Hamburger Frauenwoכה. Diese Fragestellung zielt darauf ab, daß die Leitstelle nicht nur – wie bei der Arche – Projekte boykottiert, sondern insgesamt versucht, eine auf die Behörden orientierte Politik durchzusetzen. Solche Integrationsversuche wurden auch in der Diskussion deutlich. Zunächst bemühten sich die anwesenden SPD-Frauen, die Leitstelle für schlichtweg notwendig zu erklären, weil sie sich – im Gegensatz zur Frauenbewegung – an die Männer herantreue. Als dies auf Protest stieß, versuchte Frau Rühmkorf es andersherum: Sie glaube nicht, daß einzelne Frauen Interessen von Frauen vorbringen könnten, insofern habe sie gedacht, daß die Frauenbewegung, sehr breit verstanden, ihre Arbeit mittrage.

Eine Behörde als Teil der autonomen Frauenbewegung?

Was sie unter „mittragen“ versteht, erläuterte sie später, als sie die Unterstützung der Frauenbewegung für ihre Verwaltungsarbeit forderte. Also Reduzierung von Frauenarbeit auf das Verschieben von Geldern von einem Topf in den anderen oder die Suche von billigen Verwaltungsab-

gen, wie bei dem Berechtigungsschein für eine Sozialwohnung (5-Schein), den jetzt auch mehrere Frauen gemeinsam bekommen können (nur die Wohnungen gibt es nicht!).

Gestand die Leitstelle den autonomen Frauen anfangs zwar verbal zu, entscheidende Sachen ins Rollen gebracht zu haben, so kehrte sie dies dann in ihrer Politik doch rasch wieder um. Z.B. indem sie den „raschen“ Erfolg der Förderung des Frauenhauses auf ihre Haushaltsrechtliche Lösung zurückführte. Empört hielten ihr die Frauen entgegen, daß sie schon jahrelang dafür gekämpft hätten, und daß in der Regel nur dann etwas erreicht worden sei, wenn alle gemeinsam den Zuständigen auf die Bude gerückt waren. Ihr Ziel sei es im übrigen, daß viele Frauen es lernten, ihre Interessen selber zu vertreten, ohne eine Vermittlerin, die ihre Mißerfolge dann auch noch mit ihren Schwierigkeiten in der Behörde zu entschuldigen versucht.

Gerade auf ihre Vermittlerrolle hält sich die Leitstelle aber viel zugute. Sie sei es, die den Besetzten das Anliegen der Frauen verständlich mache (und umgekehrt). Auf diese Weise versucht sie, sich in Konflikte von Frauenprojekten und Staat zwischenzuschalten, sich als Sprachrohr der Frauen zu betätigen und den Kämpfen die Spitze zu nehmen. Die Absage der autonomen Frauen an so eine Stellvertreterpolitik können wir nur unterstützen. Wesentliches Ziel der Frauenbewegung ist es, daß die Frauen sich selbst wehren.

Die Antwort der selbsternannten Fürsprecherinnen der Fraueninter-

essen auf diese Kritik, daß es auch besonders demagogisch aus, weil hier eine Hauptfunktion der Leitstelle berührt wurde: Frauenprojekte seien doch kein Selbstzweck. Das Interesse der Leitstelle sei es, gesellschaftliche Veränderungen zu bewirken, dazu würden auch die staatlichen Institutionen gehören. Die Frauenprojekte aber würden nur scheitern, daß sie vereinnahmt würden, wenn sich



Die Frauen der Leitstelle auf der Hamburger Frauenwoכה

Hier wird die Realität auf den Kopf gestellt, wenn die Kämpfe der Betroffenen als Selbstzweck und Verwaltungsbetrieb im Sinne der SPD als Gesellschaftsveränderung dargestellt werden. Der Frauenbefreiung kommen wir hier und heute sicher nicht über staatliche Institutionen näher.

Etwas wäre noch zum taktischen Vorgehen der SPD-Frauen zu sagen, die (jedenfalls im Kontakt zur Frauenbewegung) versuchten, die Arbeit der Leitstelle als etwas von der Politik der SPD-Regierung verschiedenes darzustellen, und auf die politische Kritik der Frauen sehr persönlich reagierten. Die SPD-Frauen warfen den Anwesenden vor, ein „Männerklima“ zu schaffen und beschwerten sich, nicht genug zu Wort zu kommen. Dabei war frühzeitig abzusehen, daß es in dieser Veranstaltung nicht bei einem Erfahrungsaustausch bleiben, sondern sich durch die Beteiligung der Leitstelle ein Streitgespräch entwickeln würde.

Sicher ist es für diese Frauen sub-

jektiv nicht einfach, von der Frauenbewegung als Vertreterin der SPD-Regierung angegriffen zu werden und in der Behörde als „Emanzen“ verachttet zu sein, und das möglicherweise in der Überzeugung, sich in der Behörde für die Fraueninteressen einzusetzen.

Als direkt der Senatskanzlei (und damit dem höchsten Gremium in Hamburg) unterstelltes Amt müssen sich die Frauen allerdings gefallen lassen, auch als solches kritisiert zu werden, und können dann nicht plötzlich auf Frauensolidarität pochen.

Offen blieb die Frage, ob es Bedingungen gibt, unter denen die Frauenbewegung aus dieser Leitstelle einen Nutzen ziehen kann. Die Erfahrungen sprechen dagegen. Eine Teilnehmerin der Diskussion forderte denn auch am Schluß der Veranstaltung, den Etat der Leitstelle lieber einem Frauenhaus zur Verfügung zu stellen.

Eine Genossin aus Altona in Zusammenarbeit mit einer Genossin der AG Frauen, Hamburg

Bundeskongreß der »Fraueninitiative 6. Oktober« oder – Der Versuch, eine Frauen-APO im Saal zu gründen

Der Kongreß fand am 9./10. Mai in der Stadthalle Bonn/Bad Godesberg statt. Die „Initiative 6. Oktober“ hatte sich einen Tag nach den Bundestagswahlen 1980 gegründet; daher rührt auch ihr Name. Die 30 Gründungsfrauen kommen von SPD, FDP, Gewerkschaften, den Grünen und aus der autonomen Frauenbewegung. Ursprünglich definierten sie sich als „Pressuregroup von Parteifrauen gegen die männerdominierten Parteien“. In der Entwicklung erweiterte sich der Anspruch dahingehend, ein Konzept zu erarbeiten, mit dem „die Frauen in der Bundesrepublik von jetzt an starten, um als Hälfte der Menschheit die Hälfte von Macht und Einfluß und Anteil am öffentlichen Leben zu nehmen“ („Emma“ 4/81). Dieser Anspruch soll über eine Frauen-APO „ohne Mechanismen herkömmlicher Vereine und Parteien, wie Hierarchie, Funktionsstruktur usw.“ durchgesetzt werden. Zielgruppe soll die „Frau von der Straße“ sein. Unabhängig von ihrer eigenen politischen Meinung, nur unzufrieden und Frau soll sie sein, so soll sie aktiv werden gegen die frauenfeindlichen Verhältnisse (nach Vorankündigung im Kölner „Volksblatt“, Mai 81). Von „Emma“, „Courage“, Alternativpresse bis hin zu „Brigitte“ und „Stern“ wurde für den Kongreß geworben.

Gleichzeitig wurden 3000 Einladungen in der gesamten BRD verschickt. An der „Initiative“ beteiligten sich die Creme der SPD-„Feministinnen“: Marie-Josée Jansen-Jurrol, Ursula Linnhoff, Ingrid Kolb, Susanne von Paczenaky, Eva Kühmkorf, Renate Schmidt (Bundestagsabgeordnete aus Nürnberg) sowie Hannalore Fuchs und Karin Glaser.

Zum Kongreß erschienen knapp 300 Frauen. Wenig bekannte Gesichtern aus der autonomen Frauenbewegung waren zu sehen, dafür aber viele „mittelschichtliche“ Frauen aus geborenen Berufen.

In der Begrüßungsrede wurden die schlechten Erfahrungen mit den Parteien der positiven Erfahrung und Entwicklung der autonomen Frauenbewegung gegenübergestellt. Nur der autonomen Frauenbewegung sei es zu verdanken, daß Frau sich heute treffe, um Zorn und Wut zu aktivieren. „Vor 10 Jahren hätten wir uns das nicht einmal träumen lassen!“ Das Patriarchat habe die Welt an einen Abgrund gebracht. Trotz 30 Jahren Grundgesetz und der darin verankerten Gleichberechtigung seien

Frauen kein Machtfaktor in dieser Gesellschaft. Damit Frauen ein Machtfaktor werden können, bräuchten sie ein Programm oder Manifest als Grundlage, um mit einer Stimme sprechen zu können. Dieses Manifest soll über alle Grenzen hinweg Partei- und Institutionenfrauen, die versplitterte Frauenbewegung und die „Frau von der Straße“ auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner vereinen. Für diesen Zweck haben Bonner Frauen ein „Werkstattspapier“ erarbeitet, das als Entwurf ein Jahr lang diskutiert werden soll, um dann 1982 auf einem 2. Kongreß verabschiedet zu werden. Von der Diskussion auf dem 1. Kongreß blieb dieser Entwurf allerdings ausgespart. Er enthalte so- wie so nichts anderes, als die Frauenbewegung, die die Männer fordern. Vielmehr solle der Kongreß dazu dienen, daß die Strategie und Selbstverständnisdiskussion geführt werden könne.

Im Anschluß an die Begrüßungsrede wurden Grußtelegramme von Ingeborg Drewitz und Peggy Parnas gelesen. Beide gaben darin ihrer Hoffnung Ausdruck, daß ein Frauen gelingen werde, doch noch eine lebenswerte Zukunft zu erkämpfen.

Um die auf dem Kongreß fräuchende Stimmung ein bißchen besser zu vermitteln, stellen wir die folgende Diskussion ausführlich dar. Die „Strategiediskussion“ begann mit mehreren Beiträgen, in denen angeregt wurde, ob es überhaupt richtig sei, wenn Frauen die Macht erobern wollen. Schließlich hätten die Männer ja zur Genüge vorgeführt, daß Machtausübung patriarchalische Strukturen erzeuge. Der Begriff Macht solle doch lieber durch Kraft oder Stärke ersetzt werden. Wozu Frauen Macht, Kraft und Stärke brauchen, spielte in dieser Auseinandersetzung keine Rolle. Eine besonders forschende Jungunternehmerin „stand“ (kicher), sie spüre in der letzten Zeit zunehmend Lustgefühle bei ihrer beruflichen Machtausübung, daß andere Frauen diese Lustgefühle noch nicht haben, lege bloß daran, daß Macht für sie etwas zu ungewöhnliches sei. Labhafter Beifall bezeugte, daß für diese Selbstentwertung. Der kritische Hinweis von Ursula Linnhoff, daß Macht auch immer etwas mit Kapitalverteilung und dem Besitz von Produktionsmitteln zu tun habe, und daß Frauen nur Macht gewinnen können, indem sie gegen die Besitzer der Produktionsmittel kämpfen, „besonders als Hinweis für die Dame, die

meinte, sich hier als Unternehmerin einführen zu müssen“ (Heftik bei der Diskussionsleitung. „Liebe Frauen, Begriffe wie Dame wollen wir doch nicht mehr untereinander verwenden“), wurde einfach übergangen. Als nächste Rednerin trat M. Jansen-Jurrol auf. Sie fand es unbeschreiblich weiblich, daß Frauen zuerst überlegen, ob Macht nicht zum Machtmißbrauch führt, bevor sie überhaupt überlegt haben, wie sie Macht erlangen und nutzen können. Leider blieb sie genauso allgemein wie alle anderen Rednerinnen, was die Zielsetzung für Frauen sein soll. Aber auf jeden Fall war für alle klar, daß die Frauenbewegung ein Info-Netz braucht, über das „zentrale, anarchische, spontane und unkontrollierbare Aktionen ohne Hierarchie“ durchgeführt werden sollen. Es folgten noch einige Beiträge von Frauen, die immer wieder betonten, wie sehr sie sich freuten, auf diesem Kongreß sein zu dürfen und wie schön es sei, daß Frau sich sooo eingetut und der Umgang miteinander auch so schwermütlich tolerant. Diese „Toleranz“ wurde von einer Frau, die sich ausdrücklich als Freundin von Monika Jäckel (M. Jäckel ist eine der Ur-Mütter des BRD-„Radikalfeminismus“) vorstellte, weiblich ausgenutzt. Mit Hinweis auf ihren Wohnort – München – beschwor sie die Versammlung, auf keinen Fall CDU/CSU-Frauen von der geplanten Machtausübung auszuschließen; die müßten im Gegenteil gezielt angesprochen und einbezogen werden! Unser Vorschlag, dann doch gleich mit Marianne Strauß zu beginnen, wurde als Klimatestörung empfunden, während der Freundin aus Bayern mit besonderem herzlichem Beifall für ihren wichtigen Beitrag zur allgemeinen Verschwörungsgedank wurde. Auf diesem Niveau schleppte sich der 1. Kongreßtag seinem Ende entgegen. Trotzdem blieb uns ein Beitrag über die Bedeutung des Vollmonds und unserer spirituellen Kräfte für den Erfolg von Aktionen nicht erspart (siehe Anm. Re+B).

Die umschweifende Verschwörungsmuterei suchte die Chefin der Hamburger Leitstelle zur Gleichstellung der Frau, E. Rühmkorf, sich (fernab von all der bösen Kritik an ihrer Person) endlich mal ganz als Frau einzubringen. Sie lobte die Vorbereitung der Bonner Frauen, und me sei so froh und ermutigt (Beifall) und hoffe, daß diese Initiative noch ganz viel erreichen wird (tosender Beifall). Schließlich ergriffen zog sich E. Rühmkorf auf ihren Platz zurück. Mit diesem Glanzlicht war der erste Teil der umfassenden Strategiediskussion beendet.

Das Hauptmerkmal dieses Kongresses war die sehr allgemeine bis unpolitische Diskussion; einzig war Frau sich darin, daß die Männer an allem Schuld haben und die Frauen alle zusammen aktiv werden müssen.

Besonders knß wird diese Ausrichtung in dem „Werkstattspapier“ der Bonner Frauen betriebe. Wohlgemerkt soll dieses Papier die Grundlage für die inhaltlichen Forderungen der Initiative bilden. Neben Elternurlaub, Wohnen, Rentenreform, Kindererziehung, Lesben, Diskriminierung in der Sprache etc. taucht der § 218 nur unter ferner liefen beim Punkt „Frauen, Medizin und Gesundheitswesen“ auf. Kein Wort über die Angriffe von Reaktion und Kirche auf alle §218-GegnerInnen wird verloren. Noch schlimmer wird es bei dem Punkt „Frauen für Frieden“, der im wesentlichen männliche Aggression aus psychologischer und physiologischer Sicht behandelt. Eine Komprobe: „Kriege, und damit der Töten, wurden von Männern beschlossen, zum Leid der Frauen und Kinder. Für Männer bot der Kampf im Krieg die Möglichkeit, eine gewisse Befriedigung, Ruhm und Heldentum zu erringen.“ Klar, die Männer und durch ihre eigene Machtausübung (durch patriarchalische Strukturen verursacht) so neurotisch geworden, daß sie allein um eine „gewisse Befriedigung“ zu erhalten menschenverachtende Kriege anzetteln! Wirklich eine der gelungensten Analysen der Kriegsgefahr der letzten Zeit. Der besondere Beitrag der Frauen zur Sicherung des Friedens soll darin bestehen, daß wir unsere Kinder lehren, „natürliche Aggressivität in positive Aktionen umzuwandeln“, wir sollen „gewaltfreie Konfliktlösungsformen entwickeln und vermitteln“ und zusätzlich „im alltäglichen Miteinander von Mann und Frau eine produktive Konfliktaustragung vorleben.“

Für den Kampf gegen die NATO-Nachrüstungsbeschlüsse etc. bleibt bei soviel anti-patriarchalischem Engagement selbstverständlich wenig Raum: „Darum fordern wir – nicht die allgemeine Abrüstung der Staaten, die sich bis ins tiefste Mißtrauen und gegenseitig in ihre Existenz bedroht sehen, denn das wäre Unwesen – sondern noch utopischer, weil einzig realistisch, wenn die Zerstörung der Welt durch

Krieg irgendwann überhaupt gebädigt werden soll: Männer, Frauen, Politiker, Bürger ... laßt Euch etwas einfallen, fordert auf zu danken, begnügt selbst zu danken, was kann Frieden sein? Wo könnt ihr zu Frieden und Ausgleich beitragen?“ (Alle Zitate aus dem „Werkstattspapier“ der „Initiative 6. Oktober“).

Irgendwo ist es sicherlich eine süße Vorstellung, daß Reagan, Schmidt, Apel etc. mal ganz doll über den „Frieden an sich“ nachdenken, aber mit der Entwicklung einer politischen Fraueninitiative hat das nun wirklich allzu wenig zu tun. Solche Art „Friedenstheorien“ dienen nur der Desorientierung und führen bestimmt nicht dazu, die umworbene „Frau von der Straße“ in den Kampf gegen Militarismus und Kriegsfahrenden zu beziehen.

Als Ergebnis des Kongresses wurde der Vorschlag verabschiedet, die ganze BRD mit einem „Spannwebnetz“ zu überziehen. Die Fäden des Netzes sollen zwischen den bestehenden Frauengruppen und Organisationen gesponnen werden. Zentrale des Netzes soll Bonn werden, dort sollen Frauen sich über Aktionen informieren können. Darüber soll sich dann eine bundesweite, jederzeit erreichbare und mobilisierbare Frauenopposition aufbauen. Außerdem wird ein Boykott von Produkten, für die sexistisch geworden wird angestrebt. Der anfänglich noch stark vertretene Wahlboykott, speziell gegen SPD und FDP, wurde schon wieder in Richtung „mehr Frauen im Parlament“ oder der Entwicklung von „Wahlprüfsteinen“ abgeschwächt. Schade, es wäre doch tatsächlich mal was anderes gewesen, wenn sich die SPD-„Feminis“ konsequent gegen Schmidt & Co. gestellt hätten. So brauchen aber die bürgerlichen Parteien keine Angst vor dieser neuen „Frauen-APO“ zu haben. Weder die bisherige programmatische Grundlage noch die soziale und politische Zusammensetzung der „Initiative 6. Oktober“ lassen die Umsetzung ihrer weitgesponnenen Pläne erwarten. Und so, wie sich die Initiative derzeit darstellt, finden wir das nicht einmal schade.

Zwei Genossinnen aus Wattenscheid

Das „Werkstattspapier“ und Informationen gibt es bei „Initiative 6. Oktober“ Postfach 120401 5300 Bonn 1



Italien: Ein klares Nein zur Verschärfung des Abtreibungsgesetzes

Aber auch die Abschaffung der Anti-Terror-Gesetze wird eindeutig abgelehnt

Am Abend des 17. Mai wurde von Frauen in Rom auf den Straßen der Sieg der „zwei Neins“ gefeiert. Zwei „Neins“, die die Mehrheit der Italienerinnen zu zwei Volksentscheidungen abgegeben hatten, die beide von verschiedenen Seiten einen Angriff auf den italienischen „118“ (Gesetz 194) starteten sollten.

Das italienische Abtreibungsgesetz ist relativ liberal und sieht eine Art „Fristenlösung“ von 90 Tagen vor. Es ist in seiner jetzigen Form erst seit zwei Jahren in Kraft und einseitiges Produkt der Kämpfe einer sehr starken Frauenbewegung, andererseits aber in vielen wichtigen Fragen ein Kompromiß zwischen PCI und Christdemokraten.

Von Anfang an wurde es von Klerikalen, Christdemokraten und Neofas-

chisten bekämpft (näheres siehe AK 198, S. 26). In der „Bewegung für das Leben“ fanden diese reaktionären Kräfte ihren organisatorischen Zusammenschluß. Diesen Leuten ist das Leben immerhin so „heilig“, daß einige von ihnen auch den faschistischen Referendumsvorschlag zur Wiedereinführung der Todesstrafe unterstützten. Ihr Kommentar zum Tod von Bobby Sands: „Es war eine freiwillige Entscheidung“.

Interessant wurde ihr Referendumsvorschlag nicht nur dadurch, daß er eine konkrete Gefahr für die Frauen darstellte, sondern auch dadurch, daß auch die gesamte katholische Kirche inklusive Papst Wojtyla hinter das Referendum stellte.

Umso bemerkenswerter ist, daß 67,8 % dagegen stimmten, fast 9 1/2 Millionen Italienerinnen. Auch im von der Kirche noch stark beeinflussten Süden haben die Ergebnisse nicht viel schlechter aus: Für „Ja“ stimmten im Süden fast nirgends mehr als 35 %.

Die drei einzigen von 95 Provinzen mit umgekehrten Ergebnissen lagen alle im hohen Norden Italiens.

So wurde diese Abstimmung nicht nur ein Sieg für die Frauen, sondern auch eine klare Absage an den Klerikalismus. Das Ergebnis lag sogar noch um einiges höher als das Referendum zum Scheidungsgesetz 1974 (ca. 60 %), gegen das die Kirche damals massiv polemisiert hatte.

Das zweite Referendum hatte die Partito Radicale durchgesetzt, es sollte viele Artikel des 194 streichen und wurde von der PR als Liberalisierung dargestellt. Die Partei hatte den Dialog mit der Frauenbewegung dabei leider weitestgehend unterlassen und ihre männlichen Stars an die Front geschickt, z.B. Tausendmann Panella in Fernsehdiskussionen. Nicht nur deshalb wurde diese Initiative vom allergrößten Teil der vielschichtigen italienischen Frauenbewegung von vornherein abgelehnt. Viele Frauen sahen in der geforderten Abschaffung der

Artikel 8 und 10 des Gesetzes, die besagen, daß der Eingriff in einem öffentlichen Krankenhaus kostenlos vorgenommen werden muß, die Gefahr, daß sich Privatkliniken und -Ärzte wieder eine goldene Nase an der Not der Frauen verdienen. Auch z.B. der eigentlich sehr positive Ansatz, den Artikel 12 zu streichen, der für minderjährige Frauen eine Zustimmung der Eltern bei einem Schwangerschaftsabbruch vorschreibt, ist nicht recht durchdacht. So gibt es jetzt immerhin noch die Möglichkeit, daß in einem dringenden Fall ein Arzt unabhängig von den Erziehungsberechtigten eine Bescheinigung ausstellen kann, die zum unmittelbaren Schwangerschaftsabbruch berechtigt.

„Wird dieser Artikel abgeschafft, fallen diese zusätzlichen Möglichkeiten weg; aber die Minderjährigen sind trotzdem von der Einwilligung der Eltern abhängig, weil sie auf jeden Fall für jeden chirurgischen Eingriff die Zustimmung der Eltern brauchen“ (aus einem Leserbrief im „tandem“). Ein Scheitern des „Radikalen“-Entwurfs war also schon vorzuziehen, das fiel auch ziemlich verheerend aus: 88,8 % lehnten den PR-Volkent-

Die rechtliche „Besitzstandswahrung“ war für die italienischen Frauen zwar allemal ein Grund zu feiern. Die Chance, die Situation zu verbessern, ist allerdings nicht unbedingt größer geworden. Das wäre aber dringend notwendig, wenn man/frau sich die Realität ansieht. Nach Zahlen der WHO und des italienischen Gesundheitsministeriums ist es auch heute noch so, daß von 80 000 in Italien jährlich vorgenommenen Abtreibungen nur 200 000 legal durchgeführt werden.

Gelder für Frauenprojekte im »Tornadowirbel«

Wohl im Rahmen der allgemeinen Umverteilung der Haushaltsgelder der Bundesregierung, um das Loch in Apels Militärbudget zu stopfen, wurde auch der Etat für das Jahr 1981 des Arbeitsstab Frauenpolitik im Bundesfamilienministerium um rund ein Drittel gekürzt. Haushalts„experten“ des Bundestages kürzten den Etat von ursprünglich vier auf 2,8 Millionen Mark.

1980 hatte der Arbeitsstab noch 3,2 Millionen Mark zur Verfügung. Von der Kürzung sind beispielsweise ein Modellvorhaben für ein Frauenhaus im ländlichen Raum in Schles-

Für die italienische Frauenbewegung hat dieser erfolgreiche Abwehrkampf einiges an Erneuerung und Reaktivierung gebracht. Z.B. haben sich am 9. Mai über 400 Gewerkschafterinnen in Rom zusammengesetzt, die mit der „vorsichtigen und schlichteren“ Haltung der Gewerkschaftsführungen zur Referendumsfrage nicht zufrieden sind. Zu hoffen, daß diese Zusammenarbeit von Frauen aus ganz Italien auch über den konkreten Anlaß hinaus weitergeführt wird.

Niederlage der Partito Radicale auf der ganzen Linie

Neben ihrem Desaster in der Abtreibungsfrage mußte die PR auch in den übrigen drei von ihr initiierten Referenden empfindliche Niederlagen einstecken.

Gegen die Abschaffung der lebenslänglichen Haft stimmten 77,4 %, aber immerhin waren noch 22,6 % dafür, was das beste Ergebnis darstellt. Das bestehende Waffengesetz unterstützten 86,5 % gegen die PR, und für das Legge Comita (Anti-Terror-Gesetz) waren 85,4 %. Dabei muß man auch noch sehen, daß die Beteiligung an den Referenden mit über 80 % recht hoch war. Es ist sicherlich nicht gerade erleichternd für die Arbeit der italienischen Linken, solche Zahlen schwarz auf weiß zu haben. In der Vergangenheit hat die PR zwar recht gute Erfahrungen mit dem Mittel der Volksabstimmung gemacht. So war sie eine treibende Kraft sowohl beim Scheidungsreferendum als auch beim Referendum zur Abtreibung vor zwei Jahren. Aber heute haben sie diese Karte offensichtlich überreizt (Informationen nach „poidonne“, „tandem“, „Corriere della Sera“, „Frankfurter Rundschau“).

Italienkommission

WALPURGISNACHTRAG

Göttingen:

Die Berichterstattung über die Ereignisse während der Walpurgisnacht-Demo in Göttingen (AK 201) entspricht in einigen wesentlichen Punkten nicht den Tatsachen. Dadurch erhielt die Einschätzung der Aktion eine Richtung, mit der wir nicht einverstanden sein können. Im folgenden wollen wir die ganze Aktion darstellen, wie sie im Vorbereitungsausschuß diskutiert und durchgeführt worden ist.

Ausgegangen war die Idee einer Walpurgisnachtsdemo von einigen Frauen, die aktiv im Häuserkampf engagiert sind. Zur Mobilisierung von anderen Frauen bzw. Frauengruppen, wurden Plakate im Roten Buchladen und Frauenbuchladen aufgehängt und es wurde zum ersten Vorbereitungstreffen eingeladen. Das Frauenzentrum wurde persönlich angesprochen. An dem Vorbereitungstreffen nahmen 15 - 20 Frauen aus verschiedenen Gruppen teil: Frauen gegen AKW, Rapunzel Gesundheitsladen, Frauen gegen Gewalt, Frauen aus dem Häuserkampf, Frauen aus einer Kinderinitiative, Frauenzentrum und KB.

Diskutiert wurde über ein vorgelagertes Flugblatt der „Frauen gegen Gewalt-Gruppe“, das Fakten über Vergewaltigungen enthielt. Dieses Flugblatt wurde von den anwesenden Frauen voll unterstützt. Problematisiert wurde ausschließlich der Punkt, jede Vergewaltigung zur Anzeige zu bringen. Darüber konnten wir uns nicht einigen.

Aufgrund der gemachten Erfahrungen von Bullenterror in Göttingen gerade an uns Frauen, beschlossen wir, unsere persönliche Betroffenheit in der Walpurgisnacht zum Ausdruck zu bringen. Für uns bedeutet Walpurgisnacht, gemeinsam mit anderen Frauen Schritte zu zeigen, auch gerade an Orten, an denen uns dies normalerweise verweigert ist, zumal in der Nacht. Wir wollten nicht schweigen (deshalb wurde auch der Vorschlag

des Frauenzentrums abgelehnt, einen Schweigemarsh zu machen), sondern unsere Wut und Betroffenheit offensiv zum Ausdruck bringen. Wie gesagt so getan. Im Frauenzentrum trafen sich ca. 80 - 100 Frauen, um sich an der Demo zu beteiligen. Zum großen Teil ausgestattet mit Sprühdosen, Fackeln, Hüten, Masken etc. Kurz vor Beginn der Demonstration wurde besprochen, wie frau sich bei Bullenmaßnahmen zu verhalten hat. Einige Frauen wiesen auf die Gefährlichkeit vor allem der Sprühaktion hin, aber nach solidarischer Diskussion wurde die Aktion wie geplant akzeptiert. Auf los ging's los.

Mit viel Gepöhl und einer bombastischen Stimmung wurde die Innenstadt mit Sprühdosen flächendeckend abgesprüht. Flugblätter gegen Vergewaltigung wurden verteilt und ein Transparent gleichen Inhalts wurde mitgeführt. Männer, die es sich trotz unserer Übermacht immer noch nicht verkneifen konnten, Frauen anzupöbeln und übellich anzugreifen, wurden geschloßen in die Flucht getrieben. Geprühlt wurden Anti-Kriegs-Parolen, Freiheit für politische Gefangene und Häuserkämpfer, Frauenzeichen, Krieg den Schwänzen etc.

Aufgrund von Kritiken an der Aktion wurde in der anschließenden Woche eine Auswertungsdiskussion im Frauenzentrum angesetzt. Etwa 70 - 80 Frauen erschienen. Kritisiert wurden die mangelnde inhaltliche Ausrichtung der Parolen sowie die Kürze der Vorbereitungszeit. Kontroversen gab es um die politische Konzeption der Aktion. Während auf der einen Seite es für sinnvoll gehalten wurde, die Forderungen der hungerstreikenden Gefangenen an die Wand zu sprühen, wurde dies vom Frauenzentrum abgelehnt mit der Begründung, daß die RAF durch ihre Form der Politik selbst Gewalt produziert. Kritisiert wurde aber auch, daß spezifische Forderungen der Frauenbewegung wie § 218, Leichterlohngruppen etc. zu kurz gekommen sind.

Die Diskussion wurde teilweise

sehr hart geführt, war aber ein Anfang, vorhandene Widersprüche nicht zuzuschütten, sondern auszudiskutieren. Ein Hoffnungszeichen: vielleicht auch, zu versuchen, trotz der unterschiedlichen Einschätzungen und politischen Erfahrungen der Frauen, im Vorfeld solcher Aktionen sich gezielt um Störfaktoren und Inhalte auseinanderzusetzen.

4 Hazen und UI (AGF Göttingen)

Rund 100 Frauen beteiligten sich in Dissen/Disseldorf an der Walpurgisnacht-Demonstration. Als die Frauen durch die Altstadt, einem von der Stadt „sauber“ gehaltenen Vergnügungsviertel (keine Sex-Shops, Bordelle etc.) zogen, wurden sie von etlichen Männern angepöbelt, aber auch körperlich angegriffen.

Als sich die Demonstration auflöste, starteten die Bullen einen brutalen Überfall, bei dem auch Hunde eingesetzt wurden. Sechs Frauen wurden vorläufig festgenommen, gegen eine Kauff eine Anzeige wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ und Körperverletzung. (Nach einem Flugblatt der „Frauenliga“)

Detlef/Düsseldorf

Lüneburg:

In Lüneburg gab es dieses Jahr erstmalig eine Aktion zur Walpurgisnacht. Dabei kam es gleich zu einem massiven Polizeieinsatz, bei dem zwei Frauen willkürlich festgenommen wurden, beiden droht jetzt Strafanzzeige wegen Sachbeschädigung.

In der Vorbereitung der Aktion lag der Schwerpunkt weniger auf der nächtlichen Aktion, als in der Erstellung eines Flugblattes zu Vergewaltigung. Stelltafeln und Bücherstisch zu Gewalt gegen Frauen für den Nachmittag des 30.4. Zum nächtlichen Umzug kamen ca. 60 Frauen. Das ist sehr viel für Lüneburg. Flugblätter verteilend, singend und krachma-

chend zogen wir verkleidet durch die Stadt und durch Kneipen. Dabei wurde die Stadt etwas bunter. Nach ca. einer Stunde kamen die ersten Polizeizweigen und „begleiteten“ uns unter unserem lautstarken Protest. In der menschenleeren Ecke der Altstadt wurden wir dann gezielt von den Polizisten überfallen. Sie griffen zwei Frauen heraus und brachten sie zum Polizeirevier. Entschlossen zogen alle unverzüglich hinterher und harrierten mehrere Stunden vor dem Revier aus, bis die beiden Frauen wieder frei waren.

In den nächsten Tagen entstand unter den Walpurgisnacht-Frauen eine lebhaft Diskussion über die Berechtigung von Sprühaktionen, die das erste Mal in Lüneburg bei einer Demo passierten. Trotz verschiedener Standpunkte wurden bei einem Auswertungstreffen, bei dem ca. 30 Frauen anwesend waren, sofort ein Solidaritätsflugblatt verabschiedet.

In der örtlichen Zeitung, die nichts Inhaltliches über unsere Aktion schrieb, sondern uns als Beoffene, die Häuser mit Pornographischem beschnitzten, hinstellte, wurde eine Leserbriefdebatte über Gewalt gegen Frauen entfacht.

Zwei Gesandinnen aus Lüneburg

Auf Initiative der Frauenhausgruppe trafen sich schon seit Anfang März Vertreterinnen der unterschiedlichen Frauengruppen, um gemeinsam die diesjährige Walpurgisnacht-Demo vorzubereiten (überrascht die erste seit 77).

Mit Plakaten und Flugblättern (beides in ansehnlichen Auflagen) sollte nicht nur auf die gestiegenen Vergewaltigungen im Aachener Raum, sondern darüber hinaus auch auf allgemeinere Aspekte der Gewalt gegen Frauen aufmerksam gemacht und die „Notrufinitiative in Gründung“ gestärkt werden, entsprechende Artikel erschienen in der örtlichen Alternativpresse („Klenke“, Frauen-

zeitung) sowie in den „Aachener Nachrichten“.

In Kleingruppen wurde ein Info-stand für den 30.4. sowie die Abschlusskundgebung vorbereitet, außerdem sollte jede Frauengruppe mindestens ein Transparent mitbringen.

Trotz starken Regens versammelten sich dann ca. 500 Frauen zum abendlichen Fackelzug (was für Aachener Verhältnisse eine sehr stattliche Anzahl ist). In fröhlich-kämpferischer Stimmung zogen wir gut eine Stunde durch die Innenstadt; neben den üblichen Parolen und Liedern („Frauen, hört ihr Frauen schreien, laßt die anderen nicht allein“, „Wehrt euch, laßt Widerstand, gegen Vergewaltigung im Land...“, u.ä./trafen auch andere Slogans auf Zuspruch, so z.B. „Trauscheln ist kein Haussein“, „Männer aus dem Rathaus raus, das wird unser Frauenhaus“, „Kinder, Küche, Heim und Herd, sind kein ganzes Leben wert“, „Ob Kinder oder keine - entscheiden wir alleine“. Den einzigen Zwischenfall provozierte ein Macker, indem er mit seinem PKW in die Demo hineinfuhr. Zum Glück wurde keine Frau verletzt - doch Beulen und Farbspritzer werden den Typen noch länger daran erinnern, daß wir uns so was nicht gefallen lassen!

Bei der Abschlusskundgebung auf dem Marktplatz ging eine Frau zunächst auf die alltägliche Gewalt gegen Frauen und deren gesellschaftliche Ursachen ein. Anschließend wurde - mittels eines Rollenspiels - über Vergewaltigung, über die Frauenfeindlichkeit der HERREN und die Rechtsprechung und die Gesetzinitiative der Notruf-Frauen informiert. Zum Schluß erhielt eine der in Koblenz (wegen Verdachts auf Parolen-Sprühen) verhafteten Frauen (vgl. AK 201) Gelegenheit, über ihre Kriminalisierung zu berichten... Alles in allem: eine Walpurgisnacht-Aktion, die sicher nicht weniger Spaß gemacht, aber mehr gebracht hat als in anderen Städten!

KB-Frauengruppe Aachen

Frauen erneut im Visier der Terroristenhatz

Es ist wieder einmal soweit. 1976 war es der Ausbruch von Juliana Plambeck, Inge Viett und zwei weiteren Frauen aus dem Westerbücker Frauengefängnis, der zum Anlaß genommen wurde, faschistoide Theorien über politische Frauen im Allgemeinen und Terroristinnen im Besonderen zu verbreiten. Nicht politische Motive seien für die Frauen der RAF der Anlaß zum „bewaffneten Kampf“, sondern es sei das besonders „verrückte“ Geschlecht Frau, das aus „Penssion“ die Kriminalität in sich trage. Springer Blätter standen an der Spitze der Hetzkampagne und suggerierten damals „Ausgebrochen, weil sie lesbisch sind“ („Bild“), Politiker und sogenannte liberale Zeitungen wie der „Stern“ und der „Spiegel“ stürzten sich auf „Die Rebellion der gestörten Kinder“ („Stern“). Sogenannte Wissenschaftler gaben ihre Theorien zum besten, um Merkmale und Verhaltensmuster des Terrorismus „psychologisch“ zu analysieren: „Sie stammen aus guter Familie, sie sind unter dem Einfluß dominanterer Mütter aufgewachsen... Ihr Körper ist meist leptosom, also schlank und schmalgliedrig, sie waren in ihrer Kindheit auffallend zart oder verhässelt und extrem sensibel. Sie neigten zu Eigenbräuterei, stellten sich und anderen früh Problemsfragen und lesen später Bücher, aus denen Weltschmerz oder Weltverneinung sprach“ („Stern“, zitiert nach der Broschüre „Wer sich als Frau politisch engagiert“). In diesem Zusammenhang wurde die Frauenbewegung und insbesondere die lesbischen Frauen zum ersten Mal in das „potentielle Sympathisantenumfeld der Terroristinnen“ eingeordnet. Ingesamtung es damals darum, den Emanzipationskampf der Frauen zu verunglimpfen und eine Verbindung zum Terrorismus herzustellen. Der damalige VS-Chef Nollau sah „irgendwas Irrationales in dieser Sache, vielleicht einen Exzess der Befreiung der Frau?“ Die „Bild“ grüßte „Sie sind brutaler als Männer. Ihr Anteil an der Kriminalstatistik steigt unaufhörlich. Sie sind die Schrecken der Welt: Die Gangster - Lady mit ihrer Lust am Töten“ („Bild“, 14.9.75).

unaufhörlich... Sie sind die Schrecken der Welt: Die Gangster - Lady mit ihrer Lust am Töten“ („Bild“, 14.9.75).

Und jetzt greift der „Spiegel“ das Thema „Frauen in der Terrorzone“ wieder auf. Der Anlaß ist diesmal der letzte Hungerstreik, der „zum wiederholtenmale“ von Frauen angezettelt worden sei (Lübeck) und in dem ein Toter gab, Sigurd Debus. Eine willkürliche Welle von Verhaftungen und Verfahren nach § 129 a von Menschen, die sich für bessere Haftbedingungen einsetzen, wurde vom Staat angezettelt. Diese Repressalien zeigen, wie weit inzwischen die Kriminalisierung derjenigen, die es wagen, solidarisch zu sein, fortgeschritten ist.

Mit dem Spiegel Artikel „Wir fühlen uns einsam stärker“ (zitiert nach Beate Sturm), wird dieser Kriminalisierung propagandistisch flankenschutz gegeben. Peinlicherweise ist dieser Artikel von einer Frau Marion Schreiber verfaßt („Spiegel“, 20/81). Weil die Polizei vermutet, daß der RAF - Nachwuchs „vornehmlich weiblich ist“, und das Bonner Innenministerium recherchierte, daß der

Anteil der Frauen in der RAF „inzwischen 60 Prozent“ betrage, ist die Sache klar. „Frauen im Alter zwischen 26 und 37 Jahren prägen heute das Bild des Terrorismus“. Die Beweisführung durch Frau Schreiber ist dabei äußerst dubios. Wie schnell Frauen für den „Spiegel“ „Sympathisantinnen des Terrorismus“ sind, zeigt folgendes Beispiel: „Ihre Sympathie für die RAF-Häftlinge bekundeten in der Nacht zum Karfreitag fünf junge Damen, die wegen ihrer Sprühaktion 'Reißt die Mauern ein' sogar verhaftet worden sollten“. Damit wird zum zweitenmal im gleichen Fall im „Spiegel“ eine angebliche Straftat als gegeben hingestellt und die Frauen als Sympathisantinnen der RAF abgestempelt. (Es geht um die Koblenzer Polizei-Aktion, über die u.a. ausführlich in AK 201 berichtet wurde).

Frau Schreiber behauptet weiter „Nirgendwo sonst gehören Frauen von Anfang an zum Führungskader von Befreiungsbewegungen, Guerillagruppen, oder Terroristen. Nirgendwo sonst erheben sie so radikal Anspruch auf politischen Umsturz“. Dieses neue „deutsche Frühleinswunder“ kann sich die Verfasserin des Artikels nur aus der „unbestrittenen intellektuellen Autorität“ von Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof erklären; diese hätten auch Brigitte Monhaupt nach ihrer Freilassung zur „Anführerin der Terroristen“ gemacht. Die „Merkmale“ des Verhaltens einer „aufsteigenden“ RAF-Frau werden zynisch kommentiert: „Die Umstellung vom Knast zur Freiheit“, schildert der ehemalige RAF-Anhänger Volker Speitel die Amtsübernahme der neuen Chefin, „wirkte auf die sowieso schon nicht gerade phlegmatische Monhaupt wie ein Aufputschmittel. Sie konnte zwei Tage überhaupt nicht pennen, quasselte ununterbrochen“. Den ganz reaktionären Theorien, warum und weshalb die Frauen in der RAF die „Vorherrschaft“ haben, will Frau Schreiber sich allerdings nicht gleich anschließen: „Das hängt, natürlich, mit den Männern dieser Gruppe zusammen, die bereit sind, die Frauen als gleichberechtigt zu akzeptieren oder sogar ihre Dominanz zuzulassen“. Allerdings hält dies die Verfasserin für die „größte Schwäche“ der Gruppe.

zusammen, die bereit sind, die Frauen als gleichberechtigt zu akzeptieren oder sogar ihre Dominanz zuzulassen“. Allerdings hält dies die Verfasserin nicht davon ab, lang und breit die Kriminologen und Psychologen zu kommentieren, die schon 76 ihre reaktionären Theorien zum besten gaben. So zum Beispiel Gustav Nem, der bei den Frauen ein stärkeres „emotionales Verhältnis zur Idee“ vermutet, oder Wolf Middendorff, der bei ihnen albernere Spekulationen über die „Persönlichkeit des Terroristen“ zu Goethe und Schiller greift. „Da werden Weiber zu Hyänen und treiben mit Entsetzen Scherz, noch zuckend, mit des Panthers Zähnen reißen sie des Feindes Herz“. „Mal wird, wie vom Stuttgarter Psychotherapeuten Rudolf Affemann, eine 'starke Störung in der Selbstfindung des eigenen Geschlechts' bei den RAF-Damen vermutet. Mal wird, wie vom Soziologen Erwin K. Scheuch ein „Bruch mit der abgelehnten Weiblichkeit unterstellt“. Wer glaubt, die Verfasserin des „Spiegel“-Artikels fängt sich noch, der sollte sich schwer getäuscht haben. Nicht die gesellschaftlichen Ursachen werden im weiteren behan-

delt, warum und weshalb sich so viele Frauen zum Terrorismus entschlossen haben, sondern sie flücht völlig ab auf angebliche psychologische und pathologische Verhaltensweisen des Geschlechts Frau. Weil angeblich die meisten bekannten RAF-Frauen Abitur und studiert haben und aus wohlhabenden Familien kamen, sind „die deutschen Terroristinnen weder besonders unterdrückt noch besonders diskriminiert. Sie sind die unzufriedenen Kinder einer Wohlstandsgesellschaft“. Sicher sind diese Theorien nicht neu, genauso wie die These, daß die RAF-Männer alle einen „Mutter-Tick“ hätten: Der Heidelberger Sozialwissenschaftler Ronald Grosser-Matlock, der nach tiefenpsychologischen Motiven im deutschen Terrorismus forscht, entdeckte bei seinen Interviews mit 84 links- und 84 rechtsradikalen Studenten eine gemeinsame Eigenheit, eine „überstarke Bindung an die Mutter, Ursache vielleicht für die frauenfreundliche Neigung der deutschen Terroristen, die sich ingeheim auf der Suche nach der 'Mutter' befinden“. Die Benützung dieser biologischen Sicht durch Frau Schreiber soll den „Spiegel“ Leser/innen wohl suggerieren, daß die Terroristen eher aus psychologischen Motiven handeln als aus politischen Gründen. Dazu wird flugs eine ebenfalls nicht neue Theorie von Frau Schreiber bemüht. „Kommune - Erfahrung haben fast alle“, allerdings z.T. in „absolut unpolitischen“ WG's: „Es gab nicht die geringste Zwangsläufigkeit, daß aus dieser WG, mit dem typisch verquasten Überbau aus der Philosophie des Sex-Prophezen Wilhelm Reich und des LSD-Propagandisten Timothy Leary, drei RAF-Terroristen hervorgingen. Sie bildeten allenfalls, wenn sie (von der Matraze aus mit dem Joint in der Hand) (Speitel) auf dem Bildschirm die Aktionen der RAF verfolgten, jenes subkulturelle Symp-Milieu, das fesselt aus der Ferne verfolgt, wie die RAFs es dem ungeliebten Staat mal zeigen“. Die Wohngemeinschaften werden nicht nur als „Familienersatz“ für die RAF-Mitglieder dargestellt, sondern auch als Rekrutierungsfeld der sogenannten „labilen Typen“, die sich wenig von politischen Bekenntnissen beeinflussen lassen.

„labilen Typen“ für die RAF-Mitglieder dargestellt, sondern auch als Rekrutierungsfeld der sogenannten „labilen Typen“, die sich wenig von politischen Bekenntnissen beeinflussen lassen. Hieraus ist nach Meinung der Verfasserin „die zweite RAF-Generation“ entstanden, die „denkt weniger politisch“. Dazu gehört u.a. Susanne Albrecht, wie Frau Schreiber zu wissen meint. Sie „tauschte ihr Apartment gegen eine höchst unkomfortable Drei-Zimmer-Wohnung ohne Innentoilette. Dort hauste sie mit Silke Meier-Witt und Sigrid Sternbeck“. Die Schlußfolgerung ist denkbar einfach für Frau Schreiber, die sich nicht scheut, die Kronzeugen der Justiz gegen die RAF als die ihrigen zu zitieren: „Über die rein politische-analytische Schlensie, die Mahler, Ensslin und Meinhof in die Illegalität brachen, sagte der Ex-Terrorist Speitel, gerät schon mit langem Kneten mehr in die RAF“.

Irgendetwas wird schon hängenbleiben von den „grausamen Terroristinnen“...

„Nicht aus politischen Motiven, ...

sondern weil sie persönliche Probleme hatten oder weil sie anderen helfen wollten, schlossen sich junge Frauen dem SPK (Sozialistischen Patientenkollektiv) an“. Ausgehend von dieser These der Verfasserin wird wieder die alte Geschichte aufgetischt, daß Frauen durch ihre Liebhaber in die Terroristenszene hineingeraten. Frau Schreiberäumt immerhin ein, daß die meisten RAF-Frauen „nicht der Karriere wegen“ in sozialen Berufen mit Kindern, Jugendlichen und Kranken arbeiteten, sondern um anderen zu helfen. Sie gibt sogar zu: „Mit ihrem vorwiegend sozialen Engagement für andere geraten viele automatisch in eine von den Computern des BKA registrierte Heißbühne, in eine Grauzone, wo die Helfertinnen noch zwischen den Outcasts (Ausgestoßene - Anm. der Verf.) und den Bürgerlichen zu vermitteln trachten“. Wie dies für einzelne Frauen konkret ausgesehen hat, die plötzlich stockbrieffisch gemacht wurden und aus Angst in die Illegalität gegangen sind, erfährt die Leserschaft freilich nicht. Stattdessen wird beschrieben, wie „brutal“ und „rückwärtlos“ die RAF-Frauen sein

von der Familie und von den Kindern wird nicht aus der Situation hergeleitet, sondern einzig und allein als Anspruch der RAF-Politik deklariert, ohne den die Frauen die Führung in der RAF nicht innehaben könnten. Um das Bild der „brutalen Terroristin“ zu vervollständigen, erzählt Frau Schreiber Legenden aus dem Innenleben der RAF: „Zweifel und Kritiken an Entscheidungen“ werden abgewürgt. „Aus der vorher als „unheimlich sensibler Typ“ bekannten Brigitte Kuhlmann - als Studentin hatte sie sich um spastisch Goldhämie gekümmert - wird eine gefürchtete Kommandeuse“. „Wie eine KZ-Aufseherin“ habe sie sich, so der Terroristen-Boß Carlos später zu Hans-Joachim Klein, bei der Flugzeugentführung nach Entebbe den Geiseln gegenüber benommen“. Daß die Frauen wesentlich „aggressiver“ seien und sich „rational nicht unter Kontrolle haben“ sollen Fotos belegen, auf denen die Frauen „mit geschlossenen Augen und verzerrten Gesichtern“ nach dem Polizeiphoto-graphen entziehen wollen, demgegenüber hätten die RAF-Männer offen und lächelnd in die Kamera ge-

Wer sich als Frau politisch engagiert ...



... wird flugs als Terroristin diffamiert.
Broschüre erhältlich über Verlagsadresse Arbeiterkampf.
Preis: 1 DM

... wird flugs als Terroristin diffamiert.
Broschüre erhältlich über Verlagsadresse Arbeiterkampf.
Preis: 1 DM

sollen. „Und sind sie erstmal so weit, lassen sich diese Frauen auch durch ihre Familie nicht davon abhalten. Frei von allen familiären Bindungen können sie sich ihrer neuen Karriere widmen. Wann immer Frauen in die Terrorzone tauchten, ihre Kinder ließen sie zurück“. Hätten sie die Kinder in die Terrorzone mitnehmen können und sollen? Erschreckende Gruselgeschichten werden über Gudrun Ensslin - die ihren Sohn geopfert haben soll und Ulrike Meinhof - die die Briefe ihrer Töchter nicht mehr geöffnet haben soll - berichtet.

Das Bild von den „grausamen Terroristinnen“ soll noch durch die Rechtsanwälte und Psychologen Margarete Fabricius-Brand vervollständigt werden. „daß die Terroristinnen Selbstbeschränkung, Selbstverleugnung und Selbstaufgabe in radikaler Form betreiben, daß sie sich wenn auch übertrieben, konsequent freudlich verhalten“. Die Trennung

schauf, wie es bekanntlich Männerart ist. Darüber hinaus waren es RAF-Frauen, die Beamtinnen bliesen (typisch Frau!), als diese so durchsuchen wollten. Und es war eine RAF-Frau (Gudrun Ensslin), die den ersten Hungerstreik vorschlug, wie Frau Schreiber behauptet, wollte Gudrun Ensslin einen „tödlichen Ausgang“, d.h. sie wollte angeblich jede Woche einen Toten im Hungerstreik. All diese Märchen werden aufgetischt, um in einer erneuten Hetzkampagne, insbesondere gegen den angeblichen „Nachwuchs“ der RAF, die Frauen zu diskreditieren, sie als verrückte Gruppenideologinnen (als gesellschaftliche Abwieser zu drängen. Bei allen Differenzen, die Frau zur RAF haben mag, können diese Fiktion unter die Gürtellinie nicht einmal ansatzweise als Versuch einer politischen Auseinandersetzung gemein-

Fortsetzung nächste Seite



Porträts im „Spiegel“: Die Frauen „mit geschlossenen Augen und verzerrten Gesichtern“, der Mann dagegen ...

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Kampf für und im KB und weniger verdrängt als belächelt.

Zweitens: Die Einschätzung des Status als inhaltlich wenig relevante Formelle untergründet einerseits die Kämpfe, die dahin überhaupt erst führen konnten, und die Erfahrungen der Genossinnen, die sich darin ausdrücken, andererseits ist doch die Tatsache, daß es ein Status gibt, das den Frauen eine bestimmte Unterstützung gewährt, schlicht ein Ausdruck davon, welche Gewichtung tatsächlich die realen Kräfteverhältnisse zwischen Männern und Frauen, auch im KB (noch) haben. Das kann Frau doch nicht abtun und mit dem Einwand verwechseln, daß Regelungen des Statuts im KB praktiziert werden, auch ohne daß Frau ständig damit winken muß (Wäre es auch schlimm, wenn nicht ein paar Prozesse gelaufen wären). Die Kräfteverhältnisse, wie sie gegenwärtig im KB bestehen, werden z.B. an den zahllosen Genossinnen deutlich, die nach gescheiterten Zweierbeziehungen ihre Zellen verlassen und sich teilweise neue Arbeitsfelder suchen müssen, während ihre ehemaligen Mecker die ungerührt weiter mitarbeiten, was 'ne unhaltbare Praxis ist. Nicht das Statut ist formal, sondern ihr, weil ihr auf 'ner formalistischen, oberflächlichen Ebene reale Bedingungen wegdiskutiert und hinterzerrungen und ausdekorierte Positionen zurückfällt.

Das Statut ist Ausdruck und Würdigung des besonderen und doppelten Kampfes der Frauen.

Eine große Debatte entfalten!

Erlaubt mir noch eine subjektive Anmerkung: Entschuldigt, Genossinnen, ich finde den abgeklärten, souveränen und trockenen Stil, in dem die Artikel größtenteils gehalten sind, wenig mobilisierend Gerade durch ständige Unruhe, Unzufriedenheit und eine kämpferische Haltung sollten wir uns von den bürgerlichen Politikern (innen) unterscheiden. Denn wie wollen wir jemals in diesem System Ruhe und Ausgeglichenheit finden? Wir müssen gegen den Müß und Mief von 1.000 Jahren anstehen. Dann kommen wir und andere auch nicht auf 'ne Idee, daß wir „emanzipiert“ sind. Wie sollen weniger politisierte Frauen, die diese Artikel lesen, auf 'ne Idee kommen, daß da noch ein paar Kämpfe vor uns liegen?

Schon Mac hat propagiert, daß die Widersprüche im Volk nur durch die große Debatte klären lassen. Der Vorwurf, daß sich einige Leute eigentlich nur noch in den KB verirrt hätten, ist ein hilfloses Argument und im Grunde nur eine andere Seite von Resignationserscheinungen.

Um das deutlicher zu sagen: Es ist zur Zeit nicht unüblich im KB, mehr feministische Positionen grundsätzlich unter allgemeine Krisen-, Abschwung- und Abfallssymptome einzuordnen. Gegenüber möchte ich mich hiermit wenden. Denn solche Einschätzungen unterschlagen die besonderen Probleme des Kampfes für die Befreiung der Frauen vollkommen und blockieren eine offensive Debatte. Frauen, die ihre Politik und ihre Befreiung tatsächlich in die Hand nehmen wollen, dürfen nicht zur hemmenden „Krisen-erscheinung“ erklärt werden.

Andererseits ist die Gefahr des „Abdriftens“ tatsächlich möglicherweise akut. Aber dabei sollten wir uns klarmachen, daß es kein Zufall ist, daß ein neuer Linkenkampf an der Frauenfrage entzündet, weil diese insgesamt eben noch in einer schwachen Position ist, was historisch logisch ist. Dies darf aber kein Grund sein, zu resignieren und sich zurückzuziehen. Denn diese Debatte im KB zu Ende zu führen, wird im Endeffekt den Herrschenden mehr schaden als jede autonome Organisation außerhalb des KB.

Laßt also die große Debatte sich entfalten! Ich habe sie selbst sehr nötig, denn mein Kopf ist bei einer ganz klaren, gefestigten kommunistischen Position, und mein Herz ist bei Euch Fernis.

Chr., Hamburg, in Diskussion mit einer Hamburger Genossin.

Anmerkungen:

1. Mao-Zedong, *Ausgewählte Werke*, Band 1, S. 353.
2. Rossana Rossanda *Einmischung* EVA 1980 S. 215.
3. *Stunde* S. 213.
4. *Stunde* S. 18.
5. *Stunde* S. 201, 201 und 220.
6. *Kampfbroschüre* ist in Befreiung der Frau - Keine Befreiung der Frau ohne Sozialismus. GIM-Broschüre 18 S. 60.
7. KB-Broschüre, *Muffs*, Wir sind polit autonom! Erstes Kommunales Frauenstatut verabschiedet S. 6.

Für die ersatzlose Streichung der §§ 174 und 176?

Für die „ersatzlose“ Streichung der §§ 174 und 176 wurde in letzter Zeit auf den Schulseiten des AK diskutiert, u.a. AK 198 (S. 32), AK 200 (S. 30) und AK 201 (S. 31).

200 konnte man sich zudem ein (indirektes?) Plädoyer auch für die ersatzlose Streichung des § 180 entnehmen. Verwunderlich ist, daß diese Plädoyers nicht mit Erklärungen verbunden werden, was genau eigentlich der Inhalt dieser Paragraphen ist und was für ihre ersatzlose Streichung spricht - bzw. vielleicht auch, was diese Forderungen möglicherweise etwas problematisch macht. Daß es kein Problemverständnis und auch keine inhaltliche Solidarisierung mit dem hinter den Forderungen stehenden Anliegen aufzubauen ist, liegt wohl auf der Hand. Dem AK war an den angegebenen Stellen nur zu entnehmen, die betreffenden Paragraphen kriminalisierten „einvernehmliche Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern bzw. Jugendlichen“ oder sogar von Kindern/Jugendlichen untereinander. Ganz so einfach liegen die Dinge aber in Wirklichkeit doch nicht.

Alle betreffenden Paragraphen gehören einem „reformierten“ Abschnitt des StGB an, den sozialliberale „Reform“täter mit dem Oberbegriff „Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung“ überschrieben hat. In diesem Abschnitt stehen auch Vergewaltigung, Nötigung u.ä. - Neben Fällen, wo „sexuelle Handlungen“ durch Drohungen oder Gewalt erzwungen werden, geht das StGB davon aus, daß eine „sexuelle Handlung“ auch bei „einvernehmlichen“ bzw. Nicht-Widerstand eine Verletzung der „sexuellen Selbstbestimmung“ darstellen kann. Im Grunde geht es darum, daß einem bestimmten Personenkreis um Verhältnis zu einem anderen Personenkreis (z.B. Kinder gegenüber Erwachsenen) gewisse Fähigkeiten (und das Recht) abgesprochen wird. Ihre „sexuelle Selbstbestimmung“ auszuüben, so daß der Staat sich am „Schulden“ Fingerring vorbehielt. Insofern stellen diese Gesetze, die ihrem Anspruch nach die „sexuelle Selbstbestimmung“ schützen sollten, real gerade diese in Frage und schränken sie erheblich ein.

Andererseits enthält der Begriff der „sexuellen Selbstbestimmung“ aber auch einen positiven Aspekt, insofern er von bestimmten verletzten Rechten ausgeht und Abhängigkeitsverhältnisse problematisiert, die sich nicht nur in Gewalt, Körperverletzung oder realen Drohungen ausdrücken brauchen. Daß dies im Prinzip tatsächlich notwendig ist, scheint mir einleuchtend und nur aus dem Argument einer absoluten Ablehnung des bürgerlichen Strafrechts zu bestehen - d.h., wenn man sich in der Konsequenz z.B. auch die ersatzlose Streichung des § 177 (Vergewaltigung) fordert.

Der § 179 beispielsweise kriminalisiert den „sexuellen Mißbrauch Widerstandsfähiger“. Das kann der Fall sein, wenn ein Arzt oder Pfleger sich an einer erheblich psychisch Kranken „vergeben“, die zu einer Entscheidung gegen diese „sexuellen Handlungen“ oder gar zur Artikulation von Widerstand Ablehnung nicht fähig ist. Daß „sexuelle Handlungen“ unter derzeitigen Umständen mit Vergewaltigung etwa auf eine Stufe gestellt werden, scheint mir berechtigt. Ähnlich steht es mit dem § 174, bei dem es um „sexuellen Mißbrauch von Gefangenen, behördlich Verwahrten oder Kranken in Anstalten“ geht. (Unklar ist mir, ob die Forderungen im AK nach ersatzloser Streichung der §§ 174 und 176 auch den § 174a und 174b „sexueller Mißbrauch unter Ausnutzung einer Amnestie“ - einschließen sollen?)

Hier liegt ein Problem, das sich in etwa anderer Form auch bei der Sexualität mit Kindern oder Jugendlichen stellt: Das StGB geht (begründet, wie mir scheint) davon aus, daß die sexuelle Freiheit einer Frau zum Knebel einer psychisch Kranken in einer Anzahl so weitgehend reduziert ist, daß beispielsweise „sexuelle Handlungen“ eines Anstaltlichen mit einer gefangenen Frau auch dann zu bestrafen sind, wenn die Frau aus welchen Gründen auch immer - der äußeren Form nach „zustimmt“ hat oder die „Handlungen“ jedenfalls widerstandlos hingenommen hat. Andererseits kriminalisieren die Paragraphen aber auch z.B. einen Pfleger, der einer psychisch Kranken in menschlicher Zuwendung Zärtlichkeit gibt, die sie möglicherweise dringend braucht und gern annimmt. Konkret heißt das, daß psychisch Kranke zu Ausnahmewesen erklärt werden, die höchstens mit „Jugendlichen“ Sexual-

ität haben dürfen, da jeder „Commando“ befürchten müßte, durch die §§ 179 und 174a kriminalisiert zu werden. Nun haben zwar die Befürworter der ersatzlosen Streichung der §§ 174 - 176 meines Wissens bisher nirgendwo auch die Streichung des § 179 gefordert (obwohl dieser mit dem § 174a gewissermaßen eine Einheit bildet), aber das braucht ja nicht an Einverständnis mit dem § 179, sondern kann auch an Oberflächlichkeit liegen. Jedenfalls würde mir die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 179 als Antwort auf die skizzierte Problematik weder ausreichend noch angemessen scheinen. Nötig wären mindestens konkrete Forderungen zur Reform der Paragraphen und der Justizpraxis.

Noch dieser Einleitung komme ich nun zu den Paragraphen, deren ersatzlose Streichung gefordert wird, also 174 (174a und 174b) wurden schon kurz vorgestellt, 176 und 180.

Der § 176 kriminalisiert den „sexuellen Mißbrauch von Kindern“, wobei „Kind“ eine „Person unter 14 Jahren“ meint und „sexueller Mißbrauch“ die „sexuelle Handlung“ zwischen dem „Kind“ und einem Erwachsenen (oder auch Jugendlichen) ist. Die Justiz hat also „Einvernehmlichkeit“, Initiatives des „Kindes“ selbst usw. nur unter dem Aspekt der „Schwere der Tat“ zu untersuchen, prinzipiell ist dies aber für das Vorliegen einer Tat nach § 176 unerheblich.

Der § 174 („Sexueller Mißbrauch von Schutzbefohlenen“) kriminalisiert zum einen „sexuelle Handlungen“ mit Personen unter 16 Jahren, sofern diese zum „Partner“ in einem Abhängigkeitsverhältnis wie Erziehung, Ausbildung o.ä. stehen, und zwar ebenfalls unabhängig von der „Einvernehmlichkeit“. Er kriminalisiert darüber hinaus auch „sexuelle Handlungen“ mit Personen, die zwar schon über 16, aber noch unter 18 Jahren alt sind, sofern ein Abhängigkeitsverhältnis der erwähnten Art „mißbraucht“ worden ist, um die „sexuelle Handlung“ zu erreichen, d.h. wenn eine Art von Nötigung vorliegt.

Der § 180 (Förderung sexueller Handlungen Minderjähriger) kriminalisiert ein buntes Gemisch aus „Tätigkeiten“ und „Gesprächen“, die „Jugendlichen“, „Personen unter 16 Jahren“ eine Gelegenheit/angeregtes Flüstern zum Schmutzen und Bummeln („sexuelle Handlungen“) zur Verfügung stellen, andererseits betrifft er aber auch Leute, die Minderjährige z.B. unter Mißbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses auf den Strich schicken.

In der vorliegenden Form repräsentieren alle diese Paragraphen bürgerliche Rechtsdenken und bürgerliche Moral. Wie ist darauf von Seiten des linken Rechtsdenkens und bürgerlichen Moral? Wie ist darauf von Seiten der Linken, Demokraten etc. zu antworten? Die eine mögliche Antwort kann etwa so aussehen: Wir lehnen das bürgerliche Recht ab, wir lehnen die Justiz ab und wir lehnen den Knebel ab - darum „ersatzlose Streichung“ des StGB insgesamt.

Dieser Ansatz hat viele Argumente für sich, ist aber in der Praxis wahrscheinlich wenig tauglich für die Gewinnung von Mehrheiten und damit für reale Veränderungen.

Der andere mögliche Ansatz wäre konkrete Kritik an den einzelnen Paragraphen, Entwicklung von „Verbesserungsvorschlägen“ entlang dem bürgerlichen StGB, was u.U. auch begründete Forderungen nach ersatzloser Streichung von Paragraphen beinhaltet. Auch dieser Ansatz ist eingeständnermaßen fragwürdig, weil die Rechtswirklichkeit nicht von „Gesetzestexten“, sondern vom Denken der bürgerlichen Justiz und vom gesellschaftlichen Klima bestimmt wird. Die Problematik der politisch/justizischen Abhandlung von Vergewaltigung ist das beste Beispiel für dieses Dilemma. Zwei wissen wir, daß das Gesetz den Frauen wenig nutzt, daß vor allem Vergewaltiger aus der „Unterwelt“ von Verbrechen kommen, und daß der Knebel die Probleme nicht löst. Trotzdem wird aber der Weg gegangen, sich mit dem konkreten Paragraphen und der konkreten Frage auseinanderzusetzen, statt einfach die ersatzlose Streichung des Paragraphen zu fordern.

Betrachten wir unter diesem Aspekt jene Paragraphen, deren ersatzlose Streichung in letzter Zeit so unproblematisch und eindimensional auf den AK Seiten gefordert wurden: mit diesen Paragraphen kriminalisieren eben nicht nur, wie behauptet worden ist, die „einvernehmliche Sexualität“

- Der § 174 („Sexueller Mißbrauch von Schutzbefohlenen“) setzt in seinem zweiten Teil ausdrücklich den „Mißbrauch“ eines Abhängigkeitsverhältnisses voraus. Der § 174 stellt insofern eine notwendige Ergänzung des § 176 (Nötigung) dar, der nämlich nur die „Drohung mit Gefahr für Leib oder Leben“ kriminalisiert, nicht aber Drohmittel „gewaltlos“ Art, wie sie z.B. als Vorposten gegenüber einem Lehrling zur Verfügung hat.

Die §§ 174a und 174b („Sexueller Mißbrauch von Gefangenen, behördlich Verwahrten oder Kranken in Anstalten“ und „Sexueller Mißbrauch unter Ausnutzung einer Amnestie“) lassen sich ebenfalls nicht einfach über den Leisten der Kriminalisierung „einvernehmlicher“ Sexualität schliessen.

Der § 180 kriminalisiert u.a. auch den Mißbrauch von Kindern und Jugendlichen zur Prostitution (180 II), und dies zusätzlich mit dem erschwerenden Umstand eines Abhängigkeitsverhältnisses (§ 180 III).

Gemeinen in diesen Sachverhalten ist die Forderung nach ersatzloser Streichung dieser Paragraphen in E und begründet und nur damit zu erklären, daß die Forderungen der Paragraphen entweder selbst noch genau gemeint haben oder eine Unkenntnis bei anderen voraussetzen. In Anbetracht der Problematik wurde beispielsweise im Programm der Grünen Partei (Saarbrücken 1980) formuliert: „Die §§ 174 und 176 StGB sind so zu fassen, daß nur Anwendung oder Androhung von Gewalt oder Mißbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses bei sexuellen Handlungen unter Strafe zu stellen sind.“ Diese Formulierung wurde in diesem Jahr nach heftigen Debatten auch ins Programm der AL Westfalen aufgenommen, nachdem der AL-Schulbereich zunächst die ersatzlose Streichung der §§ 174 und 176 gefordert hatte.

Die Formulierung aus dem grünen Programm trägt der Tatsache Rechnung, daß „Mißbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses“ tatsächlich auf ähnlicher Stufe wie andere Formen von sexueller Nötigung zu sehen ist, deren „ersatzlose“ Kriminalisierung bisher ja auch noch niemand offen gefordert hat. Nicht ganz verlässlich ist in dieser Formulierung hingegen die Aussage betr. „Anwendung oder Androhung“ von Gewalt, da diese ohnehin durch andere Paragraphen des StGB (Vergewaltigung bzw. Nötigung) vollkommen abgedeckt ist, es hierzu also keiner Umformulierungen an den §§ 174 und 176 bedarf.

Möglicherweise verbirgt sich hinter der Aufnahme dieses Passus in die Formulierung aber auch ein unangenehmes Problembewußtsein. Der gern gebrauchte Hinweis, daß der notwendige Schutz von Kindern der gern gebrauchte Hinweis, daß der notwendige Schutz von Kindern durch die bestehenden Paragraphen gegen Nötigung und Vergewaltigung schon hinreichend gewährleistet sei und besonderer Paragraphen gar nicht bedürfte, wird in der Realität leicht zum billigen Zynismus (Die Schwere des Verhältnisses und anderen Nöte von Frauen, also von Erwachsenen, vor Gericht eine Vergewaltigung bzw. erst recht eine Nötigung nachzuweisen, sind inzwischen weithin bekannt. Daß diese Prozedur einräumt, um Kinder zu schützen, ist ein makabrer Gedanke. Wenn nicht mehr die „sexuelle Handlung“ an sich strafbar ist, sondern das Kind zusätzlich vor Polizei und Richter nachweisen muß, daß auch Gewalt oder Drohung mit im Spiel waren, läuft die Sache in der Praxis ins Schiefere auf eine weitgehende Entkriminalisierung von sexueller Gewalt gegen Kinder hinaus - sofern Kind nicht bei der „sexuellen Handlung“ ähnlich erkennbarem Verletzungen davongetragen hat).

Das Dilemma ergibt sich m.E. aus der Widersprüchlichkeit, die in dem § 176 („Sexueller Mißbrauch von Kindern“) liegt, der nämlich die „sexuelle Selbstbestimmung“ der Kinder dadurch „schützt“, daß er so tendenziell aufhebt, d.h. den „Geschützten“ Sexualität mit einem erheblichen Personenkreis („Erwachsene“, Jugendliche) gesetzlich verbietet. Aus diesem Grund scheint mir in der Tat - trotz des skizzierten Dilemmas - eine weitgehende Aufhebung des § 176 notwendig, was aber unbedingt mit einer ernsthaften Problematisierung der Beziehung Kinder-Erwachsene verbunden sein mußte. Von einer solchen Problematisierung ist bei den Befürwortern der ersatzlosen Streichung der §§ 174 und 176 bisher leider nichts zu hören. Stattdessen finden sich eher drohende Sprechweise, in denen das Kind als total auto-

nomes und auf Erwachsene gelassenes Wesen erscheint, das hinsichtlich seines eigenen Willens und seiner eigenen Initiative dem Erwachsenen womöglich sogar überlegen ist. Zudem wenn man schon die ersatzlose Streichung des § 176 („Sexueller Mißbrauch von Kindern“) fordert, so müßte doch zumindest einmal darüber nachgedacht werden, daß es beim Kind irgendwo eine untere Altersgrenze gibt, an der es nur noch ein Witz wäre, von „einvernehmlicher“ Sexualität zu sprechen, d.h. wo das Kind nicht viel mehr sein kann als ein widerstandloses und allenfalls neugieriges Objekt.

Ein interessantes und bedenkenswertes Phänomen ist es, daß sich gerade die Schulbewegung (und in deren Nachtrab auch Teile der Lebensbewegung) mit besonderem Nachdruck und Engagement für die ersatzlose Streichung des § 176 einsetzen, was sich ja auch darin ausdrückt, daß dies im AK ein exklusives Thema auf den Schul- und Lebens-Seiten ist, als würde ein Hetero-Männler gar nichts sagen.

Nun zeigt die Statistik (Hier Politische Kriminalstatistik der BRD 1974 bis 1976) aber ein Bild, das dazu überhaupt nicht passen will. Nur etwa 20 bis 22 % der „Opfer“ sind Jungen, 78 bis 80 % hingegen sind Mädchen. Schwule sind als „Täter“ also zwar deutlich überrepräsentiert, aber die Mehrheit der „Täter“ sind eindeutig Hetero-Männler. Übrigens: Nur 1,5 % der „Täter“ sind Frauen. An diesem Punkt ist zu schlußfolgern, daß die Lebensbewegung, soweit sie die ersatzlose Streichung des § 176 fordert, in allererster Linie die Interessen von Hetero-Männlern wahrnimmt und zwar Männer-Interessen, von denen man wohl vielfach annehmen muß, daß sie in Widerspruch zu den Interessen der beteiligten Mädchen stehen oder jedenfalls mit diesen nicht deckungsgleich sind.

Daß solche Beziehungen und wie sie selbst unter der Oberfläche von „Einvernehmlichkeit“ - gesellschaftliche Unterdrückungsverhältnisse zwischen dem Geschlechtlichen reproduzieren, wird man wohl annehmen müssen. Ein Grund zur Kriminalisierung kann das freilich nicht sein, wohl aber unsererseits zu einer kritischeren Reflexion des Sachverhalts, als es in den bisherigen eindimensionalen Forderungen zum Ausdruck kommt. Ich sehe ansonsten nicht recht ein, welchen Grund wir eigentlich als Kommunisten haben sollten, uns in besonderer Weise für den freien Zugang heterosexueller Männer zu einem ihnen noch vorantehaltenen Sektor des weiblichen Geschlechts zu interessieren.

Der Begriff der Pädophilie, einander liebend und mit Kindern

Der Begriff der Pädophilie, also der Liebe zu und mit Kindern, deckt hier vieles wohlwollend mit dem Mantel der Nächstenliebe zu, was soviel Wohlwollen bei näherem Hinsehen dann wohl doch nicht verdient. Es wäre einer näheren Untersuchung wert, welcher Prozentsatz der beteiligten Männer durchaus keine Pädophilen (also Leute mit einem speziellen Faible für Kinder) sind, sondern reichlich normale Heteros, deren Sexualtrieb bloß nicht an den gesellschaftlich vorgeschriebenen Altersgrenzen Halt macht in diesem Sinne und wir Hetero-Männer vermutlich mehrheitlich in den „Pädophilen“ (daß dem tatsächlich so ist, beweist übrigens auch das reichhaltige Angebot an einschlägiger Unterhaltung („Schulmädchen-Kaport“ und Dilettanten).

Mein Eindruck ist, daß die modifizierte Anwendung des Begriffs „Pädophilie“ in Zusammenhang mit dem § 176 den Blick für die Tatsache verleiht, daß es sich in einer Vielzahl der betreffenden Fälle nicht um einen Ausbruch aus der „Diktatur der Normalität“ handelt, sondern um eine spezifische Form eben dieser „Normalität“. Hinzu kommt, daß der § 174 („Sexueller Mißbrauch von Schutzbefohlenen“) die Sexualität mit bis zu 16-jährigen, teilweise sogar bis zu 18-jährigen kriminalisiert, also Sexualität, die wirklich im Hochmaß „normal“ ist und mit Pädophilie nichts zu tun hat.

Die Statistik läßt keine Zweifel daran, daß die Hetero-Männer die Hauptnutznießer einer Beseitigung oder Reform der §§ 174 und 176 wären. Daß sie dafür noch nicht einmal eine eigene Lobby mobilisieren, sondern dies der Schulbewegung oder sogar Teilen der Lebensbewegung überlassen, ist eine spezielle Ironie.

Kr., Hamburg

Am 21. - 25.4. fand in Amsterdam der Dritte Internationale Kongreß gegen Kindesmißhandlung statt, von dem hier berichtet werden soll. Ebenfalls mit einem Interview, das anlässlich dieses Kongresses mit Dr. Arend Koers (Kinderschutz-Vertrauensarzt in Amsterdam und einer der bedeutendsten Persönlichkeiten in diesem Bereich) gemacht wurde, wollen wir die in AK 190 begonnene Diskussion fortsetzen. (AK 190: Interview mit Reinhard Wolff; AK 196: Interview mit dem Antipädagogen Ekkehard von Braunmühl). In weiterer Folge wollen wir uns mit den verschiedenen Positionen in Sachen Kinderschutz auseinandersetzen und würden uns freuen, wenn durch eine (durchaus kontrovers zu führende) Diskus-

sion Standpunkte herausgearbeitet werden könnten. Bedauerlicherweise haben wir - obwohl uns zu Ohren kam, daß es z.B. sowohl zu dem Interview mit R. Wolff als auch jenem vom E.v. Braunmühl kritische oder zustimmende Meinungen gibt, bisher nichts Konkretes erfahren können. Wir würden es sehr begrüßen, wenn diese Meinungen in veröffentlicher Form, oder z.B. auch eigene Erfahrungsberichte mit dem Problem der Kindesmißhandlung, uns erreichen würden. Besonders möchten wir uns bei der Niederlande-Kommission bedanken, die es uns ermöglichte, einen so schnellen und ausführlichen Bericht zu erhalten. Kinderkommission/KB Hamburg

Internationaler Kongreß gegen Kindesmißhandlung

Kindesmißhandlung wird noch viel zu sehr als isoliertes Problem der Familie gesehen. Die ganze Gesellschaft jedoch ist gewalttätig. Menschen, die in Schwierigkeiten geraten, suchen in aggressivem Verhalten nur zu schnell einen Ausweg. Sie sehen das Vorbild der Gewalt täglich um sich. Kindesmißhandlung werden wir erst dann erfolgreich bekämpfen können, wenn wir zugleich die gesellschaftliche Gewalt bekämpfen.

Dies sagte Reinhard Wolff (Soziologe an der FU Westberlin und Mitbegründer des Kinderschutzzentrums in Westberlin), in seinem Einführungsbildung auf dem Dritten Internationalen Kongreß gegen Kindesmißhandlung, der am 21. - 25.4. in Amsterdam stattfand. Träger des Kongresses war die Mitte der 70er Jahre gegründete „Internationale Vereinigung gegen

Kindesmißhandlung und -verwehrung“.

Die vier Themen des Kongresses waren die körperliche, die geistige (emotionale) und die sexuelle Mißhandlung von Kindern und Kindesmißhandlung in der Dritten Welt. Erstmals waren auf einem solchen Kongreß auch Vertreter aus der Dritten Welt zugegen. Der Schwerpunkt der Arbeit sollte ursprünglich bei der Diskussion der Probleme in der Familie liegen.

Reinhard Wolff weitete schon in seinem Einführungsbildung diese Problemstellung auf die Verantwortung der Gesellschaft insgesamt aus und brachte dann - unter starkem Beifall - eine Resolution ein, in der die westlichen Länder aufgefordert wurden, ihr Verbot zu beenden. Wir brauchen kein Geld für Waffen, sagte

Wolff, um Krieg zu führen gegen Hunger, Armut und Gewalt.

Mehrere hundert Sozialarbeiter und Wissenschaftler aus Europa, den USA und der Dritten Welt berichteten in rund 300 Vorträgen von ihren Erfahrungen und Kenntnissen und setzten die Diskussion in zahlreichen Arbeitsgruppen fort.

Am letzten Sitzungstag trugen die Arbeitsgruppen ihre Empfehlungen im Plenum vor.

Die Gruppe „Behandlung“ empfiehlt, Kinder, die von ihren Eltern ernsthaft mißhandelt worden sind, zeitweise von ihren Eltern zu trennen - eine Empfehlung, die weltweit nicht als Lösung angesehen wurde.

Die Gruppe, deren Thema die sexuelle Mißhandlung war, befand alle sexuellen Kontakte zwischen Erwachsenen und Kindern/Jugendlichen unter

sechzehn Jahren für schädlich und strafwürdig.

Einig waren sich die Kongreßteilnehmer in der Auffassung, daß zukünftig viel mehr zur Verhütung von Kindesmißhandlung getan werden müsse; schon Schulkinder sollten auf ihre Elternschaft vorbereitet werden. Ebenfalls, stellte der Kongreß fest, besteht noch ein erheblicher Mangel an Untersuchungen darüber, wie den betroffenen Kindern und ihren Eltern am besten zu helfen sei.

Die Kongreßteilnehmer aus der Dritten Welt äußerten ihren Entschluß: „Wir wurden als Forschungsmaterial gebraucht“, sagte ein südamerikanischer Teilnehmer. „Aber was wissen die westlichen Forscher eigentlich davon, was wir tun, um unseren mißhandelten Kindern zu helfen?“ (Das „Verständigungsproblem“ hatte

schon damit begonnen, daß zu wenige Spanisch-Übersetzer vorhanden waren.)

In den Ländern der Dritten Welt werden die Kinder nicht so sehr zu Hause mißhandelt, da die Familien im allgemeinen so groß sind und sich gegenseitig kontrollieren. Die Mißhandlung von Kindern ist vielmehr eine Folge des ökonomischen und sozialen Systems. Kinder sind billige Arbeitskräfte, die Eltern selbst verdienen zu wenig, so daß schon viele Kinder von sechs Jahren an für ihren Lebensunterhalt sorgen müssen. Nach offiziellen Angaben arbeiten in der Dritten Welt 58 Millionen Kinder. Nach Darstellung eines Vertreters der International Labour Organisation (ILO) sind es jedoch in Wirklichkeit zwei- bis dreimal so viele.

„Kinder sind meine kleinen Kunden“ „Kinder sind meine kleinen Kunden“

Arend Koers: Als ich 1972 aufgefordert wurde, Vertrauensarzt zu werden, war ich seit sieben Jahren Kinderarzt-Direktor der ärztlich betreuten Kindertagesstätte Het Kabouterhuis in Amsterdam. Dort beschäftigte ich mich mit den Problemen von (Klein-)Kindern, die zuwenig Aufmerksamkeit bekommen hatten. Es gab dort auch eine Anzahl körperlich mißhandelter Kinder. In dieser Zeit habe ich einen Stab zusammengesucht, der aus einem Sozialarbeiter, einem Psychologen, einem Psychiater und einem Orthopädeologen bestand. Zusammen haben wir allmählich entdeckt, was die Hintergründe der Probleme sind, mit denen wir zu tun bekamen und was wir dann tun konnten.

Daneben war ich acht Jahre Berater des ärztlichen Ausbildungszentrums in Amsterdam. In all diesen Jahren habe ich sehr viele Kinder gesehen und sehr viel gelernt.

Ich bin in den Bann der Kinder geraten, die emotional zu kurz gekommen sind: wie sie sich verhalten, wie sie sich entwickeln, wie die Beziehung zwischen diesen Kindern und ihren Eltern ist. Deren wollte ich etwas tun, wollte zu verstehen versuchen, wie Familiensysteme zusammenhängen.

Jedes Familiensystem ist für sich einmalig. Ich sage auch oft zu den Sozialarbeitern: Seht hin und hört zu, schwezt nicht. Hört und seht zu und versucht dann vorsichtig, zu begreifen, warum es so geht, wie es geht, und versucht, auch erst in zweiter Linie zu fragen, wie ihr den Menschen behilflich sein könnt.

Ich bin von Herkunft Kinderarzt, ich bin verliebt in Kinder. Kinder sind meine kleinen Kunden, aber darum bin ich noch nicht gegen Eltern. Ich versuche nur, mit den Augen der Eltern zu sehen und ihnen zu sagen: das kleine Volk ist so lieb, versucht doch, euren Spaß an ihnen zu haben. Versucht zu begreifen, wenn sie lästig und schwierig sind, was sie damit eigentlich ausdrücken wollen. Daß sie eigentlich auf euren Ärger reagieren, daß sie Angst bekommen davon und ihre Angst in gewaltige Beweglichkeit umsetzen. Daß sie ängstlich sind, wenn ihr so ärgerlich guckt, weil sie denken, daß ihr böse seid auf sie. So übersetzen Kinder sich das, sie suchen in erster Linie die Schuld immer bei sich selbst.

Des versuche ich den Eltern zu erklären, und nach all den Jahren denke ich: Kindesmißhandlung, nun ja, darum geht es mir bei den Eltern nicht. Es ist wohl ein deutliches Signal, das man sehr ernst nehmen muß, aber nicht legalisiert von dem Familienleben. Ich versuche, beides (die Intention der Kinder und der Eltern - Anm. d. Übers.) miteinander in Übereinstimmung zu bringen und dabei auch mit den Augen der Eltern zu sehen. Nehmen zu sein, und nicht zu sehr in die Suche nach körperlichen Symptomen zu flüchten. Die Eltern haben oft solche negativen Erfahrungen mitgemacht und soviel Ärger. Was soll man dazu sagen? Ich weiß es nicht. Oft sage ich: Laßt mich mal zu euch

Das folgende Interview mit Arend J. Koers, Kinderarzt in einem Amsterdamer Krankenhaus und - wie es dort genannt wird - „Vertrauensarzt in Sachen Kindesmißhandlung“, erschien im „Wetjnsweekblad“ vom 17.4.81. Wir danken A. J. Koers und Tineke Koning, die das Gespräch mit ihm führte, für die freundliche Genehmigung, das Interview für den „ARBEITERKAMPF“ übernehmen zu dürfen.

kommen, still bei euch sitzen und auch ein wenig entspannt zuhören. Jedes Wort, das ich jetzt sagen würde wäre Unfuss. Laßt uns zusammen, nebeneinander sitzend, versuchen zu entdecken, was ihr nun in eurer Lage tun könnt. Wie ihr Schritt für Schritt ein bißchen aus eurer tiefen Resignation herauskommen könnt. Erstmal entdecken, was ihr doch könnt.

Lange am Anfangen und aufbauen, das ist ein sehr aufregendes Stück Arbeit.

Ich halte etwas von Menschen, die überall weggeschickt werden, von denen jeder sagt, daß man mit ihnen nichts anfangen kann.

Man kann mit jedem Menschen etwas anfangen und ich weigere mich, Schablonen zu akzeptieren. Menschen können von mir erfahren, daß auch positive Dinge möglich sind. Das dauert wohl sehr lange. Manchmal laufen sie mir weg, lassen mich im Stich, und wenn sie sich später dann doch wieder anzufangen trauen und denken, daß ich dann keine Zeit mehr für sie habe, sage ich: Wann verabreden wir uns? Wenn ich mit Eltern etwas anfangen, weiß ich, daß sie mir weglaufen können, aber ich habe einen Kontrakt abgeschlossen, bei dem ich davon ausgehe, daß ich niemals weglaufen werde. Dadurch habe ich entdeckt, daß man zusammen mit Menschen Sachen tun kann, Dinge bei denen entdecken, die für Hilfe abgeschrieben stehen.

Ich habe Vernünftige gefunden, die genauso darüber denken, und wir haben in der Abteilung des Krankenhauses begonnen, sehr vorsichtig Pionierarbeit zu leisten im April, kurz vor dem Kongreß, erschien A. J. Koers' Buch „Kindesmißhandlung“ Verlag Ad Donker, Rotterdam, 191 S., Hfl 29.50 - Anm. d. Übers.)

Dieses Buch schließt für mich eine Periode ab. Eine Periode des Ausprobierens, des Experimentierens. Ich habe erzählt, was ich in den vergangenen Jahren gesehen und getan habe und was viele Eltern und Sozialarbeiter im Niederländischen: hilfeverlehen, wörtlich: Hilfeleistung - Anm. d. Übers.) erzählt und gesehen haben. Das Buch enthält viele Handreichungen und Schemata, so daß Menschen gegenüber der Verwirrung über die ganzen Symptome die Sachen für sich selbst etwas ordnen können. Außerdem können die Sozialarbeiter jederzeit wegen der Betreuung ihrer Arbeit bei den Büros der Vertrauensärzte anknüpfen. Meistens reden wir dort mit allen Betroffenen Sozialarbeitern und Eltern. Zu den Eltern sagen wir dann, daß sie jemand mitnehmen sollen, um auch nachher darüber reden zu können,

denn es ist sehr beeindruckend, wenn das alles recht sechlich in die Reihe gebracht wird. Das wirkt prima und die Eltern beraten auch meist intensiv mit. Wenn Sozialarbeiter die Eltern nicht dabei haben wollen, dann legen sie falsch. Eltern müssen genau wissen, womit man beschäftigt ist und sie schätzen das sehr sehr.

Sie äußern sich in Ihrem Buch recht böse über die Sozialarbeit und ihre Intentionen.

Koers: Ja ... ? Böse nicht, wohl kritisch, vielleicht auch ein bißchen zynisch. Eine Menge Sozialarbeiter ist so entsetzt mit sich selbst beschäftigt. Das Klientensystem muß in ihre Theorie passen, ihr Modell, ihre Sichtweise, und wenn sie da nicht reinpassen, dann sind die Klienten unzureichend motiviert. Während ich finde, daß man versuchen muß, mit allem dienstbar zu sein, wo man nur kann. Ich kann also nicht mit solchen Sozialarbeitern arbeiten. Der zweite Punkt meiner Kritik ist, daß sie sich so entsetzt mit ihrer Autonomie haben. Als ob ihre Methode und ihre Sichtweise die einzig selbsterfindende wäre. Das ist so eine Art Alibi. In bestimmten Fällen können sie es sogar anderen Einrichtungen nicht, daß ihre Klienten dort anknüpfen, und sie verweigern Informationen und Beratung. Ich habe zwar Verständnis für ihre Hintergründe, aber darum finde ich es noch nicht gut. Es geht auf Kosten der Klienten.

Ich hätte auch eine kritische Betrachtung über die Hausärzte erwartet, aber die entschuldigen Sie mehr oder weniger mit dem Argument, daß sie nicht dafür ausgebildet sind. Währenddessen meine ich, daß die Ärzte zuerst zuständig sind, um Fälle von Kindesmißhandlung anzuzeigen und eventuell auch zu betreuen.

Koers: Ja, das meine ich auch, aber die Schwierigkeit ist, daß, wenn man mit der Betreuung beginnt, das viele Konsequenzen hat. Sie ist sehr intensiv. Man kann sich dann nicht auf das Anzeigen beschränken. Es ist auch falsch, jemanden einen Brief für die eine oder andere Institution mitzugeben, denn bekommt der Klient einen enormen Schlag.

Wenn Ärzte und Sozialarbeiter behaupten, keine Zeit zu haben, dann steckt immer etwas doppeltes dahinter. Auf der einen Seite ist es ein reales Argument, auf der anderen Seite habe ich das Gefühl, daß es auch eine Flucht ist.

Sie sind ausführlich eingegangen auf die Behandlungsspekte in Familiensystemen, in denen Kindesmißhand-

lung stattfindet. Jedoch kaum auf die gesellschaftlichen Ursachen der Kindesmißhandlung.

Koers: Ich will mich als Arzt nicht den politischen Aspekten entziehen. Aber ich konnte nicht alles gleichzeitig. Dieses Buch ist in erster Linie für Sozialarbeiter und in der Krankenpflege Tätige geschrieben, die unmittelbare Hilfe in ihrer täglichen Arbeit brauchen.

Ich erzähle Koers, daß ich mit dem Kapitel über sexuelle Mißhandlung viel Probleme gehabt habe. Es ist hypothetisch, vor allem dort, wo Koers davon ausgeht, daß sexuelle Beziehungen zwischen Müttern und Töchtern, Müttern und Söhnen und Vätern und Söhnen auch vorkommen, aber nicht gemeldet werden, weil sie nicht so stark tabuisiert seien. In den meisten Fällen handelt es sich um eine Vater-Tochter-Inzestbeziehung, die gewaltsam ist, und wir wissen allmählich aus der Literatur, daß Frauen mit ihrer Sexualität oft sehr anders umgehen als Männer -

Ich finde es recht gefährlich, zu behaupten, daß andere Formen des Inzests zwar bestehen, aber nicht bekannt werden, weil Sie nicht damit zu tun bekommen.



Arend J. Koers, Amsterdamer „Vertrauensarzt in Sachen Kindesmißhandlung“

Koers: Erstens ist dieses Kapitel ein Anfang und ich werde mich in der Zukunft intensiv damit vertiefen. Zweitens gibt es viel epidemiologische Forschung bezüglich des Vater-Tochter-Inzests, wobei man den Begriff „Täter“ gebraucht. Ich bin von dem Begriff abgekommen, weil Mißhandlung eine Reaktion auf ein Geschehen ist, womit das ganze System zu tun hat.

Drittens habe ich beschrieben, was ich gesehen habe, und das betrifft vornehmlich den Vater-Tochter-Inzest. Ich denke, daß auch sexuelle Beziehungen zwischen Mutter-Sohn und Mutter-Tochter bestehen, aber ich weiß nicht, ob man das Vergewal-

tung nennen soll. Ich möchte sehr gerne, daß Töchter, die eine intensive sexuelle Beziehung mit ihren Müttern gehabt haben, mir das erzählen würden. Vielleicht sind darin bestimmte Trends zu entdecken. Vielleicht haben Sie, was die andere Art des Umgangs mit Sexualität durch Frauen angeht, völlig recht. Ab und zu werden Mutter-Sohn-Beziehungen gemeldet, aber die sind viel weniger gewalttätig als Vater-Tochter-Beziehungen und da kommt man auch viel schwerer hinter. Ich weiß nicht, ob die Söhne unter einer solchen Beziehung leiden. Ich hoffe in jedem Fall, daß die Leute in den nächsten Jahren auf meine Gedanken reagieren werden.

Einer der wichtigsten Vorläufer derer, die mit Kindesmißhandlung zu tun haben, ist der amerikanische Psychiater Henry Kempe. Ich traf ihn zum ersten Mal 1974 und später noch einmal 1976, als er im Zusammenhang eines Kurses in den Niederlanden war. Damals lud er mich ein, in Belgio einen Vortrag vor einer Gruppe von Leuten aus diversen Ländern zu halten, die er zusammengerufen hatte und die alle in der Praxis mit Kindesmißhandlung zu tun hatten. Diese zwenzig Leute mußten alle zwei Vorträge halten und durften keine Literatur zitieren, sondern nur über ihre Arbeit berichten. Das ging bis ins Rückenmark. Über diese Berichte diskutierend habe ich fließend englisch sprechen gelernt. Mit diesen Leuten haben wir eine Internationale Vereinigung gegen Kindesmißhandlung und -verwehrung gegründet, einen ersten Kongreß in Genf geplant. Und ein „Journal“ gegründet.

Der zweite Kongreß wurde in London durchgeführt. Beide Kongresse waren für alle, die in der Arbeit mit Kindesmißhandlung konfrontiert wurden.

Im Herbst 1980 sollte der dritte Kongreß sein, aber das klappte nicht, weil wir per se in die Vrije Universiteit wollten und die feierte damals ihr Jahrhundertfest. Daher die Verschiebung in das Frühjahr.

Wir haben in diesem Kongreß etwas neues eingebracht, nämlich die Aufmerksamkeit für Kindesmißhandlung und Verwehrung in den Entwicklungsländern. Es wurden Geldquellen aufgetan, um die Leute aus diesen Ländern herkommen zu lassen, denn sie haben wenig Geld. Wir haben nicht vor, diesen Ländern zu erzählen, wie sie es tun müssen, im Gegenteil. Wir wollen einander den Spiegel vorhalten und voneinander lernen, weil jedes Land etwas zu bieten und zu lernen hat.

Der vierte Kongreß wird in Paris durchgeführt werden und es ist schon bekannt, daß er die institutionelle Mißhandlung und Verwehrung von Kindern zum Thema haben wird. Ein politischer Kongreß also.

Kongreßbericht nach „de Volkskrant“ 22., 26. und 27.4.81; Interview mit A. J. Koers aus dem „Wetjnsweekblad“, 17.4.81.

Niederlande-Kommission

Wie weiter in der Solidarität mit Hermann Gaßmann?

Seit nunmehr sieben Wochen wird der Hamburger IG Metall-Sekretär Hermann Gaßmann unter Spionageverdacht im Bonner Untersuchungsgefängnis gefangen gehalten. Seit ebenso langer Zeit warten seine Freunde und Kollegen vergeblich darauf, daß die IG Metall ihre Stimme gegen den politischen Rufmord erhebt, dem Kollege Gaßmann ausgesetzt ist (siehe auch AK 199 u. 200).

Am 14. Mai trafen sich knapp 200 Kolleginnen und Kollegen in Hamburg, um zu beraten, was zur Unterstützung des Inhaftierten getan werden kann. Die meisten der Anwesenden gehörten zu den Unterzeichnern einer Zeitungsannonce, mit der die Ullstein-Pressebetriebe direkt nach Gaßmanns Verhaftung gegolbt werden sollte. Anwesend waren aber auch zwei Beauftragte der Hamburger IG Metall-Ortsverwaltung. Ihre Statements wurden von der Versammlung mit Spannung erwartet, denn die Ortsverwaltung hatte erheblichen Druck auf die Initiatoren der Zeitungsanzeige ausgeübt und damit zunächst erreicht, daß sie bislang nicht veröffentlicht worden ist.

Zunächst aber berichtete ein Kollege von einem Besuch bei Hermann im Knecht. Der Besucher mußte außer seinem Ausweis alles am Eingang abgeben. Selbst eine rote Mal-Nelke mußte er zurücklassen, mit der vielversprechenden Begründung: „Sie kennen doch die Hach-Brüder...“

Während der ganzen Besuchszeit war der vernehmende BKA-Bulle anwesend und fixierte Hermann mit Blicken. Der Gefangene hatte stark abgenommen, sprach sehr leise, und der auf ihm lastende Druck war ihm stark anzumerken. Inzwischen kann er zwar viermal im Monat Besuch empfangen, hat aber nach wie vor keinerlei Kontakt zu Mitgefangenen. In den ersten Wochen war nicht mehr das Licht nicht ausgeschaltet worden, und er hatte unter

Schlaf- und Konzentrationschwierigkeiten zu leiden gehabt. Maximal zehn Bücher darf er in der Zelle haben und muß für alles und jedes einen schriftlichen Antrag stellen.

Nach diesem bedrückenden Bericht kamen aus der Versammlung eine Reihe engagierter Beiträge, in denen immer wieder die Ortsverwaltung aufgefordert wurde, auf die Verhaftung Gaßmanns in der Öffentlichkeit parteiisch Stellung zu nehmen und dabei die politischen Zusammenhänge aufzuzeigen. Kollegen berichteten von ähnlichen Fällen in der Vergangenheit, vor allem der „Spionagefall“ Victor Agartz wurde ausführlich geschildert und dabei erstaunliche Parallelen aufgezeigt. Victor Agartz hatte in den fünfziger Jahren großen Einfluss als Theoretiker der Gewerkschaftsbewegung und war führend an der Bewegung gegen die Wiederaufrüstung beteiligt. Obwohl schließlich freigesprochen, war er politisch tot.

Scharf angegriffen wurde das von der Ortsverwaltung zur Schau getragene Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens gegen Gaßmann. Immerhin seien die entsprechenden Paragraphen des Strafgesetzbuches so schwammig, daß damit fast jeder linke Gewerkschafter hinter Gitter gebracht werden könnte. An Beispielen belegten Kollegen, daß politische Häftlinge nur durch Solidarität und Öffentlichkeit freibekommen waren. Ein älterer Kollege: „Selbst unter den Nazis haben wir Leute rausgeholt können, wenn es eine Öffentlichkeit und Druck aus dem Ausland gab!“

Mehrfach wurde ein vorhandenes Mißtrauen gegen die von der Ortsverwaltung besorgten Anwälte vorgebracht, die sich wiederholt auch mit Drohungen gegen die für die Zeitungsanzeige verantwortlichen Kollegen für ein Stillhalten in der Öffentlichkeit stark gemacht hatten, eine Solidaritätskampagne würde

nicht in ihr Verteidigerkonzept passen. Einer Kollege, die Hermann ein Telegramm schicken wollte, war von den Anwälten sogar die Adresse vorenthalten worden. Einige Kollegen brachten sogar den Vorschlag ins Gespräch, einen weiteren unabhängigen Anwalt einzuschalten, wobei der Name Heinrich Hannover fiel.

IGM-Kassierer Otto Mohr brachte für die Ortsverwaltung kein einziges neues Argument vor. Er verlangte Respekt für die Entscheidung Gaßmanns, den Fall nicht in die Öffentlichkeit zu tragen und verschante sich hinter dem Schreiben, das die Anwälte vor nunmehr sechs Wochen formuliert und von Gaßmann hatten unterschreiben lassen.

Als Neugierde wußte er nur anzugeben, daß die Anwälte auf Vorschlag der IGM eine Verlegung Gaßmanns nach Hamburg anstrebten sollten, und daß die IGM bereit sei, eine Kaution für ihren Sekretär zu stellen.

Dieser schwache Beitrag brachte ihm die Mutmaßung eines Kollegen ein, daß die Ortsverwaltung scheinbar ganz froh über die Erklärung mit Gaßmanns Unterschrift sei...

Die Versammlung verabschiedete am Schluß einen Brief an die Ortsverwaltung, in dem ein Einwirken auf die Verteidiger gefordert wird, endlich einen Haftprüfungstermin zu beantragen. Weiter wurde eine Veranstaltung im Gewerkschaftshaus und eine Berichterstattung vor allem in der IG Metall-Presse erwartet.

Außer den beiden Ortsverwaltungsvertretern stimmten alle Anwesenden dem Brief zu. Immerhin erklärte sich Otto Mohr bereit, zu einem weiteren Treffen dieses Kreises zu erscheinen. Ein Hinweis darauf, daß in der Ortsverwaltung das Erkenntnis reifen könnte, daß der zum Ausdruck gekommene Unmut der Kollegen in Zukunft nicht mehr einfach weggewaschen werden kann. Das kann für Hermann Gaßmann nur nützlich sein.

Ein Teilnehmer

Industriegewerkschaft Metall
für die Bundesrepublik Deutschland



Verwaltungsstelle Hamburg

Herrn
Gerd Rahn c/o
Hamburgische Morgenpost
Bismarckstraße 10

2000 Hamburg 16

NDI 44

57

8 April 1981

Betreff: Artikel in der Hamburger Morgenpost am 31.03.81
IG Metall-Sekretär Spionagefall d. DDR

Sehr geehrter Herr Rahn,

die Hamburger Metall-Ortsverwaltung hat sich in Anspruch genommen, alle ihre Kräfte für die Erhellung der Spionagefälle einzusetzen zu haben, was sie nur mit der Unterstützung der Gewerkschaften und Informationen der Bürgerinnen und Bürger tun kann.

Wir haben auch immer in all unseren Veranstaltungen betont, daß diese unsere Einschätzung durch die Berichterstattung in der Morgenpost bestätigt worden ist. Doch der o.g. Artikel des Herrn Bradenberg ist das genaue Gegenteil! Der Verfasser behauptet, daß er seine Informationen an Sensationssuche und Wachen von Institutionen orientiert. In keiner Weise scheint Herr Bradenberg sich über die Auswirkungen seiner Zeilen auf den Betroffenen und seine Familie im klaren gewesen zu sein oder hat es bewußt mißachtet!

Doch trifft uns als Hamburger Metaller dieser Artikel auch so sehr, wie in dieser Art und Weise unter Verletzung der Grundrechte der Betroffenen die Arbeit der IG Metall fragwürdig erscheint. Wir werden sich gegen die o.g. Gewerkschaftsarbeit stellen. In der Zeitschrift „Parasiten“ werden wir die Verleumdungen, die die IG Metall durch die Berichterstattung in der Morgenpost gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter der IG Metall politisch und wirtschaftlich unterwandert, scharf kritisch Herr Bradenberg mit seinem Artikel dieser Unterstellungskampagne an.

Als Bevollmächtigter der Hamburger IG Metall, in der Hermann Gaßmann seit Jahren gefangen ist, habe ich die Überzeugung, daß die IG Metall die Aufgabe hat, auf die Schärfe der Darstellungen von Herrn Bradenberg zu reagieren.

Über den Einsatz von Referenten in der Bildungsarbeit entscheidet die Ortsverwaltung. Sie trägt allein die Verantwortung.

Die Kompetenzen unserer Sekretärinnen beschränken sich ausschließlich im Rahmen der Geschlossenheit der Organisation. Die Entscheidung über die Veröffentlichung von Geschäftsakten liegt bei der Geschäftsleitung und steht unter der Kontrolle der IG Metall.

Seit dem Erscheinen Ihres Artikels und den Veröffentlichungen anderer Zeitungen werden wir von vielen Metallarbeitern in Hamburg aufgefordert, durch geeignete Maßnahmen gegen die unfaires, antilagerische und die Menschenwürde missachtende journalistische Berichterstattung anzukämpfen.

Diese Empörung ist gerechtfertigt. Für uns gilt nach wie vor der rechtsstaatliche Grundsatz, wonach jeder Verdächtige als unschuldig zu gelten hat, solange ihm eine Schuld nicht rechtskräftig nachgewiesen ist.

Wir werden unsere 4.200 Vertrauensleute über unsere Haltung zu den journalistischen Entstellungen und Angriffen unterrichten.

Sie haben mit Ihrem Artikel eine Brandstiftung begangen. Das war bisher in der Form nur bei anderen Freisetzungsgeiseln. Damit haben Sie der Hamburger Morgenpost, die sich ihrer Stillschaltung verpflichtet fühlen mußte, einen sehr schlechten Dienst erwiesen.

Mit freundlichen Grüßen
INDUSTRIERGEWERKSCHAFT METALL
f. d. Bundesrepublik Deutschland
Verwaltungsstelle Hamburg

J. Müller

Der in der „Hamburger Morgenpost“ nicht veröffentlichte Leserbrief der Hamburger IG Metall.

Mit freundlichen Grüßen
INDUSTRIERGEWERKSCHAFT METALL
f. d. Bundesrepublik Deutschland
Verwaltungsstelle Hamburg

J. Müller

Der in der „Hamburger Morgenpost“ nicht veröffentlichte Leserbrief der Hamburger IG Metall.

An die Ortsverwaltung der IG-Metall Hamburg

Liebe Kollegen!

In Ihrer Stellungnahme vom 7.4.1981 und in der Metall vom 27.4.1981 habe ich Ihre Haltung deutlich gemacht, durch Vernachlässigung der Öffentlichkeit wirksame Aktionen eine schnelle und umfassende Aufklärung der Vorwürfe gegen Hermann zu ermöglichen. Das läßt auf Vertrauen in die Arbeit der Ermittlungsbehörden schließen. Dieses Vertrauen ist unbegründet. Erfahrungen mit ähnlich gelagerten Fällen zeigen, daß Ermittlungen sich über Jahre hinziehen, ohne daß es zu einer Verhandlung kam, bei der die Vorwürfe beseitigt wurden.

Meine Forderung, das Ziel sei eine gründliche Klärung, damit unser Kollege Hermann Gaßmann so schnell wie möglich frei kommt und seine Unschuld sich erweisen kann, geht in die gleiche Richtung. Nach rechtsstaatlichen Grundsätzen ist ein Angeklagter unschuldig bis zum Beweis seiner Schuld. Die Erfahrungen mit solchen Fällen zeigen, daß obwohl die Ermittlungen wegen der schwachen Beweislage sich über Jahre hinziehen können, eine Haftentlassung nach wenigen Wochen möglich ist. Daraus ergibt sich eine andere Zielrichtung.

Hermann's Freilassung ist vorrangig!

Es darf auf keinen Fall der Eindruck entstehen, daß seine weitere Inhaftierung Voraussetzung für eine schnelle und gründliche Klärung ist.

Wir fordern Sie deshalb auf:

Sich öffentlich für die sofortige Freilassung Hermann's einzusetzen und den mit folgenden Schritten Nachdruck zu verleihen:

- Einwirken auf die Anwälte ihre Verteidigungsstrategie auf die sofortige Freilassung Hermann's zu konzentrieren und sofort einen Haftprüfungstermin zu fordern, bei dem die Stellung einer Kaution durch die IG-Metall angeboten wird.
- Laufenden Informieren der Mitglieder über die von der Ortsverwaltung in ihrer Erklärung angekündigten Maßnahmen.
- Dafür zu sorgen, daß in den Publikationen der IG-Metall über die vergleichbaren Fälle und das Vorgehen der staatlichen Institutionen berichtet wird.
- Die Stellungnahmen von Johannes Müller an die Hamburger Morgenpost den Mitgliedern bekannt geben.

Hamburg, den 14. Mai 1981

Der von Hamburger Gewerkschaftern an die Ortsverwaltung der IG Metall verabschiedete Brief. Zusätzlich wurde eine öffentliche Veranstaltung im Gewerkschaftshaus gefordert.

IG Bergbau verstärkt Hetze

Angriffe im DGB gegen »Krefelder Appelle«

Die Richtlinien im DGB, daß Gewerkschaftsfunktionäre keine Unterschriften-sammlungen mit ihrer Funktion unterschreiben sollen, ist aktuell insbesondere gegen die Unterzeichnung des »Krefelder Appells« gerichtet. Der Vorsitzende der Gewerkschaft Textil (GTH), Kaller, hat diesen Maulkorb offen mit der Ablehnung der Friedensbewegung in Verbindung gebracht, als er für das Verbot solcher Unterschriften formulierte. „Insbesondere bei diesem Krefelder Kreis versucht die DKB offensichtlich mit vordergründiger Argumentation die Friedensliebe der Arbeitnehmer für die sowjetische Machtpolitik zu mißbrauchen und die Bundesrepublik im westlichen Lager zu isolieren.“

In einer Linie zu der von Helmut Schmidt angeführten SPD-Kampagne für die Nato-„Nachrüstungsbeschlüsse“ wird auch in den Gewerkschaften das Feuer gegen Gegner der Aufrüstung und Kriegspolitik verschärft. Vornehmlich mal wieder die IG Bergbau (siehe auch ausführlich in AK 201). Jede Ausgabe ihrer Zeitung „Einheit“ ist voll von antikommunistischer Hetze gegen die Friedensbewegung. Jüngstes Produkt ist die Zeitung vom 15.5., deren Hetztitel die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 16.5. begeistert nachzettelte.

Da wird die neue Richtlinie des DGB-Bundesvorstands auf Seite 1 lobend hervorgehoben. Da wird auf Seite 3 eine sogenannte „Analyse“ der Unterzeichner des „Hamburger Forums“, laut „Einheit“ ein „Abse-

ger des kommunistisch gesteuerten »Krefelder Appells«, geliefert (Motto: schlimme „Volksfront“ von SPD, DKP und DGB), die auf Seite 2 kommentiert wird. Fazit der „Einheit“: der weit überwiegende Teil der Unterzeichner seien Akademiker oder Studenten. Angeblich nur 4,3 % Arbeiter. „Die äußerst geringe Beteiligung der zum Teil hochgradig gewerkschaftlich orientierten gewerblichen Arbeitnehmer an dieser prokommunistischen Friedensbewegung“ beweist einmal mehr deren zumeist immer noch vorhandene große Immunität gegenüber kommunistischer Bündnispolitik“ („Einheit“, 15.5.). Insbesondere die Unterzeichnung des Hamburger Aufrufs durch führende GEW-Vorstandsmitglieder wird hierzu in Gegensatz gesetzt. Faschistischer Kommentar von Norbert Römer: „Am diesem im sicheren Schutz des staatlich finanzierten öffentlichen Dienstes gebetteten Lehrers sind die Warnungen des im Umgang mit kommunistischer Praxis erfahrenen ehemaligen Bergmanns Heinz Oskar Vetter vor politisch einseitigen Abrüstungsforderungen offenbar spärlich vorübergegangen“, wobei sich die Drohung anschließt: „Das wird auf Dauer nicht ohne Spuren im DGB bleiben“ (ebenda).

„Nachrüstung“ erklärt und gleiches vom gesamten DGB gefordert. Norbert Römer erklärt dies zu einem Essential, da die Existenz „freier Gewerkschaften“ in der BRD „wörtlich... mit der Sicherung des Friedens in Freiheit“ verknüpft sei. „Die in dieser politisch einseitigen Friedensbewegung“ auch durchschimmernde Scheuklappenparole „Kein rot als tot“ kann deshalb von auf ihre Freiheit und Unabhängigkeit bedachten Gewerkschaften nicht akzeptiert werden, weil die daraus resultierende Konsequenz letztendlich ihre Lebensgrundlage zerstören würden“ („Einheit“, 15.5.). So wird also jeder Unterzeichner des »Krefelder Appells« oder anderer Friedensaufrufe zum Gewerkschaftsfeind erklärt.

Die gleiche Ausgabe der Bergbau-Zeitung enthält eine Stellungnahme der amerikanischen (Langjahr-Gewerkschaft AFL-CIO: „Die Landesverteidigung und die öffentliche Wohlfahrt“, mit deren Inhalten sich die „Einheit“ solidarisiert. Danach verweigert AFL-CIO „energisch sogenannte Transfermandate... die prozentuale Kürzungen im Verteidigungshaushalt zum Zweck der anderweitigen Verwendung dieser Gelder für Sozialprogramme anstreben“. Bedenkungslos unterstützt diese „Gewerkschaft“ die Aufrüstung und massive Aufblähung des Rüstungs- und Kriegseinsatzes. „Die AFL-CIO bleibt jedoch weiterhin bei ihrer Unterstützung für eine starke nationale Verteidigung... als eine notwendige Vorbedingung für das Überleben... der Gewerkschaften, die vom totalitären Expansionsstreben bedroht sind“. Das „Gewerkschaftliche“ an dieser Stellungnahme ist wohl, daß AFL-CIO wegen von Reagan fordert, er solle „sowohl für die gemeinsame Verteidigung Vorsorge treffen, als auch die allgemeine Wohlfahrt fördern“. Da laßt das Herz des Niggemeyer & Co., die als einzige Ausgabe von AFL zu El Salvador positiv die Forderung nach „Einschließung der Gewalttätigkeiten von kommunistischen und rechtsreaktionären Terroristen in El Salvador“ zitieren.

IG Bergbau für Aufrüstung

Bereits in der „Einheit“ vom 15.81 hat ihr Chefredakteur Niggemeyer ein eindeutiges Ja der IG Bergbau für die Linie Helmut Schmidts zu



IG Bergbau-Boss Schmidt: Antikommunistischer Vertreter im DGB

„Nachrüstung“ erklärt und gleiches vom gesamten DGB gefordert. Norbert Römer erklärt dies zu einem Essential, da die Existenz „freier Gewerkschaften“ in der BRD „wörtlich... mit der Sicherung des Friedens in Freiheit“ verknüpft sei. „Die in dieser politisch einseitigen Friedensbewegung“ auch durchschimmernde Scheuklappenparole „Kein rot als tot“ kann deshalb von auf ihre Freiheit und Unabhängigkeit bedachten Gewerkschaften nicht akzeptiert werden, weil die daraus resultierende Konsequenz letztendlich ihre Lebensgrundlage zerstören würden“ („Einheit“, 15.5.). So wird also jeder Unterzeichner des »Krefelder Appells« oder anderer Friedensaufrufe zum Gewerkschaftsfeind erklärt.

Kommunisten Betrieb & Gewerkschaft

Herbert Mies zum »Marsch der DKP durch die Institutionen«

Bei der Wiederbelebung des Kalten Krieges im DGB, bei der auch von Teilen der DGB-Führung angeheulter Diskurs um die „kommunistische Unterwanderung“ der Gewerkschaften, hat das Flechtel/Rudzio/Vilmar/Wilke-Buch „Der Marsch der DKP durch die Institutionen“ eine wohlkalkulierte Funktion. Zentrale Thesen dieses Buches sind die von der „schleichenden Machtergreifung“ der DKP im DGB und die Behauptung, daß DKP-Mitglieder „primär die Politik der Sowjetunion“ vertreten, also quasi als Agenten einer fremden Macht im DGB tätig seien. Zur Abwehr wird dem DGB empfohlen, „eine ganz klare Abgrenzung der DGB-Position zu der der DKP und ihrer Freunde“ vorzunehmen und die Unvereinbarkeit kommunistischer Tradition und Ideologie im Grundsatzprogramm festzuschreiben.

Mit der Verabschiedung des neuen DGB-Grundsatzprogramms ist dies inzwischen geschehen. Zwar wird das Buch in den DGB-Gewerkschaften durchaus kontrovers diskutiert (so stehen sehr kritischen Rezensionen im „Gewerkschaftler“ 1/81 und in der „Welt der Arbeit“ vom 16.4. der Forderung dieses Buches durch die IG-Bergbau und durch den GfW-Voritzenden Frister gegenüber), doch ist gerade anhand der Diskussionen und Ergebnisse des DGB-Programmkongresses festzustellen, daß die Autoren mit der Durchsetzung der auch von ihnen propagierten antikommunistischen Ziele zufrieden sein können.

Genau dies will dem DKP-Voritzenden Herbert Mies, der jetzt unter dem Titel „DKP und Gewerkschaften, Klarstellungen zum Buch „Der Marsch der DKP durch die Institutionen““ eine Broschüre veröffentlicht hat, nicht in den Kopf – oder zumindest nicht in die Feder fließen.

Urheber des Geredes von der kommunistischen Unterwanderung des DGB sind für Mies nach wie vor die CSU und die Rechtspresse („Bayernkurier“, „FAZ“ etc.), was dann von

„einigen Gewerkschaftsführern“ aufgegriffen worden sei.

Der Versuch von Herbert Mies, die Autoren des Anti-DKP-Buches hart und schonungslos zu kritisieren und gleichzeitig auf jegliche Kritik an der Politik der DGB-Führung zu verzichten, treibt einige recht bemerkenswerte Blüten.

Mies beginnt in seiner Broschüre mit einer Würdigung der „besonderen Bedeutung“ des 4. a.o. Bundeskongresses des DGB, und er stellt fest: „Wir sind sicher, daß die Gewerkschaften, die Mitglied unserer Partei sind, gemeinsam mit anderen Kollegen für die Verwirklichung des neuen Grundsatzprogramms alles in ihren Kräften stehende unternehmen werden“ (S. 3). Die auf dem Kongress verabschiedete antikommunistische Kampfschlacht „Weltanschauung und politische Ideologien, die die Gewerkschaften für ihre Zwecke mißbrauchen wollen, sind mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft unvereinbar“ wird von Mies schlicht verschwiegen. Ebenso verfährt er mit der auf dem Kongress beschlossenen Ausgrenzung der Kommunisten aus der Traditionslinie der Gewerkschaften. Hier spricht Mies lediglich davon, daß es einen solchen „Versuch“ (S. 5) gegeben habe, über die Ergebnisse dieses „Versuchs“ erfährt der Leser der Broschüre nichts.

Geradezu peinlich mutet es an, wenn Mies aus der Rede des DGB-Voritzenden Vetter auf dem DGB-Kongress einen Satz zitiert, in dem Vetter auf die gemeinsame Unterdrückung von Christen, Sozialdemokraten und Kommunisten durch den Faschismus hinweist und dann fortführt: „Solche Worte ehren die Wahrheit“ (S. 31). Verschwiegen wird dabei von Mies, daß sich Vetter in dieser Rede eine ganze Reihe antikommunistischer Ausfälle erlaubte. „Kommunisten bestreiten den Gewerkschaften mit jeder die Autonomie. Sie dulden die Gewerkschaften letztlich nur am Gängelband – allerdings vielleicht sogar an der langen Leine – der Partei“ (Vetter, zit. nach „Gewerkschaftliche Monatshefte“ 5/81, S. 264). Genau diesen Vorwurf erheben auch die Autoren des Anti-DKP-Buches. Bei ihnen weist Mies dies als „glatte Verfälschung des DKP-Standpunktes“ (S. 14) zurück; warum schweigt er gegenüber gleichlautenden Äußerungen Veters? – Auch bei der Darstellung der hi-

storischen Rolle der Kommunisten in den Gewerkschaften lassen sich zahlreiche Parallelen zwischen Vilmar/Wilke und Vetter feststellen. So heißt es in der schon erwähnten Vetter Rede „Die Kommunisten blieben abseits, als am Ende der Weimarer Republik die Gespräche über die Vereinigung der Gewerkschaften begannen. Sie erfanden den Popanz der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie, um die freien Gewerkschaften zu bekämpfen (...) Ich meine, Geschichte und Erfahrung verbieten es uns, eine Richtung zu den Grundlagen der Einheitsgewerkschaft zu ziehen, die ein so gebrochenes Verhältnis zur freien Gewerkschaftsbewegung hat“ („Gew. Monatshefte“ 5/81, S. 264 f.). Mit derartigen Auffassungen setzt sich Mies in seiner Broschüre ausführlich auseinander – ohne zu erwähnen, daß diese Geschichtsauffassung quasi gewerkschaftssozialistisch legitimiert ist.

Auf Antrag der IG-Bergbau wurde auf dem DGB-Kongress eine Passage in das Grundsatzprogramm aufgenommen, in der der DGB seine Bereitschaft erklärt, „aufgeschlossenen die Fragen unserer Zeit mit den Vertretern aller Gruppen unseres Volkes zu behandeln“. Otto Graf Lambsdorff hatte sich bei der IG-Bergbau dafür bedankt, daß von ihr „auf die gemeinsame Verantwortung aller gesellschaftlichen Gruppen hingewiesen wird“ („Einheit“, 15.3.) In einer ersten Stellungnahme hatten die DKP-nahe „Nachrichten“ diese Passage völlig richtig als „sozialpartner-schaftlich interpretierbar“ („Nachrichten“ 4/81) bezeichnet. In seiner Broschüre tut Herbert Mies jetzt so, als könne man diesen Satz als Gesprächsangebot auch an die DKP unterpretieren. Noch deutlicher wurde Mies in einem Interview mit den „Nachrichten“: „In der Präambel des neuen Grundsatzprogramms sind im Absatz 32 auch die Parteien aufgerufen, die Gewerkschaften in ihren Bestrebungen zu unterstützen“. Im gleichen Absatz wird zum Ausdruck gebracht, daß der DGB und seine Gewerkschaften bereit wären, die Fragen unserer Zeit mit den Vertretern aller Gruppen unseres Volkes aufgeschlossen zu behandeln. (...) Zum Dialog sind wir jederzeit bereit (...) Was die Themen von Gesprächen betrifft, sollte es von uns aus keinerlei Einschränkungen geben“ („Nachrichten“, 5/81).

Angesichts der verstärkten antikommunistischen Ausrichtung des DGB ist dieses Gesprächsangebot ziemlich lächerlich. Da kann die DKP noch so oft belohnen, „daß unter den Parteien nur die DKP in allen Lebensfragen die Forderungen des DGB und seiner Einzelgewerkschaften voll unterstützt“ (Mies, S. 3), da kann sie noch so oft beteuern, daß für die DKP-Mitglieder in den Gewerkschaften „allein die Satzung und die Gewerkschaftsbeschlüsse in ihrer Ge-

nehmtheit maßgebend“ (Mies, S. 18) seien; der von Teilen der DGB-Führung betriebenen Ausgrenzung der DKP wird es kein erfolgreicher Widerstand entgegenzusetzen sein.

Die Kritik an den Positionen von Vilmar/Wilke ist sicherlich ein richtiger Schritt, nur darf eine derartige Kritik nicht verstummen, wenn die antikommunistischen Positionen von maßgeblichen Gewerkschaftsführern vorgebracht werden.

Kommunisten Betrieb & Gewerkschaft

Herbert Mies DKP und Gewerkschaften



Klarstellungen zum Buch „Der Marsch der DKP durch die Institutionen“

Rotbuch zum Rotwerden...



1973 wurden in den DGB Gewerkschaften die sogenannten Unvereinbarkeitschlüsse gefaßt, nach denen niemand, der einer kommunistischen Organisation angehört oder deren Politik irgendwie unterstützt gleichzeitig Gewerkschaftsmitglied sein kann. Auf diese Grundlage wurde in den folgenden Jahren ein rigoroser Ausschlusspraktik praktiziert. Die Zahl der Ausschlusskandidaten geht heute bereits in die Tausende – und es sind keineswegs nur Kommunisten, die dieser Vorstandsentscheidung zum Opfer fallen. Es hat sich erwiesen, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu einem Instrument geworden sind, mit dessen Hilfe die Gewerkschaftsführung jegliche oppositionelle Sicht der Politik der Klassenverbände entgegenstehende Aktivitäten zu liquidieren versucht. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind dabei auch Bestandteil anderer in den letzten Jahren vollzogener Maßnahmen, die den Spielraum der intergewerkschaftlichen Demokratie zunehmend eingeschränkt haben und den Charakter der DGB-Gewerkschaften als sozialdemokratische Richtungs-gewerkschaft (und das heißt heute auch: Regierun-gewerkschaften) abbrechen helfen.

Dieses Buch gibt darüber eine ausführliche Analyse. Im Hauptteil werden über 100 ausgewählte Fälle aus dem Bereich der IG Metall, IG Chemie, IG Druck, HfV und GfW darunter mehr als 50 ausführlich umfänglich beschrieben und dokumentiert.

buntbuch

»FAZ«/Wilke kontra Abendroth

Am 16. April berichtete die „Welt der Arbeit“ über eine DGB-Veranstaltung in Frankfurt mit dem linken Marburger Professor Abendroth. Diskutiert wurde dort über die Vorbereitung zum 1. Mai. Zitiert wird auch eine Stimme, die angesichts der Tarifrunde „eine deutliche Sprache“ am 1. Mai erwartet und fortführt: „Aber nichts von Polen, ich kann das nicht mehr hören. Dort gibt's politische Streiks, bei uns ist das verpönt“.

Am 28.4. erscheint die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ mit einem Artikel ihres Gewerkschafts- und Antikommunismus-Spezialisten Ernst Günter Vetter, in dem dieser mal wieder zu berichten weiß „In Kreisen des DGB wächst die Befürchtung, daß Kundgebungen zum 1. Mai an manchen Stellen von Kommunisten oder Kommunisten nahestehenden Gewerkschaftsmitgliedern zu Antikriegsdemonstrationen umfunktioniert werden könnten“. Abendroth und die Frankfurter Veranstaltung werden als Beweis angeführt, so auch das Polen-Zitat und die Tatsache, daß Abendroth herzlich als „Kollege“ begrüßt wurde.

Da durfte auch der „linke“ Kritiker der DKP in den Gewerkschaften, Manfred Wilke, nicht fehlen. In einem Leserbrief an die „Welt der Arbeit“ (vom 14.5.) mißfällt auch ihm, daß Abendroth als „der große alte Mann der Arbeiterbewegung“ bezeichnet wurde und auch Wilke springt auf das Polen-Zitat an, wobei er den Verdacht äußert, dieses Zitat stamme von Abendroth (was die „WdA“ dementiert, es sei von einem Diskussionsredner gebracht worden). Für Wilke ist klar, daß dieses Zitat die Verweigerung „internationaler Solidarität“ sei. Schon spielt er in dem Leserbrief an die Legende, daß jegliche Solidarität mit den polnischen Arbeitern verweigert worden sei (was aus dem Artikel gar nicht herauszulesen ist) und – wenn auch ungegründet – es bleibt der Eindruck, daß auch hier wieder die „kommunistische Unterwanderung“ zugeschlagen habe, kein Wunder bei einem Mann wie Abendroth. Wilke: „Als ich dies gelesen habe, habe ich mich

geschämt, ein deutscher Gewerkschaftsfunktionär zu sein“ („WdA“, 14.5.81) ...

Die „FAZ“, das Wilke-Vilmar-Buch und jetzt auch Schwalbach

„In Kreisen des DGB“, weiß Vetter in der „FAZ“, wird auch Kritik an dem Buch von Wilke, Vilmar u.a. (Der Marsch der DKP durch die Institutionen) als böses Zeichen fortschreitenden kommunistischen Einflusses gewertet. Während dieses Buch von der IG Bergbau, der NGG und der Gewerkschaft Textil sowie dem GEW-Voritzenden Frister eifrig propagiert und als Schulungsmaterial empfohlen wird, während die Bundeszentrale für politische Bildung dieses Buch in ihr (kostenlos zu erhaltendes) Repertoire aufgenommen hat, sind kritische Stimmen dazu also bereits „kommunistisch“. Besondere Angriffspunkte: Ein Verriß des Buchs in der IG Metall-Funktionärszeitschrift „Der Gewerkschaftler“ vom Januar 1971 und in der „Welt der Arbeit“ vom 16.4.81. Dort kommt der Rezensent zu dem Fazit: „Es fehlt dem Taschenbuch an wissenschaftlicher Redlichkeit. Der Text ist nicht frei von Eifererium“, eine wahrlich „kommunistische“ Kritik, wo doch so viele Rechte innerhalb wie außerhalb des DGB es so hochloben.

Auch hier blieb die Reaktion von rechts nicht aus. Der berüchtigte ÖTV-Bezirksvorsitzende aus Kiel, Hans Schwalbach (Experte für Pro-AKW-Aktionen) beklagt sich in der „WdA“ vom 14.5. bitterlich über die Rezension. Das Buch habe einige Schwächen, aber es entlarve alte wie neue Unterwandertaktiken der Kommunisten. Wer dem nicht sehen wolle, „muß sich den Vorwurf gefallen lassen, bewußt oder unbewußt Halbescheider jünger Kräfte zu sein“.

Hilfe erhalten Wilke und Vilmar auch vom neuen Verfassungsschutz-Chef Horchum, der gesagt haben soll, ihr Buch lasse sich in Teilen „wie ein Kriminalroman“ (nach „WdA“, 16.4.). Na, und wenn das keine Empfehlung ist! ...

Schwierigkeiten CSU/DGB

Kurzfristig abgesagt hat der bayerische DGB ein für den 18.5. anberaumtes Treffen mit der CSU. Grund: Wiederholt hatte CSU-General Stöber im „Bayernkurier“ die „kommunistische Unterwanderung“ im DGB angegriffen; u.a. hatte Stöber als Beleg hierfür die Duldung von DKP-Mitgliedern auf gewerkschaftlichen Listen zu den Betriebsräte-wahlen genannt und den Ausschluss von DKP-Mitgliedern auf gewerkschaftlichen Listen gefordert. Eine zweimalige Aufforderung des DGB an Stöber, sich hiervon zu distanzieren, blieb unbeantwortet, so daß die Gespräche platzen. Der DGB-Voritzende Deffner hatte an Stöber geschrieben, „daß der DGB für einen Ausschluss von Mitgliedern der DKP keinen Anlaß hat, weil diese Partei Satzung und Programm des DGB anerkennt und vom Bundesverfassungsgericht nicht verboten ist“ („Neue“, 15.4.81).

Die scharfen Attacken der rechten CSU auf den DGB machen es diesem

trotz aller Gesprächsbereitschaft immer wieder schwer, Kontakte öffentlich aufrecht zu erhalten. So wurde Stöber auch als Gastredner vom Medienkongress der IG Druck und der RFFU eingeladen. CSU-Oberbürgermeister Kien aus München durfte zwar, anders als im letzten Jahr, auf der 1. Mai-Kundgebung des DGB reden, erntete allerdings für sein provokatorisches Grußwort ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert.

Der „Bayernkurier“ seinerseits „richtete“ sich in seiner Berichterstattung zum 1. Mai: „Organisierte Arbeitnehmerschaft in der Bundesrepublik Deutschland bedeutet nicht nur DGB“ (16.5.), sondern auch „Christlicher Gewerkschaftsbund“, der habe seine Mitgliedschaft im letzten Jahr sogar um 20.000 erhöht. Daß allerdings der DGB 30mal so viele Mitglieder wie der CGB hat, „vergessen“ die Anhänger der Gewerkschaftspaltung aus der CSU zu erwähnen.

Gegen Unterschriftenverbot der DGB-Führung

Die neue Richtlinie des DGB zum Verbot von Unterschriften mit Funktionsbezeichnungen unter Resolutionen für Gewerkschaftler (siehe AK 201) ist auf dem Bezirkstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Rheinland-Pfalz zurückgewiesen worden. In der Entscheidung dazu heißt es:

„Die GfK erklärt, daß die keinerlei Verständnis für den in der Presse bekanntgewordenen Versuch des DGB-Bundesvorstandes hat, die Unterschriftenverbot unter politische Initiativen durch eine Richtlinie zu reglementieren. Vor allem die Ausdehnung der Richtlinie auf ehrenamtliche Funktionäre muß als Versuch gewertet werden, der Gewerkschaftsbasis einen 'Maulkorb' zu verpassen. Die genannte Richtlinie offenbart unsere Bruchlinie ein ge-

störtes Verständnis der grundgesetzlich garantierten Meinungsfreiheit und dient nicht der Förderung einer freien innergewerkschaftlichen Diskussion“ (zitiert nach „UZ“, 16.5.81).

GTB: Verbot der Unterschrift

Die „Welt“ vom 19.5.81 weiß Interesse aus dem Innenleben der rechten Führung der Gewerkschaft Textil-Bekleidung zu berichten. So soll der Vorsitzende Keller bereits vor der DGB-„Richtlinie“ am 21. April die Anweisung ausgegeben haben, daß GfK-Mitglieder die „Unterschrift mit Funktionsbezeichnung“ „verboten“ sei. Neben besonderer Nennung des alternativen Wirtschafts-memorandums richte sich dieses Verbot insbesondere gegen den „Krefeld der Appell“.

Gesamtmittel: »Ein Waterloo der Lohnpolitik«?

Der höchste Reallohnabfall in der Geschichte der Bundesrepublik, erstmals ein Lohnabschluß (4,9 % und weniger), der unterhalb der Inflationsrate liegt (5,6 % in den ersten vier Monaten 1981), eine Bilanz, die sich aus Sicht der Kapitalisten sehen lassen kann. Aber, kaum war die Tarifrunde vorbei, trugen Teile des Unternehmensverbands Gesamtmetall den schwelenden internen Knast nach der Öffentlichkeit. Woher diese Unzufriedenheit mit dem Lohnab-



Aufstand der 'harten Linie' bei Gesamtmetall: NRW-Präsident Pleiger (rechts, mit Sozialpartner Stihl, IGM)

Den spektakulären Auftakt machte der nordrhein-westfälische Metallpräsident Paul Pleiger mit der Ankündigung, sein Amt als Mitglied des Vorstandes von Gesamtmetall zur Verfügung zu stellen. „Bis auf weiteres“ will er seine Funktionen in Vorstand, tarifpolitischem Ausschuss und Verhandlungskreis nicht mehr wahrnehmen. Zeitgleich beschloß der Vorstand der Metallkapitalisten von NRW, dem Spitzenverband Gesamtmetall die tarifpolitische Verhandlungsvollmacht zu entziehen. Wenig später schlossen sich die Metallindustriellen aus Rheinland-Pfalz und Hessen dieser Kündigung an, bis „sichergestellt ist, daß sich Alleingänge wie in diesem Jahr in Stuttgart“ (gemeint ist der Pilotschluß von Sindelfingen) nicht wiederholen können“ (zitiert nach „Welt“, 16.5.).

Im Mittelpunkt der Kritik steht der Verhandlungsführer der baden-württembergischen Metallkapitalisten, Peter Stihl. Dieser habe auch so die Kritiker – „per Alleingänge“ von der IG Metall „einen zu neuen Tarifvertrag aufzuringeln lassen“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 16.5.). Gesamtmetallchef Wolfgang Thiele schloß sich sogleich der Kritikergruppe an, für deren Vorgaben er „Verständnis“ habe.

Wie hier in aller Öffentlichkeit – und das nicht gerade zimperlich – mit „Abweichern“ in den eigenen Reihen umgesprungen wird, zeigt, daß es sich hier nicht nur um ein Show-Gefecht handelt.

„Harte Kämpfer gegen hohe Löhne“

Nicht nur die Unterstützung des Kritikergruppe durch den Gesamtmetallchef, sondern auch die rechte Presse signalisiert, wer hier als Favorit in die Auseinandersetzung geht. Offen wird Partei ergriffen für die Verfechter der „offensiven Strategie“, für die „harten Kämpfer gegen hohe Löhne“ („Welt“ und „FAZ“). Folgen wir der „FAZ“ bei ihrer Auswertung der Metalltarifrunde.

Ihrer Auffassung nach hat die IGM „einen großen Erfolg erzielt“. Der Abschluß sei eine „Blamage gegenüber der Gewerkschaft“. Ihren „Triumph“ habe die IG Metall nicht etwa nach einem „bitteren Arbeitskampf“ erritten, „er ist ihr von den Kontrahenten zu Füßen gelegt worden“. Zudem seien die Arbeitgeber „über ihre eigene Strategie gestolpert und gefallen“.

Von Kapitalisten Seite sei man davon ausgegangen, daß ein Abschluß „wenigstens unter vier Prozent“ bleiben würde. Durch unheimliches Vorgehen sei es nicht gelungen, „ein weitgehend niedriges Datum zu setzen.“ Dies habe nicht nur zum besagten „Haukrach“, sondern auch zum „Autoritätschwund der Metallverbände gegenüber den Arbeitgeberkollegen in anderen Wirtschaftsbereichen geführt“.

Unterm Strich bleibt an dieser Kritik, daß ein Verhandlungskreis

von Gesamtmetall seinen Abschluß machte, obwohl zwei Verbände (Hessen und NRW) zuvor einen ähnlich lautenden Einigungsvorschlag aus Gründen der „Verbandswaisung“ abgelehnt hatten.

Im Grundsatz sind sich die Metallkapitalisten einig über ihren Erfolg, daß die IG Metall – erstmals nach dem Kriege – einem Tarifabschluß weit unter der Teuerungsrate zugestimmt hat.

Die Mehrheitsmeinung von Gesamtmetall – vorgetragen von Pleiger und Co. – ist jedoch, daß bei stärkerer „Verbandswaisung“ der Abschluß einige Zehntel Prozent tiefer hätte ausfallen können. Dies soll in Zukunft anders laufen. Gesamtmetallchef Thiele sieht in der jetzigen Kampagne der Kritiker eine „hüßliche Presion, organisatorische Änderungen durchzusetzen, die in Zukunft tarifpolitische Alleingänge eines regionalen Mitgliederverbandes verhindern könnten“ („FAZ“, 9.5.).

In diesem Sinne dient die jetzige öffentliche Diskussion einer stärkeren Straffung und Zentralisierung der Tarifpolitik von Gesamtmetall. Gesamtmetall rüdet sich, um im kommenden Jahr dem Ziel der „produktivitätsorientierten Lohnpolitik“ einen weiteren Schritt entgegenzusetzen. Nach den Erfahrungen der Lohnrunde '81 steht zu befürchten, daß die IGM-Führung hier nicht allzuviel entgegenzusetzen gedenkt.

Kommision Betrieb & Gewerkschaft

Tarif-Nachrichten

Luftkassen
Ungeklärt ist der genaue Tarifabschluß für die 20.000 Beschäftigten des Bodenpersonals. In den Schlichtungsverhandlungen lag ein Angebot von Lohnerhöhungen zwischen 3,9 % und 5,2 % (Schnitt: 4,3 %) vor. Bis 1983 soll der Jahresurlaub stufenweise auf sechs Wochen ausgedehnt werden. Die Tarifkommission der ÖTV hat der Schlichtung zugestimmt, die ebenfalls verhandelnde DAG will sich offenbar als konsequenter profilieren und hat abgelehnt. Der Luftkassen-Vorstand würde zustimmen, will aber nicht eher abschließen, bis eine Klärung mit beiden Gewerkschaften erreicht ist. Er hat der DAG eine Fristverlängerung zur Annahme des Schlichtungsanspruchs vorgeschlagen.

Textilindustrie
Das Unternehmungsangebot von 4,2 % ist von der Gewerkschaft Textil-Bekleidung in Bayern abgelehnt worden. Offiziell gilt noch die Forderung von 7 %, allerdings muß man kein Prophet sein, um festzustellen, daß hier nur noch um einige Zehntel-Prozente geschachtelt wird. Die Verhandlungen am 14.5. waren von zweitägigen Warnstreiks von 9000 bayrischen Textilarbeitern begleitet.

Textilindustrie
Nach der Tarifrunde will Gesamtmetall juristisch prüfen lassen, ob die Warnstreiks im Rahmen der „neuen Beweglichkeit“ der IG Metall rechtmäßig sind. Bereits während der Streiks hatte Gesamtmetall mit Klagen gedroht.

Eine Cola pro Überstunde — Kriegsrecht für Streikende

Die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) führt vom 5. bis zum 9. Mai eine weltweite Aktionswoche gegen Billig-Flaggen-Schiffe durch. Ziel war, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Seeleute auf solchen Schiffen durch mit der ITF abgeschlossene Kollektivverträge zu verbessern und, für die Einhaltung der internationalen Schiffsicherheitsnormen einzutreten.

Immer mehr Reeder lassen ihre Schiffe in sogenannte „Offene Register“ vorwiegend in Liberia, Panama, Singapur, Zypern und – mit gewissen Einschränkungen – Griechenland eintragen. Damit sind die Schiffe ausgesetzt der BRD-Rechtsordnung entzogen. Praktisch unterliegen sie dann keiner Rechtsordnung mehr und die Reeder entscheiden allein, welche internationale Übereinkommen sie noch akzeptieren.

Rechte für die Seeleute gibt es nicht. Teilweise existieren auf solchen Schiffen Straflisten für „Verfehlungen“ der Kollegen, die an Bord aushängen. Wenn ein philippinischer Seemann für bessere Arbeitsbedingungen streikt, erwartet ihn zu Hause eine Strafe nach dem Kriegsrecht. An Bord des ausgeflaggten BRD-Schiffes „Bellatrix“ verdiente z.B. ein Deckmann aus Bangla Desh 140 Dollar im Monat und je Überstunde 55 Cents (soviel kostet an Bord die Cola). In Extremsituationen müssen die Matrosen nur für Kost und Logis arbeiten.

Daneben ist der Sicherheitsstandard auf Billig-Flaggen-Schiffen extrem niedrig. Die Unfallhäufigkeit mit solchen Schiffen ist überproportional hoch und gerade diese Schiffe sind es, die wesentlichen Anteil haben an der Meeresverschmutzung durch verbotenes Abpumpen von Restöl usw.

Delmenhorst:

Erste Ergebnisse der 60 Kündigungsschutzklagen

Die Vereinigte Kammgarnspinnerei (VKS) in Delmenhorst hatte zum 31. März alle 837 Beschäftigten entlassen. Der Betrieb lief aber unter einem anderen Kapitalisten (Rehers) am nächsten Tag nahtlos weiter. Von Rehers waren aber nur 400 Beschäftigte wieder eingestellt worden und die auch nur dann, wenn sie bereit waren, ihre erhaltene Abfindung für 10 Jahre zinslos dem Kapitalisten zur Verfügung zu stellen (wir berichteten darüber im letzten AK).

Über 60 Tünnen und Tünnen (in der Produktion waren fast ausschließlich Tünnen beschäftigt) klagten nun vor dem Arbeitsgericht gegen die Kündigungen und für Weiterbeschäftigung, da der Betrieb nicht stillgelegt, sondern nur von einem anderen Kapitalisten übernommen worden ist. Die ersten zehn Kündigungsschutzklagen sind am 15. Mai in der ersten Instanz verhandelt worden. In allen zehn Fällen entschied das Arbeitsgericht Bremen, daß die Firma Rehers die VKS teilweise übernommen habe. Aus dieser Betriebsübernahme folge, daß die Kündigungen unwirksam seien und die Arbeitnehmer hätten weiterbeschäftigt werden müssen. Das künftige ständige, aber trotzdem lehnte das Arbeitsgericht den Zweitanspruch ab. Rehers ist nicht verpflichtet worden, die „ungekündigten“ Arbeitnehmer weiterbeschäftigen. Dagegen werden die „ungekündigten“ Kolleginnen und Kollegen wohl weiter prozessieren. Außerdem gilt das Urteil nicht für die 400 Beschäftigten, die in der „neuen“ Firma bereits weiterarbeiten, denn die hätten formaljuristisch ihr Ar-

beitsverhältnis zur VKS abgebrochen. Dieses Urteil ist zunächst mal ein Erfolg (Kündigungen unwirksam), aber durch die Haken und Ösen der Bremer Arbeitsrichter wird sich für die Betroffenen erstmal nichts ändern.

Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung hatte übrigens die gerichtliche Vertretung mit der Begründung „Keine Aussicht auf Erfolg“ kategorisch abgelehnt.

Unabhängig von diesen Kündigungsschutzklagen hatte ein türkisches Betriebsratsmitglied der VKS den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gestellt. Der Antrag lautete auf Weiterbeschäftigung und Weiterzahlung des Betriebsratsmandats. Zunächst diskutierte Richter und Verteidiger, ob der Antrag überhaupt statthaft sei, da gar kein VKS-Betriebsrat mehr existiere. Der Antrag wurde zugelassen. Inzwischen hatte auch eine Mitarbeiterin des Betriebsrats die VKS-Nummer in Delmenhorst angewiesen. Dort hatte sich die Firma Rehers gemeldet. Als sie sich mit Betriebsrat verbinden ließ, hatte sie den früheren VSK-Betriebsratsvorsitzenden Horst Gebel an der Strippe. Gebel hatte sich ständig gegen Aktionen der Kollegen zur Erhaltung der Arbeitsplätze ausgesprochen. Gebel soll auch schriftlich versichert haben, daß es keinen Betriebsrat mehr gebe. Trotzdem lehnte das Arbeitsgericht Bremen den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung ab. Auch in diesem Verfahren wird der türkische Betriebsrat weiter klagen.

Kommision Betrieb & Gewerkschaft

Erfolge der Aktionswoche

In der Aktionswoche kontrollierten ITF-Vertreter die Billig-Flaggen-Schiffe. Wenn die Mindestlohnsumme von ITF nicht bezahlt wurden, sind die Schiffe bestraft worden. Die Hafenarbeiter legten die Arbeit nieder und Hafenbetriebsräte wandten Streikposten. Die bestraften Schiffe wurden weder entladen noch konnten sie wieder auslaufen. Die Reeder hatten sich auf die Aktionswoche mit gefüllten Heuertünnen und massiven Einschüchterungen der Seeleute vorbereitet. In Einzelfällen sind sie rechtzeitig vor Beginn der Aktionswoche ausgelaufen. Trotzdem blieben einige Erfolge nicht aus.

Die 70 Seeleute der „Blumenthal“ und der „Bremshaven“ bekommen jeweils 2.000 DM Abfindung und die jetzige Heuer wird für bis zu sechs Monaten garantiert. Die Schiffe werden verkauft und sollen dann unter Panama-Flagge mit philippinischer Besatzung fahren. Auch für die zukünftige philippinische Besatzung verlangt die ITF einen Heuertarifvertrag nach den Mindestsätzen der ITF.

Für die Besatzung der „Rhine Ore“ konnte die ITF 75.000 Dollar Heuertarife und den Abschluß eines ITF-Standardvertrages vereinbaren. Die 75.000 Dollar beziehen sich allein auf zwei Monate Fahrtzeit für die 36köpfige Besatzung. Die Besatzung der „Rosana“ bekam eine Nachzahlung von 200.000 DM.

Über eine Woche lag die „Moselstein“ (Panama-Flagge) im Hamburger Hafen fest. Offiziell bekamen die philippinischen Seeleute ITF-Heuern. Sie mußten dafür Quittun-

gen unterschreiben, erhielten in Wirklichkeit statt 700 nur 200 Dollar. Erst nach einigen Tagen erklarte sich die Reeder zur Heuertarifezahlung von 118.276 Dollar bereit. Das Schiff wird aber solange bestraft, bis alle Arbeitsverträge geändert und bei der Seeleutebehörde in Manila registriert sind. Außerdem muß die Reeder auf sämtliche gerichtlichen Maßnahmen verzichten. Gerade die philippinischen Seeleute sind bis zuletzt massiv unter Druck gesetzt worden. Ua riefen Angehörige von den Philippin-

nen an und ließen, keine Vereinbarungen zu unterschreiben.

Wegen erheblicher Heuertarifezahlungen ist ebenfalls in Hamburg die „Khoobchand“ bestraft worden.

In dieser ersten Aktionswoche ist schon einiges erreicht worden, vor allem ist noch einmal krass deutlich geworden, wie die Lebensbedingungen auf solchen Schiffen heute noch sind.

Die „Offenen Register“ müssen geschlossen werden!



Streik im Hamburger Hafen auf der „Moselstein“ u. auf der „Senta Fe“

Entscheidung bei Krupp über Massenentlassungen nur vertagt

Auf den 10. Juni '81 hat der Aufsichtsrat der Krupp Stahl AG seine weitere Befassung des „Strukturkonzeptes“ vertagt. Die Entscheidung des Aufsichtsrats am 13.5., dem Abbau von ca. 5000 Arbeitsplätzen im Konzern nicht sofort zuzustimmen, fiel äußerst knapp mit 11 gegen 10 Stimmen aus, weil der Vertreter der französischen Regierung (der Iran hält ca. 29 % der Krupp Aktien) mit den Arbeitnehmervertretern gestimmt hatte. Der 21. „neutrale“ Mann, der Bonner Wirtschaftswissenschaftler Prof. Kratoch, stimmte für das „Sanierungs“-Konzept des Vorstands. Ca. 8000 Beschäftigte des Krupp-Konzerns demonstrierten vor dem Verwaltungsgelände gegen die Stilllegungen und Entlassungen in Bochum, Rhenhausen, Hagen und Siegen.

Der Krupp-Vorstand machte in einer Erklärung zur Vertagung des Aufsichtsrats deutlich, daß für ihn alle künftigen Entscheidungen von der Regierung in Bonn gefällt werden müssen und letztendlich nur die Neustrukturierung der gesamten europäischen Stahlindustrie in Brüssel entschieden werden muß. „Aufsichtsrat und Vorstand erwarten, daß alsbald die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen hergestellt werden, die allen Stahlbetreibern in der Europäischen Gemeinschaft gleiche Wettbewerbsvoraussetzungen geben“ („Waz“, 14.5.81). Gleichzeitig wird vom Vorstand wohlwollend anerkannt, daß „der Aufsichtsrat ... die Realisierung der Stilllegungsmaßnahmen für unumgänglich hält“ („Waz“, s.o.).

Nachdem somit die europäische Subventionspolitik als Ursache und Begründung den Beschäftigten als notwendiges Übel vorgelegt wird, inner-

geheim der Aufsichtsrat schon mit einer deutlichen Einverständnisklärung eingestimmt wird, hat der Krupp-Vorstand mit seiner Formulierung zusätzlich „seinen Zahn zugelegt“. Denn nicht mehr von Stilllegung, sondern von Stillsetzen der entsprechenden Walzstraßen, Gießereien, Putzereien etc. ist jetzt die Rede. Das hat für die Krupp-Beschäftigten folgenreichere Konsequenzen. Abgesehen vom Verlust des Arbeitsplatzes hat eine Stillsetzung einer Abteilung den Makel, daß es nicht eine müde Mark Abfindung etc. geben wird. Bei Stilllegung ist die Aufstellung eines Sozialplanes erforderlich, da gibt es Bundesbeiträge etc., die Hauptlast müßte aber von Krupp getragen werden. Großzügigerweise soll der Krupp-Vorstand erklärt haben, die Aufstellung eines Sozialplanes wäre durchaus durchführbar – dafür wären aber vom Land und Bund mindestens 100 Mio DM als Unterstützung erforderlich.

Da liegt es ja wohl auf der Hand, wie dieses „Spielchen“ ausgehen wird.

Die von SPD-Politikern aus Hagen vorgetragene Forderung nach Bildung einer Ruhrstahl AG (nach dem Vorbild der Ruhrkohle AG), ist inzwischen von der Bundesregierung einfach abgelehnt worden. „Ein solcher Zusammenschluß würde die Probleme der Stahlindustrie nicht lösen“ (Staatssekretär Grüner aus dem Wirtschaftsministerium – „Waz“, 14.5.81).

Im Düsseldorf-Landtag schlugen sich SPD und CDU am 13.5. gegenseitig auf die Köpfe. Während die SPD-Regierung – in Übereinstimmung mit der Argumentation der Stahlunternehmen – alle Verantwort-

ung für die derzeitige Lage der Subventionspolitik in anderen Stahlzeugerländern der EG und der Schwäche der EG-Kommission, dagegen etwas zu unternehmen, ansetzte, warfen CDU-Sprecher der Landesregierung vor, Worte, nichts als Worte produziert zu haben, sich nicht stark genug für einen wirklichen Schutz gegen Subventionen der Konkurrenz zu

wehren und ein „gerade Maß Anteil an der Stahlkrise (zu haben), weil sie es verstanden, der Stahlindustrie präventiv Strom aus Kernkraftwerken anzubieten“ („Frankfurter Rundschau“, 14.5.81).

Für die Beschäftigten bei Krupp in Bochum, Hagen und Rhenhausen scheint die Lage düster. Denn außer dem Ruf nach staatlichen Finanz-

rungebeihilfen, dem Ruf nach einer schnellen Entscheidung der EG-Kommission (was angesichts konkurrierender nationaler Interessen äußerst unwahrscheinlich ist) wird nicht ernsthaft um den Erhalt bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze gekämpft.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft/



11000 Krupp-Arbeiter in Hagen (im Bild), Rhenhausen, Bochum und Krefeld beteiligten sich an den Demonstrationen gegen die geplanten Entlassungen.

Großes »Aufräumen« bei der Thyssen-Gießerei

Neben den weit längeren bekannten umfassenden Umstrukturierungsplänen bei Borsig-Dortmund (Hoesch) und dem damit verbundenen starken Verlust von Arbeitsplätzen und den unilangst veröffentlichten Sparmaßnahmen der Krupp-Stahl AG in Bochum und Hagen geht es jetzt auch für viele Kollegen der Thyssen-Gießerei AG ans „Eingemachte“. Die Thyssen-Gießerei AG – das dritte Bein von Thyssen im Bereich der Stahlindustrie neben Thyssen Stahl in Duisburg (vorm. August Thyssen Hütte) und der Thyssen-Industrie – umfasst 10 Werke mit einer Produktpalette von schwerem Stahlguss bis hin zur Fertigung von Schaufeln für Flugzeugturbinen, Verkehrstechnik für schienengebundene Fahrzeuge (z.B. Bundesbahn) etc.

Als wohl einschneidendste Maßnahmen können die Pläne angesehen werden, die in Gelsenkirchen dazu führen sollen, den „Schalker Verein“ mit dem Gießereiwerk Gelsenkirchen so durchzurationalisieren, daß dabei zwischen 1500 bis 2500 Arbeitsplätze dran glauben müssen (die schwankenden Zahlen ergeben sich aus der unterschiedlichen Interpretation der Rationalisierungsmaßnahmen durch IG Metall und Unternehmensvorstand).

Was die geplante Entlassung für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen bedeutet angesichts der überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit in NRW und speziell im Ruhrgebiet (fast 2 % über dem Bundesdurchschnitt), liegt auf der Hand: mittel- bis langfristige Arbeitslosigkeit, da Ersatzarbeitsplätze derzeit nicht vorhanden und auch nicht vorgesehen und Konkret für Gelsenkirchen würde die Entlassung bedeuten, die „unangefochtene Spitzenposition“ der Arbeitslosigkeit zu besetzen. Schon jetzt (Stand Ende April '81) beträgt die Arbeitslosenquote in Gelsenkirchen 8,1 %, „abwärtig mehr als 1900 kurzfristig über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigte ehemalige Arbeitslose die Statistik aufpolieren“ („Waz“, 15.5.81).

Die Werkleitung des „Schalker Vereins“ spricht von „Strukturberichtigung“, um aus den roten Zahlen der letzten Jahre herauszukommen („Waz“, s.o.). Dabei muß als Begründung dienen, daß ihr „selbst“ Konzept gescheitert ist. Mit Städtebauförderungsmitteln (Steuergeldern also) sollte eine Betriebsverlagerung in einen anderen Stadtteil finanziert werden. Thyssen verspricht, dafür beim „Schalker Verein“ eine neue Fertigung und die Produkte der Gelsenkirchener T. von der Henrichshütte in Hettlingen zu übernehmen.

Durch für diese Betriebsverlagerung sind die Mittel der öffentlichen Hand nicht mehr da: die Werkleitung und Thyssen waschen ihre Hände in Unschuld – der „schwarze Peter“ wird somit Politikern, der Landesregierung und der allgemeinen Finanzschwäche von Bund und Land zugeschoben. Erschwerend kommt hinzu, daß Gelsenkirchen trotz höchster Arbeitslosigkeit nicht in die 20 %ige Förderung von Gemeinschaftsaufgaben des Bundes aufgenommen wurde.

Nichtdestotrotz sieht es so aus, daß derzeit anderes angestrebt wird, als eine finanzielle Förderung über ein Sonderprogramm von Bund und Ländern. Dazu ist eine „ständige Thyssen-Konferenz der Stadt Gelsenkirchen“ eingerichtet worden. Daß die Politiker den betroffenen Beschäftigten hier Sand in die Augen streuen, liegt auf der Hand. Helmut Schmidt hat unmißverständlich erklärt, daß „wer Geld für die Stahlindustrie fordert, sagen müssen, wo man es an anderer Stelle im öffentlichen Haushalt einsparen will“ („Faz“, 18.5.81). Beim Bund ist somit offensichtlich nichts zu holen. Stattdessen schlägt Helmut Schmidt vor, im Ruhrgebiet „nun endlich neue Kohle- und Kernkraftwerke zu bauen“ („Faz“, s.o.).

Und so soll in den anderen Werken der Thyssen-Gießerei AG „durchgezogen“ werden – Werk Oberkassel/Düsseldorf Stilllegung beschlossen, 300 Beschäftigte werden entlassen.

Bergische Stahlindustrie/Remscheid. Schließung der Gießerei und Putzerei bis Ende '81, betroffen zwischen 60 bis 100 Kollegen.

Werk Meiderich/Duisburg: Produktion von Kokillen, Eisen- und Stahlgußwalzen: Bedingt durch das Vordringen des Stranggußverfahrens werden die Absatzschwierigkeiten zum Herunterfahren der Monotonanlage und zu Entlassungen führen.

Friedrich Wilhelm Hütte Mülheim. Runterfahren der Monotonanlage von 1100 auf 800 Monotonen, entsprechende Reduzierung der Belegschaft ca. 200 sind geplant. Da aber gleichzeitig die BSI/Remscheid auf dem Gebiet der Fahrzeugtechnik zu Einstellungen gezwungen ist, sollen aus Mülheim ca. 50 Beschäftigte dorthin ausgeliehen werden.

Die übrigen Werke des Gießereibereichs, Bochum, Moers, Viersen und Hattingen sind bis jetzt von Rationalisierungen und Entlassungen nicht betroffen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft/

Krach bei Stahlkapitalisten

Mit großer Mehrheit hat der Vorstand der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl die Klöckner Werke Duisburg aus dem Verband ausgeschlossen. Hintergrund dieses Ausschusses ist die ganz auf das eigene Unternehmen konzentrierte Produktionspolitik der Klöckner Werke.

Deshalb kam dieser Schritt auch nicht überraschend. Schon im Herbst 1980 hatten die Klöckner-Werke auf eigenes Betreiben ihre Mitgliedschaft suspendieren lassen, um damit gegenüber der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl um die monatlich fälligen Meldungen der Produktionsziffern herumzukommen.

Den Ausschluß letztendlich ausge-

löst hat die konstante Weigerung der Klöckner-Werke, sich an die von der EG-Kommission erlassene Quotenregelung zu halten. Hier forderte Klöckner eine um 100.000 Jahres-tonnen höhere Quote und begründete dies mit der notwendigen Lebensfähigkeit der Bremer Hütte an der Unterweser. Dementsprechend hat sich Klöckner in den vergangenen Monaten nie an die von Brüssel vorgelegte Quotenregelung gehalten.

Gerade auf dem Gebiet der Warmbreitbandproduktion gibt es auf dem europäischen Markt zwar große Konkurrenz, die westdeutschen Stahlhersteller hatten sich aber nur zähneknirschend der EG-Quotenregelung

unterworfen und hofften, daß der Geltungszeitraum nicht über den 30.6.81 hinaus verlängert werden würde.

Klöckners Alleingang soll nun als Begründung dafür herhalten, „daß für diese Produktgruppe die unerwünschte emittierte Quotenregelung über den 30. Juni hinaus erhalten bleibt“ („Waz“, 15.5.81).

Abzuwarten bleibt, ob nach dem Ausschluß aus dem Verband die geballte Konkurrenz den Klöckner-Werken das „Leben schwer machen“ wird.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft/

Betriebsrenten bei AEG um zwei Drittel gekürzt!

Über 10.000 Beschäftigte im AEG-Telefunken-Konzern mußten 1980 ihren Arbeitsplatz einbüßen. Erfolgreicher AEG-Senator war der neue Vorstandschef Dürr. Er hat sich jetzt eine neue Sanierungsvariante für den Weltkonzern einfallen lassen: dafür, daß künftig „nur“ noch 5000 weitere Beschäftigte entlassen werden, müssen „die Mitarbeiter, die im Konzern bleiben wollen, ... einen Beitrag zum Überleben des Konzerns leisten“ (Dürr in „Die Zeit“, 15.5.), 4,3 Milliarden DM sollen in den nächsten 10 Jahren bei den Betriebsrenten eingespart werden. Die Betriebsrenten, die zukünftig erworben werden, sollen um zwei Drittel gekürzt werden. Es ist meißer, daß über Rentenkürzung von den Arbeitern und Angestellten die Verringerung des Einkommens bewirkt werden soll (ohne daß es hierfür allerdings Garantien gibt). AEG liefert damit quasi ein Muster für den Staat, wie der zukünftig mit der Rentengestaltung umzugehen habe. Wie aus der Presse verlautet, soll der Gesamtbetriebsrenten der Maßnahme zugestimmt haben, ohne daß überhaupt die Einzelgehälter angesetzt wurden.

Weitere 5000 Beschäftigte sollen ihren Arbeitsplatz verlieren. Vornehmlich betroffen sind die Werke: – AEG Telefunken West-Berlin und Hannover (im Berliner Werk soll die Hi-Fi-Tunerproduktion und die Verstärkerproduktion eingestellt werden), – die geplante Gefriertruhenfabrik in Mainz-Kastell, – in den Drais-Werken in Pforz und West-Berlin die Serienproduktion.

Des weiteren soll das Werk Leuz (AEG-Büromaschinen-Tochter Olympia) auf 450 reduziert werden, das Wilhelmshavener Werk steht „zur Diskussion“. In diesem Fall hat das Land Niedersachsen – vertreten



Leuz (Ostfriesland): 1800 Beschäftigte von Olympia protestierten am 12.5. gegen die Entlassungspläne des AEG-Konzerns. Dabei besetzten sie demonstrativ eine Straßenkreuzung und belagerten das Rathaus.

durch Wirtschaftsministerin Breuel – finanzielle Mittel für die Sanierung zugesagt. Beim Neubau des West-Berliner Videowerks wird der Senat Millionenbeträge zuschießen („Die Zeit“, 8.5.81).

Durch Investitionen, die wie im Vorjahr mit rund 500 Mio DM angesetzt sind, will Dürr auch in diesem Jahr „eine im Vergleich zur Branche überdurchschnittliche Produktivität erreichen“.

Die Vernichtung von über 10.000 Arbeitsplätzen im letzten Jahr ist es zuzuschreiben, daß das „AEG Management für 1980 auf eine Produktivitätssteigerung pro Beschäftigten von 10 % im Inland verwirren kann“ („FR“, 12.5.81).

Doch damit nicht genug! Für wei-

tere Rationalisierungen und Umstrukturierungen wird neues Kapital benötigt. Im Gespräch ist eine Kooperation mit einem kapitalkräftigen Partner.

Den Eintrittspreis für diesen Zusammenschluß sollen – wie auch bei anderen Zusammenschlüssen – die Beschäftigten von AEG durch die Rentenkürzung zahlen. Sie gilt für 67.500 Beschäftigte bei AEG, 7000 bei Telefunken und 2000 bei Kanu.

Wird das Vorgehen bei AEG zu einer neuen „Mode“?

Auch der Zusammenschluß Grundig/Philips zog eine geringfügige Senkung der Betriebsrente der Grundig-Beschäftigten nach sich.

KB-Gruppe Nürnberg

Betriebsrätewahlen 1981

Bayer Leverkusen:
Starke Verluste für
die Opposition

Im neunundvierzigköpfigen Bayer-Betriebsrat wird die von einer Minderheit weitergeführte oppositionelle Liste nur noch mit vier Sitzen (bisher 10) vertreten sein. Mit 33 Sitzen erhielten die Kandidaten der offiziellen IG-Chemie-Liste erneut die Mehrheit (1978: 31). Die 49 Betriebsratsitze teilen sich insgesamt 14 Listen: 60 Prozent der Beschäftigten beteiligten sich an der Wahl.

Die starken Stimmenverluste der Opposition waren vorprogrammiert. Unmittelbar vor der BR-Wahl hatte sich die Liste „Gewerkhafter für einen besseren Betriebsrat“, die bei der Wahl 1978 auf Anhieb 10 von 49 Sitzen erreichte, gespalten. Die Mehrheit beschloß zur IG Chemie zurückzukehren, um hier eine konstruktive Politik zu versuchen. Die Minderheit gründete eine neue Oppositionsliste „Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit“.

Ausschlaggebend für den Wechsel der Mehrheit war wohl, daß der umstrittene BR-Vorsitzende Weber auf den Posten des Chefs der Betriebskrankenkasse gewechselt war.

Allerdings gibt es bisher keine Anzeichen dafür, daß mit dem Ausscheiden von Weber auch eine Klimaverbesserung verbunden ist. Nach wie vor wird die Opposition vollkommen ausgeschaltet, woran sich zukünftig kaum etwas ändern dürfte.

Schlecht weggekommen sind die ehemaligen Oppositionellen außerdem bei der Listenaufstellung. Lediglich ein Übergetretener erhielt einen aussichtsreichen Listenplatz.

Zu beklagen ist jetzt zusätzlich noch, daß der 1978 am IG Chemie Beschwerdeausschuß gescheiterte Gewerkschaftsausschuß gegen die geschwächte Liste erneut versucht wird.

Bayer/Leverkusen/Gesamtergebnis

Liste	Stimmen
IG Chemie	11.848 (10.237)
DAG	2.264 (1.429)
Durchschaubarer BR	1.482 (3.548)
Christl. Gew.	1.137 (313)
Sonstige Splitterlisten (5)	2.163 (1.132)

Sitze	Sitze Arbeiter	Angestellte
23 (31)	18	15
6 (4)	-	6
4 (10)	2	2
2 (1)	1	1
4 (3)	3	1

in % die Bruchteile 1978

4 (10)	2	2
2 (1)	1	1
4 (3)	3	1

in % die Ergebnisse 1978

14 Ausschlußverfahren
gegen
Kollegen von
Adler/Ffm

Auf Antrag des Betriebsratsvorsitzenden und des Sprechers der Vertrauenskörperleitung von Adler/Triumph hat die Frankfurter Ortsverwaltung ein Ausschlußverfahren gegen 14 überwiegend ausländische Kollegen eingeleitet. Den Kollegen wird gewerkschaftsschädigendes Verhalten bei der BR-Wahl vorgeworfen, weil sie auf einer eigenen Liste „Gewerkhafter für saubere und kämpferische Interessenvertretung“ kandidierten.

Fünf ausländische Kollegen der oppositionellen Liste waren schon 1978 mit insgesamt 6 Sitzen in den Betriebsrat eingezogen. Mit Zustimmung der IGM-Betriebsratsmehrheit war danach der Listenführer Franco Valdes gekündigt worden. Er konnte jedoch 15 Monate später aufgrund eines erfolgreichen Gerichtsurteils in den Betrieb zurückkehren.

Beeinflußt durch lange Phasen von Kurzarbeit und Abfindungsaktionen in den Bereichen, wo die Liste den stärksten Einfluß hat, sank der Anteil der Liste auf vier Sitze.

Das Ausschlußverfahren war schon während der Wahl eingeleitet und dementsprechend ausgeschaltet worden. Alle erhielten ein sofortiges Funktionsverbot. Davon betroffen ist sogar eine Kollegin, die als Betriebsrätin mit einer Gruppe von IG-Metall-

innen aus der Lohngruppe 2 einen Prozeß für gleichen Lohn führt. Der erste Bevollmächtigte der IGM hat weiter angekündigt, daß gegen alle Kandidaten auf oppositionellen Listen Untersuchungsverfahren eingeleitet werden. Bei gleichzeitiger Schonung sozialpartnerschaftlich eingestellter Gewerkschaftsmitglieder versteht sich.

So weigert sich die Ortsverwaltung, etwas gegen acht IG-Metaller, davon drei Mitglieder der Vertreterversammlung, zu unternehmen, die mit einem üblichen Heftzettel bei der Firma Teves gegen elf mit ihnen gemeinsam auf der IGM-Liste kandidierende Kollegen Wahlkampf gemacht haben.

Nach der Wahl haben es diese Leute sogar fertig gebracht, in Absprache mit der DAG einen Kandidaten dieser Gewerkschaft zum Be-

Von diesem Stimmenrückgang haben offensichtlich eine neuangestretene Liste der Akademischen Angestellten und eine rechte (chemie-)Liste um den langjährigen BR-Fürsten Pattuch profitiert. Ebenso wie die offizielle Chemie-Liste konnte die Spallerliste sechs BR-Mandate erringen. Bisher hatte die IG Chemie insgesamt neun Sitze.

Eine mit ehemaligen IG Chemie Mitgliedern bestehende Liste „Kontra“ erhielt sowohl bei den Arbeitern als auch bei den Angestellten jeweils einen Platz. Alle übrigen Sitze im Arbeiterbereich gingen an die IG Chemie.

Vom gewerkschaftlichen Vertrauensgremium ist mittlerweile ein Ordnungsverfahren mit dem Ziel eines Funktionsverbots gegen die rechte IG Chemie-Liste „Gemeinsam“ beantragt worden.

Protest gegen
Gewerkschaftsausschlüsse
bei Daimler/Bremen

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Im Mai 1981

Wir wenden uns an Euch mit der Bitte, Euch dafür einzusetzen, daß völlig ungerechtfertigte Ausschlußverfahren aus der IG Metall gegen 6 Kollegen bei Daimler-Benz, Bremen eingestellt werden.

Gegen die Kollegen läuft ein Ausschlußverfahren und von der Bremer Ortsverwaltung wurde gar das Ruhen ihrer Rechte und Pflichten als IG Metall-Mitglieder beschlossen. Und das, nachdem die Kollegen in der Personlichkeitswahl bei Daimler-Benz, wo ca. 96 % der Belegschaft IG Metall-Mitglieder sind, fast ein Viertel der Stimmen erhielten. (Im einzelnen erhielten die Kollegen F. 1.119, W. 1.068, H. 1.032, D. 1.025 Stimmen und wurden in den neuen Betriebsrat gewählt. Die Kollegen G. und A. erhielten 975 und 817 Stimmen.)

Bei der Betriebsratswahl '81 haben die Kollegen ihre Vorstellungen über die zukünftige Betriebsratspolitik der Belegschaft in einem Arbeitsprogramm schriftlich vorgestellt und ihre Listenplätze bekannt gegeben. Vor allem haben sie sich verpflichtet, die Belegschaft besser und schriftlich zu informieren, als es der alte Betriebsrat getan hatte. Und sie haben sich verpflichtet, keine Maßnahmen des Unternehmens und keine Betriebsvereinbarungen ohne Zustimmung der betroffenen Kollegen zuzustimmen. Ihre Vorstellungen konnten die Kollegen der Belegschaft im Werk erst bekannt machen, nachdem sie sich gegen ein Verbot ihres Arbeitsprogramms durch den Unternehmer mit Hilfe des Arbeitsgerichts durchgesetzt hatten.

Das Ruhen der Rechte und Pflichten als IG Metall-Mitglieder ist eine Verurteilung der 6 Gewerkschafter und macht deutlich, daß man gewillt ist, gegen sie mit aller Härte vorzugehen. Dabei ist ihnen in keiner Weise ein gewerkschaftsschädigendes Verhalten vorzuwerfen oder gar nachzuweisen. Daß die Kollegen ihre Vorstellungen der Belegschaft schriftlich mitgeteilt haben und so für sich geworben haben, ist ein durchaus legitimes und auch in anderen Bremer Betrieben übliches Mittel der Wahlwerbung eines jeden Kandidaten zu den Betriebsratswahlen.

Ebenfalls vorgeworfen wird den Kollegen, daß sie sich nicht nur zur Betriebsratswahl schriftlich an die Kollegen ihres Werkes gewandt haben, sondern in einem Kollegenkreis im Werk mitarbeiten, der seit 1978 die Belegschaft mit einem Info unter der Bezeichnung „IGM-Kollegen von Daimler informieren“ informiert und versucht, aktiv zur Verbesserung der Lage der Arbeiter im Werk beizutragen.

Auch dies kann nicht verurteilt werden. Es ist doch zu begrüßen, wenn sondern in einem Kollegenkreis im Werk mitarbeiten, der seit 1978 die Belegschaft mit einem Info unter der Bezeichnung: „IGM-Kollegen von Daimler informieren“ informiert und versucht, aktiv zur Verbesserung der Lage der Arbeiter im Werk beizutragen.

Auch dies kann nicht verurteilt werden. Es ist doch zu begrüßen, wenn sich Gewerkschafter in ihrer Freizeit treffen, ihre Probleme diskutieren und mit einem Info ihre Kollegen informieren und versuchen, das gewerkschaftliche Leben in ihrem Betrieb zu beleben.

Von der Bremer Ortsverwaltung wurde kein Beweis für das angeblich gewerkschaftsschädigende Verhalten der Kollegen vorgelegt. Außerdem muß sich die Ortsverwaltung fragen lassen, warum sie nicht früher eingegriffen hat. Warum sie jetzt eingreift, nachdem die Kollegen wegen ihrer Arbeit von den Kollegen ihres Werkes gewählt wurden?

Kolleginnen und Kollegen, wir fordern Euch auf:

Durch Eure Unterschrift, durch Resolutionen und durch Eingaben bei der Bremer Ortsverwaltung darauf einzuwirken, daß die Verfahren gegen die 6 Kollegen eingestellt werden.

Name	Gewerkschaft/Funktion	Unterschrift
Solidaritätserklärungen, Stellungnahmen usw. senden an:		
Willy Elmars, Schreiberstr. 8, 2800 Bremen		
ferner an: IG Metall Ortsverwaltung, Vertrauenskörperleitungen Bremer Großbetriebe, die Presse		

betriebsratsvorsitzenden zu wählen, um einen fortschrittlichen, der DKP nahestehenden Metalller abzublocken.

Schering West-
berlin:
Funktionsverbot
gegen rechte
Spallerliste
beantragt

Bei den Angestellten mußte die DAG Stimmenverluste hinnehmen und von bisher sieben Sitzen vier abgeben.

Der Verwaltungstellenvorstand, der sich bisher um eine klare Stellungnahme gedrückt hat, will sich im Juni mit dem Antrag befassen. Dadurch, daß die rechte Gewerkschafter den engeren Kontakt zur Verwaltungsteile als die Vertreter der offiziellen Liste haben, behält sich eine Auseinandersetzung an, die noch spannend werden kann.

Opel Rüsselsheim:
Stimmengewinne
für die IG Metall

Erhebliche Stimmengewinne erreichte bei den BR Neuwahlen bei Opel Rüsselsheim die IG Metall. Die IGM

steigerte ihren Stimmenanteil von 69,3 Prozent vor drei Jahren auf nunmehr 78,8 und wird damit zukünftig 42 der insgesamt 49 Betriebsratsitze einnehmen.

Die DAG verlor von ihren drei Sitzen einen. Die Besonderheit bei Opel liegt für die DAG darin, daß sie zwar keinen Angestelltenvertreter im BR hat, dafür aber zwei Vertreter im Arbeiterbereich.

Aufmerksamkeit erregte auch die Wahl eines Arbeitnehmervertreters in den Opel-Aufsichtsrat. Mit Hilfe von Abwechslern aus der IG Metall brachte die DAG einen Vertreter durch.

Wie bisher erhielt der CMV vier Sitze im neuen Betriebsrat. Von den übrigen Listen konnte nur eine Türken-Liste mit einem Bewerber in den BR einziehen.

Nicht mehr vertreten ist im Opel-Betriebsrat die „RGO“. Auf dieser Liste, die von dem bisherigen „RGO“-Betriebsrat Atila Özgür angeführt wurde, hatten vier Kollegen kandidiert.

Daimler-Benz,
Sindelfingen:
BR-Wahl
angefochten

Vor dem Arbeitsgericht in Stuttgart haben vier Arbeiter von Daimler-Benz Klage gegen den Wahlvorstand erhoben. Dem Wahlvorstand wird vorgeworfen, die Kandidatur des jugoslawischen Bandenleiters Kostadin Getov rechtswidrig verhindert zu haben.

Der Wahlvorstand hatte zwei von Getov eingereichte Listen wegen angeblich unleserlicher Stützunterschriften und unauffindbarer Unterstützer nicht anerkannt. In beiden Fällen wurde zudem die zur Korrektur von Mängeln vorgesehene Nachfrist nicht eingeräumt. Hinzu kommt, daß die vorgeschriebene unverzügliche Prüfung bis zum letzten Tag der Annahmefrist hinausgezögert wurde.

Stattdessen versuchten Mitglieder des Wahlvorstands mit massiven Beeinflussungen und offenen Drohungen die beschäftigte Kandidatur zu verhindern. Zu diesem Zweck suchten zwei Vertreter des Wahlvorstands und gleichzeitig IGM-Kandidaten das Ausländer-Wohnheim Niederwesen auf, um in Einzelgesprächen die Arbeiter zur Rücknahme ihrer Unterschrift zu bewegen.

Der von den vier Arbeitern beauftragte Rechtsanwalt Schimuch ist jedenfalls recht zuversichtlich: „Die Beweisaufnahme wird ergeben, daß Unlauterkeit allein dem Wahlvorstand vorzuwerfen ist.“ Der erste Gerichtstermin wurde auf den 7. Juli jedenfalls recht zuversichtlich: „Die Beweisaufnahme wird ergeben, daß Unlauterkeit allein dem Wahlvorstand vorzuwerfen ist.“ Der erste Gerichtstermin wurde auf den 7. Juli festgesetzt.

ÖTV-Pleite in
einem Essener
Krankenhaus

64% der Stimmen erhielt eine „Freie Liste“ bei der Betriebsratswahl der Krankenschwestern der DRK-Schwwesternschaft – 36 % die Liste der ÖTV. Von den 500 Schwestern beteiligten sich allerdings nur 24 % an der Wahl.

Die bisherige Betriebsratsvorsitzende Margret Prouß hatte aktiv an der Entwicklung einer „Gewerkschaftsarbeit“ unter den Schwestern und vor zwei Jahren erstmalig an der Bildung eines Betriebsrates mitgewirkt. Als am 12. Februar auf einer Mitgliederversammlung der ÖTV die Liste für die Betriebsratswahl aufgestellt wurde, erhielt Margret Prouß den Listenplatz 1 unter 12 Kandidatinnen.

Am 24. Februar wurde sie beim ÖTV-Geschäftsführer Urbanaki (SPD-Oberbürgermeister von Herne) vorgeladen. Grund: Die Kandidatur von Margret für die „Volksfront“ zu den Bundestagswahlen 1980.

Am 13. März stellte der ÖTV-Kreisvorsitzende einen Ausschlußantrag aus der ÖTV-Liste. Prompt wurde sie von der ÖTV-Liste gestrichen, obwohl bereits Unterschriften für die Liste gesammelt wurden. Auf einer anschließenden Versammlung der Kandidatinnen solidarisierte sich die Mehrheit mit Margret, vier Kolleginnen verblieben auf der ÖTV-Liste, die übrigen acht bildeten die „Freie Liste“. Eine aktive Kollegin der „Freien“ wurde neue Betriebs-

ratsvorsitzende, Margret verzichtete aus persönlichen Gründen auf diesen Posten und wurde ihre Stellvertreterin (Nach: Roter Morgen, 22.5.81).

ÖTV: Ausschluß
wegen
„Volksfront“-
Mitgliedschaft

Bereits im November 1980 hat offensichtlich der DGB-Bundesvorsitzende die Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf die „Volksfront“ ausgedehnt. Am 28./29. Januar 1981 übernahm der ÖTV-Hauptvorstand diesen Beschlusses und wandte ihn erstmals gegen die VK-Vorsitzende in einem Duisburger Krankenhaus an (AK 196).

Am 5. Mai beantragte die ÖTV-Kreisverwaltung Karlsruhe gegen das Tarifkommissionsmitglied Harald L. ein Ausschlußverfahren wegen „Volksfront“-Kandidatur für die Bundestagswahlen.

Am 13. März wurde aus dem gleichen Grund gegen die Betriebsratsvorsitzende der DRK-Schwwesternschaft in Essen von der ÖTV-Kreisverwaltung ein Ausschlußantrag gestellt (siehe dazu den Artikel zur BR-Wahl).

Kurios ist nun, wie die ÖTV-Kreisverwaltung Essen in ihrem Mitgliedsrundbrief das Ausschlußverfahren gegen eine Kandidatin der „Volksfront“ gegen Reaktion und Fachismus erläuterte. „Aufgrund der Unvereinbarkeit bei der Mitgliedschaft und der fehlenden Bereitschaft der Kollegin Prouß, sich von der 'Volksfront' zu distanzieren...“

Warum die „Volksfront“ unter die Unvereinbarkeitsbeschlüsse fällt, werden wir in einer späteren Mitgliederversammlung darlegen. Damit nicht der Eindruck entsteht, die Gewerkschaft ÖTV sei für Faschismus und Krieg, gegen Freiheit, Frieden und Abrüstung. Die Gewerkschaften des DGB und ihre Vorgänger waren immer Kämpfer für Frieden und Freiheit. Unabhängige Gewerkschaften sind Garant für Demokratie.“

So mutig mit vielen Worten rumgeschwafelt, ohne eine einzige ernsthafte Begründung für einen Gewerkschaftsausschluß darzulegen, heißt es weiter: „... und Gewerkschafter haben als Konsequenz aus den Erfahrungen mit dem Faschismus und seiner Entstehung die wohl größte Errungenschaft der Arbeiterbewegung geschaffen: die Einheitsgewerkschaft.“

Dieser ÖTV-Bürokrat hat seine Schwefel-Lektion gelernt. Warum allerdings ein Mitglied einer antifaschistischen Organisation deshalb aus der ÖTV ausgeschlossen werden soll, weiß immer noch keiner!

Es ist höchste Zeit, die Ausschlußpraxis offen in den Gewerkschaften zu diskutieren, wenn jetzt die ÖTV offensichtlich allein aufgrund der Bundestagswahlkandidatur wieder zu solchen Unterdrücker-Methoden greift. (Zitate aus: Roter Morgen, 22.5.81).

Berichtigung
zu AK 201

Auf den Betriebs- und Gewerkschaftslisten in AK 201 sind uns zwei Verdrümmungen unterlaufen. 1. Im Artikel „Reallohn-Abbau ohne Probleme“ (Seite 32) ist eine Lohnabelle abgedruckt: es handelt sich um die Löhne im Tarifgebiet Nordhain/Nordwürttemberg, die Tabelle haben wir der „KVZ“ entnommen. Der Hinweis ist wichtig, weil sowohl die Lohnhöhe, als auch die Zahl der Lohngruppen in den einzelnen Tarifgebieten unterschiedlich sind.

2. Beim Artikel „Tauschen um Patekowlki-Nachfolger“ (Seite 35) ist die Quelle vergessen worden. Der Artikel stammt aus dem „Göttinger Stadtblatt“ vom Mai 1981. Außerdem ist in diesem Komplex einiges verrutscht. Der kleine Artikel „Neues aus der IG-Chemie“ sollte der Voraussetzung zum vorgenannten Artikel sein, die abgedruckte „Entscheidung“ ist von den Delegierten der Verwaltungsteile der IG-Chemie Hannover-Münden einstimmig angenommen worden.

Wir bitten um Entschuldigung.

B & G - Kommis

Seine gegen Kaffeegeschäfte, wenn sie überhaupt etwas bewirken, können dieses schwierige und geduldige, aber einzig wirksame Bemühen nur behindern. Sie treffen den salvadorianischen Kaffeearbeiter direkt vor den Kopf.

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Carter geknüpft und für Reagans Wahl zum Präsidenten gearbeitet.

Die ersten Kontakte zwischen Guatemala und dem Reagan-Team waren indirekter Natur. Die „Amigos del País“ engagierten die US-Beraterfirma Deaver & Hannaford für die Schaffung einer guatemalafreundlichen Stimmung in den USA und im Reagan-Team. (Die Firma hat Erfahrungen mit ähnlichen Aufträgen aus Taiwan und Argentinien). Die Wahl dieser Firma hat aber noch einen wichtigeren Grund: Michael Deaver und Peter Hannaford waren Inhaber hoher Posten im Reagan-Wahlkampfmannschaft. Sie schrieben seine Abhandlungen, Erklärungen, seine Radioprogramme und jura halschen Kolonnen. Die Firma de montierte natürlich energisch, daß der guatemalteke Auftrags etwas mit ihrer Funktion im Reagan-Wahlkampf zu tun habe. Deaver: „... obwohl die Ansichten Reagans mit den Interessen der guatemalteken Geschäftsteile übereinstimmen, ist dies nicht auf eine Anstrengung unterwirte zurückzuführen... Reagan hatte bereits eine sehr solide und positive Meinung diesem Land gegenüber, lange bevor unsere Firma kontaktiert wurde.“

Zu den Führungsmitgliedern der „Amigos del País“ gehört auch Roberto Alejos Arzu, dessen Firma 1961 als Trainingslager für die Invasionstruppen der CIA auf Kuba diente.

Auch die „Guatemalan Freedom Foundation“ gehört zu den Organisationen, die sich um ein gutes Verhältnis zwischen Guatemala und Reagan bemühen. In ihrem Vorstand befindet sich John Trotter. Er ist der ehemalige Lizenzträger von Coca-Cola in Guatemala, der für die Morde an den Aktivisten der Coca-Cola-Arbeitergewerkschaft verantwortlich ist (vgl. AK 192).

Weiterhin sind folgende US-Organisationen von Guatemala unterstützt worden: „Young Americans for Freedom“, „Heritage Foundation“, „Moral Majority“ und „American Conservative Union“. Weiterhin wurde vor einem Jahr eine deunköpfige US-Sensationsdelegation in Guatemala empfangen.

Mitglieder von Reagans Beraterstab reisten nach Guatemala, darunter Roger Fontaine, General Daniel Graham, Beiden Bell und Richard Allen.

Direkte Kontakte liefen über einen engen Vertrauten der Herren Horn und Menne, nämlich über ihren Mitdirektor der „Amigos del País“ Eduardo Carrete. Reagan traf ihn im Sommer '80 zum Meinungsaustausch.

Vier Punkte wurden im wesentlichen zwischen der Reagan-Administration und den herrschenden Kreisen Guatemalas ausgehandelt:

1. Waffen- und Munitionverkäufe werden wieder aufgenommen
2. Das Pentagon-Training für die Armee und Polizei wird wieder aufgenommen, insbesondere in Techniken für Gerändetraining, Logistik und Verhöre (also Folter!).

3. Die US-Kritik an den Todeschwadronen wird zurückgenommen

4. Es wurde die Hoffnung geweckt, daß militärisch interveniert würde, wenn der Volksaufstand sich weiterentwickelt und das Regime bedroht (nach „Guatemala Nachrichten“, 1/81, und „LAN“, 91, März 81).

Nach Wiederherstellung ausgezeichneten Beziehungen zur US-Regierung wird jetzt zugleich für das Land und sein Image geworben. Nicht nur aus Gründen der demokratischen Fassade, sondern vor allem um den Tourismus (zweitwichtigster Wirtschaftsfaktor Guatemalas) wiederzubeleben. Dazu wurde eine weltweite Werbekampagne bei dem US-Konzern Needham & Grohmann in Auftrag gegeben. Insbesondere in den USA, in Canada und in Europa soll für das „Land des ewigen Frühlings“ geworben werden. In der BRD startete Guatemala schon 1979 eine Werbekampagne ganz besonderer Art: Da in bundesdeutschen Blättern immer noch zuviel über die wahren Verhältnisse in Guatemala zu finden war, wurden vom guatemalteken Tourismusministerium gemeinsam mit den „Amigos del País“ und der „Handelskammer“ ausgewählte Journalisten eingeladen. (u.a. Horst Buber: „Die Zeit“, Hans-Jürgen Mahke: „Die Welt“, Joseph Gabor: Iberoamerika-Verein Hamburg; Wilhelm Allgeier dpa; Ewald Stein: „Handelsblatt“). Empfangen wurden die Gäste u. a. vom Arbeitsminister, vom stellvertretenden Verteidigungsminister und von Präsident Lucas Garcia. Mit den nach der Reise von den Journalisten produzierten Artikeln können die Gastgeber zufrieden sein. Da war dann wieder zu lesen vom Terror der Rechten und Linken, dem sich die Regierung verzweifelt zu erwehren sucht („LAN“, Nr. 91).

Das wichtigste Standbein der guatemalteken Wirtschaft, der Kaffee, im Gegenstand der Boykottkampagne, die die BRD-Solidaritätsbewegung vom 1. - 3. Juni durchführt.

Wer weiß schon, daß die BRD nach den USA der zweitgrößte Importeur guatemalteken Kaffees ist, daß auf Kaffee in Guatemala eine 30%ige Exportsteuer erhoben wird, aus der die Faschisten über 40 % ihres Haushaltes finanzieren.

Wer weiß schon, daß Tchibo, Aldi und Eduscho Kaffee aus El Salvador und Guatemala einführen, daß 85 % des guatemalteken Kaffeebaus von ausländischen Konzernen kontrolliert werden, wie z. B. der Hamburger Importfirma Rothfos, daß die Fedecocagu, eine Organisation, die auf genossenschaftlicher Basis einen alternativen Kaffeebau betreibt, 5 Jahre auf ihre Exportgenehmigung warten mußte, und daß die Mitglieder dieser Organisation oftmals auf den Abschußlisten der Militärs zu finden sind („FR“, 11.3.81).

Lateinamerika-Kommission

SOHYO auf dem Weg zur Regierungsgewerkschaft

Die alljährliche Lohnrunde, in Japan Frühjahrslohnoffensive genannt, wurde zumindest bis Mitte der 70er Jahre immer von der SOHYO angeführt. Die SOHYO ist mit über 4,5 Mio. Mitgliedern (37 % aller organisierten Arbeitnehmer) die größte Dachorganisation der Einzelgewerkschaften und steht der Sozialistischen Partei JSP nahe. Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes beherrschen die SOHYO zu etwa 80 %. Die SOHYO zeichnete sich bisher durch ihre klassenkämpferischen Positionen und ihr z.T. auch militantes Auftreten aus. Spätestens in diesem Jahr wurde deutlich, daß die Frühjahrslohnoffensive von den maßhaltenden, partnerschaftlichen Positionen der rechtstehenden Gewerkschaftsverbände DOMEI bestimmt wird, die der DSP („Demokratische Sozialisten“, die sich wenig von der regierenden LDP unterscheiden) nahesteht, und der JC (überwiegend Metallarbeiter). Dies schlug sich vor allem in den Lohnforderungen nieder. Vorausgegangen war die Bildung einer „Einheitsfront“ durch die Führung der vier großen Gewerkschaftsdachverbände SOHYO, DOMEI, JC und CHURITSU ROREN.

Die gemeinsame Lohnforderung der Einheitsfront in diesem Jahr lautete 10 % mehr, die bisher vorliegenden Abschlüsse deuten dagegen auf durchschnittlich nicht mehr als 7,5 % hin (Stahl: 7 %, Automobil, Elektro 8 %, Öffentlicher Dienst: 7,6 %). Diese Tarifabschlüsse haben jedoch so gut wie keine Lenkungsfunction für die 80 % der in Klein- und Mittelbetrieben arbeitenden Bevölkerung. Hier liegen sowohl die Erhöhungen als auch das Lohnniveau erheblich niedriger als in den Großbetrieben, für die der o.g. Abschluß gilt. Demgegenüber lag die Inflationsrate im vergangenen Jahr bei 8 %. Da auch kein Inflationsausgleich für die Tarifvertragsklausel erzielt worden ist, wird die reale Verschlechterung der Löhne 1981/82 sehr hoch ausfallen.

Schon im Kalenderjahr 1980 waren die Reallohn um 1,5 % gesunken. Ferner stehen Steuererhöhungen an, die im Durchschnitt 15 000 Yen (rund 150 DM) pro Kopf der Bevölkerung ausmachen werden. Das ist genau der Betrag der diesjährigen Lohnsteigerungen! Schließlich muß festgestellt werden, daß die starke Erhöhung der Arbeitsproduktivität um etwa 10 % eine nominale Lohnsteigerung um knapp 20 % (unter Berücksichtigung der Inflationsrate) ermöglicht hätte, ohne die Unternehmensgewinne anzugreifen. Stattdessen konnten die Gewinne im vergangenen Jahr verbuchen.

An der gemeinsamen 10 %igen Lohnforderung machte sich an der Gewerkschaftsbasis vor allem in der SOHYO eine spürbare Unzufriedenheit bemerkbar. So wurde beispielsweise auf dem 62. außerordentlichen Gewerkschaftskongress der SOHYO im Februar dieses Jahres von mehreren Rednern starke Kritik geübt. Die Antwort des Generalsekretärs der SOHYO Tomozuka war mehr als eine Veranschöpfung: „10 % bzw. 20 000 Yen (rund 200 DM, Anm. AK) ist nur die Minimalforderung, und wir werden hartnäckig auf der Durchsetzung des vollen Betrages beharren“ („Rodo Joho“, Nr. 88). Was daraus wurde, ist, daß der Höhepunkt der Frühjahrslohnoffensive, nämlich der



Arbeiter der DORO-Chiba im Streik zur Unterbindung des Treibstofftransports zum Flughafen Narita (am 6.3.1981)

Streik der Nationalen Eisenbahnergewerkschaft KOKORO diesmal ausblieb. Überdies ging der „Lohnkampf“ der KOKORO (Dachverband der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst und bisher kämpfster Flügel und Hauptkraft in der SOHYO) zum ersten Mal in 17 Jahren ohne Streik zu Ende.

Somit hat sich der Wunsch der japanischen Regierung, der Unternehmer und der gelben Gewerkschaftsführer nach einer „Frühjahrslohnoffensive ohne Streik“ praktisch erfüllt. Der einzig bedeutsame Streik wurde von rund 300 Arbeitern/innen der privaten Eisenbahnergewerkschaft der Keisei-Linie (SOHYO zugehörig) am 22./23. April durchgeführt, nachdem die Kapitalisten eine Lohnerhöhung abgelehnt hatten.

Gewerkschaftsführung ermöglicht Krisenmanagement der Bourgeoisie

Gewerkschaftsführung ermöglicht Krisenmanagement der Bourgeoisie

Der Erfolg dieser „verwalteten Frühjahrslohnoffensive“, wie sie von der japanischen Linken genannt wird, ist von unermeßlicher Bedeutung für die Politik des Kapitals angesichts der wachsenden Krisen nicht nur an der Lohnfront. Im Zuge der staatlichen Verwaltungsreform und der Staatsamnerung stehen Massenentlassungen im öffentlichen Dienst bevor wie noch nie zuvor: 74 000 bei der nationalen Eisenbahn, 60 000 beim Fernmeldewesen, 50 000 bei der Post, 400 000 bei den Gebietskörperschaften und den lokalen Verwaltungen. Betroffen sind vor allem ältere Kollegen und Frauen. Ferner muß der forcierte Ausbau des Atomstaates, die verstärkte militärische Ausrüstung, umfangreiche Rationalisierungs- und Erweiterungsinvestitionen, die Einführung neuer Technologien in allen Bereichen und die wirtschaftliche Expansion im Ausland (vor allem in Entwicklungsländern) in vollem Gange

Auf Regierungsebene konnte die LDP bei den letzten Ober- und Unterhauswahlen 1980 wieder eine stabile Mehrheit für ihre reaktionäre Politik gewinnen. In vielen Bereichen konnte sie sogar „Oppositionspolitiker“ (insbesondere aus der DSP) als Bündnispartner gewinnen. Dieses Terrain wurde nicht unwesentlich auch von den Gewerkschaftsdachverbänden DOMEI und JC in den Reizkampagnen seit 1975 verstärkt vorbereitet. Zur Erläuterung sei hinzugefügt, daß diese Verbände aus Betriebsgewerkschaften der privaten Unternehmen bestehen, die sich durch sozialpartnerschaftliches Verhalten und Zurückhaltung bei Tarif- und sonstigen Verhandlungen auszeichnen, was dann zuweilen auch von Unternehmenseite „belohnt“ wird. Die Funktionäre der Betriebsgewerkschaften erhalten in der Regel diverse Vergünstigungen vom Arbeitgeber und können ihre Funktion als Baustein für eine steile Karriere in

der Unternehmensführung nutzen. Angesichts der Tatsache, daß alle Beschäftigten eines Unternehmens der Betriebsgewerkschaft beitreten müssen, obliegt den Gewerkschaftsfunktionären eine wichtige unternehmerische Führungsverantwortung.

In dieser Lohnrunde war es beispielsweise beim Nissan-Betrieb (Automobilhersteller) in Kawaguchi vorgekommen, daß eine Gruppe in der Betriebsgewerkschaft gegen zwei Kollegen, die auf einer betrieblichen Gewerkschaftsversammlung gegen die gemeinsame Lohnforderung von 10 % protestiert hatten, eine regelrechte Lynchjustiz ausübten. Seit dem 6. März werden diese zwei Kollegen fast täglich von Nissan-Gewerkschaftern bedroht, körperlich traktiert; ihnen werden Kündigungsangebote zur Unterschrift vorgelegt, und seit neuestem werden auch ihre Familienangehörigen belästigt. Dies ist auch eine Erscheinung der immer wieder bewunderten japanischen Betriebsharmonie! („Rodo Joho“, Nr. 92).

Auf den ersten Blick erscheint es unverständlich, warum mit solcher Härte gegen nur zwei Oppositionelle vorgegangen wird (bei insgesamt 50 000 Nissan-Arbeitern/innen und 1200 im Kawaguchi-Betrieb). Doch soll hier anscheinend ein Beispiel statuiert werden, um die unzufriedenen Arbeiter/innen einzuschüchtern. Die Gewerkschaftsfunktionäre geben offen zu, „es gibt eine ganze Reihe von Leuten, die auch (die zwei betroffenen Nissan-Kollegen, Anm. AK) heimlich unterstützen“ („Rodo Joho“, Nr. 91).

Obwohl noch kaum eine Öffentlichkeit geschaffen ist, sind solche gewerkschaftlichen Repressionen an der Tagesordnung. Von Arbeitern des Elektrokonzerns Toshiba wurde berichtet, wie schwer es ist, eine oppositionelle Betriebsarbeit zu organisieren, daß diese einer konspirativen Untergrundarbeit gleichkomme. Die großen Säuberungsaktionen in den Gewerkschaften Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre sind auch jetzt immer noch im Gange. Damals waren es in

Fortsetzung nächste Seite

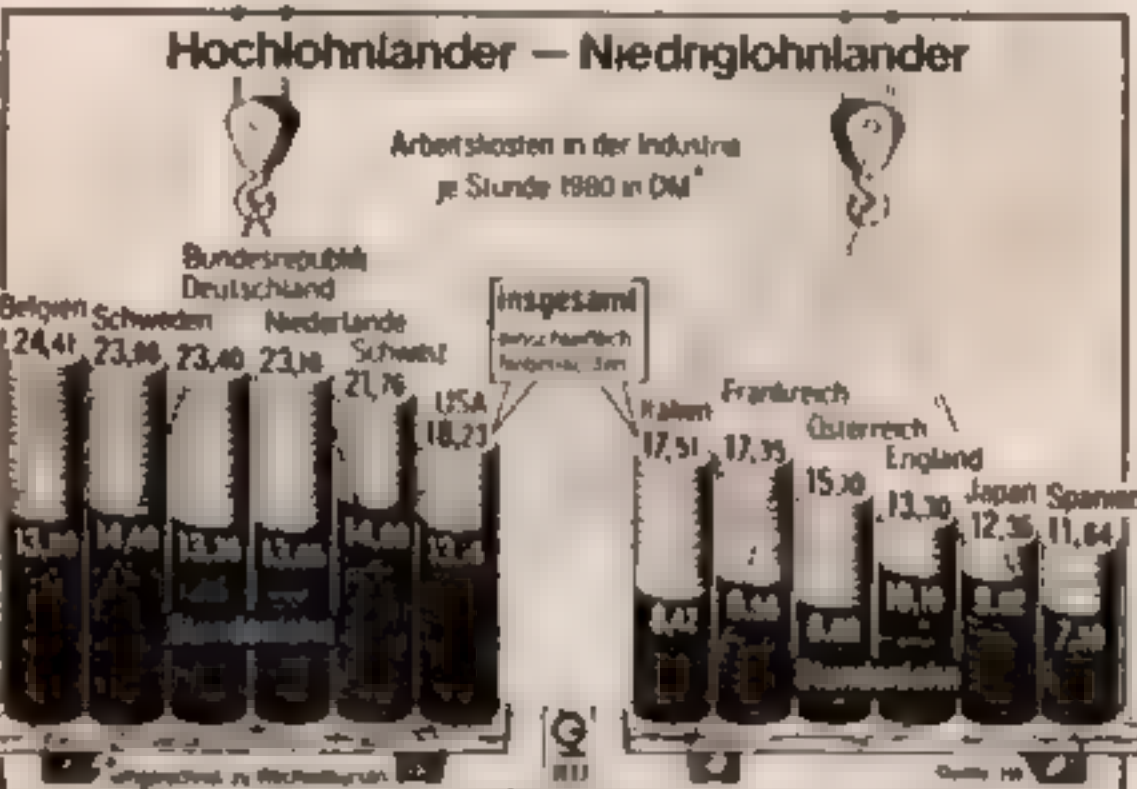


Schwerpunktthema: Frauen in Palästina
»Wir wollen nicht nur ein befreites Land, wir wollen ein befreites Leben!«

außerdem: Comics in Peru-Gedichte aus Indonesien-Bemerkungen zur Gastarbeiterliteratur-Materialien, Buch- und Filmbesprechungen

Vertrieb: CION Osterstr. 36 28 Bremen

Die IKA - Zeitschrift für Kulturaustausch und internationale Solidarität wird von Journalistinnen und Mitgliedern der westdeutschen Studentenbewegung getragen. Der Herausgeberinnenrat allein oder die Redaktion oder ein Komitee des Projekts.



Grundlage des japanischen Wirtschaftswunders: Die Großbourgeoisie Japans und ihre Regierung haben es geschafft, die Stundenlöhne und sozialen Leistungen für die Klasse der Lohnarbeiter niedrig zu halten. Die Wirtschaftsmacht Japan kann so zu den „Niedriglohnländern“ gezählt werden. (aus: Welt, 15.5.81)

Fortsetzung von der vorherigen Seite

erster Linie Kommunisten, jetzt sind es Gewerkschaftsoppositionelle, Flughafengegner, AKW-Gegner.

Zwar sind die Bedingungen der gewerkschaftlichen Arbeit in der Privatindustrie bedeutend schwieriger als im öffentlichen Dienst, doch die Rechtswende und die Repressionen sind auch hier in vielen Einzelgewerkschaften zu spüren: Über den Kongress der ZENTEI (Postgewerkschaft) im September 1980 berichteten alle großen Tageszeitungen unter dem Motto von „der Wende zur flexiblen Linie“. Dort wurde beispielsweise programmatisch die Verbesserung der Arbeitgeber/Arbeitnehmer-Beziehung und die Aufhebung der Bezirksautonomie beschlossen. Bei der KOKURO-Führung drückt sich die weiche Linie hauptsächlich in ihrer Unentschiedenheit aus, obwohl die bevorstehenden Massenentlassungen, Streckenstill-

legungen und 20,2 Mrd. Yen (0,2 Mrd. DM) Schadenersatzforderungen der nationalen Eisenbahngesellschaft wegen eines neuntägigen Streiks Ende 1975 um das Streikrecht im öffentlichen Dienst Anlaß genug sind, um die kampferfahrenen Arbeiter/innen der nationalen Eisenbahn zu mobilisieren und dem Staat und den Wirtschaftsbossen einen einschneidenden Schlag zu versetzen. Auf dem 33. Gewerkschaftskongress der ZENDENTSU (Fernmeldewesen) am Juni letzten Jahres zeigte sich schließlich, daß man nicht nur auf der Ebene der Lohn- und Arbeitsbedingungen zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit dem staatlichen Arbeitgeber bereit ist, sondern auch die reaktionäre und imperialistische Regierungspolitik der LDP von der Gewerkschaftsseite voll unterstützt. Wen wundert's, daß der fünfjährige Kongress nur unter starkem Polizeischutz durchgeführt werden konnte („Rodo Joho“, Nr. 77).

Trotz Protestdemonstrationen während des ZENDENTSU-Kongresses muß aber leider festgestellt werden, daß die innergewerkschaftliche Opposition im öffentlichen Dienst insgesamt – wenn auch bedeutend stärker als in den von DOMEI und JC beherrschten Betriebsgewerkschaften des privaten Sektors – immer noch unterentwickelt ist. In den SOHYO-Gewerkschaften dürfte die Hauptkraft der innergewerkschaftlichen Opposition bei den Eisenbahn- und Postarbeitern/innen liegen. Allerdings können gerade hier die Repressionen noch drastischer werden, wie im Falle der zweiten nationalen Eisenbahngewerkschaft DORO. Hiervon hatte sich die Sektion DORO-Chiba Ende 1978 abgespalten, da ihre aktive Unterstützung des Flughafenskampfes in Sanrizuka nicht toleriert wurde. Sogar nach dieser organisatorischen Trennung wurden Anfang 1979 mehrere Gewerkschafter der DORO-Chiba wegen

ihrer Solidarität mit dem Sanrizuka-Kampf von ihren ehemaligen Kollegen der DORO in einem Stationsgebäude stundenlang belagert und bedroht.

Die Rechtsentwicklung in den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes dürfte sich vor allem durch die offene Wende in der SOHYO-Führung verstärken. Auf dem 61. Kongress der SOHYO im Juli 1980 wurde das Aktionsprogramm für die 80er Jahre verkündet. Es propagiert im wesentlichen die Bildung und Stärkung der Einheitsfront der Arbeiter/innen unter der Führung der vier großen Gewerkschaftsdachverbände. Dieser Block soll der Koalition aus den Parteien JSP, Komeito und DSP zum Wahlsieg verhelfen. Bis Mitte der 70er Jahre galt die SOHYO immer noch als Hauptkraft der kämpferischen japanischen Arbeiterbewegung. Sie vertrat den Standpunkt des Klassenkampfes und die Ziele des Sozialismus. Anfang der 60er Jahre trug sie sogar wesentlich zu den zum Teil militanten Massendemonstrationen gegen den AMPO-Vertrag (US-japanischer Sicherheitspakt) bei. Auf dem Gewerkschaftskongress erklärte nunmehr der SOHYO-Generalsekretär Tomizuka, daß die Zeiten der AMPO-Kämpfe und Mito-Kämpfe (militanter Bergarbeiterkampf 1959/60 gegen Rationalisierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen) längst „Phantombilder der Vergangenheit“ seien. Man müsse sich an die veränderten Bedingungen anpassen, die Zeit des „Widerstandes und Protestes“ müsse mit einer Zeit der „flexiblen Anpassung“ wechseln („Rodo Joho“, Nr. 74, 75).

Die Veränderungen innerhalb der SOHYO werden in der bürgerlichen Presse als eine „Öffnung“ gefeiert, nachdem sie sie lange Jahre teilweise als dogmatische, marxistisch-leninistische Organisation abgestempelt hatte. Ein Kongreßteilnehmer der KAMIPAROREN (Gewerkschaftsverband der Papier- und Zellstoffindustrie)



„Zerschlagt die verrotzte Frühjahrsreform! Treut in den Streik!“ Demo in Tokyo nach — Versammlung linker Gewerkschafter (am 7.4.81)

berichtete: „Die offene SOHYO hat nun die rechte Tür geöffnet, die andere Seite aber fest vernagelt.“ („Rodo Joho“, Nr. 74, 75). Auch die Formierung einer Einheitsfront der vier großen Gewerkschaftsverbände bedeutet unweigerlich die Aufgabe einer Reihe von Klassenkampfzielen. Vor allem wird „eine Vielzahl von Klein- und Mittelbetrieben und unorganisierten Arbeitern/innen links liegen gelassen“, so einer von ZENKO-KUIPPAN (sonstige öffentlich Bedienstete) (ebenda).

Es muß festgestellt werden, daß der Stabilisierungsprozeß des Rechtstrends in Staat und Gesellschaft (Wahlerfolg der LDP, Aufrüstung, Rationalisierungen, Abbau demokratischer Rechte, etc.) auch dem Wohlverhalten der rechten Gewerkschaftsverbände DOMEI, JC, CHURITSU-

ROREN zuzuschreiben ist. In den Rezessionsjahren nach 1974 tat sich die SOHYO nur noch durch den Streik der KOKURO um das Streikrecht 1975 hervor. Nach dem erfolglosen Ausgang dieses Kampfes verhielt sich dann auch die SOHYO still. In diesen Jahren entstand das Vorbild vom fleißigen, selbstaufopfernden japanischen Arbeiter, das jetzt weltweit propagiert wird. Die Einbeziehung des einst schärfsten und gefährlichsten Systemgegners SOHYO in die Reihe der angepöbelten, „vernünftigen“ und partnerschaftlichen Kollaborateure des Kapitals dürfte, egal wie der nächste Wahlausgang sein wird, die derzeitige Entwicklung der imperialistischen Politik Japans nur festigen.

Asien-Australien-Kommission



Bullen schützen den Gewerkschaftskongress der ZENDENTSU (am 28.8.1980). Linke Gewerkschafter protestieren gegen die Rechtsentwicklung im öffentlichen Dienst.

Südkorea — Ein Jahr nach dem Aufstand von Kwangdschu

Als am 26. Oktober 1979 der verhaftete südkoreanische Diktator Park Chung Hee von seinem Geheimdienstchef erschossen wurde, hatten viele Südkoreaner die Hoffnung, daß damit auch die jahrzehntelange Diktatur ihren Todesstoß erhalten hätte. Obwohl bereits im Dezember 1979 nach einer blutigen Auseinandersetzung innerhalb der herrschenden Militärs eine „harte“ Fraktion die Macht übernahm, gab es doch in den folgenden Monaten eine gewisse Liberalisierung – zumindest im Vergleich zu den vorhergehenden Jahren unter Park.

Nachdem es zu zahlreichen militanten Streiks und Demonstrationen gekommen war, machte das Militär allerdings deutlich, daß die Demokratisierung in Südkorea nur in engen Grenzen stattfinden durfte. Am 18. Mai 1980 wurde das seit Parks Tod über einige Provinzen verhängte Kriegsrecht auf ganz Südkorea ausgedehnt. Das führte zu Massendemonstrationen in der Hauptstadt Seoul und der Provinz Cholla Namdo, Kwangdschu. Hier entwickelte sich die Protestbewegung innerhalb weniger Tage zum bewaffneten Aufstand, der dazu führte, daß die Bewohner ihre Stadt 9 Tage lang kontrollierten. Durch brutale Militäreinsätze, der über 2.000 Menschen das Leben kostete, wurde Kwangdschu schließlich am 27. Mai vom Regime zurückerobert.

Seitdem wurde mit brutaler Unterdrückung gegen jede Regung von Widerstand in Südkorea vorgegangen. In sogenannten „Umerziehungslagern“ wurden zehntausende von Regimegegnern interniert. Hunderte von Aufständischen wurden zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt, zahlreiche sogar zum Tode.

Alle politischen Parteien wurden verboten, ihre Führer ins Gefängnis geworfen oder unter Hausarrest gestellt. Das sogenannte „Parlament“ wurde aufgelöst, das Militär bekam fast uneingeschränkte Vollmachten.

Das rigorose Vorgehen gegen jede oppositionelle Regung hatte im Ausland zu zahlreichen Protesten gegen das südkoreanische Regime geführt. Insbesondere das Todesurteil gegen den prominenten ehemaligen Vorsitzenden der Neuen Demokratischen Partei, Kim Dae Chugung, hatte zu einer außenpolitischen Isolierung des Regimes beigetragen. Allerdings hatten insbesondere die Regierungen der USA, Japans und der BRD, die die Park-Diktatur stets vorbehaltlos unterstützt hatten, erkennen lassen, daß eine Aufhebung des Todesurteils und gewisse Schritte auf dem Weg zu einer formalen „Demokratisierung“ genügen würden, um die Militärs wieder offen zu unterstützen.

Nachdem der oberste Gerichtshof das Todesurteil gegen Kim – ohne den Schatten eines Schuld-Beweises – noch einmal ausdrücklich bestätigt hatte, machte der Führer der Militärs, General Yoon Du Hwan, dann von seinem Recht der Begnadigung Gebrauch, und die Todesstrafe wurde in lebenslanglich Gefängnis wandelt. Damit war der Oppositionsführer zwar weiterhin politisch ausgeschaltet, aber die außenpolitische Isolierung konnte gelockert werden. Die japanische Regierung sagte umgehend

einen bis dahin stornierten Kredit von umgerechnet 190 Millionen DM zu.

Im Februar dieses Jahres reiste Yoon Du Hwan dann als Präsident zu seinem Amtskollegen Reagan – übrigens der erste, der den frischgebackenen US-Präsidenten besuchen durfte. Dort wurde ihm versichert, daß „was in Südkorea vorgeht, eine innere Angelegenheit der Republik Korea ist“ („SZ“, 4.2.81). Von der Carterischen „Menschenrechtspolitik“ und einem eventuellen Abzug

der US-Truppen aus Südkorea war natürlich keine Rede mehr, stattdessen hieß es in einem gemeinsamen Communiqué, Südkorea werde „an bewehrte Waffen und Rüstungstechnik aus den USA erhalten“ (ebenda). Inzwischen gibt es hierzu auch konkretere Angaben. So sollen „36 Kampfflugzeuge des Typs F-16 für rund 900 Millionen Dollar“ („FR“, 29.4.81) geliefert werden.

Trotz „Wahlen“ keine Spur von Demokratie

Nach der Ausschaltung sämtlicher oppositioneller Politiker konnte das Militär dann im März '81 sogenannte Parlamentswahlen abhalten lassen. Es gab zwar eine Reihe von Parteien, die zugelassen waren, als regimiekritisch kann man davon sicher keine bezeichnen. Die „Demokratische Gerechtigkeitspartei“ von General Yoon erhielt von 184 zu wählenden Sitzen 90. Nach dem südkoreanischen Wahlmodus bekam sie als stärkste Fraktion noch einmal 61 „proportionale Vertreter“ hinzu und stellt damit 151 der 276 „Parlamentssitze“ („The Korea Herald“, 27.3.81).

Im Vorfeld der Wahlen war schon deutlich geworden, daß hiermit nicht etwa eine unsatzweise Liberalisierung, wie es nach Parks Tod der Fall war, verbunden sein würde. Die Gewählten wurden gewaltam aufgelöst. Gegen Textilarbeiter/innen, die auf ihre elende Lage durch ein Sit-in aufmerksam machen wollten, wurde mit Polizeieinsatz und Verhaftungen vorgegangen.

Als ca. 300 Studenten am 19. März in Seoul gegen das Militärregime demonstrierten, wurde der Campus von 1.200 Bullen gestürmt und 70 Demonstranten festgenommen. Ihnen drohen Haftstrafen von drei bis sieben Jahren („FAZ“, 20.3.81). Erst jetzt wurde bekannt, daß nach den „Wahlen“ mindestens vier Massendemonstrationen stattgefunden haben.

Neben der am 19. März kritisierten am 31. März rund dreihundert Studenten der Songryungwan-Universität die Wahlen als „hohlen Zauber“. Am 19. April gab es eine ähnliche Demo an der National-Universität. Insgesamt sollen bei den Aktionen 356 Studenten vorübergehend festgenommen worden sein.

Anlaß waren Manipulationen bei den ohnehin vorprogrammierten Wahlen, bei denen „die Wahlorganisten den Wählern bereits fertig angekreuzte Wahlzettel ausgehändigt hatten, und viele Wähler den Wahlvorgang mehrfach wiederholen ließen“ („FR“, 14.5.81).

Die Wirtschaftskrise verschärft sich

Eine Stabilisierung des Regimes hängt vor allem auch von der Sarnierung der südkoreanischen Wirtschaft ab. Die Lage der in den letzten zehn Jahren als „asiatisches Wirtschaftswunder“ besahtenen Exportindustrie des Landes ist allerdings alles andere als rosig. Waren die Exporte zwischen 1961 und 1977 noch um 40 - 50 % pro Jahr gestiegen (von 40 Millionen auf 10 Milliarden Dollar), so ist hier seit 1979 ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Ein paar Zahlen mögen das verdeutlichen.

Im ersten Jahresdrittel 1979 stieg das Bruttonationalprodukt noch um 13,1 %, im zweiten um 10,3 % und im letzten um 5 %. Im ersten Drittel 1980 gab es – zum ersten Mal seit 16 Jahren! – ein Ansehen um 1,7 %. Gleichzeitig stiegen die Auslandschulden rapide an. Beiragen sie 1978 noch 14,8 Milliarden Dollar, waren sie im März 1980 bereits 21,8 Milliarden! Für Jahresende 1980 wurden 30 Milliarden Dollar an Auslandschulden geschätzt, bei einem Handelsbilanzdefizit von 6 Milliarden. Gleichzeitig steigt die Inflationsrate, die derzeit bei 50 % liegt. Die Arbeitslosenrate liegt bei 5,6 % der „aktiven Bevölkerung“, wobei aber nur die Familienoberhäupter gezählt werden. In der Automobilindustrie, einem Lieblingskind der südkoreanischen Industriemanager, besteht nur eine Auslastung der Kapazitäten von 31 %; 62 % der Arbeitskräfte wurden bereits entlassen.

Gleichzeitig strömen die Opfer der „Landreform“ in die Städte, da die staatlich festgesetzten Relaispreise nicht einmal die Erzeugerkosten decken. Allein 1978 verließen 9000.000 Bauern die Dörfer und wanderten in die Slums der Städte ab, wo sie das Heer der Arbeitslosen noch vergrößern.

Die Arbeitsbedingungen, besonders in der Textilindustrie, spotten nach wie vor jeder Beschreibung. Die Löhne sind so niedrig, daß sie selbst an die japanischen bei weitem nicht heranreichen (Angaben zur wirtschaftlichen Situation nach „Australasien“ 6/81 und 8-9/81).

Da angesichts der derzeitigen Lage in der Weltwirtschaft keine baldige Verbesserung der Situation in Südkorea zu sehen ist, sind weitere soziale Konflikte vorprogrammiert. Studentenunruhen waren dafür schon oft die ersten Vorboten.

Asien-Australien-Kommission



Jugendliche rufen: „Laßt uns lieber zusammen aufstehen, als untätig dastehen und sterben.“

Zur Vorgeschichte der Kulturrevolution (II) —**Das große Roll-back**

Die Schüler und Studenten, Arbeiter und Bauern, die in der Kulturrevolution zu Millionen auf die Straßen gingen und das politische Bild Chinas beherrschten, rebellierten nicht gegen einen abstrakten, nur auf die ideologische Ebene beschränkten Revisionismus, der irgendwo ganz oben in der Staats- und Parteiführung um sich zu greifen drohte. Sie rebellierten vor allem gegen die Restauration bürgerlicher Verhältnisse und Praktiken, die sie selbst tagtäglich am Arbeits- oder Ausbildungsplatz erfahren hatten. Viele von ihnen hatten schon in den Jahren zuvor gegen diese Verhältnisse protestiert und waren von massiven Repressionen betroffen gewesen.

Nach dem angeblichen „Schleiten“ der maoistischen Politik der „Drei Roten Banner“ um 1960 (Generallinie des sozialistischen Aufbaus, Großer Sprung nach vorn in der Industrie und Einrichtung der Volkskommunen) waren die Rechten in Partei- und Staatsapparat auf allen Ebenen und in allen gesellschaftlichen Bereichen (1) dazu übergegangen, emanzipatorische Ansätze des „Großen Sprungs“ zurückzudrängen und der „Steigerung der Produktion“ unterzuordnen. Dabei griffen sie auf „bewährte“ kapitalistische Methoden zurück und entwickelten sich selbst zu einer „Neuen Bourgeoisie“, die mehr und mehr Machtpositionen an sich brachte.

Auf dem Lande ...

... waren die Volkskommunen die wesentliche Neuerung des „Großen Sprungs“ gewesen. Wichtige Bestandteile der Volkskommunen wie die Volkskantinen und andere Gemeinschaftseinrichtungen mußten nun aufgegeben oder reduziert werden. Die Produktionsbrigade (die nächstkleinere Einheit) übernahm alle wesentlichen politischen und ökonomischen Funktionen der Volkskommune. Andererseits wurden Privatland und private Viehzucht ebenso wie privater Handel und private Kleinbetriebe wieder zugelassen. Viele Bauern arbeiteten praktisch nicht mehr für die Kommune, sondern stürzten sich in alle möglichen Privatgeschäfte. Die Folge war eine rasche Klassendifferenzierung, denn diejenigen Familien, die ihre Produktion steigern konnten, waren auch bei der Kreditvergabe und den staatlichen Lieferungen bevorzugt und konnten sich verstärkt im Handel betätigen. Unter der Hand bildete sich eine Schicht reicher Bauern und Händler heraus, die sich zunehmend mit den neu aufs Land geschickten Technikern und Agrarfachleuten zu einer neuen, ländlichen Bourgeoisie verband.

Zugleich verloren die armen Bauern an Einfluß in Parteikomitees und Verwaltung. Die zumeist von ihnen getragenen Volksmilizen verkommen. Oftmals gerieten sie in erneute Abhängigkeit (bis hin zu faktischen Pachtverhältnissen) von der sich herausbildenden Kulakklasse. Andere mußten sich als Wanderarbei-

ter verdingen oder in den Städten Arbeit suchen.

Begleitet und angeheizt wurde die Restauration durch Aussagen von Parteirechten wie dem Finanzminister und stellvertretenden Vorsitzenden der staatlichen Plankommission, Li Xiannian. „Wenn wir die Bauern selber machen lassen, dann wird sich die Mehrheit dafür entscheiden, zu privatwirtschaftlichen Verhältnissen überzugehen“ (2). Offen wurde propagiert: „Es gibt nun einmal Kommunistenmitglieder, die über viel Arbeitskraft und finanzielle Mittel verfügen und die zudem Erfahrung in

Dieser nunmehr geradezu galoppierenden Entwicklung bürgerlicher Verhältnisse auf dem Lande stellte ab Sommer '62 Mao den Aufruf entgegen: „Nie den Klassenkampf vergessen! ... Die sozialistische Gesellschaft umfaßt eine ziemlich lange geschichtliche Periode. Während dieser Geschichtsperiode sind Klassen, Klassenwiderprüche und Klassenkämpfe immer noch vorhanden; der Kampf zwischen den zwei Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus, geht weiter, und die Gefahr einer kapitalistischen Restauration bleibt bestehen. ... Von nun an

Partei-Einheiten beziehen. Damit war aber oftmals der Bock zum Gärtner gemacht. Die lokalen Parteikader, denen die Kontrolle über die Bewegung übertragen wurde, waren nämlich selbst in vielen Fällen schon Bestandteil der ländlichen Bourgeoisie geworden. Während der ganzen Bewegung sollte die Aufmerksamkeit darauf verwendet werden, die politische Begeisterung und die Arbeitsfreudigkeit der Massen zu kanalisieren, um die Kollektivwirtschaft und die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion (einschließlich der kollektiven Nebenproduktion) zu

In der Industrie ...

... wurde versucht, eine Steigerung der Produktion mit materiellen Anreizen und kapitalistischem Management durchzusetzen. Der Ausbau der materiellen Anreize ging Hand in Hand mit dem Abbau politischer Schulung und Diskussion in den Betrieben. Das wurde auch ganz klar formuliert als politische Linie ausgegeben: „Die Kader, die politische Arbeit betreiben, sollen sich auch um die Probleme der Wirtschaft kümmern, besonders über die wirtschaftlichen Pläne der Partei. Sie müssen sich ganz klar darüber sein, daß die Wirtschaft den Vorrang vor politischen Fragen besitzt“ (11). Und der stellvertretende Minister für das Bauwesen, Liu Yü-ming, erklärte: „Wir müssen die Gehaltsstufen ausweiten. Wir brauchen eine Politik, die die politische Arbeit mit materiellen Anreizen verbindet“ (12).

In den Betrieben entwickelte sich eine schärfere Differenzierung. Ein ausgeklügeltes Bonus-, Prämien- und Akkordsystem wurde eingeführt. Besonders ausgezeichnete Arbeiter, Angestellte und Kader erhielten auch andere Sondervergünstigungen, etwa bessere Wohnungen. Die Lohnskala verbreiterte sich.

Ein breiter Angestelltensektor wuchs heran, der Überwachungs- und Leitungsfunktionen wahrnahm. In der Pharmazeutischen Industrie etwa verdoppelte sich die Zahl der Angestellten innerhalb von weniger als fünf Jahren (13). Während der Kulturrevolution stellte ein Arbeiterrebell dazu fest: „Alle Betriebsleiter und Chefs, alle Direktoren und Werkmeister sollen zum Teufel gehen! All dem Überwachern haben an der produktiven Arbeit sowieso nicht teilgenommen. Für jeden Arbeitstag gab es 7 ... Meister und einen Sekretär, ...

produktiven Arbeit sowieso nicht teilgenommen. Für jeden Arbeitstag gab es 7 ... Meister und einen Sekretär, die ... Sache nur zuschauten“ (14).

Daneben bildete sich eine „Arbeitertaristokratie“ der festangestellten Facharbeiter heraus, die relativ hohe Löhne erzielte und eine gute soziale Versorgung (Sozialversicherung, Krankenversicherung, Wohngelder, Kinderzuschüsse etc.) genoß.

Die Kosten der ganzen Entwicklung trugen zwei Gruppen in der Arbeiterklasse, die Vertragsarbeiter und die Jungarbeiter bzw. Lehrlinge.

Mit der Ausweitung des „zweistufigen Arbeitssystems“ wurden neben den festangestellten (Fach-) Arbeitern auch Vertragsarbeiter eingestellt, die meist vom Land kamen, jederzeit wieder entlassen werden konnten und weder Kündigungsschutz noch die sonst üblichen sozialen Absicherungen besaßen.

Damit konnten die Betriebsdirektoren Einstellungen und Entlassungen ganz nach kapitalistischen Prinzipien regeln. Im Plandokument für den 3. Fünfjahresplan wurde gefordert, die Einzelbetriebe sollten bemüht sein, die „regulären Arbeiter“ um ca. 30 % zu verringern und durch die weit weniger kostspieligen Vertragsarbeiter zu ersetzen (15). 1964 und 1965 erreichte der Anteil der Saisonarbeiter in manchen Industriezweigen, so in der Wasser- und Energiewirtschaft, ca. 50 %, und bei Arbeiten, die keine Qualifikation erforderten, sogar 80-100 % (16). Die Zahl der festangestellten Stammarbeiter betrug damals 11-12 Millionen.

Auch Lehrlinge und Jungarbeiter hatten unter der Differenzierung in den Betrieben zu leiden. Da die Zahl der Jugendlichen in China sehr hoch ist (die Bevölkerung wächst jährlich um 16 Millionen Menschen), andersherum aber nur eine begrenzte Zahl von (qualifizierten) Arbeitsplätzen zur Verfügung stand, mußten die Jugendlichen oftmals, anstatt eine solide Ausbildung zu erhalten, Handlangerdienste leisten und geben häufig noch lange nach Beendigung der Ausbildungszeit billige Arbeitskräfte ab.

Fortsetzung nächste Seite



Die Erschließung der Erdölfelder von Daqing spielte Anfang der 60er Jahre eine wichtige Rolle bei der Vernetzung Chinas gegenüber der Sowjetunion.

Die Erschließung der Erdölfelder von Daqing spielte Anfang der 60er Jahre eine wichtige Rolle bei der Vernetzung Chinas gegenüber der Sowjetunion.

privater Geschäftsführung besitzen. Laßt sie ihre eigene Wirtschaft betreiben und so schnell wie möglich Resultate erzielen“ (3).

Getreu der von Deng Xiaoping ausgegebenen Devise: „Wir sollten alles antun, was die Produktion hebt. Ob schwarz oder weiß, alle Katzen sind gute Katzen, wenn sie nur Mäuse fangen!“, wurde auf der Ende Februar '62 stattgefundenen „Westgebäude-Konferenz“ des erweiterten Politbürovorstandes (an der Mao nicht teilnahm) die Bearbeitung der Felder wieder an Einzelfamilien zurückgegeben.

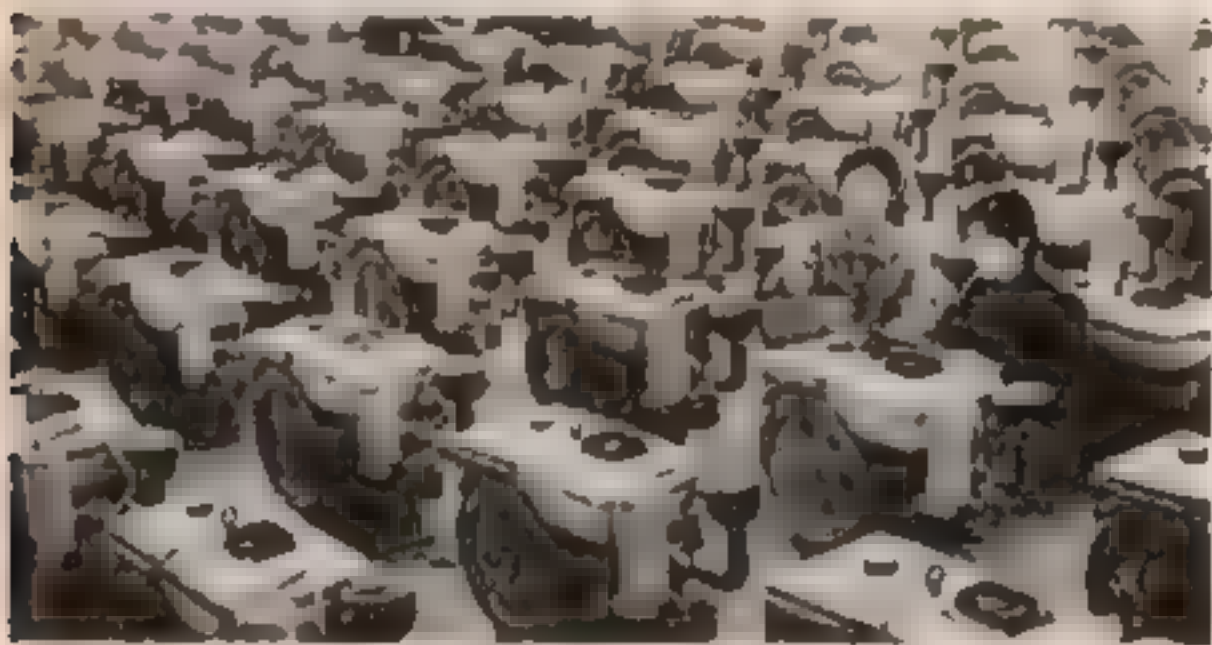
Das Ausmaß der Reprivatisierung war erheblich: Zwar betrug der Anteil des Privatlandes an der gesamten Nutzfläche 1962 nur 5-10 %. Jedoch wurden 30 % des Getreides auf diesem Land erzeugt (4). 80 % aller Schweine, 90 % des Geflügels und der überwiegende Teil der Gemüseerzeugnisse wurden auf Privatland produziert (5). Im Durchschnitt lagen die Anteile des privaten Einkommens am bäuerlichen Gesamteinkommen zwischen 30 und 42,5 % (6). Dabei gab es regionale „Spitzen“: in Guizhou und Sichuan soll beispielsweise der Anteil des privaten Ackerlandes größer als der der Kollektive gewesen sein (7).

müssen wir jährlich, monatlich, täglich darüber sprechen ...“ (8). Das sollte Aufgabe der „Sozialistischen Erziehungsbewegung“ sein.

Gemäß den „Ersten Zehn Punkten“, die Mao im Mai '63 durchsetzte, sollten die armen und unteren Mittelbauern zum Kampf gegen die „neuen bürgerlichen Elemente“ mobilisiert werden, „um eine vollständige und sofortige Überprüfung des Rechnungswesens, der Lagerhäuser, des Eigentums und der Arbeitspunkte“ (das waren die konkreten Ansetzungspunkte für die Klassenprivilegien der „neuen Bourgeoisie“) vorzunehmen. „Entscheidungen und Verfügungen bei allen wichtigen Problemen müssen durch volle Diskussionen unter den Massen gemacht werden. Während des Ablaufs der Bewegung muß den Massen Gelegenheit gegeben werden, ihre Ansichten voll zur Geltung zu bringen, Kritik an Fehlern und Mängeln zu üben, schlechte Leute und Handlungen offenzulegen“. Träger der Massenbewegung sollten eigenständige Organisationen armer und unterer Mittelbauern sein.

Quasi als Ausführungsbestimmungen für die „Ersten Zehn Punkte“ wurden im September '63 unter Leitung von Deng Xiaoping und Peng Zhen die „Zweiten Zehn Punkte“ erstellt. Die Fraktion um Liu Shaoqi exzerzierte dabei klassisch vor, wie bei verbaler Anerkennung der Direktiven Maos die Zielsetzung der Sozialistischen Erziehungsbewegung in ihr direktes Gegenteil verkehrt wurde.

Nach den „Zweiten Zehn Punkten“ mußte die Führung der SEB fest in den Händen der Kreispartei-Komitees liegen. „Ob Organisationen armer und unterer Mittelbauern ihre normale Arbeit ausführen können und ob sie immer sinnvoll fungieren können, wird durch die Parteiführung entschieden“. Die zur Umsetzung der Kampagne auf die Dörfer geschickten Arbeitsgruppen der Partei mußten sich in erster Linie auf die örtlichen



Die Produktion kleiner Maschinen gehört zu den Aufgaben der Volkskommunen. Hier werden Dieselmotoren für die Dörfer hergestellt.

Für den industriellen Aufbau insgesamt propagierte Liu Shaoqi das Prinzip: „Ihr müßt von den Kapitalisten lernen, Banken im westlichen Stil eröffnen, den Komprador spielen. Sie haben Erfahrung, ihr müßt von ihnen lernen“ (17).

Den Betrieben mußte mehr Spielraum für ein eigenständiges Management eingeräumt werden. Zugleich wurde durch die Bildung von großen Trusts eine Zentralisierung auf mittlerer Ebene gefördert (1955/56 gab es in China 12 nationale und 27 örtliche – den Provinzbehörden unterstellte – Trusts). Als einziger Maßstab der industriellen Entwicklung galt die Produktionsleistung eines Betriebs; ja, noch weitergehend hieß es: „Ungeachtet der Tatsache, daß das Gewinnprinzip seine Mängel hat, ist es schließlich der Qualitätsmaß-

Apparat. Begünstigt wurde das durch die konkrete Entwicklung der chinesischen Revolution. Als die KPCh in den letzten Jahren vor ihrem endgültigen Sieg 1949 von ihren Ausgangsbasen auf dem Lande her in die Städte einrückte, sah sie sich vor enorme Anforderungen gestellt, was qualifizierte Kader für die Übernahme von technischen- und Verwaltungsfunktionen anging. Beispielsweise gab es in Kanton, einer Stadt mit 1,5 Mill. Einwohnern, zur Zeit der Befreiung nur etwa 100 Parteimitglieder. Aus dieser Mangelsituation heraus mußte eine große Zahl alter bürgerlicher Bürokraten auch in leitende Positionen einfach übernommen werden. Dadurch gab es starke Einflüsse bürgerlicher Praktiken und Verhältnisse in den Verwaltungsapparaten.

der Fall schließlich vor Gericht gebracht wurde, war das Beweismaterial so mangelhaft, daß Luo selbst in Kanton erscheinen mußte, um doch noch die Terrorurteile gegen die beiden Chen durchzudrücken: Chen Po erhielt 10 Jahre Einzelhaft, Chen Kun 8 Jahre.

Das in den Behörden verbreitete Klima bezeichneten die Rotgardisten später als „Skleventumoral“: „Die bürokratische Elite hat nichts anderes im Sinn, als daß die Kader blindlings und absolut den Befehlen von oben gehorchen ... Sie will die Parteimitglieder und Revolutionäre in zehne Ja-Sager verwandeln, die jeden Befehl entgegennehmen“ (22). Einer der mittleren Kader stellte später selbst fest: „Wir waren darauf abgerichtet, nur Ja und Amen zu sagen. Alles kam darauf an, als ein gutes Parteimitglied und ein guter Kader zu gelten“ (23). Kritik oder gar revolutionäre Rebellion waren nicht gelitten, es galt die absolute Autorität des jeweiligen Vorgesetzten.

Die Provinzparteiorgane hatten sich oftmals die gesamte Partei- und Verwaltung untergeordnet und regierten sie wie „unabhängige Königreiche“. Um „ihre“ Bürokratie zu säubern, mußten sich die Verwaltungschefs auf allen Ebenen willfährige „Helferheifer“ schaffen, die die Schmutzarbeit für sie erledigten und dafür in die entsprechenden Positionen gehievt wurden; brachten sie die geforderten Leistungen, konnten sie sich einer raschen Beförderung sicher sein.

Hoffmann spricht von einem „ausgedehnten Patronagesystem“, das z.T. sogar „ganz an den Praktiken der alten Patrimonialbürokratie anknüpft, der Familienversorgung eine wichtige Amtspflicht beilegt“ (24). Gerade die Besetzung von Posten nach dem Verwandtschaftsprinzip wurde von den Roten Garden immer wieder angegriffen.

Als Instrument der realen Macht ausübung innerhalb der staatlichen Apparate fungierten oft an den Parteikomitees vorbei sogenannte „Bürokonferenzen“, in denen die Parteitopie zusammen mit ausgewählten bürgerlichen Fachleuten im kleinen Kreis die anstehenden Entscheidungen fällte. Dabei konnten die bürgerlichen „Spezialisten“ ihre „Fachkompetenz“ voll zur Geltung bringen.

Gestiegener Ausdruck fand die Korruption der Führungskader in den „Klubs für höhere Kader“. Wichtige Themen wurden dort außerhalb der eigentlichen Strukturen der Partei und der Kontrolle der Basis völlig entzogen von führenden Parteiladern und himmelstürmischen Spezialisten halb der eigentlichen Strukturen der Partei und der Kontrolle der Basis völlig entzogen von führenden Parteiladern und bürgerlichen Spezialisten erörtert. Im Club des Peking Stadtkomitees z.B. verkehrten regelmäßig Deng Xiaoping, Peng Zhen, Luo Ruiqing und Wan Li (einer der stellvertretenden Bürgermeister) sowie weitere Mitglieder des Stadtkomitees und die Chefs der kommunikativen Jugendliga. Die neue Elite, die im Club ein und aus ging, verstand – den Schilderungen der Rotgardisten zufolge – durchaus zu leben. Man ließ sich das Mittagessen oder die Abendstube aus den ersten Hotels kommen, lud Künstler etwa der Peking-Oper zu Privatvorstellungen etc. Von einer Reihe von führenden Funktionären wurde bekannt, daß sie ein ausgesprochenes Luxusleben mit Sportwagen, Villen, Jagdpartien oder Festgelagen führten. Von der Yanan-Zeit, in der auch die höchsten Kader die Lebensbedingungen und die Not des Volkes teilten, war nicht viel übrig geblieben.

Das Erziehungswesen...

... war der zentrale Ansatzpunkt für die Kulturrevolution. Hier waren die völlig gegensätzlichen Positionen schon seit Anfang der 50er Jahre offen formuliert und ausgetragen worden, so daß die Rotgardisten 1967 von einem „17-jährigen Kampf zwischen den beiden politischen Richtungen an der pädagogischen Front“ sprachen. Die Kämpfe im Vorfeld der Kulturrevolution hatten hier die größte Schärfe erreicht. Auch sind diese Auseinandersetzungen erheblich besser dokumentiert als die in anderen gesellschaftlichen Bereichen.

Ein erstes Schulsystem war in China bereits während des Bürgerkrieges in den befreiten Gebieten, besonders in Yanan, aufgebaut wor-

den. Es war eng an den Notwendigkeiten des Guerilla-Krieges ausgerichtet, verbündete theoretisches Studium mit praktischer Arbeit zur Erwirtschaftung des Lebensunterhalts und einer intensiven politischen Schulung und Diskussion.

Nach der Befreiung mußte ein landesweites Erziehungssystem aus dem Boden gestampft werden, das möglichst rasch und zahlreich die Kader für den Aufbau Chinas (vor allem auf wirtschaftlichen Gebieten) ausbilden sollte. Dafür wurde das sowjetische Erziehungssystem direkt übernommen, sowjetische Fachleute waren als Berater beim Aufbau der Schulen und als Lehrer tätig, das Lehrmaterial wurde einfach aus dem Russischen übersetzt usw. In der Anwendung brachte das Sowjet-Modell einen extremen Wettbewerb unter den Schülern, massiven Leistungsdruck und eine zunehmende Entpolitisierung des Unterrichts. Zugleich wuchs die Entfremdung der Schüler und Studenten von den realen Lebensbedingungen der Massen, das Studium wurde reine Fachbüffelei.

Schon 1950 griff Mao die „Verbürgerlichung“ der Schulen und Hochschulen an und kritisierte die Massenferne, zu der diese Art von Ausbildung führte. Zunächst konnte er sich damit jedoch nicht durchsetzen. Erst 1957-60 wurden die Verhältnisse an den Schulen von Grund auf umgestaltet. Die Schüler sollten direkt an der Produktion teilnehmen, die Schulen sollten eigene Betriebe haben, auf dem Lande ihre Lebensmittel selbst produzieren. Jede Fabrik sollte eine Schule werden, jede Schule eine Fabrik.

1961/62 setzten sich dann erneut die Rechten durch. Schon 1959 war auf einer Konferenz zur Erziehungserbeit gefordert worden: „Das Studium muß an erster Stelle stehen“ (25). Die Hochschullehrer und die Ministerialbürokratie jammerten über angeblichen Verfall der Lernmoral und niedriges Niveau der Ausbildung.

Am 7.2.61 konnten sie auf einer Sonderkonferenz des ZK zu Erziehungsfragen die „Sechzig Punkte zur höheren Erziehung“ durchsetzen. Darin wurde das ganze höhere Erziehungswesen auf das Ziel der Qualifizierung von Spezialisten festgelegt.

Zur inhaltlichen Ausrichtung bemerkte der stellvertretende Ministerpräsident und Kulturminister: „In unserem Land besitzt das Bürgertum mehr Bildung und Wissen als irgend eine andere Klasse. Wenn wir nicht vom Bürgertum lernen, wird es nicht möglich sein, das Bildungsniveau der revolutionären und konstruktiven Massen eine andere Klasse. Wenn wir nicht vom Bürgertum lernen, wird es nicht möglich sein, das Bildungsniveau der proletarischen und ländlichen Massen zu heben“ (26). Die alten bürgerlichen Pauker wurden geradezu gehätschelt: „Wer sein Leben lang als Erzieher tätig war, sei es als Lehrer, sei es als Schulleiter, der wird bei uns hoch geehrt werden. Es ist in der Tat nur der Fachmann, der eine Schule kompetent verwalten kann und gute Schüler hervorbringt“ (27). Außer den Ehren wurden für diese Leute auch Prämien und Sondervergütungen bei „guter Leistung“ eingeführt.

Den „Fachmännern“ wurde auch wieder die inhaltliche Gestaltung der Lehrmaterialien übertragen; diese liefen hinaus auf die „heftige Betonung von Wissen und Können sowie eine hochgradige Schwächung der politischen Bewußtseinsbildung ... Die Frische, unkonventionelle Unterweisung aus der Zeit der Erziehungsrevolution wurde nun vollständig beseitigt“ (28).

Schulangelegenheiten wurden vielerorts wieder den Schulleitern allein entschieden, während die Partezellen an den Schulen an Einfluß verloren, oder aber der Schulleiter selbst wurde zum Sekretär der Partezelle bestellt und verwendete diese allmählich von einer politisch-ideologischen Kontrollinstanz zu einem rein administrativen Ausführungsglied.

Das machtsche Erziehungsprinzip „halb arbeiten, halb studieren“ wurde ebenfalls abgebaut. Zhou Yang, stellvertretender Leiter der Propagandabteilung des ZK und hoher Kulturfunktionär, kritisierte: „Es wird zuviel Politik betrieben. Die Studenten sind zu sehr mit der Produktion beschäftigt“ (29). Die von Schülern und Studenten betriebenen Unternehmen wurden praktisch vollständig eingestellt.

Im Bericht der 41. Konferenz der Parteizentralen im Erziehungsministe-

rium (vom Juni 62) wurde schließlich das neue Prinzip verkündet: „Die Prüfungsergebnisse sind nicht nur der Maßstab für den akademischen Standart (für den Schüler), sie zeigen auch den Grad der politischen und moralischen Reife an“ (30).

Dazu die betroffenen Schüler: „Unter diesem System beherrscht und bestimmt die Note alles. Schüler und Lehrer stürzen sich in die Sackgasse der Notenjagd. Der Schüler kämpft um Noten, der Lehrer unterdrückt durch Noten. Man kann sagen: Noten und immer wieder Noten, das ist das Schicksal der Schüler. Prüfungen und immer wieder Prüfungen, das ist die Bibel der Lehrer! Die Noten sind Mittelpunkt aller schulischen Arbeit geworden“ (31).

Zusammen mit dem wachsenden Leistungsdruck wurden immer mehr verfeinerte Ausleseverfahren eingeführt. In den Oberschulen wurde unterschieden zwischen Schülern, die nach dem Schulabschluß eine Stufe vorrücken durften, und solchen, die bestimmt waren, in die Produktion zu gehen. Diese Unterscheidung wurde später bereits am Ende der Unterstufe getroffen, so daß viele Schüler von jeder weiteren Ausbildung ausgeschlossen waren. Je höher ein Student aufstieg, desto mehr wuchs die Konkurrenz: nur einer von zehn Bewerbern wurde für die Oberschule akzeptiert, und auf der Stufe der Universität wurden die Chancen, die gegen eine Aufnahme sprachen, mit 30 zu eins eingeschätzt (32).

Von den ausgesiebten Jugendlichen wurden viele zwangswise aufs Land geschickt, um den Bauern zu helfen. Sie fanden dort oft sehr harte Bedingungen vor, wurden von den lokalen Kadern unter Druck gehalten und z.T. gegen die alteingesessenen Bauern ausgespielt. Während der Kulturrevolution strömten diese Jugendlichen in die Städte zurück und standen bei den dortigen Kämpfen oft in vorderster Front (33).

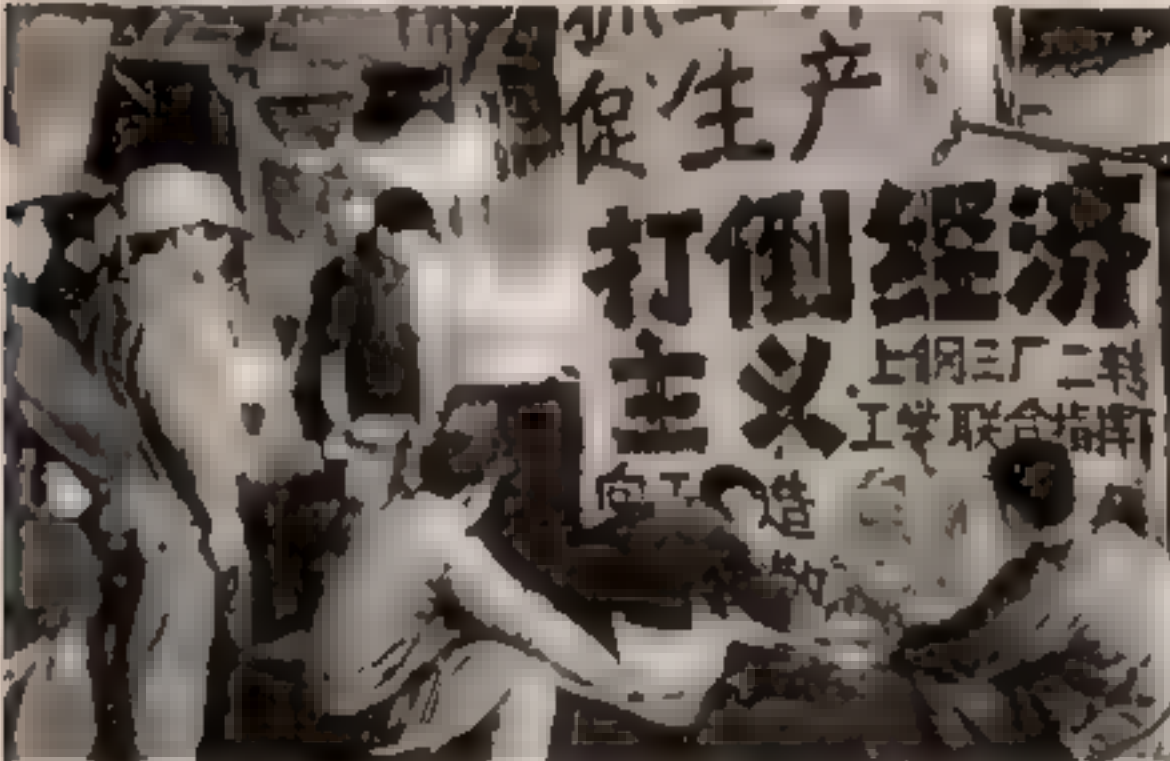
Über diese „Regelung“ des Schulabgangs hinaus wurde auch der Zugang zu den Oberschulen (zu den Unis sowieso) auf eine kleine Elite eingeschränkt. Das Instrument dazu war das ab Frühjahr 1964 von Liu Shaoqi propagierte „System der doppelten Erziehung“. Die Schüler wurden in „Ganztagsschüler“ und „Arbeitschüler“ aufgespalten; letztere sollten gleichzeitig lernen und in der Produktion tätig sein. In der Praxis dieser „Arbeitschulen“ allerdings wurde der ursprüngliche Ansatz Maos in sein Gegenteil verkehrt: statt Instrument für die Bildung von politischem Bewußtsein bei den zukünftigen Führungskadern wurden die meist fern von den städtischen Zentren lebenden „Arbeitschulen“ Abzweigpunkte für die ausgesiebten Arbeiter- und Bauernkinder, wo zudem oft auch kaum noch studiert, dafür aber um so mehr billige Arbeit geleistet wurde.

Widerstand gegen die Verschickungen wurde mit administrativen Maßnahmen scharf unterdrückt. Als sich 600 Schüler aus Arbeitschulen aus der Umgebung Kants weigerten, in die Produktion zu gehen und auf der Fortsetzung ihrer Ausbildung bestanden, wurde eine Kampagne gegen „Anti-Partei-Elemente“ angestreift. Die sechshundert fast durchweg Kinder von Arbeitern oder Bauern, die sich schon in der Vergangenheit als „Aktivisten im Studium der Werke des Vorsitzenden Mao Zedong“ bei den Behörden unbeliebt gemacht hatten, wurden als „Anti-Partei-Elemente“ gebrandmarkt und zwangswise aufs Land verfrachtet. Erst Ende 1967 wurde ihr Fall öffentlich bekannt und sie selbst rehabilitiert.

Oberhaupt war die logische Folge des Leistungs- und Auslesegedrucks in den Schulen, daß gerade Arbeiter- und Bauernkinder rasch ausgesiebt wurden, während Kinder aus dem Bürgertum und der mittleren und oberen Kaderebene, die die entsprechenden Unterstützung und Förderung aus dem Elternhaus erfuhren, die Oberschulen und Universitäten bevölkerten.

Verstärkt wurde der elitäre Charakter des Erziehungssystems dadurch, daß auch innerhalb der einzelnen Schulen eine bestimmte Zahl von „Schlussschülern“ ausgewählt wurde, auf die menschliche Arbeitskräfte und materielle Mittel konzentriert werden sollten (34).

Ihren extremsten Ausdruck fand die Elitebildung in den besonderen Schulen für Kaderkinder.



Wandzeitungen und Diskussionen im Betrieb – während der Kulturrevolution (aus: China-Report Nr. 1/1968)

stab für die gesamte Arbeit des Unternehmens“ (18).

Das System der strikten Ein-Mann-Legung (d.h. ein einziger Kader ist für die Leitung eines Betriebs, einer Abteilung etc. nach oben verantwortlich) wurde wieder eingeführt, nachdem es 1954/55 abgeschwächt und in der Periode des „Großen Sprungs“ völlig abgeschafft und durch das Prinzip der kollektiven Leitung ersetzt worden war. Im Verlauf eines oder mehrerer Jahre fanden in immerhin 40 % der in einer Studie untersuchten Betriebe Wahlen zur Betriebsleitung statt, vor allem in den relativ kampfstarken Eisen- und Stahl-Großbetrieben. Dabei stand allerdings in der Regel nur ein Kandidat für einen Posten zur Wahl (19).

Die Leitung der Betriebe lag immer ausschließlich bei den Betriebsdirektoren, während der Ein-

fluß der Betriebsparteikomitees immer mehr zurückging. Das von Deng Xiaoping geleitete Parteisekretariat sprach an die betrieblichen Basisorganisationen der Partei ausdrücklich die Empfehlung aus, in Produktionsangelegenheiten äußerste Zurückhaltung zu üben. Auch innerhalb der Parteikomitees vollzog sich ein Wandel; die schon erwähnte Studie spricht davon, daß in der Mehrheit der untersuchten Betriebe kein einziger Arbeiter im Parteikomitee war, in den übrigen nicht mehr als etwa 10 % (20).

Die neue Politik in der Industrie zeitigte noch ein weiteres Ergebnis: die während des „Großen Sprungs“ entstandenen kleineren Industrie- und Infrastrukturprojekte, vor allem auf dem Lande, ließ man allmählich absterben. So waren bis 1961 von einzelnen Volkskommunen Lokalbahnen mit einem Schienennetz von etwa 4000 Kilometern gebaut worden. Damit sollte die ländliche Infrastruktur von der Basis her entwickelt werden. Nach der revisionistischen Wende wurden die Mittel schrittweise gekürzt und schließlich ganz gestoppt, die Bahnen wurden eingestellt oder langsam verfallen gelassen.

Damit wurde auch eines der Hauptziele der Politik des „Großen Sprungs“ liquidiert: der Versuch nämlich, die „Ausbeutung“ des Landes zugunsten einer raschen Akkumulation für den Aufbau der industriellen Zentren zumindest teilweise durch die Entwicklung von Industrien zu ersetzen, von denen die Bauern auch unmittelbar selbst profitierten.

Verwaltung

Die natürliche Hauptbasis für die Herausbildung der „neuen Bourgeoisie“ in China waren die staatlichen

Auch später waren diese „Spezialisten“ wohlgeleitet. Chen Pixian, einer der Sekretäre des Peking Stadtkomitees, versicherte ihnen: „Ihr braucht an der sozialistischen Revolution gar nicht teilzunehmen, wenn ihr nur keine Opposition betreibt ... Es gibt Leute, die ein anderes Temperament haben und ihr Denken nicht ändern wollen; wenn sie keinen aktiven Widerstand leisten und mit der Partei gehen, ist alles in Ordnung“ (21).

Die forcierte Herausbildung neuer Kader konnte an der bestehenden Situation nur wenig ändern (zum System der Ausbildung siehe unten). Durch die Vorherrschaft bürgerlicher Verhältnisse und Praktiken konnten oftmals „an sich“ antibürokratische oder „Anti-Rechtsabweicher“-Kampagnen zu Kampagnen zur Säuberung der Bürokratie von unbequemen Kritikern umgedreht werden. Arbeiter- und „Anti-Rechtsabweicher“-Kampagnen zu Kampagnen zur Säuberung der Bürokratie von unbequemen Kritikern umgedreht werden. Arbeiter- und Bauernkader, die noch in der Tradition des revolutionären Guerillakrieges standen, wurden als „Rechtsabweicher“ etc. bezeichnet und zur Umerziehung aufs Land oder in die Fabrik geschickt. „Säuberungslisten“ stellten sicher, daß diese Kader nicht anderswo wieder eingestellt wurden.

Ein besonders krasses Beispiel für diese Ausrichtung war der Bereich der Sicherheitsbehörden und der Justiz, der unter der Leitung von Luo Ruiqing (zugleich Generalstabschef der VBA) stand. Während der Kulturrevolution ging der „Fall der beiden Chen“ breit durch die rotgardistische Presse. Chen Po und sein Stellvertreter Chen Kun übernahmen nach der Befreiung die Leitung der Sicherheitsbehörde in Kwangtung. Im Gegensatz zur Zentrale in Peking verfolgte die Kantoner Behörde in ihrer Politik die Masselinie. Ende 1949 ernannte daher der am sowjetischen Vorbild orientierte Luo Ruiqing seinen Vertrauten Tan Chengwen zum Behördenchef. Chen Po wurde zum Stellvertreter degradiert. Tan zog eine ganze Reihe von Beamten aus Peking nach sich und setzte sie in wichtige Positionen ein. Als das nicht ausreichte, um die Politik der Behörde grundlegend zu ändern, setzte Luo eine geheime Fünfer-Kommission (unter Vorsitz von Tan) ein, die Chen Po eine Agententätigkeit nachweisen sollte. Das zusammengestopelte Material war aber derart fadenscheinig, daß zahlreiche Kader an diesen Methoden Kritik übten. Sie wurden nun ihrerseits auf die schwarzen Listen gesetzt und im Laufe der folgenden Jahre aus ihren Ämtern verdrängt, manche auch aus der Partei ausgeschlossen.

Die Kampagne wurde weitergeführt, das ganze zu einem „schweren Fall von internationalen Spionage und Agententücken“ aufgebaut. Als

Diese Schulen waren in den 40er Jahren in den befreiten Gebieten entstanden als Internate für Kinder, deren Eltern im Bürgerkrieg kämpften. Nach der Befreiung forderte Mao 1952 folgerichtig die Abschaffung bzw. Umwandlung dieser Sonderschulen. 1955 wurde ein entsprechender Erlass des Staates verabschiedet. In der Praxis hatte dieser Beschluß jedoch kaum Auswirkungen, es gab lediglich organisatorische Umstellungen oder Umbenennungen an diesen Schulen, die speziellen Aufnahmebeschränkungen aber blieben. Die Untätigkeit der Schulleitungen wurde vom Ausschuß für Kultur und Erziehung beim Staatsrat gedeckt, in der Folge wurden sogar neue Schulen eingerichtet. Erst nach dem Abbruch des "Großen Sprungs" allein im Jahre 1961 errichtete man eine Reihe von Sprachschulen, in denen Kadern Kinder mehr als 85 % der Schüler stellten (36).

Die Schüler in diesen Sonderschulen waren in jeder Hinsicht privilegiert: materiell waren die Schulen weit überdurchschnittlich ausgestattet, intensive Betreuung durch das Lehrpersonal (das Schüler-Lehrer-Verhältnis betrug 6:1 gegenüber 20:35 in normalen Schulen) war gewährleistet; Versorgung durch zahlreiche Bedienstete, ausserordentliche Vergütung (auch während der Notzeit 60-81), zusätzliches Taschengeld von 16-26 Yuan pro Monat - während z.B. ein Arbeiter auf einer Staatsfarm 12 Yuan zur Verfügung hatte. Die vorgeschriebenen Einsätze zur körperlichen Arbeit auf dem Lande hatten für diese Schüler den Charakter eines gemächlichen Ausflugs.

Als Absolventen der Schulen wurden sie ohne weitere Prüfungen an den Universitäten aufgenommen und konnten in aller Regel mit einem höheren Funktionsposten rechnen.

Die Gesinnung, die an diesen Schulen gezeugt wurde, faßten die Rotgardisten später folgendermaßen zusammen: „Die Kinder der Funktionäre sind der Gesellschaft und den arbeitenden Menschen entfremdet. Sie vergleichen das Essen, die Kleidung, die Autos, die achten auf die Stellung des Vaters, sie entwickeln ein intensives Gefühl für Privilegien, ein Gefühl der eigenen Überlegenheit. Sie betrachten sich als 'wähgeboren'“ (36).

In den Sonderschulen für Kadernkinder hatte sich die „neue Bourgeoisie“ in China dergestalt ein Medium zur Vererbung ihrer Privilegien an ihre künftigen Nachkommen geschaffen.

Die Parteilinken und Mao selbst haben immer versucht, der Verbürgerlichung des gesamten Erziehungswesens entgegenzusteuern. Sie maßten diesem Bereich zentrale Bedeutung bei: „Um zu gewährleisten, daß unsere Partei und unser Land nicht die Farbe wechseln, müssen wir nicht nur eine richtige Linie und eine richtige Politik haben, sondern auch Millionen von Nachfolgern der revolutionären Sache des Proletariats erziehen und ausbilden. Kurz, das ist eine äußerst wichtige Frage, eine Schicksalsfrage unserer Partei und unseres Landes, eine Frage auf Leben und Tod. Für die revolutionäre Sache des Proletariats ist das eine Frage von fundamentaler Bedeutung für Jahrhunderte, Jahrtausende, für Zehntausende Jahre. Auf Grund der in der Sowjetunion sich gegenwärtig vollziehenden Veränderungen haben die imperialistischen Propaganden die Hoffnung auf eine 'friedliche Evolution' der chinesischen Partei in der dritten oder vierten Generation. Wir werden die Prophezeiung der Imperialisten zerschanden machen. Wir werden von oben nach unten, überall und ständig unsere Aufmerksamkeit auf die Erziehung und Ausbildung der Nachfolger der revolutionären Sache lenken“ (37).

Die Art und Weise, wie diese politische Linie (bei verbaler Anerkennung) in der Praxis sabotiert und der Widerstand an der Basis von der Schul- und Hochschulkulturnakademie zu ersten Versuchen wurde, sagt viel über die Klassenverhältnisse in China vor der Kulturrevolution aus.

Anregungen und Direktiven Maos wurden oft zwar scheinbar angenommen, aber nicht in die Praxis umgesetzt. Die Vorschläge würden beraten aber man dürfe nichts überstürzen, man müsse vorsichtig zu Werke gehen, um nichts kaputt zu machen ... Die Vorschläge Maos wurden den Schulleitern von der Hochschulkulturnakademie dann „nicht als bindende Direktiven, sondern als Diskussionsbeiträge“ zugeleitet, die zu Interpretationen ins Leben der jeweiligen Behörde gestellt

ist“ (38). Und die wußte schon selbst, was sie zu tun hatte.

Der Überbegriff wurden auch wichtige Dokumente wie Maos „Dezember-Erklärung“ (1953) oder seine „Frühlingsernte-Rede“ (1964), in denen er den Revisionismus im Erziehungswesen scharf angriff, von den Rechten im Politbüro stillschweigend kassiert und unter Verschluss gehalten. Auch in



Wandzeitungen waren während der Kulturrevolution ständig Punkte, an denen sich Menschenmengen sammelten. Seit 1980 sind Wandzeitungen in China verboten.

umgekehrter Richtung wurde der Informationsfluß eingeschränkt. Als eine Führerin der Linken an der Peking-Universität, die Philosophiedozentin Nie Yuanzi, sich bei Mao über die Repression durch das Uni-Rektorat und das Peking Stadtkomitee beschwerte, wurde der Brief von Liu Shaoqi abgefangen und an den Chef des Stadtkomitees Peng Zhen weitergeleitet (der ihn unterschlug).

Ein Beispiel: Repression und Widerstand an der Peking-Universität

In den Schulen und Universitäten selber war die Studentenbewegung vielfältigen Repressionen bis hin zu Schulausschlüssen und Strafverurteilungen der führenden Aktivisten unterworfen. Am besten dokumentiert (39) sind die Auseinandersetzungen an der Uni Peking (Beida).

Diese Exile-Universität wurde von Lu Ping nach der Devise „Wir müssen die Universität Moskau einholen und überholen; die Universität Moskau muß unser Ziel sein“ geleitet; sie war völlig auf die Ausbildung von „Spezialisten“ ausgerichtet. Im Zuge der strengen Auslese war die Einschrei-

bung von Studenten aus Arbeiter- und Bauernfamilien von 65,8 % im Jahre 1960 auf 37,7 % im Jahre 1962 reduziert worden.

1964 formierte sich an der Beida eine Linke, die mit ihren Forderungen nach politischen Diskussionen im Unterricht und mit ihren Aktionen den normalen Studienablauf störte.

Im Juli 1964 setzte das Stadtkomitee eine Untersuchungskommission ein. Eine Reihe von Spitzenfunktionären wurde zur „Befriedung“ der Uni entsandt, darunter Deng Tuo, einer der Sekretäre des Peking Stadtkomitees und Vertrauter Peng Zhens. Als Mao seine „23 Punkte“ zur Sozialistischen Erziehungsbewegung veröffentlichte, eskalierten die Auseinandersetzungen erneut: die Studenten forderten eine Erziehungsevolution.

Das Stadtkomitee dreht den Spieß um: Lu Ping, der Leiter der Hochschule, erschien abgeschieden auf einer Sitzung des Stadtkomitees und beschuldigte die Linke, die „23 Punkte“ zu verletzen. Auf seine Aufforderung hin wurden Arbeitsgruppen an die Beida geschickt, „um die Fehler zu korrigieren“. Aber auf den Diskussionen, die einberufen wurden, konnten zahlreiche Kader von der Linken überzeugt werden, so daß Peng Zhen den Arbeitsgruppen die Anweisung erteilen mußte, „die Debatten zu stoppen“. Am 2. April 1965 beriefen er und Lu Dingyi die sogenannte „Konferenz im Nantonghotel“ ein, auf der vor allem diskutiert wurde, wie die Sozialistische Erziehungsbewegung an der Beida wieder unter Kontrolle gebracht werden könnte. Die Linken wurden als „Anti-Partei-Elemente“ diffamiert, während sich Peng Zhen und Lu Ping als die wahren Vertreter der Parteilinken darstellten. Die alte Arbeitsgruppe wurde aufgelöst und eine Neugruppe eingesetzt, der auch Lu und andere leitende Uni-Bürokraten angehörten. Im Juli wurde eine zweite Konferenz im Nantonghotel zusammengerufen, zu der 80 der kritischen Parteimitglieder zitiert wurden sowie 200 andere, die die revisionistische Linie stützen sollten. Sieben Monate lang (bis Januar 66) wurden die Parteilinken auf dieser Konferenz traktiert, sie sollten zugeben, daß sie „Kartellisten“ und

Mitglieder einer „Anti-Partei-Clique“ seien. Die Führerin der Linken, Nie Yuanzi, wurde häufig verhört und auf verschiedene Weisen mit administrativen Maßnahmen schikaniert. Zusätzlich wurden im Oktober 65 nahezu 8000 Studenten aufs Land geschickt, von wo sie z.T. erst mit dem Aufkommen der revolutionären Kämpfe im Mai 66 zurückkehren konnten.

Obwohl sich die Bürokratie mit dieser Repressionswelle zunächst durchsetzen konnte, blieb ein linker Kern erhalten, der im Sommer 66 den Sturm der Kulturrevolution wieder entfachen konnte.

Die Klassenverhältnisse in China vor der Kulturrevolution

Sowohl im Produktions- als auch im Reproduktionsbereich dominierten 1965 bürgerliche Verhältnisse und Praktiken. Eine „neue Bourgeoisie“ (mit der Hauptbasis in den staatlichen Apparaten selbst) hatte sich etabliert und übte scharfe Repressionen gegen die sich herausbildenden Potentiale des Widerstands aus.

Die bürgerlichen Verhältnisse sprangen zwar im Bereich von Kultur und Erziehung am stärksten ins Auge, sie waren jedoch keineswegs auf diese Bereiche beschränkt, sondern hatten ihre Grundlage in den bestehenden Produktionsverhältnissen. Auf dem Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus blieben auch in China in der sozialistischen Gesellschaft unter der Diktatur des Proletariats die Formen der kapitalistischen Arbeitsteilung weitgehend intakt.

Die scharfe Trennung in den Betrieben zwischen leitenden und ausführenden Funktionen - auf der einen Seite die allein für die Verwaltung der Betriebe und des öffentlichen Lebens verantwortlichen Spezialisten, auf der anderen Seite die Arbeiter, die zu arbeiten und möglichst wenig zu diskutieren hatten - die Trennung zwischen Kopf- und Handarbeit, schließlich die wechselnde Unterbrechung zwischen den industriellen Metropolen und dem Land, das (ohne entsprechende Gegenleistungen) die Lebensmittel und Rohprodukte für die Versorgung der Städte zu liefern hatte - das war die objektive Basis für die Weiterexistenz bürgerlicher Verhältnisse und Praktiken und damit auch die objektive Basis für die Weiterexistenz einer Bourgeoisie. Diese wurde gebildet durch „alle diejenigen, die im System der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion eine Stellung einnehmen, die der der Bourgeoisie entspricht, und die trotz des Bestehens des Proletariats eine bürgerlich gesellschaftliche Praxis entwickeln“ (40).

Daher existierten auch 17 Jahre nach der Befreiung in China noch Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe, wie Mao immer wieder betonte. Der „Große Sprung“ war eine Offensive des Proletariats und der einfachen Bauern unter der Führung der KPCh gewesen, über die bloße Verstaatlichung der Betriebe und Neuaufteilung des Landes hinaus die tatsächliche Vergesellschaftung der Produktion voranzutreiben. Mit dem „System der doppelten Beteiligung“ sollten die Arbeiter an der Betriebsführung und die leitenden Kader an der Produktionsarbeit teilnehmen. Mit der ländlichen Industrialisierung von der Basis her sollte der Trennung von Stadt und Land entgegengegearbeitet und das Klassenbündnis von Arbeitern und Bauern gefestigt werden.

Das Roll-back der bürgerlichen Kräfte in der gesamten Gesellschaft und insbesondere in den staatlichen Apparaten (wo sich bürgerliche Verhältnisse und Praktiken naturgemäß am ehesten halten und entwickeln konnten) spiegelte sich in der KPCh wieder, wo die

revisionistische Linie in den Jahren nach 1959 beherrschenden Einfluß gewann.

Materielle Basis dieses Prozesses war die tendenzielle Verschmelzung des Parteiapparates mit den staatlichen Apparaten. Einzelne Formen dieser Verschmelzung wurden oben beschrieben: die Behörden-, Betriebs- und Schulleiter, die in Personalkon-

ferenzen teilnahmen, womit die Kontrollfunktion der Parteiorganisation theoretisch wurde; die „Bürokonferenzen“ und „Klubs für höhere Kader“, in denen die bürgerlichen Spezialisten Einfluß auf die führenden Parteimitglieder und deren praktische Politik nahmen.

Zugleich wurde das demokratische Leben innerhalb der Parteiorganisationen eingeschränkt oder kam ganz zum Erliegen. „In unserer Parteizelle konnten wir andauernd die Behauptung vernehmen: 'Der Partei muß gehorcht werden. Die Führung des Parteikomitees steht für die Führung der Gesamtpartei, denn die Parteiführung ist niemals abstrakt. Ihr müßt Instrumente sein, die auf Parteiverwaltung handeln. Was die Partei auch befiehlt, müßt ihr ausführen. Auch wenn eine bestimmte Entscheidung falsch sein sollte, sollt ihr sie durchführen. Das erfordert die organisatorische Disziplin der Partei, dies entspricht dem Wesen der Partei',“ so beschrieb später ein Parteimitglied in Peking das herrschende Klima (41).

Innerhalb der Partei gewann deren Verwaltungsapparat zunehmend an Bedeutung. Die Sekretäre der Parteikomitees waren nur mehr nach „oben“ verantwortlich und brauchten immer Bedeutung. Die Sekretäre der Parteikomitees waren nur mehr nach „oben“ verantwortlich und brauchten immer weniger vor ihrer Basis Rechenschaft abzulegen. Gegen die Kritiker wurde mit Verurteilungen (wobei sich die umfangreichen Personaldossiers bezahlt machten, über die die Partei-Sekretäre verfügten) und mit administrativen Maßnahmen vorgegangen.

Auf zentraler Ebene fand die tendenzielle „Überlegenheit“ der Partei durch ihren Verwaltungsapparat Ausdruck im wachsenden Einfluß des ZK-Sekretariats. Während vom 8. Parteitag 1956 bis 1962 zehn ZK-Plenarien stattfanden, folgte das 11. Plenum erst 1966 nach dem Ausbruch der Kulturrevolution. Anstelle des ZK als höchstem politischen Gremium der Partei zwischen den Parteitagen wurden zu einer Reihe von Themen „zentrale Arbeitskonferenzen“ einberufen - ausgehend vom ZK-Sekretariat, das unter der Leitung von Deng Xiaoping stand.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß in der Führung sowohl des Staates als auch der Partei am Vorabend der Kulturrevolution Vertreter der „neuen Bourgeoisie“ beherrschenden Einfluß erlangt hatten. Sie arbeiteten am Ausbau der bestehenden bürgerlichen Verhältnisse und Praktiken und unterdrückten jeden Versuch zu deren revolutionärer Veränderung (nebenbei verschafften sie sich auch allmählich die ihrer Klassenstellung entsprechende Privilegien). Die KPCh war damit als Gesamtpartei weder objektiv in der Lage noch willens, den revolutionären Prozeß voranzutreiben. Der Kampf der Massen zur revolutionären Umwälzung der noch bestehenden oder wieder hergestellten Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse mußte sich vielmehr gegen das „bürgerliche Hauptquartier“ an der Spitze von Staat und Partei selber richten.

In den bis dahin geführten Auseinandersetzungen hatte sich eine organisatorische Kraft, die die (völlig gesplitteten) Kämpfe hätte führen und zusammenfassen können, nicht einmal in Ansätzen herausgebildet. Aus einer relativ isolierten Position heraus mußte Mao, gestützt nur auf seine persönliche Autorität und eine kleine Zahl

Linker in der Parteiführung, versuchen, diese Funktion zumindest teilweise zu übernehmen und den Sturm der Kulturrevolution anzufachen.

Ein Ganzen aus Freiburg

Anmerkungen

1 Bis auf die Armees, die nach der Übernahme des Verteidigungsministeriums durch Lin Biao eine gewisse Sonderentwicklung durchmachte, die an dieser Stelle noch nicht behandelt werden soll.

2 Die Peking Kommune, 21.4.67; zit. nach: Rainer Hoffmann/Entmachtung in China. Zur Vorgeschichte der Kulturrevolution. München (1972), S. 43.

3 Handbuch zum Zeitgeschehen (ohn.J., Nr. 3-4, S. 12 zit. nach: Rainer Hoffmann/Mao's Rebellen. Sozialgeschichte der chinesischen Kulturrevolution, Hamburg 1977, S. 82.

4 Doms S. 129.

5 Hoffmann/Rebellen, S. 185, Anm. 125.

6 Jiri Kosta, Jan Meyer/Volkrepublik China. Ökonomisches System und wirtschaftliche Entwicklung. Frankfurt 1976, S. 188.

7 Far Eastern Economic Review, 1.2.68.

8 Mao Tse-tung, „Band V“, Hamburg 1977, S. 183.

9 Beide Dokumente ausführlich zitiert bei: Rüdiger Machetzki/Chronologie des innerparteilichen Linienkampfes in der Kommunistischen Partei Chinas 1949-1966. Hamburg 1973, S. 138-144.

10 Hubert Ribeiro, 20.12.64, zit. nach: Adrian Hsia/Die chinesische Kulturrevolution. Zur Entwicklung der Widersprüche in der chinesischen Gesellschaft. Neuwied, Berlin 1971, S. 130.

11 Li Xiannian, li. Die Peking Kommune, 27.6.67, zit. nach: Hoffmann/Entmachtung, S. 118.

12 Gewittersturm (Peking), 24.2.67; zit. nach: ebd., S. 117.

13 ebd., S. 123.

14 Die Rote Fahne (Peking) Luftfahrtakademie, 10.2.67; zit. nach: Hoffmann/Kampf zweier Linien, S. 46.

15 Arbeiterkampfblatt (Kanton), 2.2.68; zit. nach: Hoffmann/Rebellen, S. 179.

16 Neues Geschichtsbuch, Von 1917 bis zur Gegenwart. Berlin (DDR) 1979, S. 298.

17 li. Die Peking Kommune, 21.4.67, zit. nach: Hoffmann/Entmachtung, S. 120.

18 Peking Volkszeitung, 19.7.62; zit. nach: Kosta, Meyer S. 182.

19 Barry M. Richman/Industrial Society in Communist China, New York 1966, S. 265 f.

20 Barry M. Richman/Industrial Society in Communist China, New York 1966, S. 255 f.

20 ebd., S. 256.

21 li. Rotgardisten Kampfblatt (Shanghai), 25.1.67, zit. nach: Hoffmann/Entmachtung, S. 40.

22 Die Peking Kommune, 12.4.67; zit. nach: ebd., S. 111.

23 Li-yü chen-hsien, 18.3.67; zit. nach: ebd., S. 34.

24 Hoffmann/Entmachtung, S. 109.

25 chiao-hsueh p'i-p'an, 20.4.67; zit. nach: ebd., S. 145.

26 Die Erziehungsevolution (Peking), 6.6.67, zit. nach: ebd., S. 149.

27 Lu Dingyi, ebd.

28 ebd.

29 chiao-hsueh p'i-p'an, 20.4.67; zit. nach: ebd., S. 161.

30 ebd.

31 Sturmblatt des 1. August (Kanton), März 68; zit. nach: ebd., S. 88.

32 Yomusi (Jap.), 25.6.68; zit. nach: Victor Nee, Con Layman/Das Problem der Trennung von Hand- und Kopfarbeit in der chinesischen Kulturrevolution. Frankfurt 1969, S. 30.

33 Dieser Verschickungsprozeß lag allerdings ein reales Problem zugrunde: die chinesischen Städte wuchsen wegen der gegenüber dem Lande besseren Lebensbedingungen in geradezu alarmierendem Tempo. Die Arbeits- und Ausbildungsplätze waren demgegenüber beschränkt. Dieses Problem war aber politisch nicht durch bloßes Abschieben des „Überschusses an Jugendlichen zu lösen, sondern durch politische Überzeugungsarbeit für einen sinnvollen Einsatz bei der forcierten Entwicklung des Hinterlandes.

34 Peking Volkszeitung, 17.12.67; zit. nach: Layman, Nee S. 31.

35 Sturmblatt des 1. August (Kanton), Januar 68; zit. nach: Hoffmann/Entmachtung, S. 186. Lediglich die Volksbefreiungsarmee kam der Aufforderung zur Auflösung der Schulen 1963 weitgehend nach.

36 Die Erziehungsevolution, 10.4.67; zit. nach: ebd., S. 159.

37 Mao Tse-tung, zit. nach: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung. Westberlin 1970, S. 632 f.

38 Hoffmann/Entmachtung, S. 80.

39 ebd., S. 62 - 65 sowie Nee, Layman S. 33 - 40.

40 Charles Bettelheim/Die Klassenkämpfe in der UdSSR. Band 1, 1917 - 1923. Westberlin 1976, S. 120.

41 Li-yü chen-hsien, 11.3.67; zit. nach: Hoffmann/Kampf zweier Linien, S. 77.

(Teil I)

Es gibt viel zu tun — Packen wir's an?

Der folgende Artikel soll ein Diskussionsbeitrag zur Einschätzung der Lage und zur Bestimmung unserer Aufgaben sein. Wir versuchen damit an die „Krisenberichte“ wieder anzuknüpfen, allerdings nicht im Sinne einer vertiefenden Nabelschau. Der Artikel befaßt sich (im Teil II) u.a. auch mit politisch-strategischen Fragen, wie sie in letzter Zeit in der Terrorismus-Diskussion angesprochen worden sind.

Aus Platzgründen wurde der Artikel geteilt, der hier abgedruckte Teil I beschränkt sich auf eine zusammenfassende Darstellung/Einschätzung der Gesamtsituation.

Zwei Hamburger Genossen

Kann die BRD das Jahr 1990 überleben?

Außen- wie Innenpolitisch kommen in den nächsten Monaten und Jahren „existenzielle“ Entwicklungen auf uns zu, „Existenzell“ in dem Sinn, daß zum einen unsere politische Existenz als Linke, darüber hinaus aber auch die Existenz der Bevölkerung dieses Landes tödlich bedroht ist.

Der Hauptfaktor dabei sind die zunehmenden Tendenzen zum Krieg. Zwei Stränge lassen sich dabei unterscheiden, die aber engstens zusammenhängen:

a) Die Tendenz zu neuen Kolonialkriegen. Die erste große koloniale Phase des Imperialismus begann im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts und endete im wesentlichen um 1960, teilweise auch schon früher. Auf diese Phase folgte das Experiment des Neokolonialismus, also der Versuch, die Rohstoffvorkommen der Dritten Welt bei formaler nationaler Unabhängigkeit der Staaten mit Hilfe von loyalen Regimes zu kontrollieren und auszubauen.

Der „Kolonialismus“ tritt desgleichen bei den Staaten mit Hilfe von loyalen Regimes zu kontrollieren und auszubauen. Diese Strategie des Imperialismus hat mit dem Sturz des Shah-Regimes im Iran ihre bisher deutlichste, weitest ausstrahlende Niederlage erlitten.

Bereits seit der manipulierten „Ölkrise“ von 1973 werden in den imperialistischen Zentren Möglichkeiten durchgespielt, direkt, mit eigenem Militär, die Kontrolle über wichtige Rohstoffvorkommen (und Transportwege) zu übernehmen — wobei bisher die Öregionen der arabischen Halbinsel und am Persischen Golf im Mittelpunkt der Überlegungen stehen.

Nach dem Umsturz im Iran, und propagandistisch legitimiert durch die General-Affäre, haben die USA praktisch mit dem Aufbau einer kolonialen Eingreiftruppe begonnen, deren künftige Internationalisierung schon diskutiert wird. In kleinerem Maßstab, aber in ähnlicher Weise, sind auch Frankreich und Großbritannien um den Auf- und Ausbau von Spezial-einheiten für den „Einsatz in Übersee“, also zu kolonialistischen Zwecken, bemüht. Das französische „Engagement“ in der rohstoffreichen Provinz Shaba (Zaire), im Tschad und nebenbei auch in der Westsahara zeigt, daß diese Phase eines neuen direkten Militärkolonialismus nicht auf den US-Imperialismus und auch nicht auf den Mittleren Osten beschränkt ist.

Der BRD-Imperialismus unterstützt diese Tendenz zu neuen Kolonialkriegen, weil sie mit seinen eigenen ökonomischen Interessen zusammenhängt. Sein direkter militärischer Beitrag ist aber bisher nahezu Null. Das hat zwei Gründe. Der eine liegt in der Tatsache, daß es innen- und außenpolitisch immer noch problematisch wäre, deutsche Soldaten zu offen aggressiven Zwecken einzusetzen. Der andere Grund liegt in den innerimperialistischen Widersprüchen: Eigenes Militär zu kolonialen Zwecken einzusetzen zu können, bedeutet in der imperialistischen Logik immer noch einen Vorteil gegenüber den Konkurrenten — und diesen Vorteil wollen die anderen imperialistischen Großmächte dem deutschen Imperialismus ohne weiteres noch nicht zugestehen. Diese Konstellation könnte sich aber rasch ändern, wenn die Zuspitzung der Konflikte mit Staaten und Befreiungsbewegungen der Dritten Welt es erfordert. So oder so wäre die BRD ein zentraler Teil des militärischen Hinterlandes für jeden neuen Kolonialkrieg.

b) Die Tendenz zur „Bedienung“ der mit der Oktoberrevolution 1917 eingeleiteten Entwicklung eines „sozialistischen“ Staatenblocks und Machtfaktors, insbesondere zur Liquidierung der Sowjetunion.

Mit dem von der Sowjetunion geführten und von ihr halbwegs kolonialisierten „sozialistischen“ Staatensystem ist eine Realität entstanden, die sich zwar recht weit vom gewöhn-

schafflichen Entwurf von Marx/Engels oder auch Lenin entfernt befindet, die aber nichtdestotrotz das mit Abstand größte Hindernis auf dem Weg zur Welt Herrschaft des Imperialismus darstellt. Der sich daraus ergebende antagonistische Konflikt wurde mehrmals von anderen Interessen überlagert, zuerst vom übergeordneten Bündnis gegen den deutschen Imperialismus (1941-45) und den Nachwirkungen einer generellen Schwächung der imperialistischen Staaten durch den Krieg, später durch die um 1960 schrittweise eingeleitete Zwischenphase der „Entspannung“. Über die Ursachen und Motive dieser Zwischenphase mittels des Imperialismus mag man spekulieren (der Wunsch nach Ablenkung von der Eskalation in Vietnam/Indochina spielte dabei gewiß eine hervorragende Rolle) — aber so oder so steht die Tatsache fest, daß im Schatten der „Entspannung“ eine Aufrüstung — vor allem stömer — stattgefunden hat, die alles bisher in der Menschheitsgeschichte Erreichte weit übersteigt.

Faktisch endete diese Zwischenphase bereits 1974/75, also bald nach dem Ende des Vietnam-Krieges und der ersten „Ölkrise“. Zu dieser Zeit begann die imperialistische Phase, dem Ende des Vietnam-Krieges und der ersten „Ölkrise“. Zu dieser Zeit begann die imperialistische Propaganda mit Horrorgeschichten über die angebliche militärische Überlegenheit der Sowjetunion, über „sozialistische Stützpunkte“ in aller Welt (zu 95% Produkte freier Erfindung) usw. Zweck dieser Propaganda war es, eine Legitimation für eigene forcierte Aufrüstung der imperialistischen Staaten, Jagd nach neuen und Ausbau vorhandener Stützpunkte usw. zu schaffen.

Es gibt im Detail mehr viele Konfliktpunkte zwischen dem imperialistischen Block einerseits und dem „sozialistischen“ Block andererseits. Beispiele dafür sind aktuell Afghanistan und Polen übergeordnet ist aber eine viel schwerwiegendere Problematik. Zwar vergrößert sich einerseits mit jedem Tag der „weltliche“ Aufrüstungsvorgang vor dem „Osten“. Aber trotzdem wächst andererseits mit jedem Tag auch der materielle Schaden, den der Warschauer Pakt dem „Westen“ im Fall eines atomaren Schlagabtausches zufügen könnte.

Daraus ergibt sich die latente, bis zur Irrationalität aggressive Tendenz von Teilen des Imperialismus, den für unvermeidlich gehaltenen Schlagabtausch baldmöglichst zu provozieren. Für diese Tendenz setzen die „Nachrüstungsbeschlüsse“ der NATO und der Wahltag Regime bezeichnende Signale. Der Hauptzweck der „Nachrüstungsbeschlüsse“ besteht darin, einen entscheidenden atomaren Schlagabtausch zu ermöglichen, bei dem nicht die USA siegen sondern Mitteleuropa der „Einsatz“ im „Spiel“ und daß dabei nicht bloß die Sowjetunion, sondern zugleich der wichtigste imperialistische Konkurrent vernichtet getroffen würde, kann den US-Imperialisten letzteres nur recht sein.

Die unter a) und b) skizzierten Kriegstendenzen wirken engstens zusammen, weil die Sowjetunion als entscheidender Rückhalt nationaler Souveränitäts- und Emanzipationskämpfe wirkt. Konkret heißt das, daß ein relativ beliebiger Punkt des antiimperialistischen Kampfes in der Dritten Welt (Afghanistan, Nahost, El Salvador usw.) die Eskalation zum atomaren Schlagabtausch provoziert werden könnte — unter dem Vorwand, man müsse einer angeblichen „sozialistischen Expansion“ Einhalt gebieten.

Umgekehrt wird von den sowjetischen Machthabern diese Tendenz selbstverständlich wahrgenommen. Für die muß sich daraus die Schlussfolgerung ergeben, daß in einem unvermeidlich werdenden atomaren Schlagabtausch ihr relativer Vorteil bzw. das kleinere Übel immer noch im „Erschlag“ liegt also in einem „vorbeugenden“ Schlag gegen die Atomwaffen des Feindes. Das wäre nach Lage der „Nachrüstungsbeschlüsse“ in erster Linie Mitteleuropa.

Man kann streiten, ob die Daten

wagen dieser Kriegstendenz schon auf das beginnende Jahrzehnt verweisen oder erst auf das nächste, übernächste oder sonstwohin. Faktisch scheint aber zu sein, daß auf der skizzierten Grundlage bei der Seiten zur Schlussfolgerung kommen könnten, daß für sie durch Zuhilfenahme nicht zu gewinnen ist. Ihr „Bed“ vielmehr in einer relativ raschen Konfrontation liegt. So oder so steht es fest, daß die relevanten Entscheidungen (Stationierung von Mittelstreckenraketen in der BRD, Stationierung von Neutronenwaffen usw.) in der allernächsten Zeit antreten, also auch J E T Z T verhindert werden müßten.

Die SPD am Ende ihrer Regierungsfähigkeit

Die zweite „existenzielle“ Bedrohung, neben der Kriegsfahr, geht von der innenpolitischen Entwicklung aus. Die Antriebe dieser Entwicklung liegen selbstverständlich zu einem erheblichen Teil in den oben skizzierten Kriegstendenzen. Wer unser Land in einen atomaren Schlagabtausch, oder auch bloß dessen Risikozone hineinziehen will, muß mit beständigem Widerstand rechnen und muß die Unterdrückung dieses Widerstandes planen und vorbereiten. Alle statistischen Untersuchungen zeigen, daß die BRD-Bevölkerung kaum jemals so kriegswillig und so zum sozialen Protest bereit war wie heute. Zwar bedarf der modernen, weitgehend auf Technologie gestützte Krieg weniger als in früheren Zeiten einer Massen Zustimmung, aber er kann darauf auch nicht ganz verzichten.

Für ganz knapper Rückblick hier nötig. Die SPD kam zur Regierungsbeteiligung in einer Situation

Ein ganz knapper Rückblick mit hier nötig. Die SPD kam zur Regierungsbeteiligung in einer Situation, wo innenpolitisch durch den „Spiegel“-Skandal (1962) und die erste Wirtschaftskrise (1965/66) die bisherige Form des Regimes („Adenauer-Art“) erheblich angeschlagen war. Hinzu trat außenpolitisch die Wende zur „Entspannungspolitik“, die von der SPD besser zu vertreten war als von der CDU/CSU.

Die dadurch nötig gewordene Regierungsbeteiligung der SPD diente sich zunächst in Form der Großen Koalition mit der CDU/CSU (1966-1969) als Versuch der Rettung bisheriger Regierungsmethoden, dann (mit 1969) in Form der Sozialliberalen Koalition. Man wird sich vielleicht daran erinnern, daß diese spezielle Form anfangs ein recht starkes Element verhältnismäßiger Fortschrittlichkeit (Reformen, „mehr Demokratie wagen“) enthielt, das einen letzten Höhepunkt in der Zeit zwischen dem Mitternachtsvortrag der CDU/CSU und den vorzeitigen Neuwahlen 1972 hatte. Danach folgten die „kalten Duschen“ in Form der Berufsverbote, der Gewerkschaftsausschlüsse und der durchschlagenden Repression gegen arbeitsunfähige Teile der Juso, die RAF-Hysterie und die dadurch legitimierten „Anti-Terror-Programme“. Symbolisch wurde diese „Kälteveränderung“ in der Ablehnung von Willy Brandt durch Helmut Schmidt ausgedrückt.

In dem so geschaffenen System regiert die SPD nicht mehr aufgrund irgendwelcher Reformhoffnungen, sondern nur noch als das „kleinere Übel“ im Vergleich zur CDU/CSU, deren Repräsentant F.J. Strauß ganz zu recht in weiten Teilen der Bevölkerung mit der Nazi-Diktatur im Zusammenhang gebracht wird.

Grundlage dieser Form des Regimes durch SPD/FDP ist das Fehlen einer progressiven parlamentarischen oder zumindest parlamentarisierten Opposition. Diese Phase nähert sich seit dem Auftreten grün/bunter Alternativen 1977/78 ihrem Ende. Mit dem Erstarken der Alternativen müßte sich die SPD nicht mehr bloß als „kleinere Übel“ relativ zur CDU/CSU, sondern auch als besser im Vergleich mit den konkurrierenden Alternativen erweisen. An diesem Punkt ist die SPD zum Scheitern verurteilt.

Westberlin ist aktuell der sichtbarste Ort dieses Scheiterns. Hier hat die SPD mit einem „Modell“ experimentiert, das trotz aller realen Polizeirepression doch relativ viel Freiraum für autonome — im Wesen antikapitalistische — Entwicklungen bietet. Das „Modell“ hat, aus der Sicht der Herrschenden, total versagt. Insbesondere hat es die Welle von Hausbesetzungen nicht beendet, sondern deren Verwirklichung begünstigt.

Daß dieses „Modell“ zerschlagen werden muß, ist innerhalb der Herrschenden schon weitestgehend geklärt. Die Westberliner SPD hätte

im Falle eines Wahlsieges diese Aufgabe durchführen und damit sämtliche vielleicht noch an das „Berliner Modell“ geknüpften Illusionen zerstören müssen. Im ohnehin stark angeschlagene Glaubwürdigkeit und Integrationskraft der SPD nach links hätten noch mehr Schaden genommen. Die SPD war darum in Westberlin sehr schnell bereit, noch in der Wahlkampfzeit das Staffelholtz an die CDU zu übergeben. Die aber bruch zum Regime die Unterstützung der FDP. Der anstehende Koalitionswechsel in Westberlin begünstigt aber auch einen Wechsel in Bonn.

In dieselbe Richtung weisen noch eine Vielzahl anderer Faktoren, beispielsweise die innerparteilichen Probleme der SPD bei der praktischen Durchsetzung der „Nachrüstungsbeschlüsse“ Helmut Schmidts „Drohung“ unmittelbar vor seiner USA-Reise hat das nachdrücklich deutlich gemacht.

Insgesamt deuten die genannten (und viele achtgenannte) Tendenzen darauf hin, daß in naher Zukunft eine erheblich schärfere, repräsentative Form des Regimes „Notwendig“ wird, bei der die SPD wieder die Funktion zuteilt, als stärkste Oppositionspartei Teile der Protestpotentiale zu integrieren. Die BGS-Einsätze in Gorbien und Brokdorf, die Repression gegen Hausbesitzer, die Flut von Verhaftungen nach § 129 (kriminelle bzw. terroristische Vereinigung), die Massenverhaftung von Nürnberg und in deren Folge eine Zahl weiterer von der Öffentlichkeit schon gar nicht mehr registrierter Verhaftungen — das mag hier als Skizze und Andeutung künftiger Entwicklungen ausreichen.

Die „neue Protestwelle“

Die „neue Protestwelle“

Auf der anderen Seite erleben wir eine „neue Protestwelle“, die in Breite und Vielfalt an die APO der späten 60er Jahre nicht nur anknüpft, sondern diese sogar weit übertrifft. Die Anfänge dieser Protestwelle reigten sich 1980, zunächst im Ausland: Amsterdam, Zürich.

Es war von Anfang an falsch eine Bewegung wie die der Hausbesetzungen im platt-ökonomischen Sinn als Resultat der Wohnraumpenknappheit erklären zu wollen. Dieser Erklärungsversuch ist ebenso verfehlt wie unzureichend die Interpretation der APO als Antwort auf die miserablen Studienbedingungen. Das „Hausbesetzen“ und die damit verbundene Sympathie in sehr großen Teilen der Jugend und sogar in der Bevölkerung insgesamt geht auf eine Unzufriedenheit zurück, die sich nicht bloß auf die Wohnraumpenknappheit und den Mietwucher sondern auf viele frustrierende Aspekte des Lebens im Kapitalismus bezieht. Das „Hausbesetzen“ ist Ausdruck einer tiefgehenden Entschüttung der sozialen Verhältnisse, solche Gegen-Bewegungen treten offen bei weitem und international auf. Mensch erinnert sich des engen Zusammenhangs zwischen dem Französischen Mai 1968, der APO 1967-69, den Arbeiterkämpfen in Italien und der BRD 1969.

Der KB hat frühzeitig bereits nach den ersten Auseinandersetzungen in Amsterdam und Zürich — von einer neuen Jugendrevolte gesprochen. Das ist sicher nicht so zu verstehen, als wäre ausschließlich die Jugend in Bewegung geraten oder als würde es sich gar um einen relativ klammernspezifischen „Generationenkonflikt“ handeln, wie die bürgerlichen Experten jetzt schlussmaßen. Auch die Auseinandersetzungen der internationalen „Welle“ von 1967-69 waren nicht auf die Jugend beschränkt, aber doch in sehr starkem Maße gerade von Kämpfen Bewegungen, Forderungen und alternativen Lebensformen der Jugend bestimmt. So scheint es auch heute zu sein.

Wir hatten seit 1977 einen Rückgang der politischen Bewegungen konstatiert. Als Ursachen und aus u.a. die „Ernüchterung“ nach den Großdemonstrationen von Brokdorf und Grohnde, der Frost nach dem „Kahlschlag“ und die brutale wirkende Einschüchterung durch den Deutschen Herbst nach Schleyer-Einführung, Mogadacha und Stammheim, „Selbstmord“ eingefallen.

Seit dem letzten Jahr scheint dieser Rückgang des politischen Bewegungen überwunden. Mehr noch, der Wideraufschwung der Kämpfe hat zu einem erheblichen Über dem Stand von 1977 liegenden Niveau der Mobilisierung geführt. Zudem ist als ein enorm wichtiger Faktor die Verbindung der anderen Fronten und Bewegungen mit dem Kampf gegen die Kriegsvorbereitung.

gen für Frieden und Abrüstung, hinzugekommen. Man mag sich erinnern, daß die APO den Friedenskampf noch sehr geringe Schätzung den „Untergrund-Opas“ von der KPD und der DFU überließ — abgesehen von der Solidaritätsbewegung für Vietnam. Noch 1976/77 wirkte der Gedanke ziemlich sensationell und fast schon exotisch, dem Kampf gegen Atomkraftwerke mit einem Kampf gegen Atompakete zu verbinden. Hier einen Bewußtseinswandel auf breiter Front geschaffen zu haben, ist nicht zuletzt den „Nachrüstungsbeschlüssen“ der SPD und der Aufregung um die Atomlandkarte des „Stern“ zu verdanken.

Vor allem in der Friedensbewegung, aber auch in praktisch allen anderen politischen und sozialen Bewegungen und Kämpfen sind in den letzten Monaten alle Abgrenzungs-Dogmen und Berührungslinien zusammengebrochen, so daß sich Bündnisse in einer Breite zusammenfinden konnten, wie es jedenfalls seit dem Niedergang der APO nicht mehr der Fall gewesen war.

Hier existiert eine breite außerparlamentarische Opposition, die durch die etablierten Parlamentsparteien nicht mehr vertreten wird. Diese „neue APO“ ist erheblich stärker, als es in den bisherigen Wahlergebnissen alternativer Listen und des Grünen Partei zum Ausdruck kommt. Nimmt man die Hauptpunkte aus den Kämpfen der neuen APO (z.B. gegen das Bonner AKW-Programm, gegen die Nachrüstungsbeschlüsse, gegen Wohnraumpenknappheit und profitorientierte Wohnungspolitik, gegen Tendenzen zum Polizeistaat), so dürften schätzungsweise 30-40% der Bevölkerung mit den Hauptforderungen übereinstimmen. Diese 30-40% finden sich in den Betten und Beschlägen des Bundestages aber nicht wieder. Sie werden im Parlament auch nicht durch die SPD-Linke vertreten, die — durch mancherlei taktisches Kalkül und eigene Engstirnigkeit gebunden — inkonsistent und schwankend auftritt, und die zudem im Bundestag zahlenmäßig sehr schwach ist.

Diese Situation ist für die auf dem Parlamentarismus aufbauende bürgerliche Herrschaftssystem problematisch, weil dieses mit der Illusion arbeitet, alle relevanten Strömungen innerhalb des Wahlvolkes könnten sich im Parlament zur Geltung bringen, und nur bedeutungsloses „Splittergruppen“ würden unter den Tisch fallen. Es liegt demnach nicht nur in der Logik der neuen APO, sondern auch des bürgerlichen Herrschaftssystems, die hier entstandene Lücke von 30-40% im etablierten Parteiensystem zu füllen. Geschehen könnte dies, indem man einen die SPD als Oppositionspartei wieder Gelegenheit bekommt, große Teile dieses Potentials an sich zu binden, und zugleich eine linkssozialdemokratische Partei (mit einem Wählerstamm von vielleicht 6-10%) entsteht.

Eine solche Entwicklung haben wir auch schon auf dem KB-Vorkongress im Dezember 1978 vorausgesehen. Beim betreffenden Kongress-Papier heißt es dazu: „Es liegt nahe, daß sich in einer derartigen Situation verschiedene Versuche ereignen, das Loch innerhalb des bürgerlichen Parteienspektrums zu füllen — sei es durch eine vorwiegend ökologische Partei, sei es durch eine linke sozialdemokratische Partei (USPD u.a.).“

Falsch und verhängnisvoll wäre es, solche Versuche nur unter dem Aspekt von Manövern der Bourgeoisie zu sehen und dementsprechend zu bekämpfen. Die Illusion, als könnten sich die Massen mit einem plötzlichen „Judenbruch“ u.v.a. mite teils von der SPD weg zu den Kommunisten bewegen, gehört zu den Kinderkrankheiten der westdeutschen Linken. In der Realität hat die keinen Platz. Vielmehr wird sich dieser Bruch auf der Massenebene zunächst über Zwischenstationen vollziehen, wobei eine neue sozialdemokratische Partei, „grüne“ und „linke“ Listen oder neue, zukünftige Formen gebildet könnten.

Wir können es daher nur begrüßen, wenn linke Sozialdemokraten und/oder „Euro“ sich als neue Partei formieren. Wir möchten, daß sie dies recht bald tun, und nicht erst dann, wenn das Anwachsen spontaner radikalisierten Proteste es auch für Helmut Schmidt & Co. geraten erscheinen läßt, grünes Licht für die Rückzug einer pseudo Linken. Auf Integration zu signalisieren“ (zit. nach „Unser Weg“ Nr. 23, S. 20-21).

Teil II folgt



Reto Hänni

Reto Hänni

Zürich, Anfang September

„... selber Augenschein nehmen, wie der Beton neue Risse abkriegt, das Gehör spitzend für's Knacken im Eis ...“

Reto Hänni, Schweizer Schriftsteller, beschreibt in seinem Buch „Zürich, Anfang September“ die Auseinandersetzungen nach der Schließung des „Autonomen Jugendzentrums“ (AJZ) am 4. September 1980. „Zürich, Anfang September“ ist ein detaillierter Bericht über diese Auseinandersetzungen und gleichzeitig die literarische Aufarbeitung der politischen Erfahrungen dieser Tage.

Außer dem Bericht „Zürich, Anfang September“, in dem Reto Hänni seine Festnahme durch die Polizei und die „Behandlung“ in der Untersuchungshaft schildert, enthält das Buch den Text „Vorspiel oder Wut hat eine lange Geschichte“ und die Tirade „Freiheit für Grönland — schmelzt das Packeis“. Reportage und subjektiver Erfahrungsbereich zugleich, überschneiden die Texte durch die Vielfalt der sprachlichen Formen und Möglichkeiten der Mitteilung. Zudem sind sie Dokumente der Bewegung, Dokumente des Widerstands und der Kultur des Widerstands, der sich durch Phantasie und Humor auszeichnet und es versteht, „mit dem Entsetzen Scherz treiben“. Hierzu ein Beispiel aus der Textmontage „Vorspiel oder Wut hat eine lange Geschichte“:

„Vorn an der Linnet, auf der Welche-Brücke, Zuschauer, viele Fremder, Vorn Central her flogen Granaten, kletschten aufs Wasser, tauchten im Fluß unter, stiegen wieder aus der Tiefe, gluckend blubbernd, pflupf, an der Oberfläche Dampf ablassend, um wiederum abzuseifen, langsam flussab treibend; blaue Nebelschlieren schwärzten knapp über dem Wasser, dichter über den Auftaustellen der Granaten, echter als in jedem Dracula-Film das verdampfende Trockeneis; die Linnet wird für Momente zur Thermo: Jack the Ripper läßt grüßen, uuuuh, ruft einer über den Fluß hin; Geißler“ (41).

„Vorspiel oder Wut hat eine lange Geschichte“

... gibt einen kurzen Rückblick auf die Kämpfe der Züricher Jugendlichen, Bunker und Schindlergut, den UNVERGESSLICHEN OPERNABEND und den Zug der KULTURLEICHEN DIESER STADT: „... ein kleiner bun-

ter Zug, keine 200 Leute, zog in den Abendstunden des 31. Mai vom Bellevue Richtung Opernhaus, Seifenblasen blasend, singend lärmend — man konnte dies alles sehen, in einem vom Erziehungsdirektor dann kurzerhand verbotenen Film des Ethnologischen Seminars; um Stämme, bedrohte Minderheiten zu filmen, um mit Randgruppen zu arbeiten, braucht man nicht mehr nach Neu Guinea, in den tiefsten Urwald, im Dschungel der Städte sind sie leichter zu finden —; auf den Transparenten die Wut auf eine verkehrte Kulturpolitik: so begann, Ende Mai, was vielen zum UNVERGESSLICHEN OPERNABEND werden sollte, was im Laufe des Sommers dann aber immer weitere Kreise zog: es brach auf, wurde sichtbar, was über Jahre hin sich angestaut hatte. Die Wut hat eine lange Geschichte“ (17).

Die „Vorgeschichte der Wut“ reicht in Reto Hännis Montage noch weiter zurück. In die Darstellung der Straßenschlachten nach der Schließung des AJZ werden auch die „Vorläufer“ und „Sympathisanten“ aus dem 19. und 20. Jahrhundert einbezogen, Vorläufer, die unter der Inhumanität des Züricher Bürgertums litten und gegen sie gekämpft haben. So z.B. James Joyce, dem monatelang von den Schweizer Behörden die Einreise verweigert wurde, „von den Erfindern des Judenpasses — auch die gehört ins Buch Schweizerischen Erfindungsgeistes — als Jude bezichtigt, um leichter zurückgewiesen werden zu können ...“ (27). Oder Georg Büchner, der in Zürich starb, in dessen Leben und Werk Hänni viele Gemeinsamkeiten mit den eigenen politischen und ästhetischen Vorstellungen sieht. In Büchners Haß auf die Herrschenden und deren Kultur findet sich viel wieder von der Wut der Bewegung auf die Beton- und Asphaltstadt Zürich. Der Traum von Selbstverwaltung und der Versuch, sie im Kampf zu verwirklichen, ähnelt Büchners kompromißloser Lebensweise, seiner Forderung: „Ich verlange in allem Leben, Möglichkeit des Daseins, und dann ist's gut“ (Büchner, Lenze).

In den Dadaisten Tsara, Hülsenbeck, Arp und Cendrars, die im Frühjahr 1916 in Zürich den Dadaismus aus der Taufe hoben, sieht Hänni Vorkämpfer für die „Verarschung“ des Bürgertums und ihrer Kultur, Vorkämpfer der kleinen Schockexperimente der „Bewegung“, wenn sie z.B. auf der Bahnhofstraße „müllern“

geht oder — wie im Film „Züri brennt“ gezeigt — brav und bieder gekleidet in Fernsehinterviews für die Einführung „wirksamerer“ Waffen gegen die Jugend plädiert. „Und auf der andern Seite des Hügels bereits, gegen das Niederdorf runter, foppen die Dadaisten die Polizei, treiben ihre Späße, geben den verfolgt an ihnen vorbeiführenden farblich verummten Jungen Ratschläge, wie es noch besser zu machen wäre ...“ (42f).

„Das Gedächtnis sich nicht aus dem Hirn schlagen lassen ... Eindrücke niederschreiben...“

Am 8. September wird Reto Hänni festgenommen. Mit einer Reihe anderer Demonstranten wird er in einen Ford Transit geprügelt. „Schweine zum Schlechthof führt man weit zarter — und überschüttet mit Rüchen, die keinem Schlechthof zuteil werden“ (88). Über die im Auto Zusammengepferchten sprüht ein Bulle ätzendes Spray. „Ist es nur Tränengas? Dann die Türe verriegelt. Kann man sich die Panik vorstellen? Nein, man kann es nicht, nicht in Wörtern, Wörter vermögen da nichts mehr ... das Ereignis schlug ein Loch in eine wenn an manchen Stellen auch bereits sehr dünn gepflasterte, so bislang doch noch irgendwie intakte Decke ...“ (88).

R. Hänni wird u.a. beschuldigt, den Supermarkt „Migros“ geplündert zu haben. Sein Einwand, daß er den Migros Flurtern wohl kaum geplündert haben könnte, da es im Stadtmall Flurtern keine Filiale dieses Supermarkts gäbe, wird zuerst als „Frechheit“ bezeichnet. Nach einer anschließenden Debatte entschließen sich die Beamten dann — auf Hinweis von Hänni — im Telefonbuch die Adressen sämtlicher Züricher Migros-Filialen durchzugehen und daraufhin, vorerst etwas ratlos, diese Anklagekonstruktion fallen zu lassen. Aber die anschließende Debatte entschließen sich die Beamten dann — auf Hinweis von Hänni — im Telefonbuch die Adressen sämtlicher Züricher Migros-Filialen durchzugehen und daraufhin, vorerst etwas ratlos, diese Anklagekonstruktion fallen zu lassen. Aber da nun mal, wie Hänni ironisch anmerkt, „eine zum Schutze des Rechtsstaats — unseres Standpunktes des Rechts, heißt es in der NZZ — erforderliche Maßnahme“ vorzuziehen ist, wird er einen Tag später, „nun der Mithilfe am Berrückenbau schuldig, als nicht geständig, und da Kollisionsgefahr besteht, in Untersuchungshaft versetzt ... Einsprache bei der Staatsanwaltschaft innert 48 Stunden möglich, basta“ (119).

Obwohl Hänni fortlaufend darauf besteht, daß seine bei der Festnahme erhaltenen Verletzungen ärztlich untersucht werden, wird er erst 3 Stunden nach der Festnahme mit einigen anderen Demonstranten ins Spital gefahren. Nach der ärztlichen Untersuchung ergibt sich die paradoxe Situation, daß die Polizei ihn und die anderen Demonstranten vergessen hat. Die Krankenschwester, die in der Kaserne anruft, erhält zur Antwort, sie solle „uns auf den Weg schicken; zu Fuß mitten in den Wahnsinn hinein, ohne einen Rappen und ohne Ausweis, nur um spätestens am Central ein weiteres Mal eins drübergezogen zu kriegen und eingesteckt zu werden ... nein, danke, da warte ich mich mitzutun, da würde ich einfach hier bleiben“ (108).

Schließlich gelangt er mit einer Polizeistreife, die einen verletzten „Kameraden“ aus dem Spital abholt („... im Verlaufe der Fahrt drohte der verletzte Polizist ... das nächste Mal mit seinem Mowag in diese verreckte Scheibde hineinzublocken und alle an einer Mauer zu zermatschen ...“) zurück in die Kaserne, in der stillen Hoffnung, den Ausweis und die Sachen abholen und anschließend gehen zu können. Doch der „Zermöbungs-zirkus“ geht weiter.

Wie ihm selbst, so werden auch anderen Festgenommenen wahre Ungerechtigkeiten in die Schuhe geschoben. Ein Lehrling erzählt, „dem Heulen nahe, er stehe in der ersten Stüft, dem ersten Lehrjahr, ihm sei gesagt worden, er werde jetzt zehn Jahre eingesperrt, ab sofort, seinen Lehrmeister beneidete man am Montag“ (120). R. Hännis Bemühen, alles aufmerksam zu verfolgen, zu protokollieren, wird zum Widerstand. „Nie nachlassen in seiner Aufmerksamkeit, solange man hier ist, nie vergessen, daß man lebt, wie bei Peter Weiss in der „Ästhetik des Widerstands“ steht, erinnere ich mich. Wech bleiben auch, um nicht mit zusätzlich verdunstetem Kopf zum nächsten Verhör geführt zu werden“ (114).

Während der Verhöre nimmt er jede Gelegenheit wahr, Ungerechtigkeiten aufzuspüren, durch Umkehrung zu entlarven. Als er z.B. auf seinem Recht auf Aussageverweigerung besteht, erwidert der Bezirksanwalt, dies wäre „ja lächerlich“, er hätte von Recht ja

keine Ahnung. Hänni bestätigt dies und fügt hinzu, „... es sei auch der Grund, warum ich, dies dürfe wiederum festgehalten werden, einen Anwalt beiziehen möchte, innert der mir gesetzlich zustehenden Frist“ (116).

Die Aufmerksamkeit für scheinbar Banales, etwa die Einrichtung des Büros, in dem er verhört wird, ermöglicht ihm, Distanz zu bewahren und den Sinn für's Komische und Absurde der ganzen Situation zu entwickeln. „Das Auffallendste im Raum, Büro 8 15 steht dann unter dem Protokoll, also muß es wohl stimmen, ist ein Öbild an der linken Wand hinter dem Anwalt: ein in lezzer Pose in drapierten Stoffen hingehängter Frauenakt, in schlechtestem Realismus in fetten Ölfarben hingekitscht, besonders liebevoll die nackte Brust, Anatomie hin oder her zwar; Kunst am Bau nennt sich so was wohl ...“ (114). Durch die Gegenüberstellung der Beschreibung des Raumes und der ihm zur Last gelegten „Verbrechen“ gelingt Hänni die „Umkehrung der Situation“ (Dario Fol). Er entlarvt so nicht nur die Praktiken des Polizeisystems, er macht sie zugleich „lecher“ und bereitet sich selbst in dieser für ihn prekären Situation eine Freude, beweist sich selbst, daß er noch lebt. Was Hänni hier gelingt und was die Bewegung im Alltag demonstriert, wenn sie z.B. den Abriß der Stadt Zürich fordert, weil das Experiment mißglückt ist, ähnelt den Aussagen Dario Fos über seine Theaterpraxis: „Man muß die Auffälligkeiten von Gegenüberstellungen, von Umkehrungen erreichen. Das Verständnis der Paraphrase, des surrealistischen Moments, des Umsturzes, der Umkehrung der Situation. Es ist also ein Akt von Intelligenz, eine Intelligenzübung, eine Freude zu erhalten. Eine Freude nicht des Bauches, son-

sterechen Moments, des Umsturzes, der Umkehrung der Situation. Es ist also ein Akt von Intelligenz, eine Intelligenzübung, eine Freude zu erhalten. Eine Freude nicht des Bauches, son-

dern vor allen Dingen des Gehirns“ (Linkeurve 1/81).

„Freiheit für Grönland — schmelzt das Packeis“

... ist eine Tirade gegen die Elazeltstadt Zürich, die Berichterstattung in den Medien und „die Sprache der Behörden der friedlichen Bürger ... Chlorazetophenon (CM) o-(Chlorbenzyliden)-malonitril (CS)“ (140). Kurze, die Stadt Zürich charakterisierende Passagen wechseln mit Zitaten aus der „Orestie“, aus dem Werk Georg Büchners, Hölderlins Gedichten und Inschriften der Zürcher Unruhe „auf Transparenten und Mauern ... Gedichten in einer kalten Zeit“. Eine Montage, die in der assoziativen Verknüpfung der Bilder an das wichtigste kulturelle Dokument der Zürcher Bewegung erinnert, den Videofilm „Züri brennt“.

„Wir haben grund genug zum Weinen auch ohne euer Tränengas; wir haben nichts zu verlieren, außer unsere Angst, und daß eine dauernd zurechtgestutzte Pflanze, ein zum Krüppel zurechtgeschnittenes Bäumchen, abgewürgtes Leben sei das, zu dem es gemacht wurde, zurückschlägt, sollte niemanden erstaunen“ (144).

Ohne die Zürcher Bewegung und ihre Kultur ist Reto Hännis Buch nicht denkbar, es ist ein Dokument der Bewegung. Zugleich wird in diesen Texten aber auch deutlich, welche schöpferischen Möglichkeiten sich für Schriftsteller eröffnen, wenn sie aktiv an politischen Bewegungen teilnehmen und ihre schriftstellerische Praxis an diesen Bewegungen orientieren.

Ein Genosse der Kulturkommission

an politischen Bewegungen teilnehmen und ihre schriftstellerische Praxis an diesen Bewegungen orientieren.

Ein Genosse der Kulturkommission

Heiliger Unterleib

1. „Auf den Papst ist geschossen worden. Eine Kugel traf in den Unterleib.“

„Ach, — hat der einen?“

2. „Was auf dem Petersplatz geschehen war,

das war ein Anschlag auf die ganze Menschheit“, schreibt Springer's Abendblatt und in Bild fühlt sich Kanzler Schmidt wie selbst in den Bauch getroffen. Die Morgenpost zählt die Papst-Attentate seit Petrus und die Anschläge der Heiligen Väter auf unseren Unterleib bleiben wie immer zwischen Blut und Druckerschwärze ungenannt.

Svende Merian

Bob Marley, 5.2.45 — 12.5.81

Robert Nesta Marley wurde am 5. Febr. 1945 in St. Ann im Norden Jamaicas geboren. Die Mutter ist Jamaicanerin, der Vater ist britischer Kapitän. Bob ging in der Hauptstadt Kingston zur Schule. Lehre als Schweißer. Während der späten 50er erstes Interesse für Musik, die in der Umgebung von Gewalt (durch Straßenbanden wie Polizei gleichmessen), Armut und Arbeitslosigkeit (fast einzige Erholung ist heute noch); für viele Jugendliche auch Hoffnung auf eine Karriere. Der Film „The harder they come“ mit J. Cliff stellt diese Mißverhältnisse eindringlich dar.

Als 16-Jähriger versucht auch Bob eine Plattenaufnahme, ohne Erfolg („Judge Not“, 1961). Er trifft mit Cliff zusammen; auch die zweite Platte wird kein Hit.

Rückkehr zum Job als Schweißer. 1964 trifft er mit Peter Tosh und Bunny „Wailer“ Livingstone zusammen, deren Musikkarriere von den gleichen Mißerfolgen geprägt war. Bunny später: „Bob plies fast vor Einfällen.“ Mit „Simmer Down“ war dem Trio 1964 ein Hit gelungen, der auch für die Entwicklung des Ska entscheidend ist (Ska ist jener musikalische Vorläufer des Reggae, der heute von unfähigen New Wave Bands verfälscht wiedergegeben und vermarktet wird).

Die „Wailing Wailers“, wie das Trio sich nannte, machten bis '66 viele Hits, die jedoch nur den Geldbeutel des Produzenten füllten: in Jamaica kauften damals die Produzenten den Musikern das Recht auf Veröffentlichung ab, was den Musikern pro Single ca. 20 DM einbrachte. Das veranlaßte Bob, seiner Mutter in die Staaten zu folgen. Dort machte er von seiner Schweißlehre Gebrauch, verlor aber seinen Job, beantragte Arbeitslosenhilfe – und bekam den Einberufungsbefehl zugeschiekt. Verständlicherweise hatte Bob nichts mit Vietnam im Sinn und verließ die Staaten schleunigst. Wieder in Kingston starteten die Wailers ein eigenes Label, welches durch Schwarzsprengungen der Konkurrenz Pleite ging.

Die Zusammenarbeit mit dem US-Star Jonny Nash war nur für diesen von Nutzen; zwischen den Aufnahmen mit Bob und denen ohne Bob's Mitarbeit ist ein deutliches Gefälle zu erkennen.

Wieder ein Anlauf mit den Wailers: „Soul Rebel“ (1969) wird ein großer Hit. 1970 erfolgte die Gründung des eigenen Labels „Tuff Gong“, das bis heute alle Platten Bob's und vieler anderer Musiker in Jamaica vertreibt. Noch im gleichen Jahr kommen die Spitzenmusiker Carlton und Aston Barrett (drums & bass) dazu. 1973 Vertrag mit einer britischen Plattenfirma und erste LP „Catch a Fire“.

Seine Tourneen sind oft als Kommerzorgien kritisiert worden, was nur teilweise stimmt, denn seine erste (nach England, 1975) dürfte die dort lebenden Jamaicaner in ihren Musikbestrebungen bestärkt haben, was sich später in „Rock against Racism“ widerspiegelt (RaR – Gründung 1976). Auch seine letzte Tournee „Uprising '80“ hat politische Fankanten sprühen lassen, wie der Zürcher Autor Reto Hanny mittelt: „Die anfänglich kleine Zahl der Manifestanten erhält bald Zuzug und schwoll mit den aus dem Hallenstadion von einem Bob Marley-Konzert („Get up, stand up for your rights“) ins Zentrum Zurückkehrenden auf 2000 – 3000 an. Harte Auseinandersetzungen mit der Polizei dauerten dann die ganze Nacht an.“ (nach: Reto Hanny, Zürich, Anfang September).

Bob Marley's Konzert fiel zusammen mit der Eröffnung der Zürcher Oper, die viel zu viel Geld abzog von den Projekten für die Jugend, vornehmlich „AJZ“.

Seine letzten Monate verbrachte der unheilbar an Krebs Erkrankte in einer Klinik am Tegernsee; als er den Tod kommen fühlte, ließ er sich nach Jamaica bringen.

Eine Frankfurter Zeitung glaubte, dies mit den Worten „Zum Sterben raus aus Babylon“ kommentieren zu müssen. Nichts könnte mehr Unkenntnis verraten: Bob erklärte auf die Frage nach Babylon, dieses sei überall. „Die Frage ist nicht, wo du bist, sondern ob du ehrlich und konsequent gegen Unterdrückung und Ausbeutung ankämpfst, wo immer du bist, und daß du diese Mission nicht aufgibst.“

Hier muß in wenigen Worten über die Rastafari-Bewegung geschrieben werden. Bob: „Rasta ist nicht Kultur (Bewegung, Religion, Philosophie), das ist Wirklichkeit!“

Der Bürgerrechtler Marcus Garvey, im Jamaica seiner Zeit verfolgt, hatte den Vergleich zwischen den Afrikanern und der alttestamentarischen



Verhüllung der Juden („babylonische Gefangenschaft“) gezogen und erklärte, die Afrikaner müßten ihre Kultur wiederentdecken. Die Begründung einer unverfälschten „schwarzen Theologie“, die den Menschen nicht auf's jenseitige Leben verbräutet, müsse erfolgen, außerdem müsse jeder Afrikaner bemüht sein, entweder nach Afrika zurückzukehren oder in seiner fremden Umgebung soviel von seiner Kultur zu leben (und: das Recht darauf durchzusetzen) wie irgend möglich. Nach den USA verbannt verkündete er, daß in Afrika ein Schwarzer zum König gekrönt werde, der diese Bemühungen unterstützen werde. Das war in den späten 20ern...

Als 1930 der Äthiopier Ras Tafari Makonnen (Halle Selassie) zum Kaiser gekrönt wurde, war für die unter sklavenähnlichen Bedingungen schuftenden Jamaicaner kein Zweifel, daß dies „Ihr Mann“ sei. Wie heute sichtbar, ist dieses Zusammenreffen (Zufall?) nicht ganz folgenlos geblieben. Der Äthiopische Kaiser wurde als wiedergeborener Gott verehrt, was heute leicht angreifbar ist, aber es muß festgestellt werden, daß in Jamaica immerhin der Regierung die Untertanen (schon vorher nicht gerade willfährig) in Scharen vogelien. Sie erkennen die Gesellschaft ebenso wenig an wie ihre Gesetze, sie wählen nicht, sie betreiben ihre eigene Politik, schulen ihre Kinder selbst, damit sie nicht vom „Babylon System“ verschluckt werden, sie wollen sich teilweise auch äußerlich von den Normalbürgern unterscheiden und küssen und schneiden ihre Haare nicht, worauf diese sich zu langen Locken verfilzen. Von den Bürgern werden sie voller Abscheu „Natty Dreadlocks“ genannt, was soviel wie „ungezogene, böse (Natty = Naughty) Leute mit schrecklichen Locken“ bedeuten mag. Die Rastas

Naughty) Leute mit schrecklichen Locken“ bedeuten mag. Die Rastas verstehen das (darin den Punks ähnlich) als Auszeichnung.

Die Rastas wurden von Anfang an verfolgt, was häufig unter dem Vorwand „Anbau von Ganja“ (= Marihuana) von der Polizei besorgt wurde, die den Rastas regelmäßig die Locken abschnitt (neben den noch heute auch in der BRD üblichen Mißhandlungen). Heute noch ist der Anteil der Arbeitslosen unter den Rastas wesentlich höher als unter den Normalbürgern: Berufsverbot auf jamaicanisch. Dabei ist durch die Entstehung des Reggae vieles besser geworden: etwa 15% der jamaicanischen Bevölkerung gehören heute zum „harten Kern“, d.h. sie zeigen sich auch äußerlich als Rasta. Knappe

30% sind es, die Sympathie mit den Rastas haben. Unter anderem dem Reggae (und damit wieder: der Überzeugungskraft Bob's) ist es zu verdanken, daß, nachdem die Prophezeiung der Rückkehr nach Afrika sich nicht erfüllt hat, die (zu 85% rein afrikanischer Abstammung) Jamaicaner sich, Garvey's Forderung entsprechend, auf die Afrikanisierung dieser Westindischen Insel konzentrieren.

Wie sich die jamaicanische Geschichte nach dem Wahlsieg der Konservativen und nach Bob's Tod entwickelt, dürfte von großem Interesse sein.

Die Gedanken zu Bob's Tod können nicht abgeschlossen sein, ohne einen Hinweis darauf zu geben, wie sich an seinen Texten ablesen läßt, welchen Einfluß die „Realität Rasta“ auf ihn nahm: 1973 zeigt sich ein unruhiger, in den sozialen Mißverhältnissen höchst bewußt lebender Jugendlicher: „Catch a Fire“ „Skientreiber, der Tuch ist umgehrt, jetzt wirst Du

verbrannt!“ 1979 dann der selbstbewußte Rasta (der er '73 noch nicht war), der genau weiß, was er will und was er ablehnt: („Survival“) „wir werden überleben in diesem Zeitalter technischer Unmenschlichkeit“

wir werden überleben
Schwarzer Überleben
wissenschaftliche Grausamkeit
wir sind die Überlebenden
Atomare Mißphilosophie
wir überleben
Das ist eine Welt die lebenslang
Unsicherheit über uns zwingt
ALLE ZUSAMMEN JETZT:
WIR ÜBERLEBEN!“

Sein besonderes Engagement galt dem Befreiungskampf der afrikanischen Völker gegen Kolonialismus und Apartheid (siehe u.a. sein „Zimbabwe“ - Lied). Da sich der Kampf der Rastas direkt gegen wirtschaftliche und politische Machtmonopole vor allem unter kapitalistischem Vorzeichen wendet, kann dieser nicht länger unter dem Blickwinkel exotischer Utopie mißachtet werden. Der Tod Bob Marley's ist nicht nur der eines großen Musikers, sondern der eines Mitstreiters für eine Welt ohne Unterdrückung. So werden wir immer in Erinnerung behalten:

„DON'T GIVE UP THE FIGHT!“
„If you think it's the end -
it is just the beginning.“

W., Rock gegen rechts/Frankfurt

Erklärung des VLB

Die Buchhandlung Heinrich Heine in der Grindelallee erklärt in einer Broschüre, in Kürze einen zweiten Laden mit Veranstaltungsraum im Uni-Bereich aufmachen zu wollen. Der Broschüre ist zu entnehmen, daß unter anderem der Bereich Frauenbücher ausgeweitet werden soll. Diese Ladenausweitung zielt direkt auf die weiteren in Hamburg seit vielen Jahren ansässigen linken bzw. alternativen Buchläden.

Obwohl die Buchhandlung Heinrich Heine mit Vertretern im Hamburger VLB sitzt, wurde die Ausweitung in keiner einzigen Phase den betroffenen Läden und dem VLB mitgeteilt.

Zur Rede gestellt, erklärte ein Heine-Sprecher, der Buchladen sei schließlich autonom. Und eine für die anderen Projekte schädliche Sortimentausweitung sei gar nicht geplant. Womit allerdings die Regale in den zwei Läden gefüllt werden sollen, bleibt dann der Phantasie des Buchkäufer vorbehalten? Alternative und links Projekte haben kein großes Eigenkapital; oft sind einzelne durch Kredite hoch verschuldet. Deren Konzeption läßt es darüber hinaus auch nicht zu, daß große Profite erwirtschaftet werden. Zu viele konkrete Projekte innerhalb und außerhalb der Läden werden gestützt und initiiert.

In solch einer Situation als VLB-Mitglied alle anderen VLB-Projekte regelrecht zu hintergehen und auf ihre ökonomische Grundlage zu zielen, ist mit solidarischem Grundprinzipien kaum noch vereinbar.

Wir fordern alle interessierten Käuferinnen und Käufer auf, sich in den Läden des VLB-Hamburg weitergehend zu informieren und auch die Buchhandlung Heinrich Heine nicht mit Nachfragen zu verschonen.

Verband Linker Buchläden und Verlage - VLB-Hamburg, den 11.5.81

Günter Zint, Pressefotograf

Fotografen »zwischen den Fronten«?

Unser Berufsstand hat in den letzten Wochen viel Publicity gehabt. Leider keine gute.

Staatsanwälte laufen durch Redaktionen, Fotolabors und Fotografenwohnungen, um sich mit Negativen und Vergrößerungen zu versorgen. Sie haben nicht etwa ihren Kunstsinne entdeckt, sondern nehmen diese erbeuteten Fotos in ihre Ermittlungsakten auf und lassen sie über Fernsehen und Zeitungen als Fahndungsplakate verbreiten. Die Beachtung, die unser Berufsstand durch diese Aktivitäten erfährt, hat sich leider sehr negativ auf unsere Arbeit ausgewirkt.

Verschiedentlich sind Pressefotografen von Demonstranten angegriffen worden und tätlich an ihrer Arbeit gehindert worden. Am 25.4.81, bei der S. Debus - Demonstration, wurde der Kollege Tobias Heldt (er ist der Urheber des Fahndungsfotos aus Brokdorf) von einer Gruppe Demonstranten mit Fausthieben traktiert und davongejagt. Die Staatsanwaltschaft hatte seinerzeit die Negative der Fotos durch die Androhung einer 6monatigen Beugehaft bei Heldts Anwalt erbeuten können.

Viele Kollegen sind schon dazu übergegangen, die Negative ihrer Demonstrations- oder Hausbesetzungsfilme bei Freunden oder Verwandten zu verstecken. Dies sind Verhältnisse, die in einem Staat mit einer grundgesetzlich verankerten Pressefreiheit untragbar sind.

Mit ihren Aktionen gegen die Pressefotografen hat unsere Staatsgewalt jedenfalls einen Effekt erzielt, der ihr nur gelegen sein kann. Was sie durch Prozesse über die §§ 22/23 (Recht am eigenen Bild) bisher nur teilweise erreicht hat, nämlich das Fotografieren von Polizeiaktionen grundsätzlich zu unterbinden, das stellt sich nun als Nebeneffekt ganz von selber ein. Das freie Fotografieren wurde bisher durch Aktionen von Seiten der Polizei schon häufig erschwert oder unmöglich gemacht. Nun aber müssen wir auch mit Angriffen von Demonstrationsteilnehmern rechnen, die um ihre Sicherheit besorgt sind.

Wenn ich mir überlege, was sich „Ordnungshüter“ alles unter den Augen der Öffentlichkeit geleistet haben, dann mag ich den Gedanken gar nicht zudecken, was sich die Beamten künftig ohne objektive Zeugen alles erlauben können. Ich möchte daher dringend an alle Bürger, die von ihrem grundgesetzlich verbrie-

ten Recht auf Demonstrationstheoretisch Gebrauch machen, appellieren: Im Interesse der Pressefreiheit und der Sicherheit aller Demonstrationsteilnehmer, behindern Sie bitte nicht die Arbeit der Pressefotografen.

Uns ist klar, daß sich auch Polizeifotografen und Reporter von unverantwortlich gemachten Boulevardzeitungen in unseren Reihen befinden.

Dies können wir leider nicht verhindern und mit diesem Risiko müssen wir leben. Im Falle Brokdorf konnten wir einen in unsere Reihen eingeschleusten Pressefotografen sehr schnell als solchen erkennen und somit kollieren. Dieser angebliche Kollege hatte keinen Pressenausweis. Es geht immer wieder das Gerücht, daß es Polizeifotografen mit Pressenausweisen gebe. Dies ist jedoch durch keinen einzigen Fall belegt. Die Ausweise werden ja durch unsere eigenen Berufsverbände (dju und d/v) nach einer Vereinbarung mit den Innenministerien herausgegeben. Von daher sehe ich aus dieser Richtung auch keine Gefährdung unserer Arbeit. Die Gefährdung unserer Arbeit sehe ich vielmehr in einer nun wohl möglich aufkommenden Fotografenfeindschaft, die niemandem nutzen wird.

Die IHP (Interessengemeinschaft Hamburger Pressefotografen) hat am 10.4.81 aus diesem Grunde eine Aktion in der Hamburger Innenstadt veranstaltet. Mit Stelltafeln und Flugblättern wurden die Mitbürger auf die Probleme der Pressefotografen aufmerksam gemacht. Die Resonanz war sehr groß und es gab zahlreiche angeregte diskutierende und teilweise auch streitende Gruppen von Passanten. Leider haben die einflussreichen, großen Medien sich nicht interessiert gezeigt. Wir werden in nächster Zeit, soweit dies die knappe Zeit der Pressefotografen überhaupt zuläßt, mit solchen Aktionen fortfahren.

Eine Demokratie ist nur lebensfähig, wenn sie „durchsichtig“, also kontrollierbar durch die Öffentlichkeit ist. Einen wichtigen Teil dieser „Durchsichtigkeit“ stellen die Pressefotografen und Kameraleute her. Daher möchte ich abschließend nochmals betonen: Es kann keine Gründe geben, die so gewichtig sind, daß wir das Funktionieren der Pressefreiheit durch ein Fotografierverbot außer Kraft setzen! Wir fordern die Politiker auf, sich für eine neue Gesetzesvorlage einzusetzen, die den Fotografen das gleiche Zeugnisverweigerungsrecht zuspricht, wie dies bei den Wort-Kollegen bereits existiert.



Protestaktion der Pressefotografen in Hamburg

FIXER FÜR WICHSER

Über das Buch, mit dem der ganze Rummel anfang, wurde schon bei zum Gehirnschmerz gelolbert. Sein Verdienst wurde gerühmt, auf ein Problem hingewiesen zu haben, das bis dahin nur Sozialarbeitern und Linken auf den Nägeln brannte, und mittlerweile haben alle, wirklich alle Zeitungen ihre Nachfolgeleserinnen kun-



Nachdem ich viele Jahre für die Freiheit von Kunst gesprochen habe, muß ich das erste Mal bitten: Dieser Film gehört verboten, Gründe dafür gibt es in Überfülle. Wer Heroinabhängige verfolgt, sollte nicht vor Profit-funkles zurückschrecken.

Herunterklappen der Klaviertastatur mit dem Daumen.
Volapük – Lockvogel, hier im Sinne von "Kunstense".

Arbeiterkampf -Abo

Abschnitt

"Sold" 21/11